

Ilker Ataç, Stefanie Kron, Lisa Riedner, Helge Schwiertz (Hg.)

movements.

Journal for Critical Migration and Border Regime Studies

Vol. 6, Issue 1/2021

Our journal is dedicated to the movements of migration as well as the attempts to control and govern them. *movements* aims at promoting interdisciplinary migration and border regime studies intervening into the knowledge field of migration in a self-reflexive fashion and critical of power relations. As a forum for critical social research, *movements* wishes to contribute to the development of an adequate understanding of the complex realities and power structures of migration and a substantiated critique of the current patterns of the government of migration. The content and strategic focus of the journal is closely related to that of the Network for Critical Migration and Border Regime Studies (kritnet). Its editorial work builds upon this relationship and the established structures of a collective knowledge production. *movements* features academic papers subjected to a collaborative peer review, but also early research reports, political, conceptual and methodological debates and interventions. The majority of its contributions are usually in German language. The journal is published on our open access website (CC BY-SA 4.0).

Unsere Zeitschrift widmet sich in zwei Ausgaben pro Jahr den Bewegungen der Migration sowie den Versuchen, diese zu kontrollieren und zu regulieren. *movements* verfolgt das Ziel, eine interdisziplinäre Migrations- und Grenzregimeforschung voranzutreiben, die selbstreflexiv und machtkritisch in das Wissensfeld der Migration interveniert. Im Sinne einer kritischen Gesellschaftsforschung will sie dazu beitragen, ein adäquates Verständnis der komplexen, machtförmigen Realitäten der Migration und eine fundierte Kritik an den gegenwärtigen Formen der Regierung von Migration zu entwickeln. Die redaktionelle Arbeit baut auf die seit Langem im *Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet)* etablierten Strukturen und Erfahrungen kollektiver Wissensproduktion auf. *movements* umfasst wissenschaftliche Aufsätze, die einem kollaborativen *double blind review* unterliegen, aber auch frühe Berichte und Aufsätze aus der Forschung sowie politische, analytische und konzeptionelle Interventionen. Die Beiträge sind überwiegend in deutscher Sprache. Die Zeitschrift erscheint auf unserer open access Webseite (CC BY-SA 4.0).

<https://movements-journal.org>

Vol. 6, Issue 1/2021

mOvements

Journal for Critical Migration and Border Regime Studies

Herausgeber_innen der Ausgabe

Ilker Ataç, Stefanie Kron, Lisa Riedner, Helge Schwiertz

Redaktion *movements*

Ilker Ataç, Katherine Braun, Fabian Georgi, Sabine Hess, Juliane Karakayali, Bernd Kasperek, Stefanie Kron, Simona Pagano, Philipp Ratfisch, Lisa Riedner, Helge Schwiertz, Simon Noori, Vassilis S. Tsianos

Die Zeitschrift *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* erscheint zweimal jährlich.

© 2021 Ilker Ataç, Stefanie Kron, Lisa Riedner, Helge Schwiertz sowie die Autor_innen der jeweiligen Beiträge

movements erscheint unter der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0. Die Texte dürfen bei Namensnennung (Autor_innen, Herausgeber_innen) und Verwendung der gleichen Lizenz geteilt und bearbeitet werden und zwar für beliebige Zwecke, auch kommerziell. Weitere Informationen: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.



Satz: Bernd Kasperek, Mathias Rodatz // typobotic.com
Korrektorat Englisch: Ahmed Saleh

ISSN 2509-8322 | ISBN 978-3-947870-07-3

Inhalt

Editorial

Ilker Ataç, Stefanie Kron, Lisa Riedner, Helge Schwiertz 9

Aufsätze

The Palermo Charter Process.

Towards the Recognition of Migration as a Human Right
Stefania Maffei 19

Everyday Struggles of Queer Refugees for Homemaking
Gonca Şahin 41

Von Bedrohungsszenarien und Grenzregimen.

Die Verschränkung von Flucht- und Terrordiskursen
Felicitas Qualmann, Enis Bicer, Lina Brink, Alejandra Nieves Camacho 65

Werkstatt

Nach dem Sommer.

Eine historisch-materialistische Analyse
migrationspolitischer Kämpfe in Deutschland nach 2016
Marie Hoffmann 89

Interventionen

- After Humanitarian Reason?
Formations of Violence, Modes of Rule and Cosmopolitical Struggles
at the »European Margins«
Jens Adam, Valeria Hänsel 105
- Der Europäische Pakt gegen Migration
Charles Heller, Bernd Kasperek 123
- Security Above the Law?
Germany's Pandemic Borders and Intra-European Free Mobility
Polina Manolova, Philipp Lottholz 137
- Betroffenheit als emotionaler Resonanzraum.
Chronologie eines Reflexionsprozesses
Esin Göksoy, Helena Grebner 151

Interview

- Without Community, There Is No Liberation. Ein Filmgespräch zu
Herausforderungen community-übergreifender Organisation
angesichts fortwährender rassistischer Gewalt und Krisen
Nadiye Ünsal, Jessica Korp, Tijana Vukmirović, Jasmin Eding, Sanchita Basu 167

Rezension/Ankündigung

- Helge Schwietz (2019): Migration und radikale Demokratie
Leoni J. Keskinliç 185
- Grenzregime IV (i.E): Von Moria bis Hanau – Brutalisierung und
Widerstand
*Valeria Hänsel, Karl Heyer, Matthias Schmidt-Sembdner,
Nina Violetta Schwarz* 193
- Autor_innen 199

Editorial

ILKER ATAÇ, STEFANIE KRON, LISA RIEDNER, HELGE SCHWIERTZ

Die Covid-19-Pandemie hat das Scheitern und den Rassismus der EU-europäischen und nationalstaatlichen Migrations- und Asylpolitiken auf unterschiedliche Weisen deutlich gemacht. Trauriges Sinnbild für die verschärfte Segregation von Geflüchteten ist das Hotspot Camp Moria auf der griechischen Insel Lesbos, das in den vergangenen Jahren wiederholt in den Fokus der internationalen medialen und politischen Aufmerksamkeit rückte. Bereits im März 2020 reagierte das Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) gemeinsam mit anderen Initiativen hierauf mit dem Aufruf »Aufnehmen statt Sterben lassen!«¹. Im September 2020 brach ein Brand im Camp aus, in dem anstatt der vorgesehenen 2.800 Menschen rund 20.000 Geflüchtete, unter meist menschenunwürdigen Bedingungen und ohne Chance auf ein faires Asylverfahren oder Zugang dazu, ausharrten. Nicht einmal die nötige medizinische Betreuung und hygienische Mindeststandards konnten die Verantwortlichen garantieren. Das anschließend eilig errichtete neue Camp auf dem ehemaligen Militärgelände Kara Tepe hat die Situation der dorthin gebrachten Geflüchteten noch weiter verschlechtert (vgl. Neumann 2020).

Für andere migrierende und flüchtende Menschen haben die pandemiebedingten Reisebeschränkungen und Grenzschließungen transnationale Lebensentwürfe durchkreuzt – so wurden Familienzusammenführungen ausgesetzt, ungezählte Menschen steckten und stecken auf den Migrationsrouten fest und kamen bzw. kommen nicht weiter. Die Regierungen schlossen die innereuropäischen Grenzen immer wieder ganz oder teilweise. Sie schränkten die Bewegungsfreiheit noch stärker ein.

In Deutschland und anderen Ländern wurden zudem Erstaufnahmeeinrichtungen und andere Sammelunterkünfte von Geflüchteten und Asylbewerber*innen abgeschottet und sogar mancherorts von Sicherheitskräften umstellt, insbesondere wenn Covid-19-Erkrankungen innerhalb der Camps und Unterkünfte auftraten. Die Bewohner*innen sahen sich ansonsten weitgehend sich selbst überlassen (vgl. Burschel 2020).

1 | kritnet.org

Auch in einigen Wohnblocks in Göttingen und im Berliner Stadtteil Neukölln, die »als ›infiziert‹ identifiziert wurden« (Bäckermann/Birke 2021) sowie in Unterkünften von Menschen, die in der Landwirtschaft und Fleischindustrie arbeiten, spielten sich ähnliche Szenen ab. Polizeilich bewachte Zäune materialisierten die räumliche und soziale Segregation. Der öffentliche politische und mediale Diskurs gab die Schuld an den Ausbrüchen den Bewohner*innen – die oft als Migrant*innen markiert sind – und setzte sie so als Bedrohung für die weiß-deutsche und bürgerliche Bevölkerung in Szene. Auf einer ähnlichen Klaviatur spielte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet, als er im ZDF am 17. Juni 2020 sagte, dass aus Rumänien und Bulgarien einreisende Beschäftigte für die großen Covid-19-Ausbrüche in der Fleischindustrie verantwortlich seien (vgl. Bulgarisches Frauen*kollektiv FemBunt 2020).

Gleichzeitig zeichnet sich auf programmatischer Ebene mit dem ›Neuen Migrations- und Asylpaket‹ der EU vom September 2020 eine Kontinuität anti-migrantischer Ansätze ab. Auch Abschiebungen in von bewaffneten Konflikten gezeichnete Länder, wie etwa Afghanistan, wurden nicht ausgesetzt, sondern inmitten der Pandemie weiter durchgeführt. Nicht zuletzt bedeutete und bedeuten die Pandemie und ihr Management für undokumentierte und mit prekärem Aufenthaltsstatus in der EU lebende Migrant*innen weitere, oft lebensbedrohliche, Verschärfungen ihrer schutz- und rechtlosen Situation. Allein in Berlin wohnen derzeit schätzungsweise zwischen 60.000 und 100.000 undokumentierte Menschen. Sie arbeiten meist ohne Arbeitsschutz und soziale Sicherung in schlecht bezahlten Jobs. Viele von ihnen haben mit Beginn der Pandemie ihre Arbeit und damit oft gleichzeitig ihre Wohnung verloren. Aus Angst vor Abschiebung meiden die Betroffenen auch den Gang zum Arzt im Falle einer Erkrankung (vgl. Volkant 2020). Die Kampagne »Legalisierung jetzt«², zu der sich im Oktober 2020 über 50 Berliner Organisationen zusammenschlossen, fordert, undokumentierte Personen zu legalisieren und den Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen.

Diese Forderung ist während der Pandemie indessen ebenso wenig erhört worden wie jene der inzwischen mehreren hundert bundesdeutschen Kommunen nach mehr Autonomie in migrations- und asylpolitischen Fragen, u.a. was die Möglichkeiten der kommunalen Aufnahme von Geflüchteten etwa aus Griechenland betrifft. Ende des vergangenen Jahres beschloss der Berliner Senat sogar, gegen Horst Seehofer zu klagen. Grund war die Weigerung des Bundesinnenministers, dem Berliner Landesprogramm zur Aufnahme von Geflüchteten zuzustimmen (vgl. Dernbach 2020). Auch

die Bundesländer Bremen und Thüringen sowie 200 deutsche Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Monaten öffentlich ihre Bereitschaft erklärt, über kommunale und Landesaufnahmeprogramme mindestens 5.000 der zehntausenden auf den griechischen Inseln untergebrachten Geflüchteten zu evakuieren und in Deutschland aufzunehmen. Das sind sehr viel mehr Menschen als die rund 1.500 besonders schutzbedürftigen Personen, deren Aufnahme die Bundesregierung 2020 zugesagt hatte (vgl. Kron 2021; Seebrücke 2020; Westdeutsche Zeitung 2020; Deutscher Bundestag 2020).

Doch die Zahl der Städte und Gemeinden in Europa, die sich wie die 200 bundesdeutschen Kommunen zu Sicheren Häfen, Städten der Zuflucht, Willkommensstädten und solidarischen Städten erklären, wächst kontinuierlich. Bürgermeister*innen, kommunale Verwaltungen und/oder zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen wie die Seebrücke in Deutschland treten für eine inklusivere und humanere Migrations- und Asylpolitik auf kommunaler Ebene ein. Und in vielen europäischen Ländern zeigt sich ein immer größer werdender politischer Dissens zwischen progressiven urbanen Räumen und abwehrenden Nationalstaaten, was Einwanderung und Asyl betrifft (Schwartz/Steinilper 2021). Der Journalist Christian Jakob ist sogar der Meinung, dass die Bewegungen solidarischer Städte einen Ausweg aus der Krise des europäischen Asylsystems bieten können, weil der nationalstaatliche Weg zur Aufnahme von Geflüchteten innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten weitgehend blockiert ist (Jakob 2020). Sind die solidarische Stadt und städtische Formen von Bürger*innenschaft (*Urban Citizenship*) also ein zukunftsweisendes Modell, das Flucht und Migration nicht als Gefahr und Problem, sondern als Teil einer Gesellschaft der Vielen rahmt?

Die in dieser Ausgabe von *movements* versammelten Beiträge sind unter den Bedingungen der Corona-Pandemie entstanden. Sie zeichnen ein komplexes Bild aktueller migrationspolitischer Entwicklungen – im Kontext der Pandemie und darüber hinaus: So analysieren sie die Reorganisierung des europäischen Grenzregimes und diskursive Verschiebungen seit dem »langen Sommer der Migration« im Jahr 2015 (Kasperek/Speer 2015). Darüber hinaus geht es um Konjunkturen des Rassismus und antirassistischer Kämpfe im Anschluss an die rassistischen Morde von Hanau im Februar 2020 sowie die jüngsten migrationspolitischen Entwicklungen im Kontext der Pandemie. Die Autor*innen werfen Schlaglichter auf Orte wie Palermo, Moria und Brüssel, auf Deutschland und die Türkei sowie auf transnationale Räume der EU. In ihrer empirischen Dichte zeigen die Beiträge dieser Ausgabe, wie vielfältig die Ansätze und Methoden einer kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung sein können: Neben etablierten narrativ-biografischen und historisch-materialistischen Ansätzen finden sich auch Esin Göksoys und Helena Grebners »Auto-Ethnografie der Af-

fekte«, in der sie die mehrfachen Krisen des Jahres 2020 aufarbeiten sowie Stefanie Maffeis' Rekonstruktion der transnationalen Zirkulation von Wissen um die Charta von Palermo (Orlando 2015).

Stefania Maffeis setzt mit ihrem Beitrag zum Palermo Charter Prozess an dieser Frage aus philosophischer und politiktheoretischer Sicht an. Ausgehend von Hanna Arendts Definition der Menschenrechte als dem »Recht, Rechte zu haben«, fragt die Autorin nach den verschiedenen situationalen Bedeutungen des Menschenrechts auf Migration und globale Bewegungsfreiheit, aber auch nach den konkreten Effekten auf EU-europäische Migrationspolitiken und soziale Bewegungen. Maffeis rekonstruiert im Sinne einer transnationalen Zirkulation des Wissens, wie und warum die während des »Sommer der Migration« 2015 von Palermos Bürgermeister Leoluca Orlando veröffentlichte *Charta von Palermo* (Orlando 2015), politischer Streitpunkt, aber auch positiver Bezugspunkt für Willkommensinitiativen, Bewegungen für solidarische Städte, institutionelle Netzwerke und parlamentarische Debatten in ganz Europa werden konnte.

Gonca Şahin lenkt mit ihrer sensibel recherchierten Studie »Home, Asylum and Identity Among Queer Refugees in Turkey« den Blick auf die Türkei, die im Rahmen Ihres Deals mit der EU Milliarden Euro für das »Containment« von Geflüchteten erhält. Containment bezeichnet den Versuch, flüchtende Menschen von der Weiterreise in die EU abzuhalten. Unter Rückgriff auf feministische und queere Perspektiven auf »home (making)« sowie mit Hilfe ethnographischer und narrativ-biographischer Methoden geht Şahin der Frage nach, ob und wie es queeren Geflüchteten u.a. aus Nordafrika und dem Iran gelingt, in Istanbul Orte zu erschaffen, die sie ihr – wenn auch prekäres – zu Hause nennen und die einen kreativen Schutzraum für ihre queeren Communities bieten können.

Gleich zwei Beiträge in dieser Ausgabe rekonstruieren mit unterschiedlichen Methoden und inhaltlichen Schwerpunktsetzungen die diskursiven Verschiebungen vom bundesdeutschen nahezu euphorisch pro-migrantischen »Sommer der Willkommenskultur« im Jahr 2015 hin zu anti-migrantischen und rassistischen Ressentiments, die insbesondere seit der Silvesternacht 2015/2016 in Köln begannen, die politischen und medialen Debatten in Deutschland zu bestimmen (vgl. Dinkelaker et al. 2021).

Der Aufsatz »Von Bedrohungsszenarien und Grenzregimen. Die Verschränkung von Flucht- und Terrordiskursen« von **Felicitas Qualmann, Enis Bicer, Lina Brink und Alejandra Nieves Camacho** setzt hier an. Die Autor*innen machen den nach rechts driftenden Umschwung des gesamten öffentlichen Diskurses 2015/2016 begreifbar, indem sie herausarbeiten, wie Migrations- mit Terrordiskursen verknüpft werden. Mit Hilfe diskursanalytischer und wissenssoziologischer Methoden sowie einer umfangreichen Materialbasis gehen Qualmann et al. der Frage nach, wie deut-

sche Tageszeitungen Migration und Terrorismus mehr oder weniger direkt in einen Zusammenhang stellten, wobei sie Flucht_Migration überwiegend als Bedrohung artikulierten. Abschließend erörtern die Autor*innen, wie sich die Spuren der von ihnen untersuchten Diskurse der Jahre 2015/2016 hin zu aktuellen Debatten um das Grenzregime weiter verfolgen lassen.

Der Werkstattbericht »Nach dem Sommer. Migrationspolitische Kämpfe und Kräfteverhältnisse in Deutschland seit März 2016« von **Marie Hoffmann** analysiert mit der hegemonietheoretisch informierten »historisch-materialistischen Politikanalyse« (Staatsprojekt Europa 2014), wie sich die Kräfteverhältnisse in Bezug auf Migrationspolitiken in Deutschland zwischen 2015 und 2020 verschoben haben. Auf der empirischen Basis einer qualitativen Medienanalyse identifiziert die Autorin vier Hegemonieprojekte (neoliberal, konservativ, sozial und links-/liberal) und analysiert die Strategien der jeweiligen Akteure im Kampf um Hegemonie im migrationspolitischen Feld. Die Analyse zeigt, dass rechts-konservative Kräfte und ihre anti-migrantischen Diskurse seit 2016 an Stärke gewonnen haben, während linke Akteure vor allem mit ihren Mobilisierungen während der entstehenden Willkommenskultur 2015 erfolgreich waren. Neoliberale Kräfte hingegen hielten bis März 2020, als die Türkei kurzzeitig ihre Grenzen »öffnete«, Geflüchtete teils regelrecht Richtung Griechenland abschoß und die türkische Regierung auf diese Weise mit dem EU-Türkei-Deal brach, an ihrem Projekt des »Migrationsmanagements« fest, allerdings mit wachsenden Konzessionen an konservative und rechte Kräfte, um mit diesen einen – wenn auch fragilen – Kompromiss zu finden.

Vier weitere Beiträge bilden wissenschaftlich-politische Interventionen in aktuelle Debatten und Diskurse im Feld der Migration. In Form eines Dialogs analysieren **Jens Adam und Valeria Hänsel** in ihrem Text »After Humanitarian Reason? Formations of Violence, Modes of Rule and Cosmopolitical Struggles at the European Margins« die Entwicklungen im inzwischen abgebrannten Camp Moria auf Lesbos. Moria und »Hotspots« auf anderen Ägäis-Inseln waren zunächst als Registrierungszentren errichtet worden, hatten sich aber in Freiluftgefängnisse verwandelt. Adam und Hänsel zeigen auf, wie sich die Lebensbedingungen in diesen politisch produzierten Ausnahmezonen in Zeiten von COVID-19 weiter verschlechterten. Die Autor*innen diskutieren, wie die spezifische Situation in Moria erfasst und zugleich auf umfassendere Entwicklungen und theoretische Debatten zu Grenzen, Gewalt, und einer Politik des Sterben-Lassens bezogen werden kann. Entgegen eurozentristischer Konzepte und Methodologien entwickeln sie eine analytische Perspektive, aus der Europa als dezentralisierter fragmentierter Raum begreifbar wird. So analysieren Adam und Hänsel, dass die »Hotspots« nicht einfach Orte an den geografischen Außengrenzen der EU sind, sondern politisch zu europäischen Rändern gemacht und als

solche marginalisiert werden. Beteiligt daran sind auch UN-Organisationen, Hilfswerke und NGOs. Die Autor*innen diskutieren deshalb abschließend die Frage, ob sich der Humanitarismus durch diese Instrumentalisierung humanitärer Organisationen selbst beseitigt bzw. immer schon die Marginalisierung und Exklusion von Menschengruppen legitimierte.

In ihrem Beitrag »Der Europäische Pakt gegen Migration« analysieren **Charles Heller** und **Bernd Kasperek** den antimigrantischen Politikansatz des ›Neuen Migrations- und Asylpakets‹ der EU, der zwar einen neuen Mechanismus der flexiblen ›Lastenteilung‹ zwischen den EU-Mitgliedsstaaten anbietet, insgesamt aber darauf ausgerichtet bleibt, die meisten Migrant*innen aus dem Globalen Süden um jeden Preis fernzuhalten. Er bietet keine Aussicht auf ein Ende des anhaltenden Mobilitätskonflikts, der sich zwischen den Bewegungen der Migration und der restriktiven Migrationspolitik der EU aufbaut. Heller und Kasperek argumentieren deshalb, dass ein anderer Pakt notwendig sei: ein Pakt mit Migrant*innen, der von der Realität der Migrant*innenbewegungen ausgeht und einen Rahmen für ihre Entfaltung bietet, während er gleichzeitig auf die systemischen Bedingungen, die Menschen zur Flucht veranlassen, sowie die Ursachen des europäischen Rassismus reagiert.

Polina Manolova und **Philipp Lottholz** analysieren in ihrem Beitrag »Security Above the Law? Germany's Pandemic Borders and Intra-European Free Mobility« die Grenzkontrollen, die die Bundesregierung im Frühjahr 2020 als Maßnahme gegen die Ausbreitung von Covid-19 einführte, als »spectacle of security«, welches mehr der Zurschaustellung von nationalstaatlicher Souveränität als der Pandemiebekämpfung diene. Die Autor*innen beschreiben exemplarische Grenzsituationen am Frankfurter Flughafen, in denen transnationalen Migrant*innen aus Bulgarien die Einreise verwehrt oder mit Anmelde- oder Beschäftigungsnachweisen, die nicht alle organisieren konnten, schließlich doch erlaubt wurde. Auf diese Weise werden Grenzsituationen als Orte der Auseinandersetzung greifbar, die transnationale Lebensentwürfe durchkreuzen, aber in denen auch solidarische Netzwerke und Kämpfe um Rechte entstehen können.

Der Text »Betroffenheit als emotionaler Resonanzraum. Chronologie eines assoziativ-dialogischen Reflexionsprozesses« von **Esin Göksoy** und **Helena Grebner** ist nicht nur eine Intervention in aktuelle Debatten, sondern auch eine innovative methodologische Intervention. Der Beitrag lässt sich als Auto-Ethnographie der Affekte beschreiben und plädiert für einen emotionalen Zugang in den Sozialwissenschaften und eine assoziativ-dialogische und kollaborative Perspektive auf Wissensproduktion in Krisenzeiten. In Form von Dialogen, Selbstreflexionen und Selbstbeobachtungen schreiben die Autor*innen eine rassismuskritische Chronologie ihrer Emotionen, Gedanken und Gespräche, die das Scheitern des EU-Türkei-Deals, die ›Öffnung‹ der

türkischen Grenze und die Schüsse auf Geflüchtete Anfang 2020 mit den rassistischen Morden in Hanau im Februar 2020 und dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 verbindet und in einen transnationalen Zusammenhang bringt.

Das einen Monat nach den rassistischen Mordanschlägen in Hanau geführte Interview »Without community, there is no liberation – Ein Filmgespräch zu Herausforderungen community-übergreifender Organisation angesichts fortwährender rassistischer Gewalt und Krisen« thematisiert rassistische Konjunkturen und antirassistische Strategien. **Jessica Korp**, **Nadiye Ünsal**, und **Tijana Vukmirović** unterhalten sich darin ausgehend von der gemeinsamen Arbeit an einem Dokumentarfilm mit **Jasmin Eding** und **Sanchita Basu**, die seit den 1980ern antirassistische Kämpfe führen, über ihre Erfahrungen mit selbstorganisierten und insbesondere *Community*-übergreifende Bewegungen von Migrant*innen.

Last but not least rezensiert **Leonie Keskinilic** Helge Schwierz' Monografie, in der dieser, ausgehend von der Untersuchung politischer Selbstorganisationen von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA, einen Begriff der »Demokratie als Praxis« entwickelt und Debatten zu radikaler Demokratie und zu Migrations- und Grenzregimen miteinander verbindet.

Petja Dimitrova untersucht und verbindet in ihren drei Zeichnungen aktuelle gesellschaftspolitische Diskurse, soziale Kämpfe, emanzipatorische Praxen und utopische Lebensmodelle. Sie setzt das Medium als künstlerische, aktivistische und communitybezogene Arbeitspraxis ein. An der Schnittmenge von politischer Artikulation und Selbstausdruck verknüpft sie kritische Gesellschaftsdiskurse mit solidarischer ästhetischer Praxis. In den drei Motiven markiert sie unterschiedliche Mobilisierungsformen, -kräfte und Bewegungen gegen Formen der rassistischen Gewalt. Es handelt sich um Kollagen von medial bekannten Bildern/Ereignissen, die durch eine kritische Aufarbeitung neu konstruiert wurden, um die gesellschaftliche Ambivalenz der jeweiligen emanzipatorischen Bewegungen und die Widersprüchlichkeiten aufzuzeigen.

In der ersten Zeichnung vermittelt sie durch die Darstellung des Brandes in Moria die kontroversen politischen und gesellschaftlichen Positionierungen um das Recht auf Schutz, auf Leben sowie auf Gesundheitsversorgung für Menschen auf der Flucht an den Grenzen Europas. In der zweiten Zeichnung geht es um die Sichtbarkeit der *Black Lives Matter*-Bewegung als eine globale antirassistische Bewegung, die mit lokalen Kämpfen um Denkmal- und Gedenkpolitiken im öffentlichen Raum in Verbindung gebracht wird. Im Zentrum der dritten Zeichnung steht die Bewegung um Aufklärung und Gedenkpolitik zu den rassistischen NSU-Morden.

LITERATUR

- Buckel, Sonja / Graf, Laura / Kopp, Judith / Löw, Neva / Pichl, Maximilian (Hg.) (2021): Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015. Zur Transformation des europäischen Migrationsregimes. Bielefeld.
- Bulgarisches Frauen*kollektiv FemBunt (2020): Offener Brief an Armin Laschet. URL: fembunt.org [18.08.2021].
- Burschel, Friedrich (2020): Asyl als Falle. Staatlicher Rassismus im Umgang mit Geflüchteten in der Corona-Krise. In: Webdossier Rosa-Luxemburg-Stiftung. URL: rosalux.de [18.08.2021].
- Orlando, Leoluca (2015): Charta von Palermo 2015. Internationale Freizügigkeit von Menschen. URL: comune.palermo.it [18.08.2021].
- Dernbach, Andrea (2020): Berliner Senat klagt jetzt gegen Seehofer. *Der Tagesspiegel* vom 18.11.2020. URL: tagesspiegel.de [18.08.2021].
- Deutscher Bundestag Drucksache 19/24205 (2020). URL: dip21.bundestag.de [18.08.2021].
- Dinkelaker, Samia / Huke, Nikolai / Tietje, Olaf (Hg.) (2021): Nach der »Willkommenskultur«. Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität. Bielefeld.
- Jakob, Christian (2020): Besser weiter machen. *Jungle World* vom 22.10.2020. URL: jungle.world [18.08.2021].
- Kron, Stefanie (2021): Solidarische Städte, eine Alternative zur gescheiterten EU-Asylpolitik?« In: Hänsel, Valeria et al. (Hg.): Von Moria bis Hanau. Brutalisierung und Widerstand. Grenzregime IV. Berlin (im Erscheinen).
- Neumann, Mario (2020): Keine griechische Tragödie. *medico international*, 09.09.2020. URL: medico.de [18.08.2021].
- Schwiertz, Helge / Steinhilper, Elias (2021): Countering the Asylum Paradox Through Strategic Humanitarianism: Evidence from Safe Passage Activism in Germany. In: *Critical Sociology* 47(2).
- Seebrücke (2020): seebruecke.org [08.10.2021].
- Volknant, Patrick (2020): »Ich bete jeden Tag, dass es mich nicht erwischt«. Was die Pandemie für undokumentierte Migranten bedeutet. *Der Tagesspiegel* vom 13.12.2020. URL: tagesspiegel.de [18.08.2021].
- Westdeutsche Allgemeine Zeitung – WAZ (2020): Flüchtlinge. Regierung will Kinder und Jugendliche aufnehmen. WAZ vom 09.03.2020. URL: waz.de [18.08.2021].

Aufsätze

The Palermo Charter Process

Towards the Recognition of Migration as a Human Right

STEFANIA MAFFEIS

Abstract: Reflecting on the effects of the long summer of migration of 2015 in the European mobility regime, this article analyses the emerging idea of a human right to global mobility, its different meanings and effects on migration policies and movements since 2015. The analysis focuses on the circulation of the Charter of Palermo, a text signed by the Mayor of Palermo Leoluca Orlando in 2015 at the end of a public communal conference. The Charter has become an important reference, for welcoming movements and organisations participating in the international network *solidarity cities*, as well as for institutional and parliamentary debates at both local and transnational levels. The first part of the article explains the situational understanding of human rights I endorse, leaning on the Arendtian formula of the “right to have rights” along its recent agonistic interpretation in the field of political theory.

Keywords: Human rights, global mobility, right to have rights, Palermo Charta, long summer of migration

»To traverse the world; to take the measure of the accident represented by our place of birth, with its weight of arbitrariness and constraint; to wed the irreversible flow comprising the time of life and existence; to learn to assume our status as passersby as the condition, in the last instance, of our humanity, as the base from which we create culture—these are perhaps, ultimately, the most untreatable questions of our time [. . .]«
(Achille Mbembe, *Necropolitics*).

Almost six years after the »long summer of migration« (Hess et al. 2017), it seems possible to formulate some long-term reflections on the current state and the development trends of the European migration regime. This regime is since then suffering a deep humanitarian and political crisis, and it is surely moving towards a gradual erosion of minimal humanitarian standards. By way of bilateral agreements with North African and Middle Eastern countries, migration and asylum policies have been progressively outsourced to the EU external borders. Refugees are imprisoned in transit

centres under intolerable living conditions, or they are pushed to take extremely dangerous routes through the Mediterranean Sea (Amnesty International 2020). Even though the number of drowned and dead migrants remains very high, nearly 1,200 deaths only in 2020 (UNHCR 2021), the European political debates concentrate on the problem of the fair distribution of refugees over the different EU countries, rather than on finding effective measures for the protection of these refugees. And within the fairness debate, the perspective of the migrants, their needs and their aspirations, are not at all considered. Furthermore, migrants are treated as hostages in a war between national powers.

The long summer of migration was not only followed by a more repressive and inhumane migration policy (Soykan 2017; Pichl 2017; Heller/Pezzani 2017), but it also initiated a series of new welcoming and solidarity mobilizations with and of migrants, across their different countries of departure, transit, and arrival. These mobilizations adopted and developed a human rights language to both articulate the experiences of injustice provoked by the existing European mobility order, and qualify alternative visions and policies of migration (della Porta 2018). Since 2015, the idea of free global movement as an inalienable human right or, to quote the historian and political theorist Achille Mbembe, as the very condition “of our humanity” (Mbembe 2019: 186), is getting more and more crucial. This right challenges the borders of Europe and inspires processes of social transformation. It also invigorates a new sense of global solidarity, one that is no longer intended as an act of courtesy of self-proclaimed sovereign subjects towards stigmatized vulnerable people, but as a practice of transnational democracy and *cohabitation*. Solidarity thus means the sharing and forging of common, punctual spaces of action and deliberation by persons with equal rights and chances, independent from their formal citizenship status (di Cesare 2017).

The present article interrogates the emerging idea of a human right to global mobility, its different meanings and effects on migration policies and movements since 2015. The interrogation will be primarily inductive, focusing on the circulation pathways of the text of the Charter of Palermo (Orlando et al. 2015). Written in March 2015 as a result of the public municipal conference «Io sono persona» (I am human) in the capital of Sicily, the text defines, or better declares, the human right to international mobility. Since 2015, the Charter is circulating in different social fields and countries. Thanks to its circulation, the Charter has already become an important reference for welcoming movements and organisations participating into the international network of *solidarity cities*, as well as for institutional and parliamentary debates at both local and transnational levels.

This specific case study is particularly exemplary of ways of prefiguring and enacting transnational democratic orders. It also illustrates the situational character of human rights, which I endorse. Based on this understanding, human rights are not primarily universal moral and/or codified norms; they are rather circulating ideas – and I will specify soon what those ideas are – whose meanings and effects arise out of the different practices in which they are bargained, used and translated in specific historical and social contexts. This situational understanding is especially relevant in the case of emergent human rights, which have not (yet) been codified, like the one to global mobility. Before the anchoring of its meaning and norms in a legal document, the human right can at best be grasped along different practices and contexts of its formation and diffusion. Further, the situational understanding and the empirical analysis of human rights as circulating ideas address more broadly their political and critical character, which I will first briefly introduce.

HUMAN RIGHTS AS CIRCULATING IDEAS

To assert that the human right to global mobility is an idea seems to put in question its validity and relevance, for an idea is not legally binding, which puts further in doubt its power to change or stop the humanitarian political crisis we are experiencing. In fact, not only is the individual right to free global movement not yet codified, it also collides with the sovereignty of national states concerning border control and membership. In fact, there is de facto no codified human right to immigrate or to free global movement, even though there is a series of individual human rights that limit state sovereignty, such as the right to seek asylum (art. 14 of the Universal Declaration on Human Rights, UDHR of 1948 and art. 18 of the European Human Rights Convention, EHRC of 2000), the right to emigrate and to re-emigrate (art. 13 of the UDHR), and the right to be recognized as a legal person and to change citizenship (art. 6 of the UDHR).¹ Also, the specific meaning of the right to free global movement, even in Mbembe's sense of a basic human condition, is not immediately clear: does it entitle one to simply cross national borders, or to also become a member of the crossed states, i.e. to participate in its political community and benefit from social

1 | Several critical contributions have been made to the logical discrepancy between free movement within a state (which is a codified human right) and free movement between different states (which is not a human right). Another logical asymmetry has been criticized between the codified right to emigrate, to which any right to immigrate corresponds. See especially Carens 1987, Benhabib 2006, Oberman 2013, and for an overview Maffei 2019a.

rights? And if this right is grounded on a human condition, necessary for the existence of all people, is it then natural? Do all human beings possess it individually, independently from their relation to one another, or to social and political orders? I will later in this article come back to the meaning and the status of free global movement as a fundamental human condition. In fact, the human condition should not be confused with a natural or essential human predisposition; it should rather be conceived as a fact: the fact of the distinctness and relationality of all existing beings. My point is here that even though the right to free global movement is not a law, it has nonetheless, as a circulating idea, a compelling power. It is the power to enable people to criticize existing political orders they experience as unjust, and it is also the power to open up the space for envisioning alternatives. The right as an idea enables the contestation of the dominant regime that governs migration as an exception and a security problem. It empowers the articulation of alternative approaches to migration that consider it as the transformative drive, the norm, and not the exception to our globalized societies.

The human right to global mobility has not the compelling power of a moral imperative, which exists, or pre-exists, independently from its empirical reality, and rules the actors like a rational intention, a principle, or a last goal outside their actions. On the contrary, as a circulating idea, this right is primarily a result, or an artefact, of social practices. Along a definition borrowed from the sociology and the history of political thought as well as of science, this idea can be very broadly considered as a linguistic element or an enunciation. Through its articulation and diffusion (declaration, publication, interpretation, translation) in different social fields (political, cultural, economic) and genres (narrative, scientific, political, legal) as well as in different linguistic and geographical spaces, this enunciation progressively acquires the status of a collective political problem, and eventually of a codified norm.² Circulation means therefore transformation and repetition; the content and the validity of the circulating idea is conditioned and structured by the contexts in which it travels. And through its circulation, this idea comes actively to terms with its contexts, reflecting and challenging their borders. Also, through its circulation, the idea becomes more general and universal, in the sense of more translatable.³ The specific meaning and normativity, the power of the idea of a human right to global mobility, cannot thus be

2 | On the formation of discursive elements out of enunciations, see Foucault 1969; on the status of political ideas in terms of enunciations, see Skinner 2002; on their meaning of, and function as, collective problems, see Latour 1999 and 2004.

3 | For a further discussion on human rights as travelling ideas, and related translation issues see Lynn 2007, Bachman-Medick 2012 and Merry/Levitt 2017.

considered separately from the social practices and contexts in which it is born and through which it travels. The analysis of this human right will therefore focus on the actors (persons and institutions) involved in its circulation, on the organization of its social fields of circulation, on the media and practices of its enunciation, limitation and diffusion, on the transformation it gains through its circulation, as well as on the transforming effects it exercises on its social fields.

What is said in relation to the particular human right to mobility should be generalized. In fact, the approach I endorse highlights the performative dimension of human rights in general. As Joseph Hoover formulates it, human rights are not important for what they mean or for their normative grounds, but for what they do, or what is done with them (see Hoover 2016: 3f.). As circulating ideas, human rights are performative speech acts, both socially situated and situative: situated because they are framed and conditioned by the contexts of their enunciation, by existing laws or traditions, and situative because, on the basis of a very open and unspecific sense of humanity and equality, they become instruments of contestation of those existing laws and traditions and, in so doing, they acquire their specific, contingent meaning. In this sense, human rights are political tools of articulation of experiences of injustice and of contestation of excluding orders (Kreide 2016). It is primarily in situations of contestation—when new actors, affected by discrimination and exclusion, become visible and change the composition of the social orders they contest—that the performative, political power of human rights emerges. This political, and critical, power goes beyond, and in certain cases even against, codified human rights that cannot protect people against their exclusion from the public sphere (Rancière 2004).

The figure of the »right to have rights«, first formulated by Hannah Arendt immediately after the first Universal Declaration of Human Rights and highly debated in the last two decades, condenses, in suggestive and precise manner, the critical power of human rights, and addresses, in particular, the perspective of migration. The point of departure for Arendt is the critique of the effectiveness of human rights in protecting all those people who, between the two world wars and especially during and immediately after world war two, were made stateless by their countries of origin. At that point, it became evident that human rights have no coercive power, not even upon the states of arrival, which are supposed to protect them. Because in a world of national states only citizens, and not humans, can gain protection and rights. The only effective human right to fight for, wrote Arendt, is the right to have rights, the right »to belong to some kind of organized community« (Arendt 1958: 297).

The dominant position the in current political theories of migration interprets Arendt's right to have rights as an absolute right to citizenship, as a moral duty that should be granted by all nation states worldwide. This duty could inspire deliberation

and consensus-oriented processes between different states, and produce, as a result of these processes, supranational rules and institutions bounding state sovereignty to the moral imperative of citizenship (Benhabib 2006). This interpretation has the advantage of clearly defining what the right to have rights is. But I believe that Arendt's formula, which she herself did not explain much further, can gain more critical and normative power if it is considered as a circulating idea, rather than as an absolute moral imperative. The right to have rights is for Arendt in itself undefined; it gets its specific meaning only in situations where it is contested or claimed. Arendt defines it only negatively, from the perspective of those who lost it. Rightlessness is not, for her, the loss of some particular social rights, but the loss of the human condition of plurality and relationality, the deprivation of the possibility to be recognized as a person with competences and experiences, opinions and responsibilities, as a person who matters, acts, speaks, and is heard (Arendt 1943). It is in this situational meaning that the right to have rights can be understood as the right to citizenship. Positively defined, it corresponds to the right to political action, rather than to formal membership in a nation state. For Arendt, "to act" primarily means to break existing and obvious rules, and to begin something anew in a public space (Arendt 1958/98: 175–180, 199–206). Arendt conceived the public realm on the model of the ancient Greek polis, of the commune at the beginning of the French revolution, of the town-hall meetings during the American revolution, of the soviet councils during the Russian revolution, and of the *Räte* during the German revolution (Arendt 1964: 232–281). In their revolutionary moments, these different municipal councils shared some basic characteristics: they were organized at local level along the principle of »isonomy«, i.e., along the absence of rules (ibid.: 30); and they were »spaces of freedom« (ibid.: 264), signifying that their members are equally involved in political actions or discussions, independent from the privileges assigned to them at birth.

Intended as a right to action, the right to have rights is not governed by pre-political moral imperatives. Moreover, in line with the situational understanding of human rights, the right to have rights is *taken* through dissensus oriented action, when existing norms, laws and tradition are broken, and a new political order is conceived and envisioned as possible. Thus, the political situational power of human rights, endorsed here, corresponds to the agonistic, non-normative interpretations of the Arendtian formula suggested by political theorists like Jacques Rancière (2004), Bonnie Honig (2006), Etienne Balibar (2007), and more recently Ayten Gündoğdu (2015).⁴

4 | For an overview of the different interpretations of the right to have rights, see Maffei 2019b: 449–460. For an agonistic interpretation of the right to global mobility, see Heller/Pezzani/Stierl 2019.

This understanding frames the political dimension of human rights as an issue of transnational democracy and radical cosmopolitanism: the critique of existing unjust orders and the articulation of possible alternatives occur when people who are generally deprived of their right to action (the rightless and the stateless in the words of Arendt, or those who have no part, as Rancière puts it) enter the political sphere, become visible, and in so doing take part in the *demos*, changing its composition. This entrance creates a new situation of co-dependency between actors who were in asymmetric relationships to each other, like the citizens and the non-citizens. The human right to free global movement can thus be understood as a right to cohabitation that is based on the sharing of a common space of action, which is locally situated but transnationally organized. This right is enacted in situations of global solidarity and radical cosmopolitanism, when the perspective of the rightless, of the non-citizen or aliens, becomes the central starting point for imagining and enacting an alternative global order (Baban/Rygiel 2020: 15; Balibar 2017). In the following second session, I explore how the idea of a human right to free global movement can criticize the dominant view on migration policies, and whether it is able to envision effective forms of global solidarity and radical cosmopolitanism.

DECLARING THE RIGHT TO FREE GLOBAL MOVEMENT: THE PALERMO CHARTER

At the end of the conference »Io sono persona« (I am human), which took place in Palermo between 15 and 16 March, 2015, a statement was issued, immediately translated in different European languages, and made accessible online on the official website of the Palermo city council. The statement was published by the mayor of Palermo, Leoluca Orlando, together with different NGOs (among them Amnesty International and Emergency), local authorities (the organization of Sicilian councils of Sicily and the cultural administration of Palermo), scholars and scientists from different Italian universities, and the High Commissioner of the United Nations of Refugees (UNHCR) (Orlando et al. 2015).

The statement appears to the reader as a sort of a human right declaration, a compelling document, carrying and performing its message with the binding force of law. This impression is communicated starting from the title: »International Human Mobility. Charter of Palermo 2015. From Migration as Suffering to Mobility as an Inalienable Human Right«. The statement is called a »Charter«, like a bill of rights, a judicial act. However, the title also confronts the reader immediately with the situational character of the statement and of the declared right. The right to mobility is

not proclaimed as a fact, but as an unfinished project: »From Migration as Suffering to Mobility as an Inalienable Human Right«. The statement thus uses the genre of the Charter in order to promote a new understanding of migration, one that is not an exception, but the norm of our world, not a privilege, but an unconditioned, universal right for all. The Charter mobilizes the agonistic, situational dimension of the human right to mobility, its value as a circulating idea, as an instrument of contestation. This critical, narrative character of the declaration is also visually recognizable in the pre-title of the Charter: »Io sono persona« (I am human). The word *persona* is placed on the cover picture against a big fingerprint, the latter symbolizing the technocratic European mobility regime.⁵ The fingerprint, an instrument of personal identification, of assigning a certain body to a certain territory without considering the interests and desires of the fingerprint owners, corresponds to the idea of migration as suffering and is contrasted by the word *persona*, which reminds one of the active, non-objectified subject of international human mobility.

The narrative character of the declaration, and the agonistic dimension of the declared right, repeatedly occur throughout the text. The Charter defines the human right to mobility both as an inalienable right and an instrument of contestation of the current global mobility order. International mobility is the inalienable human right to choose »where to live, to live better, and without dying« (Orlando et al. 2015: 2). Thus, it corresponds to the fundamental human right to personal self-determination and to life. The right to global mobility is also intended as an instrument for overcoming the unequal distribution of mobility that is based on one's country of birth. Finally, this right is meant to contrast with the dominant paradigms of security and emergency advanced by the global migration regimes, and to demand the recognition of the migrant as a person, not as a »social burden«, a »resource consumers«, or the carrier of a specific status (ibid.: 4). The Charter formulates moreover some concrete legal and ethico-political steps toward the recognition of the right to mobility. It recommends the abolition of the residence permit and the implementation of »policies and practices that foster mutual understanding, equal treatment and democratic participation« (ibid.). The abolition of the residence permit should not be considered as a simple slogan or a utopia, nor should the Charter be seen as such. They should

5 | During 2015, the fingerprint procedure, introduced by the Dublin agreement of 2003, was already beginning to collapse. The first countries of arrival at the European borders began to be overwhelmed by the increasing number of asylum applications following the Arab Spring. Protests by migrants who wanted to reach their desired countries of arrival became louder, for example through the protest »No fingerprint!« in Lampedusa (see Kasparek 2016: 14f., 21f.; Scherer 2015).

both be seen as a possibility to build alternative policies of migration, such as the implementation of safe entry channels for people fleeing from wars, natural disasters, poverty, and persecution. The Charter considers the abolition of the residence permit as a mean to developing new forms of transnational democracy, intended as the mutual respect and cohabitation between co-citizens, the promotion of their equality, the active participation of all inhabitants in the definition and governance of public concerns. The concept of an everyday respectful, and solidary cohabitation at local level is put in contrast with big »ideological advocacies or assimilation processes« (ibid.), and described as a more effective way of realizing social security and peace.

Instead of addressing the right to global mobility to an unspecific universal humanity, like many human rights declarations do, the Charter addresses the national and transnational institutions responsible of the current European mobility regime. The EU is thus the main addressee, and the Charter is clearly written from a European perspective. It calls upon the democratic principles and instruments of the EU as a »union of minorities« without predominant national or religious identity (ibid.: 3). The Charter defends the Geneva refugee convention of 1951, the UDHR, the ECHR, and the different national European constitutions promulgated after world war two, especially the Italian one (ibid.). It declares as illegitimate the process of externalization of the right to give asylum and all attempts at blocking migrants outside the jurisdiction of the European countries. As a practical alternative to this externalization process, the Charter suggests implementing legal entry corridors and temporary permits in the different European countries, not only to asylum seekers but also to all migrants looking for better living conditions, so as to counteract the actions of »out-laws« (smugglers), who provide until today the only possible entry channel (ibid.: 6).

The Charter, thus, is a human rights declaration *sui generis*. It announces a not yet self-evident, and a not-yet codified right, to be achieved only through long-term multilevel interventions and policies. Nevertheless, the Charter narrates an already ongoing recognition process of this right, and urges that it is immediately recognized, as if it already existed: »It is equally clear that there's the need to act right now »as if« mobility already were an inalienable human right« (ibid.: 3). From the perspective of Kant's practical philosophy, the Charter is calling for an »as if« policy of a human right to global mobility, for the diffusion of this right as an idea and a vision for global solidarity, so as to realize, at some point in the future, a situation where the universality and inalienability of a human right to global mobility is finally codified and considered self-evident. But before looking at some examples of the »as if« policies inspired by the Charter, we need first to understand who wrote it and in which situation.

THE DECLARATION AS A COLLECTIVE NARRATION

Let me go back to the status of the Charter as a conference joint statement. »Io sono persona« was mainly organized by the municipal council of Palermo, represented by the mayor Leoluca Orlando. Born in 1947, a trained lawyer, a former Christian, and today a social democrat, Orlando was elected mayor of Palermo for the first time in 1985, and he is now in his fifth term in office. Before that, he had been elected as a deputy in the Sicilian, the Italian, and the European parliaments (Bauder 2019). Besides the municipal council, other subordinate committees of Palermo were among the organizing partners of the conference, in particular the Council of Solidary Citizenship and the Council of Cultures. The first one was established in 2007, and is responsible for granting access to social services and rights to all inhabitants of Palermo, especially to vulnerable people, like migrants, unaccompanied minors, disabled and ill persons (Comune di Palermo 2019). The Council of Cultures, on the other hand, goes beyond policies of social facilitation, and it has a stronger political impact on the democratic participation of the inhabitants of Palermo. Citizens can vote or be elected to the Council of Cultures, regardless of their origins, residence status, or political orientation. In 2015, some elected members were from Senegal, Morocco, Russia Bangladesh and Poland.⁶ The council has decision power in all the administrative domains pertaining to the city and the region, and not only to those concerning migration policies. Along this policy, the political participation of all inhabitants of Palermo, and their rights to vote and to be elected independently from their formal residence status, have been extended at least at a municipal level (Kron 2017: 85–86). The Council of Cultures represents a concrete example as an institution of transnational democracy, in the Arendtian sense a »space of freedom«, in which the right to have rights can be exercised. The Council enables the residents to organize as citizens and actively conceive of the place in which they live, irrespective of their national identity or formal citizenship status. This kind of transnational democracy actualized at a local level corresponds to the concept of »urban citizenship« (see Lebuhn 2017) and to the »right to the city« (see Lefebvre 1968/1996; Balibar 2003: 31–50): the political participation in the public concerns of a city

6 | Since 2018, the Council of Cultures has been organized in seven different geographical areas: Central Asia, East and West Asia, North Africa, East and West Africa, Europe, South and North America, and Oceania. The 21 members of the council come from Bangladesh, Pakistan, Sri Lanka, Jordan, the Philippines, Algeria, Tunisia, Ghana, Cap Verde, Mauritius, Brazil, Cotes d’Ivoire, Poland, and Romania (Comune di Palermo 2018).

(housing, education, transport, work, culture, etc.) is fostered as a basic human right that transcends national identities and citizenship status.

Beyond the already mentioned local authorities, other political representatives spoke at the conference, among them the representative of the Southern European region of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), the chief of the Italian Immigration Department of the Italian Minister of Interior Affairs, the police, the coast guard chiefs of Palermo, and the Network of the Sicilian Municipal Councils (ANCI). The captain of the Italian coast guard boat *Diciotti* also intervened.⁷ But the majority of the speakers came from fields other than the political or the executive. Some of them were university scholars, writers, journalists, theatre dramatists and filmmakers. Others worked in small grassroots associations and non-government organizations (NGOs). All these different actors were of course not the direct authors of the Charter, but they eventually built a collective authorship.

Looking at the conference schedule, it is clear that the event was meant to be a crucial step toward a redefinition of migration as an inalienable human right against the predominant emergency and security logic: the interventions were not only informative about the legal and political situation of the migrants and of the European migration regime, especially in Sicily; they also contributed to the creation of a new imaginary, based on the oral testimony about migration and welcoming experiences, and on the exchange of different knowledge and cultural practices (Comune di Palermo 2015).

THE CONTEXTS OF THE DECLARATION

To understand and reconstruct the steps that led to the Palermo Charter, we need to further contextualize the situation and consider the migration policies and movements in Palermo before 2015. Being the capital of the autonomous Sicily region,⁸ located

⁷ | The *Diciotti* was to unfortunately become well known three years later, in the Summer of 2018, as the former Italian far-right Minister of Interior Matteo Salvini refused to disembark around 140 migrants in the port of Catania, coming mainly from Eritrea and Somalia. They were rescued before the coasts of Lampedusa. The migrants were trapped for more than a week on the boat, until different countries declared their willingness to accommodate different quotas (Tondo 2018).

⁸ | The legislative, administrative, and fiscal autonomy of Sicily, together with four other Italian regions within the Italian state, and in the frame of the Italian constitution, was recognized in 1946 in guise of a compromise with independentist and separatist movements.

at the Northern borders of the island, and the fifth biggest Italian city, Palermo plays a major role as the nearest *place of safety* for search and rescue operations occurring on the Central and Western Mediterranean routes.⁹ After October 2013, as 366 migrants drowned in a boat accident next to the coasts of the Sicilian island, Lampedusa, Palermo declared itself a *sanctuary city*. The accident of Lampedusa was a turning point for the European migration regime: the island became the symbol of the tragedy of EU border control policies, but also a border space of contestation and reflection on alternative policies of migration and citizenship (Puggioni 2015; Cuttitta 2014).¹⁰ One result of this reflection process was the publication, in February of 2014, of the Charter of Lampedusa, a document similar to the Palermo Charter, but the first is mainly written by activist associations and NGOs, demanding the demilitarization of migration control policies and proclaiming the right to free global movement, the right to stay, to choose where to live, and to resist discrimination (Melting Pot Europa 2014). In the spirit of the Lampedusa Charter, Orlando expressed, in several public interventions on Lampedusa, his critique of the EU migration regime, the Italian migration laws, and in particular to the instrument of the residence permit (AAVV 2013).

As if it were a bastion against the Italian and European fortress, Orlando declared and promoted Palermo as a model of a *sanctuary city*, meaning that migrants are welcome, and that in Palermo there are no migrants, only Palermitani, all treated as equal citizens regardless of their origin and residency status. Orlando linked migration issues with those of criminalization, asserting that in avoiding exclusion and discrimination, Palermo had become also safer from violence and exploitation (Kirchgaessner 2015). The character of the Orlando statements was not only symbolic, since the vision of Palermo as a sanctuary city was grounded on concrete measures and practices. Additionally, along with the already mentioned implementation of the inhabitant's political participation and access to social rights through the institution

9 | On the legal figure of the *place of safety*, see Moreno Lax 2011: 194–220 and Vassallo Paleologo 2018.

10 | At that time, a humanitarian shift in the European migration policy seemed to be achievable. The Italian government decided after the accident of Lampedusa to start the rescue operation *Mare Nostrum* in order to prioritize the saving of human lives over border control imperatives. But the operation was of short breath. Italy was not only overwhelmed by the increasing arrival of migrants from the Arab Spring countries, but also unable to sustain the costs of *Mare Nostrum* on its own. Instead of supporting *Mare Nostrum*, the EU replaced it in February 2014 by the Frontex operation, *Triton*, which reprioritized border control over humanitarian and rescue policies (Kasperek 2016: 30f.; Heller/Pezzani 2016).

of the social and cultural councils, Palermo developed, since the early 2000s, small centres of accommodation and hospitality, offering an alternative to the big camps of identification, detention and deportation. The »System of Protection for Refugees and Asylum Seekers« (SPRAR) is sponsored by the Italian Minister of Interior and has been used in Palermo to support many different self-organized housing and cultural projects. SPRAR facilitates migrant entry into the economic, political and social life of the city, through language courses, sport activities, job search consulting, and legal and medical assistance, among others (Kron 2016).

The vision of Palermo as a safe haven was inspired by other sanctuary cities in Italy and worldwide. One of the best-known Italian sanctuary cities is Riace, a small and almost deserted village in Calabria that started in the late 1990s to welcome migrants in order to repopulate and vivify the town (Sasso 2018). But the sanctuary city concept has a much longer and differentiated history. Regardless of its ancient and medieval origins (on the example of ancient Jerusalem see di Cesare 2017: 193–201), the sanctuary city movement began in the early 1980s in different US-American and Canadian towns in order to protect large groups of refugees from being deported.¹¹ Progressively, the Don't Ask Don't Tell (DADT) policy, typical of those self-proclaimed sanctuary cities—which prohibits municipal police forces from requesting and disseminating status information, and denies cooperation with federal immigration authorities unless requested by the federal state—has been expanded in further practices and instruments of urban transnational citizenship (Bauder 2017: 3f.). One of these instruments is the city identity card (City ID), which allows all inhabitants of the city, irrespective of their residency status, to access the local housing and job market, public transport, health, cultural and school systems (ibid.: 2–7; for the case of New York, see Lebhun 2016 and Daley et. Al 2016, and for the case of Berlin, see Neumann 2019). In other countries, like the UK, Germany, Italy and Switzerland, sanctuary city policies have been mainly oriented towards the implementation of urban citizenship, but they are yet to offer effective measures against deportation. This is one of the reasons why, those city policies have been, until now, reframed under the name and the idea of *solidarity cities* (Christoph/Kron 2019: 5–11; Buff 2019).

11 | One of the first sanctuaries was San Francisco, which in 1985 promulgated the Sanctuary City Resolution, followed in 1989 by the Sanctuary City Ordinance. This »prohibits City employees from using City funds or resources to assist Immigration and Customs Enforcement (ICE) in the enforcement of Federal immigration law unless such assistance is required by federal or state law« (sfgov.org).

In March of 2015, when the Charter was first published, Palermo was already organized as a solidarity city, and the Charter became a sort of solidarity city declaration. Here, the idea of global mobility as an inalienable human right emerged both as a critical instrument against the European migration regime, and as a way to envision and enact alternative cosmopolitan orders, organized at local municipal levels and based on solidarity, equality, and political participation.

PATHS OF CIRCULATION

After its first declaration, the Charter circulated in different directions and was propagated in various social fields, giving impetus to some transformation processes. Two main dissemination lines can be traced. The first can be called the normative institutional, by which, the Charter has become a sort of official document for the implementation of the solidarity cities model. The second can be framed as the political agonist, by which, the Charter has become a recurring reference and an inspiring resource for global bottom-up solidary networks.

The normative line includes all attempts at rendering the Charter a binding document for global cooperation between different cities. Leoluca Orlando is the principal actor in this first line of dissemination. He presented the Charter in many different conventions in Italy, Europe, the US and Latin America. In September, 2015, he became the co-chair of the UN Habitat program, *safer city*, addressing the European and African regions, where he promoted values and visions of the Charter.¹² During Orlando's co-chairing, in October of 2016, the third UN-Habitat conference took place in Ecuador. Among the different workshops on urban development, there was one on »migration and refugees« (UN-Habitat III 2017: 73–74) that stressed the idea that migrants and refugees should be considered both as recipients of humanitarian assistance as well as active citizens with rights (ibid.: 74). The following year, Palermo hosted a conference titled »New Urban Agenda-Right to the City«, which intended to translate the directives of UN Habitat III and invigorate the dialogue between different local actors: scholars and professionals of urban development and climate issues,

12 | The United Nations network on housing and sustainable urban development was launched in 1996 with an initial focus on African cities, confronted extensively with criminality and violence, and expanded progressively to many other world cities. It supports initiatives and programs on different urban concerns, such as the access to natural resources, to housing, green urban development and urban mobility strategies (UN-Habitat 2010).

journalists, musicians, artists, and the Sudanese community of the housing project, *Baobab* (di Dio/Schillaci/Tulumello 2019).

In addition to the experience of the UN Habitat program, Orlando adopted other routes to enforcing the relative autonomy of the cities in managing global issues and crises. In 2016, he was among the 60 city mayors who established, in Le Hague, a network called *Global Parliament of Mayors* (AAVV 2016). The main goal of the network is to facilitate the debate and the decision making, among mayors, national governments and international organizations of different countries and continents, on urban development issues like migration and climate change. The *Global Parliament of Mayors* is meant to offer »a vision to the world in which mayors, their cities and their networks are equal partners in building global governance for an inclusive and sustainable world«. The mayors participate in their »virtual parliament« through an Internet platform and meet personally in annual summits (Global Parliament of Mayors 2020).

The alliance of mayors became visible and relevant, especially during the Summer of 2018, as the former far right-wing Italian Minister of Interior, Matteo Salvini, closed the Italian harbors for refugees, confiscated private rescue boats of NGOs and refused to coordinate search and rescue sea operations at the national level (Camilli 2018). Countering the anti-migration mobilizations promoted by the former Italian government and by right-wing populist social movements, different spontaneous protests under the slogan »porti aperti – restiamo umani« (open harbours-stay human) took place in Italian coast cities, such as Napoli, Reggio Calabria and Genova, as well as in inland cities like Milano, Bologna and Torino (AAVV 2018). At that point, a network of Italian cities and mayors, later self-proclaimed »rebellious mayors«, joined together with the idea of building a virtual parliament of mayors, in order to implement autonomous instruments of hospitality and inclusion for migrants. Among the most engaged mayors, and also the most sensitive toward local social movements and grassroots initiatives, was the mayor of Napoli, Luigi de Magistris (Coppola 2019: 86–88). Palermo and Magistris also joined the *Solidarity Cities Network*, which was launched in Athens in 2016 to offer a political forum for the local authorities from different European coastal cities, demanding from the EU more resources and autonomy in managing and implementing migration and integration policies (Solidarity Cities 2020).

The second circulation line of the Charter can be identified in the frame of social movements, struggling for a right to have rights, and for a right to the city. The Palermo Charter is mentioned in many *solidarity city* statements as a sort of founding document (Solidarity City 2020). The European network *solidarity city*—not to be confused with the *Solidarity Cities* initiative—is an activist network based mainly in

Germany and Switzerland, but interlinked with other movements in Italy, the UK, the US and Canada. It is composed of migration and refugees councils, migrant organizations, human rights NGOs, religious associations, migration scholars, and individual citizens. A central role in the network is played by different private sea rescue NGOs like *Lifeline*, *Sea Watch*, *Juventa*, *Mediterranea*, *Aquarius*, and others, which have, since 2014, substituted the *Mare Nostrum* operation. The network was established in 2017, but enjoyed more visibility after the Summer of 2018 and the closure of the harbors in the face of migrants in distress at high sea. At that point, many different cities in German speaking countries joined the *solidarity city* network and contributed to the building of the German grassroots network *Seebrücke*. This latter network is engaged in the process of recognizing German speaking cities as *safe harbors* at the communal level.¹³ Many European cities announced the welcoming of distressed people from the Mediterranean and those blocked at the harbors. The announcements are recorded in some recent parliament deliberations, especially the »European Parliament Resolution on Search and Rescue in the Mediterranean« (Aguilar 2019), which was discussed and rejected in October of 2019.

THE PALERMO CHARTER PROCESS

These two circulation lines, the normative institutional and the political agonist, have been interlinked and realized by the *Palermo Charter Platform Process*. This network was launched in the Summer of 2018 as a reaction to the closure of harbors and the criminalization of sea rescue operations. One of the promoters of the process is the association *WatchtheMed–Alarm Phone*. This organization functions as an emergency hotline for people in distress during their migratory routes. Around 200 activists, located in different European and Northern African countries, work for the hotline. They activate sea rescue operations, observe and inform, through multiple media channels, about the situation at the European borders and along the different sea routes. They signal dispersed boats, human rights violations, as well as successful rescue activities. The organization was born in 2014 with the support of Father Mussie Zerai. An Eritrean priest who lived in Switzerland, Eritrean people in distress used to call him seeking for help. Mussie Zerai was the first mediator between people on the move through the African continent and *WatchtheMed*, which eventu-

13 | In May 2019 there were 59 safe harbors only in Germany (Kron 2019: 45). In March 2020 the number of self-proclaimed safe harbors in Germany amounted to 140 (AAVV 2020).

ally earned the confidence of the migrant communities (Stierl 2015; Schwarz/Stierl 2019). Other European NGOs, networks and organizations cooperate in the Palermo Process – including, among others, *Seebrücke*, *Borderline Europe*, *Diritti e Frontiere*, and sea rescue NGOs like *Juventa*, *Sea Watch* and *Mediterranea*, in addition to many lawyers and scholars. The network acts »in the spirit of the Charter of Palermo«. It demands the »de-confiscation of all civil rescue ships, an end to the criminalization of sea rescue and solidarity, an immediate stop to the EU collaboration with Libya and other ›third countries‹ involved in severe human rights violations«. It advocates for the establishment of »Corridors of Solidarity«, for the relocation and distribution of refugees and migrants to the countries of their desired destination, and draws »inspiration from the work of solidarity and sanctuary cities all over Europe« (Forschungsgesellschaft Flucht & Migration e.V. 2019). In the last three years, the network organized four meetings in different solidarity cities (Napoli, Palermo, Barcelona and Bologna), with the intent of developing common strategies of action in different cities and countries. The attempt at building corridors of solidarity is still in the making and is often confined to a symbolic level because, among other reasons, the sovereignty of cities cannot overcome the national and the European one. Nevertheless, the *Palermo Charter Process* has become a powerful political instrument of contestation for a right to free global movement and for experimentation with alternative forms of transnational citizenship.

CONCLUSIONS

The journey of the Palermo Charter in the last six years, through the institutional and the activist political fields, and between the Mediterranean Sea, Northern African and European countries, is one illustrative example of current practices of debating and struggling for a human right to free global movement. This example reveals the nature and the different meanings of this right, as well as the alternative visions and policies of migration and transnational citizenship it can mobilize. A first meaning of this emergent right to global mobility relates to the already codified right to life and to self-determining one's own place of living. Free global movement means both the right to seek asylum and international protection, *as well as* the right to decide where to live, which is codified as a human right only at a national, but not a global, level. However, as we have seen above, the universal validity of this right is not (yet) self-evident, because the possibility to traverse the world is unequally distributed between the populations of the global South and those of the global North. The self-evident character of this right can be grasped only from the perspective of all those displaced

people, whose number today amount to ca. 80 million, daily experiencing unbearable living conditions, closed borders, violence and discrimination by the states they are fleeing from and fleeing to (Balibar 2018). From the perspective of the rightless, the human right to global mobility is a primarily political, performative instrument of exercising forms of active citizenship that transcend the conditions of membership imposed by the national states. The Palermo Charter not only declares the right to free global movement as a right to transnational citizenship; it is also the product and the source of inspiration for practices of global cooperation in the fields of transnational citizenship and global solidarity.

The analysis of the content and the circulation pathways of the Charter has led to a clearer specification of the meanings and the effects of this bargained, declared, but not yet self-evident right to global mobility. We could see how this right has been implemented and defined by practices of cohabitation of the inhabitants of common, mainly urban, local spaces. This includes policies that extend a right to vote to the formally non-citizens, of facilitating their access to basic social rights and their active participation to the socioeconomic, political and cultural life of the cohabitated spaces, or the self-proclaimed *solidarity cities*. The right to global mobility is the result and the inspiring force for policies directed toward the implementation of safe entry channels, of political and informational networks among different solidarity cities and groups. Sharing the claim of global movement as an inalienable human right, enables the cooperation among people on the move, sea rescue NGOs, migrant and activist organizations, scholars, lawyers, politicians, and local, national and international authorities, each in their respective fields and through transnational/transversal concerted actions, for the common purpose of forcing a human rights-based approach on migration and border management policies. The dissemination of the Palermo Charter shows that the right to free global movement, and the kind of policies it mobilizes, are not abstract utopias. The process of recognition of this right has already begun, responding to the crises of the European migration regime, struggling against the dominant paradigm of security and exception, and enacting practices of cohabitation, radical cosmopolitanism, and transnational citizenship.

I'd like to thank the academic community of the Käte Hamburger Research Centre on Global Cooperation in Duisburg-Essen for supporting me during my work on this paper. I am indebted to Maurice Stierl and Stefano Galieni for sharing insider knowledge on the Palermo Charter Process. I extend my warm thanks to Stefanie Kron for elucidating conversations on the solidarity cities movement in Europe. I owe special acknowledgements to the team of the migrant organization Trixiewiz in

Berlin and to all participants in the project BeVisible 2019 for revealing personal, political and intellectual insights on the right to free global movement.

LITERATURE

- Abizadeh, Arash (2008): Democratic Theory and Border Coercion: No Right to Unilaterally Control your own Borders. In: *Political Theory* 36 (1). 37–65.
- Aguilar, Juan Fernando López (2019): Motion for a Resolution on Search and Rescue in the Mediterranean. URL: europarl.europa.eu [09.11.2020].
- Amnesty International (2020): ›Between Life and Death‹. Refugees and Migrants Trapped in Lybia's Cycle of Abuse. URL: amnesty.org [06.11.2020].
- Arendt, Hannah (1943): We Refugees. In: *The Menorah Journal* 31 (1). 69–77.
- / (1958): *The Origins of Totalitarianism*. New York.
- / (1958/98): *The Human Condition*. New York.
- / (1964): *On Revolution*. New York.
- AAVV (2013): Lampedusa. L'appello di Orlando all'Europa: ›Girarsi dall'altra parte é da complici‹. In: *Si24* on 3.10.2013. URL: si24.it [09.11.2020].
- AAVV (2016): Palermo one of the ›strong cities‹. In: *Palermo World*. URL: palermoworld.it [09.11.2020].
- AAVV (2018): Migranti, in piazza per l'Aquarius anche a Milano e Torino: l'onda dei ›Porti aperti‹ attraversa l'Italia. In: *La Repubblica* on 12.06.2018. URL: repubblica.it [09.11.2020].
- AAVV (2020): Seven German mayors: Allow us to accept underage refugees. In: *DW* on 6.03.2020. URL: dw.com [09.11.2020].
- Baban, Feyzi/Rygiel, Kim (2020): *Fostering Pluralism through Solidarity Activism in Europe. Everyday Encounters with Newcomers*. Cham.
- Bachman-Medick, Doris (2012): Menschenrechte als Übersetzungsproblem. In: *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft* 38(2). 331–59.
- Balibar, Etienne (2003): *We the People of Europe? Reflection on Transnational Citizenship*. Princeton.
- / (2007): (De)constructing the Human as Human Institution: A Reflection on the Coherence of Hannah Arendt's Practical Philosophy. In: *Heinrich-Böll-Stiftung (Ed.): Hannah Arendt: Verborgene Tradition – Unzeitgemäße Aktualität?* Berlin. 261–268.
- Balibar, Etienne (2017): Fremde, nicht Feinde. In *Richtung eines neuen Kosmopolitismus?* In: *Allgemeine Zeitschrift für Philosophie* 42 (2). 127–144.
- / (2018): A Call for an International Right of Hospitality on World Humanitarian Day. In: *Open Democracy*. URL: opendemocracy.net [09.11.2020].
- Bauder, Harald (2017): Sanctuary cities: Policies and Practices in International Perspective. In: *International Migration* 55 (2). 174–186.
- / (2019): ›If you are in Palermo, you are a Palermitan‹. An Interview with Mayor Leoluca Orlando. In: *RCIS Research Briefs* 1. URL: ryerson.ca. [09.11.2020].
- Benhabib, Seyla (2006): *The Philosophical Foundations of Cosmopolitan Norms*. In: *Ibid: Another Cosmopolitanism*. Oxford/New York. 13–44.

- Buckel, Sonja (2013): ›Welcome to Europe‹. Die Grenzen des europäischen Migrationsrechtes. Bielefeld.
- Buff, Rachel Ida (2019): Sanctuary Everywhere: Some Key Words, 1945–Present. In: Radical History of Sanctuary. Special Issue of Radical History Review 135. 15–42.
- Camilli, Angela (2020): A Lesbo finisce l'Europa. In: Internazionale 2.03.2020. URL: internazionale.it [09.11.2020].
- / (2018): L'Italia può chiudere i porti alle navi delle ong? In: Internazionale 11.06.2018. URL: internazionale.it [09.11.2020].
- Carens, Joseph (1987): The Case for Open Borders, in: The Review of Politics 49 (2). 251–273.
- Christoph, Wenke/Kron, Stefanie (Ed.) (2019): Solidarity Cities in Europe. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Comune di Palermo (2015): Convegno ›Io sono Persona. Dalla migrazione con sofferenza alla mobilità come diritto‹. URL: comune.palermo.it [09.11.2020].
- Comune di Palermo (2018): Assemblea della Consulta Comunale delle Culture. Candidati Eletti. URL: comune.palermo.it [09.11.2020].
- Comune di Palermo (2019): Carta dei servizi. URL: attivitasociali.palermo.it [09.11.2020].
- Coppola, Maurizio (2019): Tackling the Rightward Shift with Solidarity. In: Christoph/Kron (Ed.). 79–98.
- Cuttitta, Paolo (2014): ›Borderizing‹ the IslandSetting and Narratives of the Lampedusa ›Border Play‹. In: ACME. An International E-Journal for Critical Geographies 13(2). 196–219.
- Daley, Tamara C./Lunn, Laurel/Hamilton, Jennifer/Bergman, Artis/Tapper, Donna (Ed.) (2016): IDNYC: A tool of empowerment. A mix-methods evaluation of the New York municipal ID program. URL: www1.nyc.gov [27.01.2021].
- Della Porta, Donatella (Ed.)(2018): Solidarity Mobilization in the ›Refugee Crises‹. Cham.
- Di Cesare, Donatella (2017): Stranieri Residenti. Una filosofia della migrazione. Torino.
- Di Dio, Salvatore/Schillaci, Domenico/Tulumello, Giuseppe (2019): Right to the Future: Ideas Kit for the Future of Palermo. Firenze.
- Forschungsgesellschaft Flucht & Migration e.V. (2019): Keine Wende in der europäischen Migrationspolitik, sondern ein Flopp. In: FFM Online. URL: ffm-online.org [09.11.2020].
- Foucault, Michel (1969): Archeology of Knowledge. London/New York: Routledge.
- Global Parliament of Mayors (2020): About Us. URL: globalparliamentofmayors.org [09.11.2020].
- Gündogdu, Ayten (2015): Rightlessness in an Age of Rights. Hannah Arendt and the Contemporary Struggles of Migrants. Oxford.
- Heller, Charles/ Pezzani, Lorenzo (2017): Ebbing and Flowing. The EU's Shifting Practices of (Non-)Assistance and Bordering in a Time of Crisis. In: Hess et al. (Ed.). 215–235.
- Heller, Charles/ Pezzani, Lorenzo/ Stierl, Maurice (2019): Towards a Politics of Freedom of Movement. In: Reece Jones (Ed.): Open Borders. In Defense of Free Movement. Athens: Univ. of Georgia Press. 51–76.
- Hess, Sabine/ Kasperek, Bernd/ Kron, Stefanie/ Rodatz, Mathias/ Schwertl, Maria/ Sontowski, Simon (Ed.) (2017): Grenzregime III. Der lange Sommer der Migration. Berlin.

- Honig, Bonnie (2006): *Another Cosmopolitanism? Law and Politics in the New Europe*. In: Benhabib, Seyla: *Another Cosmopolitanism*. Oxford/New York. 102–127.
- Hopgood, Stephen/Snyder, Jack/Vinjamuri, Leslie (Ed.)(2017): *Human Rights Futures*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Hoover, Joe (2016): *Reconstructing Human Rights. A Pragmatist and Pluralist Inquiry in Global Ethics*. Oxford.
- Kasperek, Bernd (2016): *Migration politics and policies in the European Union*. Athens.
- Kirchgaessner, Stephanie (2015): *From mafia city to a haven for refugees: Palermo moves on from its criminal past*. In: *The Guardian* on 27.12.2015. URL: theguardian.com [09.11.2020].
- Kreide, Regina (2016): *Between Morality and Law: In Defense of a Political Conception of Human Rights*. In: *Journal of International Political Theory* 12 (1). 10–25.
- Krenn, Martin/Morawek, Katharina (Ed.): *Urban Citizenship. Democratizing Democracy*. Zürich.
- Kron, Stefanie (2016): *Stadt der Zukunft*. In: *Jungle World* on 14.01.2016. URL: jungle.world [09.11.2020].
- / (2017): *Struggles for Urban Citizenship in Europe. European Cities as Laboratories of post-migrant struggles for democratization*. In: Krenn, Martin/Morawek, Katharina (Ed.). 77–88.
- / (2019): *Solidarity Cities. A Counterweight to Xenophobia*. In: *Atlas of Migration*. Berlin. 44–45.
- Latour, Bruno (1999): *Pandora’s Hope*. Cambridge, MA: Harvard Univ. Press.
- / (2004): *Why Has Critique Run out of Steam? From Matters of Fact to Matters of Concern*. In: *Critical Inquiry* 30. 225–48.
- Lebhun, Henrik (2016): *„Ich bin New York“*. Bilanz des kommunalen Personalausweises in New York City. In: *Luxemburg* 3. 114–119.
- / (2017): *Urban Citizenship. The Potentials of City Politics*. In: Krenn, Martin/Morawek, Katharina (Ed.). 47–63.
- Lefebvre, Henri (1968/1996): *Writing on Cities*. Ed. and transl. by E. Kofman/E. Lebas. Malden, MA.
- Lynn, Hunt (2007): *Inventing Human Rights: A History*. New York/London.
- Maffei, Stefania (2019a): *Migration als Menschenrecht? Theoretische und politische Debatten in Europa*. Berlin: RLS. URL: rosalux.de [09.11.2020].
- (2019b): *Transnationale Philosophie. Hannah Arendt und die Zirkulationen des Politischen*. Frankfurt a.M.
- Mbembe, Achille (2019): *Necropolitics*. Durham.
- Melting Pot Europa (2014): *Carta di Lampedusa*. URL: meltingpot.org [09.11.2020].
- Merry, E. Sally/Levitt, Peggy (2017): *The Vernacularization of Women’s Human Right*. In: Hopgood et al. (Ed.). 213–236.
- Moreno-Lax, Violeta (2011): *Seeking Asylum in the Mediterranean: Against a Fragmentary Reading of EU Member State’s Obligations Accruing at Sea*, in: *International Journal of Refugee Law* 23(2). 174–220.
- Neumann, Mario (2019): *Solidarity City in the Making*. In: Christoph/Kron (Ed.). 19–36.
- Oberman, Kieran (2013): *Immigration as a Human Right*. Just World Institute Working Paper (3). URL: papers.ssrn.com [09.11.2020].

- Orlando et al. (2015): International Human Mobility. Charter of Palermo 2015. URL: comune.palermo.it [09.11.2020].
- Pichl, Maximilian (2017): Die Asylpakete I und II: Der politische und rechtliche Kampf um de Asylrechtsverschärfung. In: Hess et al. (Ed.). 163–175.
- Puggioni, Raffaella (2015): Border politics, right to life and acts of dissensus: voices from the Lampedusa borderland. *Third World Quarterly* 36 (6). 1145–59.
- Rancière, Jacques (2004): Who Is the Subject of the Rights of Man? In: *The South Atlantic Quarterly* 103 (2–3). 297–310.
- Sasso, Chiara (2018): *Riace. Una storia italiana*. Torino: Ed. Gruppo Abele.
- Scherer, Steve (2015): ›No Fingerprints!‹ Chant migrants in Italy as EU cracks down. In: *World News* on 17.12.2015. URL: reuters.com [09.11.2020].
- Schwarz, Nina Violetta (2017): Kämpfe um Bewegung in Marokko: Grenzmanagement und Widerstand. In: Hess et al. (Ed.). 61–71.
- Schwarz, Nina Violetta/Stierl, Maurice (2019): Amplifying Migrant Voices and Struggles as a Radical Practice. In: *South Atlantic Quarterly* 118 (3). 661–669.
- Skinner, Quentin (2002): *Visions of Politics: Regarding Method* (Vol. 1). Cambridge.
- Soykan, Cavidan (2017): Turkey as Europe’s Gatekeeper – Recent Developments in the Field of Migration and Asylum and the EU-Turkey Deal of 2016. In: Hess et al. (Ed.). 52–60.
- Solidarity Cities (2020): About Us. URL: solidaritycities.eu [09.11.2020].
- Solidarity City (2020): Downloads and Links. URL: solidarity-city.eu [09.11.2020].
- Stierl, Maurice (2015): The Watchthe Med Alarm Phone. A Disobedient Border Intervention. In: *movements Journal* (1/2). URL: movements-journal.org [09.11.2020].
- Tondo, Lorenzo (2018): Standoff in Italian Port as Salvini refuses to let refugees disembark. In: *The Guardian* on 21.08.2018. URL: theguardian.com [09.11.2020].
- UN-Habitat (2010): Safer Cities Programme. URL: mirror.unhabitat.org [09.11.2020].
- UN-Habitat III (2017): The Conference. The United Nation Conference on Housing and Sustainable Development. URL: habitat3.org [09.11.2020].
- UNHCR (2021): Mediterranean Situation. URL: data2.unhcr.org [26.1.2021].
- Vassallo Paleologo, Fulvio (2018): Gli obblighi di soccorso in mare nel diritto sovranazionale e nell’ordinamento interno. In: *Questione Giustizia* (2). 215–224.

Everyday Struggles of Queer Refugees for Homemaking

GONCA ŞAHİN

Abstract: This article explores the meaning of home and homemaking in conditions of temporary displacement. Drawing on Catharine Brun and Anita Fábos' conceptual framework of the constellation of HOME-Home-home, my analysis focuses on the experiences of queer refugees who temporarily reside in Turkey while waiting for resettlement to a third country. Based on four in-depth interviews, I suggest that displaced people continue to think about and make homes while living in temporary conditions, such as transit countries. The case studies presented in this article have demonstrated that my participants have creatively engaged in homemaking within the tension of processes of marginalization and identity-making. Homemaking for them involves, not only an ongoing process of day-to-day negotiation of liminal and precarious circumstances of the transit country, but it also includes everyday struggles which enable queer identities, practices, and spaces. Informed by an intersectional analysis, I demonstrate that my participants have produced different strategies of homemaking, attending to their particular social positionalities.

Keywords: queer refugees, home, liminality, precarity, transit

What does it mean to make home in the absence of a fixated dwelling space, and in the midst of temporal, spatial, and legal uncertainties? Do forcibly displaced persons cease to think about home during temporary conditions of displacement? How do individuals, living in transit from one state to another, engage with homemaking? This article deals with the meaning of home and homemaking in one particular category of displaced persons: queer¹ refugees² temporarily residing in Turkey for resettlement.

1 | I employ the term queer in this study to refer to all the persons transgressing the hegemonic forms of gender identity and sexual behaviour. The term reflects an anti-normative stance in terms of challenging the idea of identities as fixed, homogenous, and stable entities, subverting the heterosexual/homosexual binary, and underlying the diversity and fluidity of sexual identities.

2 | When talking about my interviewees as a group, I use the term refugee to refer to all the survivors of forced displacement regardless of their legal status before the Turkish authorities. I choose to rely on the definition stipulated in the Geneva Convention.

From the perspectives of nation states and international refugee organisations, refugees and forced migrants are seen at »home« when their case is resolved by a durable solution, in one of the internationally recognized pathways, including settlement, resettlement or voluntary repatriation (Doná 2015). Hence, homemaking in transit regions is considered irrelevant for the state-centered understanding of home, due to the temporary nature of settlement in these places. Transit regions as a case of liminal spaces are social spaces »between vulnerability and agential power« (Brun and Fábos 2015: 11). An increasing number of studies (Brun 2015; Brun and Fábos 2015; Čapo 2015; Doná 2015; Fábos 2015; Trapp 2015) have found that forced migrants and refugees living in temporary conditions of displacement produce their own meanings of home and creative practices of homemaking, thus exemplifying a case of »agency-in-waiting« (Brun and Fábos 2015: 12).

Informed by Catharine Brun and Anita Fábos' conceptual framework on the constellation of HOME-Home-home (2015) and feminist intersectional analysis (Lykke 2010), this article explores the meaning of home and homemaking in conditions of temporary displacement. My analysis is based on four indepth interviews I conducted with queer refugees from Iran, North African and South Asian countries. Based on my analysis of the interviews, I suggest that my participants have creatively engaged in homemaking within the tension of processes of marginalization and identity-making. Homemaking for them has involved, not only an ongoing process of day-to-day negotiation of liminal and precarious circumstances of the transit country, but it also included everyday struggles which have enabled queer identities, practices, and spaces.

This article is divided as follows: after a brief background on the situation of queer refugees in Turkey, I provide an overview of feminist and queer perspectives on home. The following section presents conceptual perspectives on homemaking in temporary conditions. I then report the details regarding methodology, followed by the final section, which concludes by analysing the findings.

THE CONTEXT

Since the 1980s, Turkey has turned into a key transit point for asylum seekers and migrants from Asia, the Middle East and Africa, who are aiming at reaching Western Europe and North America (Icduygu 2012: 448). Although Turkey is a signatory of the 1951 Geneva Convention, the country limits the granting of refugee statuses to citizens of European Council member states (Simsek 2018). Until recently, nationals of non-European countries have had to register their asylum claims with both the

United Nations Refugee Agency (UNHCR) and the Turkish Ministry of the Interior. If their claims are recognised by the UNHCR, non-European refugees are considered for resettlement in a third country (Shakhsari 2014: 1001).³ While they wait for a final decision in their cases, claimants are allowed to temporarily reside in Turkey. Hence, under the Turkish asylum system, a durable solution is hardly guaranteed for the displaced persons as such. Regarding the nature of the international protection regime in Turkey, Senses underlines that »minimal protection under the roof of an unclear and ambivalent regime of ›human rights« leads to a particular form of vulnerability and precarity (2016: 113). This situation also resonates with the life circumstances of queer refugees in Turkey. Existing research points to the precarious circumstances that the queer refugees face in accessing education, health, accommodation and employment (Arac and Aydin 2015; Kara and Calik 2016; Ordek 2017). Under these circumstances, similar to other groups of displaced populations, queer refugees use Turkey as a transit asylum country until a settlement opportunity arises. With this, they sustain their lives under the constraints of a »neither here nor there« kind of situation between different territories, facing uncertainty, suspense and long years of waiting (Kara and Calik 2016).

FEMINIST AND QUEER PERSPECTIVES ON HOME

There is little agreement in the literature on how »home« differs from other types of places that human beings inhabit. According to Smyth and Croft, a home is distinguished from a house in that the former hosts »complex human practices« (Smyth and Croft 2006, quoted according to Briganti and Mezei 2012: 5-6). Douglas (1991: 289) also emphasizes this point by arguing that »having shelter is not having a home, nor is having a house, nor is home the same as household«. For Mallett, home space in the literature of home studies has often been associated with various affirmative feelings and experiences (2004). The home space has been thought of as catering to basic human needs for security, comfort, freedom, creativity, regeneration, and close and caring relationships. It has also been appreciated for offer human beings a space

³ 1 As of 10 September 2018, the UNHCR ceased conducting mandate Refugee Status Determination procedures. and the Turkish Directorate General of Migration Management (DGMM) declared itself, with the support of the UNHCR, as the single authority responsible for individual case processing for asylum-seekers in Turkey. The UNHCR identifies the most vulnerable refugees for resettlement processing. See: (United Nations High Commissioner for Refugees 2018)

»to retreat and relax«, and to remove the self from »public surveillance and external role expectations« (Mallett 2004: 70). Mallet underlines that there is also a tendency in the literature to use home almost as a synonym for family. In this view, home is understood as the place a person is born into, and where he or she is nurtured and dwelt on until the coming of age. This idea is often reflected in the sentence: »without the family a home is only a house« (ibid.: 73-74). Thus, the concept of home has been discussed in the literature in relation to a variety of feelings, affects, imaginations, and experiences.

Feminists have criticized these accounts of home for their blindness to power relations, historically embedded within home space. As Shelley Mallet demonstrates in her article *Understanding Home: A Critical Review of the Literature*, feminist scholars, like Luce Irigaray and Simone de Beauvoir, underline that affirmative accounts of home as such reflect an »idealized, romanticized, even nostalgic notion of home«. They find that such accounts do not do justice to reflecting the authentic experiences of some groups, including women and girls (Mallett 2004: 72). The main feminist critique, including that which is levelled by second-wave feminist scholars, purports that home space has historically functioned and was constructed and as »a site of oppression, tyranny and patriarchal domination of women« (ibid.: 75). This body of work also emphasizes that the positive value associated with home has been produced at the expense of women's labor (ibid.: 75). Moreover, the patriarchal construction of home has led to »homelessness«, sometimes at the level of feelings but in other times »homelessness« in the literal sense of the word, by forcing the unfit individuals to move away from the home space (Wardhaugh 1999).

Likewise, the politics of home space has also become a concern for queer scholars who have increasingly demonstrated that home is a highly heterosexualized space (Gorman-Murray 2006; Gorman-Murray 2007; Barrett 2015; Pilkey 2014). This scholarship has emphasized that the common understanding of home space has been conflated with the heterosexual nuclear family, and has reflected the heterosexual ideals of family life, through its material and normative construction. Gorman-Murray, for instance, argues that »home is a crucial site for both normalizing and contesting acceptable modes of sexual identity, desire and behavior« (Gorman-Murray 2007: 195).

Acknowledging the essence of the feminist critique, Iris Marion Young (2012) warns us of the possible dangers which a complete rejection of the value of home poses for women. Young invites us to rethink the possibilities of democratizing the home space (see ibid.: 192-193). Referring to Bell Hooks's idea of home as a site of resistance (1991), she underlines the »critical liberating potential« of home space (ibid.:190) in enabling personal and collective identities as well as political agency

(see *ibid.*: 192-193). Bell Hooks argues (1991), in her article *Homeplace: a Site of Resistance*, that black women have historically constructed the homeplace as »a site of resistance and liberation« against the oppression of white supremacy.

Queer scholars have also demonstrated that home space enables queer identities and queer agency (Barrett 2015; Gorman-Murray 2006; Gorman-Murray 2007; Pilkey 2014). This body of scholarship has showed that queer individuals have challenged the heteronormative construction of home in everyday life through various mundane domestic practices, re-organizing the material aspects of domestic space like house design, re-thinking division of domestic labor and roles, carrying queer socialites and relationships, unacknowledged in the public space, to home space (Gorman-Murray 2006; Gorman-Murray 2007; Barrett 2015; Pilkey 2014). Gorman-Murray (2007) defines the transformation of home in this way as the practice of »queering home«. Gorman-Murray (2007) also emphasizes that these practices, taken together, help to »consolidate gay/lesbian identities, relationships and communities, and thus affirm their sexual difference« (*ibid.*: 195).

Building on the above-mentioned feminist and queer perspectives on home, this article acknowledges the »liberating potential of home«, and discusses how the home-making practices of queer refugees in transit countries, like Turkey, enable identities and agencies.

CONCEPTUAL PERSPECTIVES ON HOME-MAKING IN TEMPORARY CONDITIONS

Often associated with geographical and temporal fixity, home-making in temporary conditions, including transit countries for asylum seekers like Turkey, has received little attention from the migration research. Notwithstanding, there is a nascent research which has begun to demonstrate that despite the paired uncertainty of prolonged displacement and immobility, refugees continue to imagine and create the idea of home. To this, researchers like Brun and Fábos (2015) and Wimark (2019) have proposed liminality as a productive concept for the broadening of the contemporary understanding of home-making during displacement. Anthropologist Victor Turner (1967) coined the concept of liminality, referring to a period of transition or a state of »in-between-ness« wherein the individual goes from one stage to another. (Turner 1967, quoted in O'Reilly 2018: 831). Turner defines the people in liminality as »neither here nor there; they are betwixt and between the positions assigned and arrayed by law, custom, convention and ceremony« (*ibid.*). Building on this, liminality has been used to understand the experiences of asylum seekers and refugees in migration lit-

erature with regard to their positioning vis-a-vis time, space, and political or legal status. »Waiting, suspense and uncertainty« have been seen as the defining features of liminal experience of asylum seekers, including queer refugees (Kara and Calik 2016). Based on this, life experiences of refugees in transit countries might also be considered as a liminal condition.

In further discussion of refugee experiences in transit, Brun and Fábos locate liminal spaces »between vulnerability and agential power« (2015: 11). They see life in liminal spaces as characterized by the simultaneous interplay of processes of marginalization. On the other hand, they find that liminal spaces are an equally transformative process. Although individuals living in liminal places often continue to make their homes under vulnerable legal status and precarious socio-economic circumstances, the ways they make their homes during forced displacement cannot be reduced to precarious experiences. Their home making processes might involve possibilities for creative engagement. This is what Brun defines as »agency-in-waiting« (ibid.: 12). Wimark (2019) underlines the transformative power of the liminal spaces as such for queer refugees. He argues that »the process of liminal homemaking designates queer movements, spaces and temporalities created in opposition to prevailing heterosexual, familial and normative structures« (ibid.: 15).

Building on a feminist approach that is attentive to the agency of individuals in liminal spaces, Brun and Fábos offer »constellations of home« as a conceptual framework to theorizing »making home« in the particular context of forced displacement (2015: 12). Brun and Fábos define »making home« as »the process through which people try to gain control over their lives and involves negotiating specific understandings of home, particular regimes of control and assistance, and specific locations and material structures« (ibid.: 14). Considering that making home is a complex and dynamic process which requires taking multidimensional and interconnected dimensions of home into consideration, the two authors suggest that conceptualizing home-making should involve a constellation of three dimensions. To point to the different layers which constitute this constellation, they use the terms »home«, »Home«, and »HOME« (ibid.).

The first dimension of home-making, or »home«, involves daily practices which make up the place, including improvements or investments, daily routines that people carry out in their place, and social connections that people form in their living environment (ibid.). The second dimension of home-making, or »Home«, refers to particular types of values, traditions, memories, and subjective feelings of individuals toward home during the displacement. An imagination of ideal home constitutes an important part of these feelings, which is reflected in the lived experiences and domestic practices of home making. The subjective feelings of displaced persons on home

are shaped by their experiences and imaginations vis-à-vis lost homes, past homes, future homes or ideal homes. The third dimension of home-making, or »HOME«, is associated with how displaced individuals negotiate the larger political and historical structures and processes of inclusion and exclusion during displacement. This dimension also involves how individuals affected by displacement formulate and reformulate their identities at the tension of losing home and being labelled as refugees.

Brun and Fábos (2015) emphasizes that different dimensions of home, Home, and HOME work in parallel but, depending on geographical and temporal circumstances, each dimension might have a different weight in the configuration of home for each person. Notwithstanding, the particular social positions of the displaced persons may also produce different strategies of home-making in liminal spaces. Thus, this article's intersectional approach to the individual experience of transit complements Brun and Fábos' framework. Instead of focusing on certain commonly agreed categories such as race, class, and gender, the feminist intersectional approach permit revealing the dimensions or combination of dimensions of a person's identity that are relevant for the person's home-making experience in a certain time and place, (Lykke 2010: 50). In short, intersectionality helps us discover the possibilities for more nuanced understandings of home-making experiences during prolonged displacement. It does so by both attending to the unique ways by which displaced persons make homes, and underlining »the inseparability of their domestic practices from the oftentimes masculine politics of exile and global responses to displacement« (Brun and Fábos 2015: 14).

METHODOLOGY

In this research, my data collection mostly relies on the life stories of my participants. These life stories were collected through semi-structured interviews. Life stories as a method were chosen as they offer a rich source of information which permit the study of complex relationships between home, identity and everyday life (Blunt and Dowling 2006: 33). Life stories also allow one to see changing understandings of home over time and space. Moreover, by going beyond the everyday accounts of domestic life, they provide the data necessary for the analysis of the politics of home in relation to wider political contexts, such as gender, »race«, class, sexuality, and legal status (ibid. :34-35). As life stories are an immense source of data, I chose to focus on a very few cases. The material used for the analysis consists of 4 semi-structured interviews with the persons who identify themselves as one of the non-heteronormative identity categories. In selecting the interviewees, I relied on my

previous research contacts. My main priority was to focus on the cases which might be viewed as »intrinsically interesting«, »illustrative« and »typical« (6 and Bellamy 2012: 112).

The interviewees were between 24 and 27 years old, with a mean age of 26. All interviewees were temporarily residing in Turkey and waiting for the UNHCR to decide on their resettlement to a third country. They were registered with the Turkish authorities and acquired the status which, in the official discourse calls »beneficiary of international protection«. The shortest period of stay was 9 months while the longest was 48 months, with a mean stay of 27 months. Among the interviewees, one interviewee self-identified as lesbian (Iran), another one as transgender woman (South Asia), and two interviewees, separately, as gay (Iran and North Africa). All the interviews were held through skype video conference. The interviews lasted approximately one and half hour and were conducted in English.⁴

The beneficiaries of international protection in Turkey are required to reside in the satellite cities they are assigned to by the authorities. All my interviewees have been registered with the *Yenikent* provincial area. However, the North African interviewee was later transferred to Istanbul. *Yenikent* is a city on the eastern coast of the Marmara Sea.⁵

4 | Due to some limitations related to time and budget, I had to prefer online interviewing. These were not my first contacts with the interviewees. With two of them, Jude and Reza, I was in contact for approximately two years, beginning with my professional experience in a refugee support center. I met other interviewees, Mariam and Ahmad, during my field work that I conducted for my master thesis in July of 2019. Thus, I had had regular communication with each of the interviewees. Since I had already built relations of trust with all the interviewees, I believe that conducting online interviews did not produce significant impact on the reliability and validity of the collected data.

For ethical reasons, all names were anonymized. I assigned aliases to the informants to guarantee their confidentiality. In the queer refugee community, most people were known to have come from certain countries like Iran. I presented such interviewees with their countries of origin. Yet, very few persons were known to have come from countries where they represent a small minority among the overall queer refugee community. Since presenting these interviewees with their country of origin might lead to the exposure of their identities, I preferred to employ wider geographical terms, such as South Asia and North Africa, instead of the country names. I avoided disclosing any sensitive information which might pose risk to my interviewees.

5 | The word *Yenikent* has been employed as a fictive name in order to anonymize the real place against the risk of violating confidentiality. My main rationale in choosing *Yenikent* as

Before presenting the findings, it is important to note a number of reservations about the broader transferability of these cases. Acknowledging the limited number of the interviews conducted for this research, the findings are not exhaustive or summative. I believe that a thorough understanding of experiences of homemaking requires ethnographic engagement with the field through observing people's lives in their everyday settings and in private domains for longer time periods. Acknowledging all the delimitations, I present the below-mentioned findings as prompts for critical reflection and further research.

JUDE'S STORY: HOW I BECAME A WOMAN

Jude is a transgender person of 24 years old who self-identifies as a woman. She initiated her sex reassignment treatment in Turkey. Coming from a South Asian country, Jude is known in her community for being the only transgender person from her country, which put her in an absolute social lacuna, once arrived in Turkey. She acquired a considerable wealth back in her country of origin, but she lost all her wealth when she was forced to flee for asylum, right after her sexual identity was exposed and she was given a death warrant. Although her displacement brings a material dispossession, in the aftermath of the first year of her asylum, she begins to secure the basic costs of her life with regular support from her brother and mother residing in her country of origin.

Jude's experience of home-making during her temporary asylum in Turkey reflects a simultaneous and interwoven interplay of Brun and Fábos' »constellations of home«. Jude mainly employed three strategies for making home in different stages of her asylum.

Jude's first strategy of home-making aims at finding a place for accommodation and basic life needs. Her first engagement with home-making reflects the day-to-day practices that negotiate the precarious circumstances she faced in the early days of her asylum experience.

My interview with Jude reveals that her very first homemaking experience introduced her to a new source of insecurity. As she had to take an asylum decision very fast, due to the high risk of persecution, she did not manage to secure enough money,

the study area was that, because of my previous work experience as social worker, I am familiar with this area and I had already built contacts with many queer refugees living there.

and she had little prior information on asylum life in Turkey. Having no idea where to stay, she approached an Islamic community for accommodation. She explains:

Nobody was giving me home, telling so expensive, telling me in dollars which I could not afford. I called my friend... He is my childhood friend. He called another guy who have some connections. He told there is an Islamic *cemaat*. Kind of an Islamic community. They will give you a place, tell them you don't have the local card, identity card... The instruction my friend gave me »behave very manly«. »If you can't pray, just act you praying. Because you need the place till you get your Turkish card«. They gave me the place with very cheap like 400 lira per month. It was seven guys. I am the trans one. They used to wake me up five times for the prayer. They were forcing me to read Quran. I did not know how to read but they were teaching me. There was a kind of *sohbet*. Kind of Islamic meetings. I did not understand but they told me you have to sit. My six months was there. After six months when I got my card, the first thing I did was to take my home. I remember I took my first home.

I was just going out, walking and crying what happened to my life. In one day, my life changed. I was so afraid that one day they will catch me. Maybe somebody will kill me in that house. Nobody would even notice. It was a kind of fear every time.

The interview excerpt implies that while fleeing the persecution in her country of origin, Jude found herself in another form of insecurity in the country where she was seeking protection.

After the six months of stay in the shared house of the Islamic community, Jude was able to secure a flat of her own. Once Jude secured a physical space for living, she added a new layer to her engagement in home-making. Jude's second strategy of home-making was to use home space as a base to enable her queer transformation. Her new engagement in home-making includes some day-to-day practices that enable her to experience woman-becoming and bringing queer social connections and socialites to home space. This engagement requires some efforts, for her to break from the oppressive past home(s) and experiment the ideal home(s) during the liminal conditions of forced displacement.

The connection between home and identity is a widely acknowledged fact in the literature. However, home is not as taken for granted. According to Young (2012), »Even if people have minimal shelter of their own [...] they need a certain level of material comfort in their home for it to serve as a place of identity construction and

the development of the spirit of resistance that Hooks discusses« (2012: 193). In parallel with this, my interview with Jude shows that her beginning to explore and experience her gender identity occurred in parallel to her making of her first home. At that stage, she decides to go through sex reassignment treatment, including the use of hormones and public display of femininity. Since then, the home becomes the stage for various physical, affective, and intimate explorations and experimentations. She states:

It was great feeling in the first night... I met a Hornet guy.⁶ I really liked him. I told him let's meet and I was feeling so free. That was the first free meeting I had. I messaged him and next day he came and we slept together. We had this relationship together. We cooked together. For long time he really wanted to taste some Asian food. I cooked for him. It was a great feeling. Actually, that night was the best night I had after long time. I drank that night actually after long time. Like six seven months later you drink alcohol. It was freedom. It was great. I was drinking but I wanted more but I could not afford. I still remember I really wanted. I told the guy I really need more. He told me you can share half of mine if you like. I remember I shared his beer.

Confirming Gorman-Murray's previous studies (2006 and 2007), the interview shows that as Jude increasingly chose to express her identity in queer ways, her home also turned to a queer space, which, in return, enabled the further queering of her identity. In doing this, she uses gay social media as the main medium of communication to reach potential partners or friends. She uses the home to form her small queer community or »queer family« as she preferred to call them during the interviews. The interview found that she often organized home socialites with queer friends or acquaintances which helped her to learn about queer identities, such as the ways of becoming-woman through make up, clothing and the use of hormones as well as how to experience it all without fear. In Hooks' words, the home in the presence of the queer connections functioned as the place »where *they* could affirm one another« and »restore to *themselves* the dignity denied *themselves* on the outside in the public world« (Hooks 1991: 384).

The third dimension of home-making, or »HOME«, attends to Jude's entire asylum experience. Jude negotiates various processes of exclusion starting with her very first engagement in home-making. Notwithstanding, as Jude actively reclaims her gender

6 | Hornet is an international gay social network with over 30 million users across the world.

expression, politics of exclusion turns more visible and more dire. In return, she begins to employ a third strategy of home-making. This time, home becomes a ground where she negotiates the processes of exclusion to reclaim her identity. Home space turns into a microcosm of broader political structures of power, increasingly involving her day-to-day efforts to negotiate everyday reflections of heteronormativity.

On the other hand, she mentions that as she proceeds with her bodily transformation, she becomes more visible in public, and thereby more vulnerable to assaults, violence, and discrimination of various forms. At those times, supporting once again Hooks' standpoint, the home becomes the place »where *she* returns for renewal and self-recovery, where *she* can heal *her* wounds and become whole« (Hooks 1991: 389).

Nevertheless, the increasing visibility of the feminized body in the public space and her home turning to a venue for queer gatherings all came at a cost. According to the interview excerpt, she ended up being thrown out of her homes almost every three to six months, for the sake of family-based ideology of home. She says:

When the owner sees, my friends are kind of gay and I am doing make up and have little long hair, so he told me »this is a family community, this is a family building, you cannot have this transgender« in a very rude way. He told me to empty the house in three days. I told him to give my advance and he told me when you empty the house, we will give you the advance. . . He never returned my security back.

I had a transgender friend. She was coming and she was kind of noisy. Neighbors complained. When the owner came to my flat, that transgender guy was with me. On the same time when he saw him, he said »please empty the house«. . . He told families are not comfortable with you here. I never completed one year in any house. . . Mostly transgender friends and me and my make-up, my hormones. My body changed. My breast came. Mostly these homosexual and LGBTI people around me. My friends. They (neighbors) could not handle it. . . We never disturbed anyone. In the second house, yes, I can say we were noisy. In the other houses, no, it was only sexuality reason. It was so like families and they don't like us. They have children and they get bad image. Most excuses I get. They were so entrusted in how many people we are living in my house, what I am buying. I don't know this family thing, especially in the small cities everybody is entrusted in your house what you are doing, what are you eating, what are buying, how many people are there.

Throughout the interview, it became evident that a relatively secured economic income, in the form of family support, enabled her to have a home of her own but it was not able to ensure the sustainability of home. This also might suggest that although social class positions might have a role in producing this result for some other queer refugees, the other aspects of identity, like the non-conforming gender identity and behavior, seem to more likely account for the fragility of the home space, confirming the intersectional workings of oppression.

AHMAD'S STORY: HOME IS A PRIVILEGE

Ahmad is a self-identified gay man of 27 years old. Originating from a North African country from which very few persons seek asylum in Turkey, he found himself in a disadvantageous position in the first months of his asylum, with little social ties and connections which would otherwise benefit him. While he had a working class background back in his country of origin, since the very beginning of his asylum, he increasingly ends up falling into a precarious socio-economic status. His situation gets even more complicated because he has a life-threatening illness. He pursues a life completely dependent on the financial support of his larger family abroad and the care of his mother in Turkey.

Confirming Brun and Fábos' »constellations of home«, Ahmed's experience of home-making involves a composition of different dimensions. The interview excerpts demonstrate that his homemaking has been shaped within a tension of identity concerns and survival needs, under the constraints of the asylum system and deep precarisation.

As intersectionality suggests, an interplay of particular social positions produce unique experiences. Ahmed, as a gay refugee from North Africa, who is economically disadvantaged and lacking any type of ethnic social networks that can help him navigate a new society, felt the most impact of the precarious socio-economic circumstances in the asylum country. The interview shows that the day-to-day struggles to find temporary shelters constituted a big part of Ahmad's homemaking during his displacement. Volatility and fragility characterized the essence of his homemaking. For instance, the interview excerpt illustrates that Ahmad has moved between many places and barely has he had a flat of his own. Throughout his almost two years of asylum, the sketch of all the living places he has resided in can be drawn as such: cheap and crowded hostels he occasionally spent a few weeks; flats of queer partners with whom he met through gay dating applications; urban parks where he slept when he had no option; flats of his own which lasted very short time; places of other queer

refugee friends he met through some social events in NGOs; hospital rooms where he received cancer treatment; and single rooms shared with his mother in the shared flats. The interview excerpt implies that most of these places assumed the function of accommodation or shelter for him, which would have been equally assumed by any hotel room. He has perceived very few of these places as home. Aligning well with the previous literature, his case underlines that a home is more than a place of accommodation.

The second dimension of Ahmad's home-making is characterized by his emphasis on social connections he formed around home(s), mostly queer ones, and some particular feelings and affections he directed towards home(s). In my interview with him, it became evident that the lack of a fixated home space in his life did not prevent him from experiencing the feeling of being at home during his asylum. While talking about very few places where he felt at home, his narrative has not been concerned with the materiality and physical quality of the places. Particular social relationships, attachments, affects and feelings that he experienced around the materiality marked his narrative of home. Queer character of such connections was salient in the interview. For instance, I observed that the very few places he called home were the places he enjoyed the utmost freedom to openly and freely experience queer love, intimacy, and friendships which are based on mutual trust, practices of solidarity, and non-monetary exchanges. For him, home is more of a matter of feelings and connections with a queer tone, independent of any engagement with the materiality and ownership or tenantry of a house.

The third dimension of Ahmad's home-making can be defined as day-to-day struggles for bare survival under the precarity produced by the asylum system and immobility brought by his illness. During the interview, it became clear that Ahmad's diagnosis with a life-threatening illness and the loss of his leg's moving ability became the turning point in his experience. In the course of time, while losing all his productive abilities to make a living and lacking all social support mechanisms except modest family support, he ended up living in a small room of fifteen square meters with his mother. With this, he reached at a point where he had neither a material comfort nor an ontological safety. While home turned to a place of confinement, immediate survival replaced the identity concerns. His case resonates with the idea that »having a home is indeed today having a privilege« (Young 2012: 193) and Ahmad lacked this class privilege.

MARIAM AND REZA'S STORIES: WHAT IS HOME WHEN YOU HAVE NO CHOICE?

Mariam is a self-identified lesbian woman of 27 years old from Iran. She fled her country of origin with her significant other and continued to share her life with her during the whole asylum. She comes from a middle class family background. Her class privileges awarded her with a previous migration experience for studying in an Asian country at the age of 16 or 17, before having fled to Turkey. She also experiences a dramatic decline in her class position during her asylum. She sustains her life with insecure and low-paid jobs.

Reza is a self-identified gay man of 26 years old from Iran. Coming from a middle class family background, he continues to benefit from his family's support to secure a decent life during his asylum. Among the interviewees, Reza has the longest experience of migration, amounting to almost nine years in total, four of them spent in Turkey. Prior to Turkey, he spent five years in an Asian country for studying. He is the only person among the interviewees who has a regular job with a monthly secured income. He accumulated a significant capacity of social and cultural capital, excelled himself at getting connected to a large network of persons, and blended with local and transnational ties.

Mariam and Reza show parallelisms in the ways they engage in homemaking, but each of their case also involves unique qualities. They are two unrelated persons, but I chose to analyze their cases together as a certain commonality in their life histories offers invites one to think about the impact of different migration contexts on homemaking. This commonality is that they both had a previous experience of migration before Turkey. They stated that they left Iran to two different Asian countries at a quite early age, like 16-17, for university education. According to their statements, fleeing to Turkey was a decision taken under forced circumstances. On the other hand, the nature of their previous migration decision was not fully a case of forced migration. It was also not fully a voluntary one. They left the country to the Asian countries seeking a free life by securing economic privileges offered by the families and by privileges of having an Iranian passport.

Their history of multiple migration has a weight in shaping their homemaking experience in the asylum country. The ways they imagine and construct homes in the transit were shaped by the interplay of their past experiences of home and their aspirations for future homes. Their homemaking strategy is to negotiate the prolonged uncertainty of the asylum life with the lessons learned from the past homes, as well as with the hopes to obtain future homes. In other words, past and future are embodied in the present imaginations and practices of homemaking.

In line with the “constellations of home” framework, the interview excerpts show that two distinct migration experiences refer to two different cases of HOME, where participants make homes under different social, political and economic circumstances. Different HOME contexts also involve varying opportunities for identity making. During the interviews, it became clear that the way they narrate their previous migration experience is drastically distinguished from the way they narrate their current experience of displacement. Their previous migration experience became more enabling for identities. Within these processes of identity making at different HOMEs, they have attributed different qualities to their experiences of homemaking. For them, the home in the asylum country reflects more of unsettled, liminal, and in-between experience, shaped under the legal, social and economic constraints of the refugee status. For instance, Mariam says:

I always adore *X*⁷ because it is like my second country. I really miss it a lot. It is very special for me. I really want to stay there. . . . It completely feels like home. . . . It (*Turkey*) does not give me the feeling of home actually. I never felt home in Turkey. . . . It is just like I am living to live. . . . Nothing here is my choice. . . . In *X* I had my best time. I never worked in *X*. It was fun time. I was studying. I was teenager. . . . Now I am in Turkey. We have to live in present. I am not choosing Turkey for living. I am just surviving myself and Turkey was the only option to come. I try to live it like home but it is not home actually. But if I live like this, I cannot continue. I will be aimless and hopeless.

On the other hand, the home in the previous migration country reflects a greater potential in terms of life enriching and liberating experiences. The interview excerpts demonstrate that the two interviewees had their first queer interactions and explorations in the previous migration countries. Having the privilege of a home of their own had an enabling role in this process. Mariam says:

I was crying and I asked the universe please just show me the way if I have to be with a boy, put some boy in my life and if I have to continue with girls, then put one girl in my life. Maybe it will be funny for you but just in the same week, one girl from Iran she came from Iran for English courses. So, she talked to me about courses. . . . I went to her house and we talked. . . . She showed me a lot of kindness. Slowly slowly in a month we went to relationship. I can tell you both of us was zero

7 | I replaced the name of the Asian country she had lived to guarantee the confidentiality.

in information about who we are, about our orientation and about our sexual thing. I did not even know the sex positions. . . . Because with my ex-girlfriends, we did not have much sexual activities. . . . I did not even let them touch my body. . . . But with this girl we searched everything about being homosexual, we searched movies. We came to know who we are together. . . . From that time on, I am so strict about myself. Even someone has a problem about my orientation, I was like just go fuck yourself. This is who I am.

Likewise, Reza explained:

When I was in Iran, I had no space to try to express or to manifest my gay identity because at home I was always with my family and they did not know about me and at school I was not supposed to let them know about me because it was something forbidden. When I was in Y,⁸ I did not know, especially when I go to university, if I should express myself or my sexuality or not because I never known how it is going to be. Are my classmates going to accept me or deny me? At my home space, I was for the first time allowed to experiment at least clothing what to wear, how to react or how to behave.

Memories of past home, including the pain of losing a beloved home, in the previous migration country influences their current domestic practices. Moreover, ambiguity and uncertainty of the life in asylum country shape their ability to make home in the transit country. Hoping that they will be resettled to a third country one day, they construct their homes in relation to an imagined place, ideally a Western country, they have never been to. This bounded imagination of the home in the transit country is reflected in the day-to-day organization of the physical domesticity of home place. Mariam explains how she and her partner have approached the material investments they made on their current home:

All of the stuff is for the owner. We did not buy anything because it is useless if we buy anything. But we bought some flowers, cactuses, some small stuff which my partner likes them. Try to decorate the house in the way we like. For example, the cover of the sofas was very bad. We bought some covers, for our bedroom we bought some bed sheets we loved and we decorated like this but it is not the dream home. It is a

8 | I replaced the name of the Asian country she had lived to guarantee the confidentiality.

simple home to live. It has everything but the things it has are not the things we love. It is the owner's choice.

Reza also says:

Since the beginning you come here, you know that you are going to leave one day. I will give you one simple example of making a home for yourself. When you get an apartment, you want to embellish it the best you can, to buy the best furniture or slowly work and save money to buy the perfect things for your house but I can never do this because I know that one day I am going to leave. . . Even if I want to make it a home, there is always the thought back of my head what if tomorrow they call you and say you are leaving. You cannot even make a home for yourself free of this worry. Because I can't carry these things with me. This happened once to me in Y. I had a home and when I was leaving Y, I had sold everything and it was the hardest thing I have ever done because you have memory in everything. Because I can only carry thirty kilograms. You cannot carry your home, your furniture. You have to sell them. I went through that once, I am not going to go through this again. . . Maybe if the circumstances are different, maybe If I was actually citizen here, maybe I would think of settling down here. But because you are not, you are stateless somehow, it is just impossible to think of it.

The interview excerpts align well with Michael Jackson's argument, »Home is lived in the tension between the given and the chosen, then and now, here and there« (Jackson 1995, quoted in Mallett 2004: 80). Although they choose to invest only the minimum in physical domesticity, they continue to find ways to increase their ability to feel at home. Maryam's strategy to do so is to form a lesbian family of her own with her Iranian partner in displacement. In transit, home space for them continues to enable identities in a varying degree. Likewise, Reza finds his own way to feel at home, such as using virtual spaces for homemaking, which will be discussed in the next section along with Ahmad's experience of virtual homemaking.

VIRTUAL HOMEMAKING

A recent study highlights that forced migrants find creative ways of homemaking in conditions of prolonged displacement and uncertain temporariness, by utilizing »unexpected, invisible, and de-territorialized spaces« like digital media (Doná 2015: 72).

»Virtual homemaking«, as coined by Giordia Doná, is one of the creative homemaking practices. Doná argues that »Forced territorial and bureaucratic immobility is reversed in virtual spaces, where forced migrants are free to navigate, to feel »at home« among online communities«, and to enter in dialogue with co-ethnic, co-national, and also transnational and trans-generational others (2015: 71).

Interviews with my participants, Ahmad and Reza, indicate that they engaged in creative ways of making homes in virtual spaces, confirming the cited literature. Their virtual homemaking strategy involved experiencing intimacy at distance by using online social media, such as gay dating websites, skype calls, Facebook and other social media platforms, allowing them to communicate with the partners and friends in the places where they cannot physically visit.

The interview shows that Reza formed close emotional bonds and relationships with nationals of European countries living abroad. These connections involved day to day communication, mutual emotional sharing, economic solidarity, regular face-to-face visits, and sometimes marriage plans. He experienced types of relationships which people could form in normal circumstances, for instance within the home or in face-to-face communication. These connections suggest that Reza extended the boundaries of his current physical home in the transit to the transnational virtual space. Having a hope of a future ideal home in the West but feeling the fatigue of waiting for it, he began to construct it from that moment on. In doing this, he has actively used the channels of digital communication. To negotiate the tension between what he actually has and what he desires, he created some form of home domesticity mediated through digital space.

The interview indicates that Ahmad also used online dating as a homemaking strategy. Gay dating applications and social media platforms became an instrument of connecting him to the far-flung dwellings across territorial borders. Ahmad used dating applications to form both platonic and romantic relationships. In the quote below, he details an experience in those terms:

I had a gay friend from Germany. He kind of saved my life basically. He supported me financially, even though we do not know each other. When I came here, in the first days, he sent me money. I met him on [Gay] Romeo. He was sending me about 100 Euro per month, just as a help. We became kind of good friends [...] I am being so emotional about this. Because when he sent the money that first time, I did not believe it is because he believed in me. He believed me I am a good person. I was kind of shocked because even your family does not help you. I have uncles in France. Actually, they did not help at all, and I

found help in a complete stranger I have never met in my life [...] I found humanity. People still care and still want to help, even though they don't know you. They want to help you from the bottom of their heart. I was very happy. I had hope again.

Ahmad's interactions with another European friend also confirm how virtual spaces enabled him to experience intimacy at distance:

I had a friend from Poland. He was a very nice guy. We were chatting on Facebook. It was really nice to know someone from another country and to speak about how people are living in other countries. I first connected with him on [Gay] Romeo. He was telling me all about his life. I was so attached to him. I was talking to him all the time: I was telling him everything about my life and he was telling his life. He had HIV and was in a very bad health situation [...] I was really feeling something for him. We were just talking on Facebook. Sometimes on video calls. We got so attached over time. He actually wanted to come to my country and meet me and bring me to his country and wanted to have a life together and marry me.

The experiences of Ahmad and Reza suggest that they tried to negotiate the forced territorial and legal immobility through some virtual homemaking practices. In doing this, they virtually engaged in experiencing affective geography of home where queer connections can become possible.

CONCLUSION

In this article, I examined the meaning of home and homemaking in conditions of temporary displacement. Drawing on Catharine Brun and Anita Fábos' conceptual framework of the constellation of HOME-Home-home (2015), my analysis focused on the experiences of queer refugees who temporarily reside in Turkey while waiting for resettlement to a third country. In this study, I suggested that displaced people continue to think about and make homes while living in temporary conditions, such as transit countries, in connection to past homes, current homes, and future homes. My participants' experiences challenge state-centered understanding of home for which homemaking is seen only relevant for the contexts where refugees are able to reach a durable solution like resettlement and repatriation. My participants' experience of homemaking in transit have been actualized through their engagement with a combination of different dimensions of the above-mentioned home triad. Confirming

Catharine Brun and Anita Fábos' framework, the meaning of home for each participant has constantly been negotiated within the dynamic interplay of the understandings of home as everyday practices and connections, Home as memories and imaginations, and HOME as broader processes of exclusion and inclusion that operate over the lives of individuals. Some of the salient strategies of homemaking that my participants employ are as follows: daily struggles to be able to find and afford accommodation and secure the accommodation one possess; carrying queer socialities to home; queer reorganisation of home space through practices and relationships with the support of digital media; seeking out de-territorialised forms of home to negotiate forced immobility and expanding the boundaries of territorialised space of home with virtual space.

The case studies presented here demonstrate that my participants have creatively engaged in homemaking within the tension of processes of marginalization and identity-making. Homemaking for queer refugees have been shaped by a varying interplay of economic difficulties, everyday discrimination directed at queer displays of gender and sexuality, and feelings of in-betweenness and uncertainty resulting from the temporariness of protection status. These processes of marginalisation have put homemaking for my participants on a fragile and volatile ground, varying with particular combinations of economic, social, and cultural capital possessed by each individual. Notwithstanding such constraints, the transit country has offered some possibilities for enabling queer identities, within the bounds of limited protection provided by the Turkish asylum system and insecurities imposed by a highly heteronormative social order. Hence, I have argued that homemaking for my participants has involved not only an ongoing process of day-to-day negotiation of liminal and precarious circumstances of the transit country, but it also included everyday struggles which have enabled queer identities, practices and spaces. Lending support to Wimark's previous research, my participants' agency has helped them to experience »queer movements, spaces and temporalities created in opposition to prevailing heterosexual, familial and normative structures of both origin and host societies«, thereby allowing to create a form of »liminal homemaking« (Wimark 2019: 15) and a case of »agency-in-waiting« (Brun and Fábos 2015: 12). Informed by an intersectional analysis, I have demonstrated that my participants have produced different strategies of homemaking, attending to particular dimensions or a combination of dimensions of their social positions such as class, ethnicity, sexual orientation, gender identity and ability. Grounded in the intersection of home studies, migration studies, feminist and queer studies, the homemaking experiences of my participants contribute to our understanding of the creative agency of the displaced people in temporary conditions.

This study has gone some way towards introducing possibilities of thinking about making homes in uncertain temporariness, such as transit regions, and it triggered some questions in need of further investigation. For instance, queer way(s) of home-making, liminal homemaking and de-territorialised ways of homemaking, such as »virtual homemaking«, are interesting issues for future research.

I would like to thank my participants who shared their experiences with me, to Dr. İclal Ayşe Küçükırca who introduced home studies to me and to the reviewers and editors.

LITERATURE

- Arac, Muzeyyen and Aydın, Ercan (2015): LGBTI Refugees. Istanbul.
- Barrett, Catherine (2015): Queering the Home. In: Home Cultures, 12(2). 193-211.
- Brun, Catherine and Fabos, Anita (2015): Making Homes in Limbo? A Conceptual Framework. In: Refuge: Canada's Journal on Refugees 31(1). 5-17.
- Brun, Cathrine (2015): Home as a Critical Value: From Shelter to Home in Georgia. In: Refuge: Canada's Journal on Refugees 31(1). 43-54.
- Čapo, Jasna (2015): "Durable Solutions," Transnationalism, and Homemaking among Croatian and Bosnian Former Refugees. In: Refuge: Canada's Journal on Refugees 31(1). 19-29.
- Doná, Giorgia (2015): Embodied Virtual "Homes" in Prolonged Conditions of Displacement. In: Refuge: Canada's Journal on Refugees 31(1). 67-73.
- Douglas, Mary (1991): The Idea of a Home: A Kind of Space. In: Social Research 58(1). 287-307.
- Directorate General of Migration Management (DGMM) (2020): Temporary protection. URL: goc.gov.tr [17.04.2020].
- Directorate General of Migration Management (DGMM) (2020): Legislation. URL: goc.gov.tr [17.04.2020].
- Fábos, Anita (2015): Microbuses and Mobile Homemaking in Exile: Sudanese Visiting Strategies in Cairo 31(1). 55-65.
- Gorman-Murray, Andrew (2006): Queering home or domesticating deviance?: Interrogating gay domesticity through lifestyle television. In: International Journal of Cultural Studies 9(2). 227-247.
- Gorman-Murray, Andrew (2007): Contesting Domestic Ideals: queering the Australian home. In: Australian Geographer 38(2). 195-213.
- Hooks, Bell (1991): Yearning: Race, Gender and Cultural Politics. London.
- Kara, Hayriye and Çalık, Damla (2016): Waiting to be 'safe and sound': Turkey as LGBTI Refugees' Way Station. Ankara.
- Kathy and Briganti, Chiara (Eds.): The domestic space reader. Toronto. 190-193.
- Lykke, Nina (2010): Feminist Studies: A Guide to Intersectional Theory, Methodology and Writing. New York.
- Mallett, Shelley (2004): Understanding Home: A Critical Review of the Literature. In: The Sociological Review 52(1). 62-89.

- Mezei, Kathy and Briganti, Chiara (2012): *The domestic space reader*. Toronto.
- O'Reilly, Karen (2005): *Ethnographic methods*. London.
- O'Reilly, Zoë (2018): Living Liminality: everyday experiences of asylum seekers in the Direct Provision system in Ireland. In: *Gender, Place & Culture* 25(6). 821-842.
- Ordek, Kemal (2017): *Syrians under Temporary Protection in Turkey and Sex Work*. Ankara.
- Pilkey, Brent (2014): Queering heteronormativity at home: older gay Londoners and the negotiation of domestic materiality. In: *Gender, Place & Culture* 21(9). 1142-1157.
- Senses, Nazli (2016): Rethinking Migration in the Context of Precarity: The Case of Turkey. In: Carl-Ulrik Schierup, Martin Bak Jørgensen (Eds.): *Politics of Precarity: Migrant Conditions, Struggles and Experiences*. Leiden. 99-117.
- Trapp, Micah M. (2015): Already in America: Transnational Homemaking among Liberian Refugees (31(1). 31-41.
- Wardhaugh, Julia (1999): The Unaccommodated Woman: Home, Homelessness and Identity. In: *Sociological Review* 47 (1). 91-109.
- Wimark, Thomas (2019): *Homemaking and perpetual liminality among queer refugees*. In: *Social & Cultural Geography*. DOI: 10.1080/14649365.2019.1619818
- Young, Iris Marion (2012): House and Home: Feminist Variations on a Theme. In Mezei, Kathy and Briganti, Chiara (Eds.): *The domestic space reader*. Toronto. 190-193.

Von Bedrohungsszenarien und Grenzregimen

Die Verschränkung von Flucht- und Terrordiskursen

FELICITAS QUALMANN, ENIS BICER, LINA BRINK,
ALEJANDRA NIEVES CAMACHO

Abstract: The ›summer of migration‹ has been a central topic of medial and political discourse since 2015. The perspective of the media in Germany quickly shifted from the protection of refugees towards the protection of the state from refugees. This shift was partly made possible by the entanglement of the discursive fields of ›Islamist terror‹ with that of ›refugee migration‹, as well as by (re)producing orientalist and racist representations. This discursive entanglement and its medial and political impact constitute the object of this paper. Using the Sociology of Knowledge Approach to Discourse, we discuss how media reports of 2015 and 2016 interlinked discourses on migration and on ›terror‹. We analyze how refugees, constructed as both a security and cultural threat, alongside a ›weak state‹ with an unrestricted migration regime, were portrayed as the cause of ›terror‹ attacks. Furthermore, by looking at the current political debate, we propose first considerations on how this entanglement continues to influence the political discourse on both refugees and the European border regime.

Keywords: anti-Muslim racism, Sociology of Knowledge Approach to Discourse, media discourse, terrorism/securitization, refugee migration

»Our first priority is making sure that order is maintained at the Greek external border, which is also a European border. I am fully committed to mobilising all the necessary operational support to the Greek authorities.« (Ursula von der Leyen, März 2020)

Zum Zeitpunkt unserer Untersuchung im März 2020 sitzen allein auf den griechischen Inseln über 40.000 Flüchtlinge fest und hoffen u.a. auf eine Weiterreise in verschiedene europäische Länder (vgl. Pro Asyl 2020a). Die Situation in den griechischen Camps ist verheerend und menschenunwürdig, die Versorgung mit grundlegenden Gütern und Dienstleistungen ist nicht gewährleistet. Die Chance auf ein faires Asylverfahren, sowie die Weiterreise in andere europäische Länder wird ihnen verwehrt. Dabei spitzt sich die Lage im selben Monat dramatisch zu, Menschen wurden mit Gewalt, beispielsweise dem massiven Einsatz von Tränengas, daran gehindert,

die türkisch-griechische Grenze zu übertreten und Asylanträge zu stellen (vgl. Pro Asyl 2020b). Die griechischen Behörden setzten das Asylverfahren für einen Monat aus und beschlossen die Rückführung aller ›irregulär‹ einreisenden Menschen. Damit wurden Flüchtende an der Außengrenze der Europäischen Union auf Grund ihrer Einreise kriminalisiert und zum Teil zu Haftstrafen verurteilt (vgl. Pro Asyl 2020a). Das zu Beginn angeführte Statement von Ursula von der Leyen (vgl. 2020), Präsidentin der Europäischen Kommission, belegt beispielhaft, wie auf europa- und bundespolitischer Ebene auf die beschriebenen Ereignisse reagiert wurde. Obwohl das Handeln der griechischen Behörden mehrfach gegen Menschen- und Europarecht verstößt (vgl. Pro Asyl 2020a.), garantierte die EU-Kommissionspräsidentin ihre Unterstützung und lobte das bisherige Vorgehen. Auf die Situation der Flüchtenden ging sie hingegen kaum ein und ihre rechtlichen Ansprüche wurden nicht erwähnt.

Als hingegen im August 2015 zahlreiche Flüchtende nach Deutschland einreisten und das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* das Dublin-Verfahren kurzzeitig aussetzte, wurde diese Entscheidung medial überwiegend positiv bewertet (vgl. Jäger/Wamper 2017: 8ff.). Doch vollzog sich bereits im Herbst desselben Jahres eine deutliche Verschiebung des Sagbarkeitsfeldes in Diskursen um Flucht und Migration (vgl. Hess et al. 2017: 15; Vollmer/Karakayali 2018). Flucht wurde zu einem zentralen Thema im deutschsprachigen Mediendiskurs. Die journalistische Perspektive bewegte sich hierbei weg von einer Fokussierung auf den Schutz flüchtender Menschen hin zu einem angeblich notwendigen Schutz des Staates vor flüchtenden Menschen (vgl. Holzberg/Kolbe/Zaborowski 2018; Jäger/Wamper 2017; Lewicki 2017). Bedeutsam für diese Verschiebung sind Ereignisse, die den Diskursen um ›islamistischen Terrorismus‹ zugeschrieben werden und Bezug nehmen auf verschiedene Gewaltereignisse in Deutschland und Europa.

Durch die Verschränkung von Terror- und Fluchtdiskursen wurden Geflüchtete als Gefahr für die staatliche Sicherheit und das Leben von Bürger*innen inszeniert (vgl. Holzberg/Kolbe/Zaborowski 2018: 543). Diese Verschränkung knüpfte dabei an bereits etablierte Sicherheits- und Terrornarrative an, welche vielfach verschränkt sind mit rassistischen Diskursen.¹ Im Kontext dieser Narrative werden ›Muslim*innen‹

1 | Insgesamt bringen national und international etablierte Forschungen und Studien zu Terrorismus oft rassialisierende und ethnisierende Diskurse zu ›Islam‹ und Muslim*innen hervor und reproduzieren diese. Studien, die versuchen, sich diesem Forschungsfeld aus globalgeschichtlichen und postkolonialen Zugängen zu nähern, bilden Ausnahmen. Zu benennen sind hier z.B. die Studien von Farhad Khosrokhavar (2016). Khosrokhavar versucht, verschiedene europäische ›radikale‹ Bewegungen zu historisieren, in Beziehung zu setzen und untersucht die Beweggründe junger Menschen, die sich diesen gegenwärtig anschließen.

und als solche markierte Personen häufig als potenzielle Täter*innen und ›der Westen‹ als potenzielles Opfer festgeschrieben. Besonders seit den Ereignissen vom 11. September 2001 wurde in medialen und in politischen Debatten ein Islamdiskurs geprägt, der – anknüpfend an lang tradierte orientalistische Diskurse und Stereotype und durch diskursive Verknüpfungen von ›Islam‹, ›Muslim*innen‹ und ›Terrorismus‹ – bestimmte (antimuslimische) Bedrohungsszenarien konstruiert (vgl. Attia 2009; Brunner 2011; Nachtigall 2012: 256ff.).²

Ziel dieses Beitrags ist es, die Art und Weise dieser Verknüpfungen zwischen Sicherheit, Terrorismus, Flucht und darin enthaltende Rassialisierungen auf Basis eines breiten Datensatzes systematisch nachzuverfolgen. Wir argumentieren, dass in den Jahren 2015 und 2016 eine ursächliche Verschränkung zwischen Flucht- und Terrorereignissen medial konstruiert wurde. Flüchtende wurden zunehmend mit ›islamistischem Terrorismus‹ in Verbindung gebracht und als potentielle Bedrohung gedeutet. Zudem möchten wir uns der Frage nähern, inwiefern die anhaltende Versicherheitlichung des europäischen Grenzregimes seit 2015, wie wir sie am Beispiel der griechischen Grenze und der Situation der Flüchtenden auf den griechischen Inseln beschrieben haben, in einem Zusammenhang mit dieser Verschränkung steht. Grundlage ist dabei eine umfassende Untersuchung der printmedialen Berichterstattung in den Jahren 2015 und 2016 über ›islamistischen Terrorismus‹ und der darin konstituierten (antimuslimischen) Bedrohungsszenarien sowie eine Bundestagsdebatte aus dem Frühjahr 2020.³

Im Folgenden werden wir die bisherige Forschung und die theoretischen Auseinandersetzungen mit ›islamistischem Terrorismus‹ skizzieren. Daran anschließend beschreiben wir unser analytisches Vorgehen, stellen die Ergebnisse der Medienanalyse vor und diskutieren den Bezug selbiger zu politischen Entwicklungen und einer Bundestagsdebatte zum europäischen Grenzregime aus dem Frühjahr 2020.

2 | Gleichzeitig möchten wir bekräftigen, dass wir die Gefahr, die von ›islamistischem Terrorismus‹ ausgeht keinesfalls als ausschließlich konstruiert verstehen. Von ›terroristischen‹ Gewalttaten geht eine reale Gefahr für Leib und Leben von Menschen aus.

3 | Die hier vorgestellten Ergebnisse sind Teil eines BMBF-geförderten Forschungsprojektes zum Bedrohungsszenario des ›islamistischen Terrorismus‹ aus den Perspektiven von Politik, Medien und muslimischen Communities (Förderkennzeichen 01UG1830AX). Unser Teilprojekt untersucht das Bedrohungsszenario in Medien und Politik und damit zusammenhängende antimuslimische Rassismen. In diesem Rahmen wurden eine Medienanalyse und qualitative Interviews mit Politiker*innen durchgeführt und diskursanalytisch ausgewertet.

BEDROHUNGSKONSTRUKTION >ISLAMISTISCHER TERRORISMUS<: THEORIE UND EMPIRIE

In unserer diskursanalytischen Auseinandersetzung mit medialen und politischen Debatten zum Bedrohungsszenario des ›islamistischen Terrorismus‹ knüpfen wir an theoretische Arbeiten zu Diskursen und zu antimuslimischem Rassismus an. Studien, die sich mit Versicherheitlichungsprozessen in Zusammenhang mit ›islamistischem Terrorismus‹ beschäftigen, werden anschließend umrissen. Abschließend werden wir am Beispiel des *Global War on Terror* auf internationale Untersuchungen zu Terror- und Sicherheitsdiskursen eingehen.

Aus einer diskurstheoretischen Perspektive verstehen wir Diskurse als kontinuierliche Verhandlungen von gesellschaftlichem Wissen. Diskurse stellen Wissen über die jeweils hegemoniale Wahrnehmung von ›Wirklichkeit‹ her, reproduzieren oder verschieben dieses und strukturieren so gesellschaftliches und politisches Handeln. Medien und Journalist*innen kommt in diesem Prozess über die Herstellung komplexer Öffentlichkeiten, in denen gesellschaftliche und politische Konfliktfelder ausgehandelt werden, eine bedeutende Funktion zu (vgl. Lünenborg/Sell 2018: 3f.). Mediale Diskurse verstehen wir als eine diskursive Arena⁴, in der gesellschaftliche Wissensbestände und damit ein spezifisches Verständnis von ›Wirklichkeit‹ konstruiert und reproduziert werden. Diese Arena ist eng mit anderen diskursiven Arenen verschränkt. So greift sie etwa Deutungen aus Diskursen innerhalb von politischen Institutionen auf und hat zugleich Einfluss auf das, was in solchen politischen Diskursen sag- oder unsagbar ist.⁵ Gerade über diese Verbindung zur politischen Sphäre wird auch die materielle Bedeutung von Diskursen deutlich: Das konstruierte Wissen fließt in politische Entscheidungen, Institutionen und Regulationen ein und hat so Auswirkungen auf den konkreten Alltag von Menschen (vgl. Foucault 1974; Keller 2011a: 52). Die Rekonstruktion rassistischer Deutungen in medialen Diskursen ist somit kein Selbstzweck, der lediglich Rassismus in Medien aufdeckt.

Anknüpfend an theoretische Überlegungen zum antimuslimischen Rassismus, verstehen wir Bedrohungsszenarien des ›islamistischen Terrorismus‹ als wirkmächtige Elemente hegemonialer Diskurse. Verschiedene Diskursstränge werden im antimus-

4 | Gegenüber dem Begriff des diskursiven Feldes wird mit diesem Begriff klarer verdeutlicht, dass der Zugang von Akteur*innen zur Diskursproduktion, ihre Rollen und damit die diskursiven Möglichkeiten vorstrukturiert sind (vgl. Schwarz 2014: 117).

5 | Die Verschränkung zwischen diesen diskursiven Arenen greift der Beitrag an späterer Stelle auf.

limischen Rassismus »zu einem Netz verwoben, das hegemoniales Wissen über ›den Islam‹ und ›die Muslim*innen‹ hervorbringt« (Attia 2017: 182). An dieses Netz anknüpfend, werden in Bedrohungsszenarien des ›islamistischen Terrorismus‹ rassialisierende, kulturalisierende und essentialisierende Repräsentationen (re)produziert und Muslim*innen, Geflüchtete und als solche markierte Menschen als ein gefährliches ›Anderes‹ konstruiert (vgl. Attia 2009: 74; Shooman 2014: 40f.). Gerade im Zusammenhang mit Debatten um Terrorismus erweisen sich diese Repräsentationen als gesellschaftlich und politisch bedeutsam. Denn die Bezeichnung von Täter*innen als ›Terrorist*innen‹ oder von Gewalttaten als ›Terroranschlag‹ ist eine effektvolle diskursive Setzung und die Frage, wer als ›Täter*in‹ oder als ›Opfer‹ gedeutet wird, nimmt Bezug auf diese Repräsentationen (vgl. Castro Varela 2016: 70).

Die materiellen Effekte antimuslimischer Bedrohungsszenarien bzw. Prozesse der damit zusammenhängenden Versicherheitlichung werden in weiteren Studien untersucht. Diese zeigen auf, dass die Konstruktion von Bedrohungsszenarien des ›islamistischen Terrorismus‹ nach dem 11. September zu *religious profiling*, Kriminalisierung und Überwachung von Muslim*innen sowie als solchen markierten Personen durch Politik und Sicherheitsbehörden beigetragen hat (vgl. Fekete 2016; Moeckli 2010; Töpfer 2015). Zunehmend werden Narrative etabliert, welche eine Verbindung zwischen internationalem ›Terrorismus‹ und Migration konstruieren (vgl. Wendekamm 2014: 178ff.). Gleichzeitig werden weltweite Gewaltereignisse zur unmittelbaren Gefahr der inneren Sicherheit erklärt (vgl. Baban 2013: 342f.). Diese Narrative ebnen den Weg für etwaige Verschärfungen von Sicherheits-, Überwachungs- und Einwanderungsgesetzen sowie Prozesse der Entdemokratisierung (vgl. ebd.; Castro Varela 2016: 61ff.). Zu benennen sind hier vor allem die Gesetze zur *Antiterrordatei* von 2015 (vgl. Töpfer 2015: 5ff.) und das 2002 erlassene *Terrorismusbekämpfungsgesetz*, welches neue bzw. verschärfte Gesetze u.a. im *Bundesverfassungsschutzgesetz*, *Bundesgrenzschutzgesetz* oder *Ausländerrecht* hervorbrachte (vgl. Deutscher Bundestag 2017: 4). Diese gesetzlichen Verschärfungen können mit bedeutenden Einschnitten in die Grundrechte der von diesen Maßnahmen betroffenen Menschen einhergehen. Ferner werden Sicherheitsbehörden zur Raster- und Schleierfahndung (vgl. Fekete 2016: 8ff.) sowie zur zunehmenden »Vergeheimdienstlichung« von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr ermächtigt (vgl. Töpfer 2015: 5ff.).⁶ Das geheime Sammeln von Informationen kann dabei das Recht auf Privatsphäre, das Versammlungsrecht,

⁶ In Anlehnung an Eric Töpfer (vgl. 2015: 5f.) beschreibt »Vergeheimdienstlichung« die zunehmende Geheimhaltung von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr in der Extremismus- und Terrorbekämpfung durch Sicherheitsbehörden.

das Recht auf wirksame Beschwerde und die Religionsfreiheit erheblich beschränken (ebd.).

In Studien im internationalen Kontext werden u.a. die Narrative des *Global War on Terror* aus postkolonialen bzw. rassismuskritischen Perspektiven analysiert. Diese belegen, dass es ein dominantes Narrativ dieses Krieges ist, die globale Sicherheit, Freiheit und Demokratie der ›westlichen Welt‹ zu schützen (vgl. Hunt/ Rygiel 2006). Doch setzen sich diese Narrative bzw. *war stories* vielmehr zum Ziel »to camouflage other forms of terrorism made possible in the post-9/11 environment, such as intimidation, harassment, arrests, and control over the movement of certain groups of peoples already marginalized based on differences of class, gender, race, religion, immigration status and nationality« (ebd. 2006: 14). Auch im globalen Kontext kommt Medien in diesen Prozessen eine entscheidende Rolle zu: Durch die Reproduktion dieser Narrative ermächtigen sie eine Politik des Globalen Nordens, welche die eigentlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen maskiert und versucht, auf diese Weise Macht über den Globalen Süden auszuüben (vgl. Zine 2006: 31).

Insgesamt wird deutlich, dass in medialen und politischen Diskursarenen Bedrohungsszenarien des ›islamistischen Terrorismus‹ verhandelt werden, die sich in politischen Entscheidungen und Regulierungen materialisieren. In den Bedrohungsszenarien manifestieren sich antimuslimische Repräsentationen, welche als Begründung von Versicherheitlichung und als Legitimation von Überwachung und Kriminalisierung von *People of Color* herangeführt werden. Die Konstruktion solcher Bedrohungsszenarien untersucht der vorliegende Beitrag detailliert anhand der deutschsprachigen Berichterstattung über ›terroristische‹ Gewaltereignisse in den Jahren 2015 und 2016 sowie deren (in)direkten Bezügen zu Fluchtdiskursen.

DATENGRUNDLAGE & DISKURSANALYTISCHE FUNDIERUNG

Um der Frage nach der Bedrohungskonstituierung vor dem Hintergrund des Diskurses um den ›islamistischen Terrorismus‹ nachzugehen, kommt in dieser Studie die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) (Keller 2011c, 2018) zur Anwendung. Die WDA verbindet die Diskurperspektive nach Foucault mit den sozialkonstruktivistischen und wissenssoziologischen Grundlagen von Berger/Luckmann (1967, vgl. z.B. Keller 2013). Basierend auf kollektiv-geteilten Wissensbeständen und Zeichen, sind soziale Akteur*innen demnach maßgeblich an der Bedeutungsherstellung von sozialen Situationen und Phänomenen beteiligt und (re-)produzieren somit soziale Definitionen und Sinnverständnisse von Wirklichkeit. Die Verwendung des Zeichensystems Sprache spielt in dieser Bedeutungs- und Wirklichkeitskonstituierung eine

wichtige Rolle (vgl. Keller 2011b: 51ff., 2013). Somit sind Diskurse als regulierte und strukturierte soziale Praktiken der Zeichennutzung, wie z.B. durch Sprache, zu verstehen. Ziel der WDA ist dabei die analytische Offenlegung dieser Praktiken (vgl. Keller 2011b: 51ff.).

In Anlehnung an diese Überlegungen zielt unsere Studie auf die Rekonstruktion typischer Aussagenszusammenhänge mit Bezug auf die Konstituierung von Bedrohung durch den ›islamistischen Terrorismus‹. Dabei wird ein gesondertes Augenmerk auf die diskursive Verschränkung der als ›terroristisch‹ interpretierten Bedrohungsmuster mit dem Fluchtdiskurs gelegt. Ein diesbezüglich geeignetes analytisches Konzept bietet dabei die in der WDA vorgeschlagene Deutungsmusterrekonstruktion an (vgl. Keller 2011a: 108ff., 2011c: 240ff.). Unter Deutungsmustern sind »grundlegende bedeutungsgenerierende Schemata, die durch Diskurse verbreitet werden und nahe legen, worum es bei einem Phänomen handelt« (Keller 2011c: 243), zu verstehen. Die Rekonstruktion dieser Schemata verspricht für unsere Untersuchung folglich eine Offenlegung »gesellschaftlich vorübergehend konventionalisierte[r] Deutungsfiguren« (Keller 2011a: 108) bzgl. der diskursiven Verhandlung von Bedrohungslagen durch den ›islamistischen Terrorismus‹ und möglichen Verschränkungen zum Thema Flucht.

Vor dem Hintergrund der oben erwähnten analytisch-konzeptionellen Anleihen aus der WDA erfolgt nun eine kurze Erläuterung unserer datenanalytisch-empirischen Vorgehensweise. Für die Jahre 2015 und 2016 wurden insgesamt drei zentrale als ›terroristisch‹ eingestufte Ereignisse bzw. Ereigniszeiträume ausgewählt, die den Datenkorpus dieser Untersuchung bilden. Bei diesen Ereignissen handelte es sich erstens um die Anschläge von Paris im November 2015, bei denen über 130 Personen ihr Leben verloren. Zeitlich fand dieses Gewaltereignis kurz nach den Ereignissen rund um den ›Sommer der Migration‹ statt. Bei dem zweiten untersuchten Ereigniszeitraum handelt es sich um drei jeweils getrennte, aber zeitlich nah beieinanderliegende Gewaltereignisse, die im Juli und August 2016 in Frankreich und Deutschland stattgefunden haben. Im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung stand dabei ein mit einem LKW durchgeführter Anschlag in der südfranzösischen Stadt Nizza im Juli 2016. Das dritte Ereignis stellt der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 dar. Hierbei wurden 12 Menschen getötet.

Die in diesen Zeiträumen publizierten Zeitungs- und Zeitschriftenartikel wurden aus der *Zeit*, der *tageszeitung* (*taz*), dem *Spiegel* und der *Welt* entnommen, wobei eine Begrenzung auf Leitartikel und Kommentare stattgefunden hat. Auf Grundlage dieser Setzung setzt sich der finale Datenkorpus dieser Untersuchung aus insgesamt 189 Einzelartikeln zusammen. Nach eingehender Durchsicht aller Artikel im Datenkorpus wurden diese in einem ersten Analyseschritt nach thematischen Schwerpunkten

kategorisiert. So konnte eine erste thematische Grobübersicht bzgl. der medialen Berichterstattung im Datenkorpus erstellt und erste einzelne Artikel für eine tiefergehende Feinanalyse ausgesucht werden. Die interpretative Auswertung der Feinanalyse erfolgte dabei anhand von Verfahren offener und konsensueller Codierung. Die in dem folgenden Kapiteln vorgestellten Ergebnisse der Feinanalyse beruhen damit auf insgesamt 59 Artikeln.

In der durchgeführten Feinanalyse konnten fünf Bedrohungsszenarien des ›islamistischen Terrorismus‹ herausgearbeitet werden. Verschränkungen mit dem Fluchtdiskurs sind dabei in allen fünf Bedrohungsszenarien auszumachen. Besonders relevant zeigen sich diese allerdings in den zwei Deutungsmustern zu einer sogenannten *Bedrohung durch den Islam* und der *Bedrohung durch die Erosion von Ordnung und Sicherheit*.⁷ Auf diese wird daher im Folgenden näher eingegangen.

›ISLAM‹ UND FLÜCHTENDE ALS BEDROHUNG: ANTAGONISTISCHE WERTEDIFFERENZEN ZU ›UNS‹

In einem ersten rekonstruierten Deutungsmuster wird das Phänomen des ›islamistischen Terrorismus‹ vornehmlich in eine enge ursächliche Assoziation mit vermeintlich kulturell begründeten Unterschiedlichkeiten und Besonderheiten der Religion des ›Islams‹ als auch des ›Muslim*in-Seins‹ an sich gebracht. Zum Teil wird dabei die ursächliche Assoziation zwischen Muslim*innen und einer von ihnen vermeintlich ausgehenden ›terroristischen‹ Gefahr explizit hergestellt, wie das folgende Zitat belegt: »Die eingeübte Weisheit, dass nicht alle Muslime Terroristen sind, aber die meisten heutigen Terroristen Muslime, heißt statistisch eben auch, dass sich das Terrorismusrisiko in Europa erhöht, je mehr Muslime hier leben« (Die Zeit 2016a). Da dem ›Muslim‹, gemäß der argumentativen Figur dieses Zitats, die Eigenschaft Terrorismus quasi anhaftet, bedeutet dies folglich, dass eine Erhöhung der in europäischen Gesellschaften anwesenden Muslim*innen das Risiko der gesellschaftlichen Betroffenheit durch ›Terrorismus‹ quasi mathematisch und damit zwangsläufig erhöht. Weiterhin werden in diesem Deutungsmuster die Gründe ›terroristischer‹ Gewalt und ›islamistischer Radikalisierung‹ in einzelnen Aspekten der Religion des ›Islam‹ selbst lokalisiert, was zugleich als Ausdruck wertebbezogener und kultureller ›Andersartig-

7 | Bei den anderen drei Bedrohungsszenarien handelt es sich um die sog. *Bedrohung der offenen Gesellschaft durch rechts-autoritäre Kräfte*, die *Bedrohung durch den strategischen Akteur ›IS‹* und die *Bedrohung durch Angst und Verunsicherung*.

keit« und Divergenz zum eigenen kulturellen ›Leitbild‹ gedeutet wird. Folglich sind es die ›fremd‹ anmutenden religiösen und kulturellen Elemente des ›Islams‹, die als ursächlich für die ›terroristische Radikalisierung‹ junger Muslim*innen verstanden bzw. gedeutet werden. Eines der vielen Beispiele hierfür liefert der folgende Ausschnitt:

»Wenn man sich anschaut, was für ein Leben die Attentäter hatten, bevor sie sich in die Luft sprengten, fällt auf, dass für die meisten nicht fehlende Anerkennung das Problem war, sondern zu viel Freiheit. Viele hatten einen Job, Freunde, eine ordentliche Familie, aber erst der Islam mit seinen vielen Verboten gab ihnen den Halt, den sie vermissten. Dass die Freiheit der westlichen Welt manche Menschen krank im Kopf macht, ist zugegebenermaßen ein verstörender Gedanke. Was sollen wir tun, wenn keine Sozialmaßnahmen, Jobinitiativen oder Stadtteilprogramme mehr helfen?« (Der Spiegel 2015)

Häufig erfolgt eine Charakterisierung des ›Islam‹ als ein eher kulturell ›rückständiges‹ Wertesystem, welches sich demnach fundamental von den ›westlich-liberalen‹ Werten unterscheidet, und diesen gar konflikthaft gegenübersteht. Hierin wird auch die besondere Funktion der Differenzmarkierung zwischen einem essentialisierenden ›Wir‹ und den ›Anderen‹ deutlich. Im Mittelpunkt der eigenen kollektiven Identität stehen häufig symbolisch aufgeladene Begriffe mit positiver Konnotation, wie z.B. Freiheit, Liberalität, Offenheit, Toleranz, Zivilisation und Humanität. Diese Merkmale werden im untersuchten Diskurs dem ›Wir‹ meist unhinterfragt zugeschrieben. Die Subjektposition von ›Muslim*innen‹ und die entsprechenden Charakterisierungen, die dem ›Islam‹ zugeschrieben werden, dienen hingegen dazu, eine möglichst weitgehende negative Kontrastierung zum ›Eigenen‹ herzustellen und darüber ein positives ›Wir‹ zu konstituieren. Der ›Islam‹, der sich in seiner extremen Erscheinungsform als ›terroristische‹ Gewalt offenbart, fungiert somit als Gegenkonzeption zu einem freiheitlich und liberal aufgestellten ›Wir‹.

Diese Differenzkonstruktion wird ebenso auf das diskursiv verhandelte Verhältnis von Muslim*innen und Flüchtenden mit der ›westlichen Wir‹-Gemeinschaft übertragen. Die Subjektpositionen von Flüchtenden und Geflüchteten werden in diesem Deutungsmuster externalisierend und homogenisierend repräsentiert. Aufgrund des beschriebenen Antagonismus in Kultur- und Wertvorstellungen werden Flüchtende im Diskurs als eine realistische Bedrohung für das ›westliche Wertesystem‹ gedeutet. Während eine direkte Assoziation zwischen Geflüchteten und dem ›Islam‹ bzw. als Muslim*innen im betrachteten Diskurs meist implizit stattfindet, erfolgt die Dif-

ferenzkonstruktion zwischen einem ›Wir‹ und dem antagonistischen ›Anderen‹ zum Teil explizit, wie die folgende Textsequenz exemplarisch aufzeigt:

»Warum tun wir uns all diese Leute an? Warum lässt Europa, vor allem Deutschland, es zu, dass Hunderttausende Menschen, die – verglichen mit hiesigen Standards – aus oft rückständigen, paternalistischen, teils voraufgeklärten Gegenden stammen, in unsere High-End-Gesellschaften einwandern? Warum halsen wir uns Menschen auf, die verroht sind oder traumatisiert und bei denen nicht nur Kulturschocks drohen, sondern auch Lebensenttäuschungen, Abstoßungsreaktionen und religiöse Radikalisierung?« (Die Zeit 2016a)

Das Beispiel zeigt auf, welche Subjektpositionen eines ›Wir‹ im expliziten Gegensatz zu der Subjektposition von Geflüchteten und Flüchtenden im Diskurs produktiv werden. Die kulturell ›andersartigen‹, wenig ›entwickelten‹ und potentiell gewaltaffinen ›Anderen‹ in Gestalt geflüchteter Menschen treffen demnach auf ein ›hochentwickeltes‹ und vermeintlich ›fremdartiges‹ soziales Gebilde. Die Annahme einer zunehmend konflikthafter Beziehung zwischen neu hinzukommenden Menschen und der Gesellschaft, wird als Konsequenz des Aufeinandertreffens zweier vermeintlich ›kultureller Gegenpole‹ gedeutet. Demnach bringt die Aufnahme von geflüchteten Menschen eine potentielle Bedrohung mit sich, die sich letztlich bis hin zu einer religiösen ›Radikalisierung‹ geflüchteter Menschen entwickeln könne. Deutlich wird hier, wie eng die Diskussion um Fluchtmigration mit einer ›islamistischen Terrorismusbedrohung‹ in Zusammenhang gebracht wird. Aufgrund der verhandelten kulturellen und wertbezogenen Unterschiede und Antagonismen zwischen ›hiesiger‹ Gesellschaft und den aufgenommen geflüchteten Personen ergibt sich eine Rückkopplung bzw. ursächliche Begründung sowohl für den ›islamistischen Terrorismus‹ der Gegenwart als auch für zukünftige Entwicklungen.

In Anbetracht der dargestellten wertbezogenen Differenzkonstruktion zwischen einem ›Wir‹ und (muslimischen) Flüchtenden als das relationale ›Andere‹ kreisen die in diesem Deutungsmuster vorgeschlagenen Lösungen um genau jene Differenzen in Werten und Kultur und um eine demnach erforderliche Anpassung der ›Anderen‹ in Richtung dessen, was als ›hiesige‹ Wertestandards dargestellt wird. Dabei wird ein aktives Abverlangen dieser Anpassungsleistung von Seiten der Muslim*innen und der Geflüchteten gefordert. In der folgenden Textsequenz wird dies in Bezug auf geflüchtete Personen deutlich gemacht und entsprechend als Erfordernis diskutiert:

»Stellen Sie sich eine Familie aus Syrien vor, die seit einem Jahr hier lebt, Eltern und zwei kleine Kinder. Was wäre wünschenswert? Diese Eltern haben heute häufig Ängste vor westlicher Freiheit. [...]

Aber zu allererst müssen wir als Gesellschaft, jeder einzelne von uns, sich unserer Werte sicher sein und diese in unseren alltäglichen Begegnungen am Arbeitsplatz, in der U-Bahn, in der Schule, der Universität, beim Sport, von allen Menschen in dieser Gesellschaft, unabhängig von Religion, Herkunft oder Hautfarbe, abverlangen und auch dafür streiten.« (Die Welt 2016a)

In der ersten Hälfte dieses Zitats wird nochmals deutlich, wie flüchtende Subjekte in einen Wertegegensatz mit der ›westlichen Welt‹ gebracht werden. Die geflüchtete Familie aus Syrien wird hier homogenisiert und als zum ›westlichen‹ Wert der Freiheit gegensätzlich positioniert. Die Lösung dieses Gegensatzes wird hingegen in der aktiven Durchsetzung dieser ›westlichen‹ Werte lokalisiert. Diese Aussage bezieht sich dabei beispielhaft auf all jene Menschen, die sich vermeintlich durch ihre Herkunft oder gesellschaftliche Positionierung als (muslimische) Geflüchtete in einer quasi ›natürlich‹ gegebenen Opposition oder Distanz zu diesen Werten befinden.

In dem nun folgenden Abschnitt erfolgt die Darstellung eines zweiten zentralen Deutungsmusters aus dem untersuchten Diskurs zu ›islamistischem Terrorismus‹ und seiner entsprechenden Verschränkung mit Flucht.

BEDROHUNG DURCH FLUCHTMIGRATION: DIE EROSION VON SICHERHEIT UND ORDNUNG

Im Zuge der Gewalt- und Fluchtereignisse der Jahre 2015 und 2016 greift das folgende Deutungsmuster insbesondere das Bild einer erodierenden staatlichen und behördlichen Sicherheitsordnung auf. Dabei werden chaotische und unkontrollierte Verhältnisse sowohl auf Seiten der Politik als auch bei den Sicherheitsbehörden skizziert und hervorgehoben. Demnach zeigen sich diese als überfordert, zum Teil auch nicht willens, mit der Situation einer ›Terrorbedrohung‹ so umzugehen, dass die Sicherheit der Gesellschaft (wieder-)hergestellt bzw. gewahrt wird. Insgesamt wird in diesem Deutungsmuster somit das Narrativ eines schwachen Staates in Form sicherheitsstaatlicher und politischer Institutionen gezeichnet, was argumentativ als erklärende Ursache für die ›terroristische‹ Bedrohung gedeutet wird. Entsprechend wird hier eine adäquate Lösung in erweiterten und deutlich robusteren sicherheitsstaatlichen Maßnahmen gesehen. Diese beinhalten dann ebenso jene sicherheitsstaatlichen Kompetenzerweiterungen, die auch in Grundrechte und Freiheiten eingreifen und ihre Legitimation u.a. aus einer vermeintlichen Notwendigkeit zur Wahrung von Sicherheit vor ›islamistischem Terrorismus‹ ziehen.

In Bezug auf eine diskursive Verschränkung dieses Deutungsmusters mit der Fluchtthematik wird das beschriebene Motiv bzw. der Zustand eines schwachen Staates ebenso auf die Fluchtmigration und auf Flüchtende übertragen. Eine demnach attestierte Unfähigkeit und Fehlerhaftigkeit der zuständigen Politik und der Sicherheitsbehörden in der Umsetzung eines rigiden und kontrollierten Fluchtmigrationsregimes wird als Hauptursache für die ›terroristische‹ Bedrohung herausgestellt. Dies wird als Zeichen der Schwäche des Staates und seiner institutionellen und politischen Repräsentant*innen gewertet. Fluchtmigration und Flüchtende werden dabei vornehmlich und ausschließlich unter dem Aspekt einer potentiellen Sicherheitsgefahr verhandelt. Dabei wird u.a. die Rolle des ›IS‹ als eine strategisch agierende ›terroristische‹ Organisation hervorgehoben, die sich die vermeintlich chaotischen und unkontrollierten Verhältnisse des Grenzregimes im Zuge der Fluchtmigration gezielt zu Nutze macht, um ›terroristische‹ Gewalttäter*innen in die ›westlichen‹ bzw. ›europäischen‹ Gesellschaften einzuschleusen:

»Es gibt eine ganze Abteilung beim IS, die für die Planung von Anschlägen außerhalb des Nahen Ostens zuständig ist. Absurderweise wird sie ›Äußere Sicherheit‹ genannt. Auf sie geht wahrscheinlich auch die Idee zurück, potenzielle Attentäter in einen Strom von Flüchtlingen zu mischen. Sechs bis sieben solcher Verdachtsfälle sind Fahndern bekannt.«
(Die Zeit 2016b)

Die in diesem Deutungsmuster vermittelte fundamentale Kritik an Sicherheitsbehörden und Politik bezieht sich vor allem sowohl auf eine vermeintlich unzureichend stattgefundene Feststellung der Identitäten und des Gefahrenpotentials von Geflüchteten an den außen- und innereuropäischen Grenzen als auch auf die eingeschränkten gesetzlichen und praktischen Möglichkeiten von Abschiebungen potentiell als ›gefährlich‹ eingeschätzter Geflüchteter. Dabei werden diese Kritikpunkte an der zuwanderungs- und asylpolitischen Praxis zum einen auf Unzulänglichkeiten in der Gesetzgebung, zum anderen auf Unfähigkeiten und den mangelnden Willen aufseiten politisch verantwortlicher Akteur*innen zurückgeführt. Beispielhaft hierfür steht das folgende Textsegment:

»Was wäre wenn: In Syrien trainierte Terroristen mischen sich unter unbescholtene Migranten. Sie sind als Gefährder bekannt, aber reisen unbehelligt durch Europa. [...]

Den Konjunktiv kann man streichen. Denn dieses Szenario hat sich exakt so zugetragen. Am 13. November des Jahres 2015. Die Attentäter von Paris hatten die von der Bundesregierung bewusst in Kauf genommene Schutzlosigkeit Europas kaltblütig genutzt. Sie stießen über die

Balkanroute ins Herz des Kontinents und töteten im Musikklub Bataclan und in den Straßen von Paris.« (Die Welt 2017)

Dieses Beispiel macht deutlich, wo die eigentliche Ursache für die erlebte ›terroristische‹ Gewalt lokalisiert wird. Demnach haben im Zuge des Fluchtereignisses 2015 politische Akteur*innen, in diesem Fall die Bundesregierung, bestimmte politische Entscheidungen getroffen, die es den ›Terrorist*innen‹ ermöglicht haben, unter Ausnutzung der konkreten Fluchtgeschehnisse, ihre Pläne einer Infiltration ›westlicher‹ bzw. ›europäischer‹ Gesellschaften zu verwirklichen. Dabei wird den politisch verantwortlichen Subjekten ein bewusstes Handeln unterstellt, welches schlussendlich eine Erhöhung ›terroristischer‹ Gefahr zur Folge hatte und Gesellschaften, unter der Maßgabe einer möglichst offenen Asylzuwanderung, dieser Bedrohung wissentlich ausgesetzt hat.

Auch bei den zentralen Lösungsansätzen, die in diesem Deutungsmuster zu finden sind, wird eine enge inhaltliche Verschränkung mit der Fluchtthematik offenbar. Während sowohl das Fluchtereignis von 2015 als auch im Spezifischen die Geflüchteten selbst in eine ursächliche Assoziation mit der ›terroristischen‹ Bedrohung ›westlicher‹ bzw. ›europäischer‹ Gesellschaften gebracht werden, beschäftigen sich die hier vermittelten Lösungen mit der Frage eines härteren und durchsetzungsfähigeren staatlichen und behördlichen Umgangs mit Flüchtenden. Dabei umfassen sie einzelne sicherheitsstaatliche und asylpolitische Maßnahmen, die entweder verschärft oder (neu) implementiert werden sollen. Vorrangig wird hierbei das Argument einer Sicherstellung des Schutzes und der Abwehr der aufnehmenden Gesellschaften vor potentiell ›terroristischen‹ und gewalttätigen Flüchtenden als Legitimation der gewünschten Verschärfungen in Gesetzen und Praxis bzgl. der Fluchtmigration hervorgebracht. Das Motiv eines wehrhaften und starken Staates nimmt dabei eine hervorgehobene Rolle im Diskurs ein. Insbesondere die Einführung eines kontrollierenden und überwachenden Grenzregimes sowohl zum Zwecke der Identitätsfeststellung und Registrierung als auch der Abschiebung von flüchtenden und geflüchteten Personen wird hierbei als vornehmlich gewünschte Lösung eines starken und wehrhaften Staates präferiert:

»Um diese Flanke zu schließen, muss Europa unter anderem zwei Dinge tun: Es muss sicher wissen, wer sich innerhalb seiner Grenzen aufhält. Und es muss in der Lage sein, jene auszuweisen, die nicht innerhalb seiner Grenzen leben dürfen. Dazu bedarf es der Grenzkontrollen, bei denen die Identität von Menschen geklärt wird. Es ist nicht länger akzeptabel, dass ein Mensch ohne Pass ist, ohne Identität – und sich so billig dem Gewaltmonopol des Staates entziehen kann.« (Die Welt 2016b).

Während die in diesem Deutungsmuster bevorzugte Lösung in der Einschränkung und restriktiveren Ausgestaltung der Fluchtmigration lokalisiert wird, werden sowohl den öffentlichen Kritiker*innen dieser Maßnahmen als auch den Befürworter*innen einer offenen und weniger restriktiven Fluchtpraxis Naivität und Realitätsferne und zum Teil eine ideologiegeleitete Präferenz attestiert. Das folgende Zitat zeigt diese Charakterisierung der Subjektpositionen jener gesellschaftlichen Gruppen exemplarisch auf:

»Warum also verteidigen gerade viele Meinungsmacher, die sonst gegen alle Grenzen sind, diese ihre Grenze im Diskurs so hartnäckig? Warum soll partout kein Zusammenhang zwischen unserem unfähigen Management der Massenflucht und dem leider höchst fähigen Morden der Terroristen gezogen werden? Obwohl wahrscheinlich sogar ein Täter über die Griechenland-Balkan-Linie zuwandern konnte, ohne naturgemäß jemandem aufgefallen zu sein? Der Grund ist einfach. Es geht um die Ideologie der offenen Gesellschaft, um das Mantra der Inklusion – das darf gerade jetzt, da es immer enger wird, um keinen Preis gefährdet werden.« (Die Welt 2015)

Bei den in diesem Zitat adressierten Subjekten handelt es sich scheinbar um Personen aus der medialen und politischen Öffentlichkeit. Diese werden für ein angebliches Verleugnen eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen Fluchtmigration und ›terroristischen‹ Anschlägen kritisiert. Diesbezüglich werden die Ursachen für dieses Verleugnen in einer sogenannten »Ideologie der offenen Gesellschaft« und dem »Mantra der Inklusion« lokalisiert. Das Zitat macht deutlich, dass all denjenigen, die sich für eine weniger restriktive Einwanderungs- und Fluchtpolitik einsetzen, eine nicht durch Rationalität geleitete, sondern ideologische und realitätsverleugnende Haltung zu attestieren ist. Somit werden ihre Argumente und ihre politischen Positionen vor dem Hintergrund einer ›terroristischen‹ Bedrohung entwertet und delegitimiert.

Zusammenfassend ist an dieser Stelle herauszustellen, dass sowohl in beiden Bedrohungsszenarien als auch im gesamten untersuchten Material deutlich wird, wie Flüchtende und Geflüchtete als Bedrohung konstituiert werden. Im überwiegenden Teil des untersuchten Materials dominiert eine Subjektpositionierung Geflüchteter als eine ›terroristische‹ Gefahr. Häufig dient diese Darstellung als Legitimationsgrundlage für ein striktes Grenzregime und für verschärfende Maßnahmen in der Asylpolitik. Dieser dominanten Deutung kritisch gegenüberstehende Positionen sind hingegen im untersuchten Mediendiskurs selten aufzufinden. Lediglich in einigen Artikeln aus der *tageszeitung* (taz) sind kritische und reflektierende Aussagen hinsichtlich einer

zu stark einseitig und homogenisierend ausfallenden medialen Darstellung von Geflüchteten als Terrorgefahr auszumachen. Dennoch lassen sich aber auch hier essentialisierende und positiv aufgeladene ›Wir‹-Konstruktionen in Abgrenzung zu einer ›terroristisch-islamistischen‹ Bedrohung vereinzelt auffinden.⁸ Auffällig am medialen Gesamtdiskurs der vier untersuchten Tages- und Wochenzeitungen (*Spiegel*, *taz*, *Welt* und *Zeit*) zu Gewaltereignissen in den Jahren 2015 und 2016 ist zudem, dass die Macht des Sprechens nicht bei Geflüchteten selbst liegt. So bekommen geflüchtete Personen nur vereinzelt die Möglichkeit, ihre Eigenperspektive in den Diskurs einzubringen. Im überwiegenden Teil des Materials wird vor allem über sie gesprochen bzw. berichtet.

In Anbetracht der Befunde zu den zentralen Verschränkungen zwischen Flucht- und Terrordiskurs stellt sich die Frage, inwiefern diese in den medialen Debatten der Jahre 2015 und 2016 reproduzierten und aktualisierten Deutungsmuster auch für gegenwärtige politische Debatten und Entscheidungen Relevanz haben. Im folgenden Abschnitt wird dies anhand einer bundespolitischen Debatte aus dem Frühjahr 2020 exemplarisch aufgezeigt.

DIE DISKURSVERSCHRÄNKUNG VON FLUCHT UND TERROR UND DAS EUROPÄISCHE GRENZREGIME

Der ›Sommer der Migration‹ kann als eine »historische und strukturelle Niederlage des europäischen Grenzregimes« (Hess et al. 2017: 6) gedeutet werden, da sich flüchtende Menschen über die rassistische Mobilitätsordnung der Europäischen Union hinweggesetzt und eine Öffnung der Grenzen erzwungen haben (vgl. ebd.: 6f.). Gleichzeitig ist festzustellen, dass dieser Erfolg ein zeitlich und situativ begrenzter war, da sich seither weitgehende politische und mediale Restabilisierungsversuche eines restriktiven europäischen Grenzregimes vollzogen haben (vgl. ebd.: 7; Vollmer/Karakayali 2018). Die eingangs beschriebenen Ereignisse im März 2020 an der türkisch-griechischen Grenze und die anhaltend prekäre Lage geflüchteter Menschen

8 | Als Beispiel hierfür ein Ausschnitt aus einem *taz*-Artikel nach den Anschlägen von Paris: »Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe, die Freude an der Gemeinschaft, Respekt vor dem anderen, Toleranz. ›Wir wissen, dass unser freies Leben stärker ist als jeder Terror.‹ [...] Merkel weiß, welche symbolische Wucht diese Anschläge haben. Die Terroristen verbreiten mit dem strategisch geplanten Massenmord Furcht in Deutschland, in Europa und in der ganzen westlichen Welt. Ihre Attacken zielen auf den Kern offener Gesellschaften« (taz 2015).

in den griechischen Camps stellen ein bedrückendes Beispiel dieser machtvollen Stabilisierung dar.

In diesen kontinuierlichen Restabilisierungsversuchen wirken diverse diskursive Verschränkungen, um ein restriktives europäisches Grenzregime seit dem Sommer 2015 zu legitimieren. Beispielsweise wird in medialen Berichterstattungen über die zunehmende Nennung der ›Herkunft‹ mutmaßlicher Täter*innen eine ursächliche Verbindung zwischen Migration und Kriminalität (vgl. Hestermann 2019: 14) sowie Migration und sexualisierter Gewalt konstruiert (vgl. Boulila/Carri 2017).⁹ Auch werden Flüchtende u.a. als sogenannte ›Wirtschaftsmigrant*innen‹ (um-)gedeutet und so ihre Beweggründe für ihre Fluchtmigration politisch angezweifelt und delegitimiert (vgl. Vollmer 2017a: 58; Vollmer/Karakayali 2018). Neben diesen (negativen) Deutungen begreifen wir die Gleichzeitigkeit von Flucht- und ›terroristischen‹ Gewaltereignissen in den Jahren 2015 bzw. 2016 sowie deren diskursive Verschränkung als einen weiteren wichtigen Baustein der medialen und politischen Diskurse zur Legitimation des europäischen Grenzregimes. Aufgrund der wiederholten Gewaltereignisse verfügten die Bedrohungsszenarien des ›islamistischen Terrorismus‹ zu dieser Zeit über eine vielfach stärkere mediale Präsenz, als dies 2020 und im Frühjahr 2021 der Fall ist. Dennoch etablierte sich im Kontext dieser Ereignisse eine Deutung von Flüchtenden als potentielle ›terroristische‹ Bedrohung, welche auch gegenwärtig zur Festschreibung von Migrant*innen bzw. Flüchtenden als Sicherheitsgefahr beiträgt und das Grenzregime diskursiv stabilisiert. Um dieser Annahme nachzugehen, wird im Folgenden eine parlamentarische Aussprache des Deutschen Bundestags zu einem Antrag der AfD-Fraktion exemplarisch untersucht.

In dem Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel »Grenzen sichern« (vgl. AfD 2020) wird, vor dem Hintergrund der Ereignisse an der türkisch-griechischen Grenze im März 2020, eine direkte Verknüpfung zwischen Flüchtenden und ›Terrorist*innen‹ reproduziert und als Bedrohung produktiv gemacht:

»Durch das feindselige und aggressive Vorgehen der Türkei ist eine Lage entstanden, die die Sicherheit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten gefährdet. Dies gilt insbesondere auch deswegen, weil eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass sich in den in Bewegung gesetz-

⁹ | Die konstruierte Verbindung zwischen Migration und sexualisierter Gewalt steht auch in Zusammenhang mit der medialen Berichterstattung zur Silvesternacht in Köln 2015/2016. In dieser Nacht kam es zu einer Vielzahl von Vorfällen sexualisierter Gewalt. Diese Ereignisse wurden medial und politisch rassialisiert sowie sexualisierte Gewalt externalisiert (vgl. Boulila/Carri 2017).

ten Migrantenströmen auch Kämpfer islamistischer Terrororganisationen befinden, deren Ziel die illegale Einreise in die Europäische Union und insbesondere nach Deutschland ist. Gelangten sie nach Deutschland, ginge von ihnen die Gefahr terroristischer Anschläge, anderer Gewalttaten und sonstiger Straftaten in unserem Land aus. « (Ebd.: 1f.)

Auf diesem Bedrohungsszenario aufbauend, fordern die Antragstellenden die Bundesregierung zu restriktiven Maßnahmen des Grenzschutzes in Europa und Deutschland auf. Die gewaltsame Schließung der Grenze, wie sie durch griechische Behörden demonstriert wurde, erfährt in diesem Antrag Unterstützung und es wird von der Bundesregierung verlangt, in der »Verteidigung der Festung Europa« (ebd.: 3) helfend aktiv zu werden. Wie weitere Studien bereits belegen, nutzen »rechtspopulistische« Bewegungen und Parteien wie die AfD die wiederkehrenden medialen und politischen Debatten zu Migration und Flucht seit 2015, um in der Gesellschaft bereits vorhandene migrationsfeindliche und rassistische Einstellungen zu mobilisieren und zu verstärken (vgl. Vorländer/Angeli 2018: 17f.). Auch der untersuchte Antrag bezieht sich auf Migration und versucht, über die Deutung von Flüchtenden als potentielle »terroristische« Bedrohung, den gewaltvollen Schutz von europäischen und nationalstaatlichen Grenzen und der »Festung Europa« argumentativ zu begründen.¹⁰

In der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 12. März 2020 fand eine auf diesen AfD-Antrag bezogene parlamentarische Aussprache aller Fraktionen statt (vgl. Deutscher Bundestag 2020: 18939ff.). In der Beratung wird deutlich, dass der Fokus auf den Schutz der europäischen Außengrenze in einigen Positionen bestehen bleibt. Zwar findet die im Antrag der AfD konstruierte Verbindung zwischen Terror und Flüchtenden keine erneute Erwähnung, doch wird durch die Priorisierung des Grenzschutzes an das durch die AfD vorgezeichnete Bedrohungsszenario implizit Anschluss genommen. Dies machen die Äußerungen einiger Abgeordneter deutlich: Linda Teuteberg (FDP) versichert Griechenland ihre »Solidarität« in Bezug auf die Abwehr »gewaltsame[r] Grenzdurchbrüche« (ebd.: 18942). Armin Schuster (CDU/CSU) spricht im Namen seiner Fraktion ein Lob für das Handeln griechischer Politik bzw. Behörden aus (vgl. ebd.: 18940f.). Darüber hinaus argumentiert Schuster: »Ja, die europäische Außengrenze steht unter Stress, aber sie steht« (ebd.: 18941). Die europäische Außengrenze wird in diesem Zitat durch den Stresszustand vermenschlicht, in dem Antrag der AfD werden flüchtende Menschen hingegen als

¹⁰ | Nach Ruth Wodak (vgl. 2020: 162) wird diesem historisch von Nationalsozialist*innen genutzten Begriff heute eine auf die europäische Fluchtabwehr und das restriktive Grenzregime bezogene Bedeutung zuteil.

»Migrantenströme« (AfD 2020: 1ff.) und »Kämpfer islamistischer Terrororganisationen« (ebd.: 2) als Gefahr konstruiert und entmenschlicht. Insgesamt wird an diesem Beispiel deutlich, dass – auch wenn andere Fraktionen Kritik an dem Antrag der AfD-Abgeordneten leisten – ihre Positionen zum Grenzschutz in der Debatte zusammenwirken und zur Entmenschlichung von Flüchtenden und Fluchtbewegungen beitragen.¹¹ Die Situation flüchtender Menschen, das Sterben Tausender Menschen¹² und die eigenen rechtsverletzenden sowie gewaltvollen Praktiken werden ausgeblendet, gleichzeitig werden die EU und ihre Außengrenze zu einem schutzbedürftigen Opfer der Fluchtbewegungen erklärt.

FAZIT

Ausgehend von einem breiten Datenkorpus konnte unsere Analyse der Berichterstattung über Gewaltereignisse in den Jahren 2015 und 2016 aufzeigen, inwiefern ein vielfach ausgestaltetes Bedrohungsszenario des ›islamistischen Terrorismus‹ in Bezug auf die Fluchtmigration in diesem Zeitraum deutlich wird. Zum einen werden Flüchtende als Gruppe homogenisiert und zu den ›eigenen‹ kulturellen Werten als ›fremd‹ und gegensätzlich positioniert. Diese kulturalisierende Differenzmarkierung rekurriert meist implizit auf Flüchtende als ›Muslim*innen‹ und wird als Bedrohung des ›Selbst‹ gedeutet. Sie erfüllt dabei zugleich die Funktion einer positiven Eigengruppenkonstituierung (vgl. Hall 1992; Said 2003). In Abgrenzung zu Flüchtenden

11 | Lediglich an einigen Stellen der Reden von Seiten der Oppositionsfraktionen, insbesondere der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Fraktion der LINKEN, finden sich kritisierende Verweise auf eine rechtsverletzende Grenzpraxis und entsprechende Aufforderungen zur Verbesserung der Situation von Flüchtenden. Annalena Baerbock (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) verweist z.B. auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: »Schutzbedürftigkeit nach Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention bedeutet einen effektiven Zugang über Einreisewege. [...] Auch an der europäischen Außengrenze darf es kein Niemandsland und rechtsfreie Räume geben.« (Deutscher Bundestag 2020: 18946). In ähnlicher Weise kritisiert auch André Hahn (DIE LINKE) das Vorgehen der griechischen Grenzbehörden (vgl. ebd. 18944). In einigen Beiträgen wird sich durch den Verweis auf ein fehlendes »europäisches Asylsystem« (Linda Teuteberg, FDP; vgl. ebd.: 18942) oder die Zusage, »schwererkrankte und unbegleitete Kinder« (Uli Grötsch, SPD; vgl. ebd.: 18943) nach Deutschland zu holen, der Verantwortungsübernahme entzogen.

12 | Laut Pro Asyl (2019) sind von 2014 bis 2019 18.892 Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, ums Leben gekommen.

wird das ›Wir‹ vor allem mit positiv konnotierten Konzepten, wie etwa ›Freiheit‹, ›Humanität‹, ›Zivilisation‹, in Verbindung gebracht. Gleichzeitig werden Flüchtende häufig auch in einen direkten Zusammenhang mit einer vermeintlich ansteigenden Gefahr des ›islamistischen Terrorismus‹ gestellt. Im Kontext der Fluchtmigration der Jahre 2015 und 2016 wird das angebliche Versagen staatlicher Behörden und politischer Akteur*innen als Ursache einer zunehmenden Bedrohung und Gefahr des ›islamistischen Terrorismus‹ angeführt. Hierauf beziehen sich entsprechende Forderungen nach einem restriktiv ausgestalteten nationalen bzw. europäischen Grenzregime sowie nach Verschärfungen in der Asyl- und Sicherheitspolitik.

Das im Anschluss geschilderte Fallbeispiel der parlamentarischen Debatte zu den Ereignissen an der türkisch-griechischen Grenze macht deutlich, dass sich Deutungen von Flüchtenden als potentielle Bedrohung in gegenwärtigen politischen Debatten aktualisieren. In der politischen Legitimation des europäischen Grenzregimes bilden diese Deutungen diskursive Bausteine einer anhaltenden Versicherheitlichung. Obwohl, im Kontrast zu den Jahren 2015 und 2016, das Thema des ›islamistischen Terrorismus‹ im Jahre 2020 keine vergleichbar hohe mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, bleibt die anhaltende Forderung nach einem restriktiven Grenzregime und nach der Abwehr von Flüchtenden bestehen. Zudem verdeutlicht dieses Beispiel, dass mediale und politische Diskursarenen zusammenwirken, da die untersuchten medialen Bedrohungsszenarien in gegenwärtigen politischen Debatten Anknüpfung finden.

Das Fortwirken der untersuchten Bedrohungsszenarien in gegenwärtigen politischen Debatten konnte hier lediglich an einem einzelnen Fallbeispiel aufgezeigt werden. Zukünftige diskursanalytische Studien bzw. Dispositivanalysen könnten anhand eines breiten empirischen Datensatzes diesbezüglich weitere Erkenntnisse liefern und Aufschluss über Deutungs- und Wirkungszusammenhänge in politischen und medialen Diskursarenen geben. Vor allem in Bezug auf die komplexen Prozesse der Versicherheitlichung des europäischen Grenzregimes erscheint uns ein, wie von Bastian Vollmer vorgeschlagener, hermeneutischer Ansatz der Grenzregimeforschung vielversprechend. Dieser Ansatz sieht ein triangulatives Forschungsdesign aus Diskursanalyse, ethnographischer Feldarbeit und ergänzenden Tiefeninterviews vor (vgl. Vollmer 2017b: 10). Vor dem Hintergrund einer vielfach menschenrechtsverletzenden Grenzpolitik der Europäischen Union, welche sich von Flüchtenden abschottet und sie als Bedrohung und Sicherheitsgefahr verhandelt, ergibt sich auch für weitere Studien die Notwendigkeit, diese Praktiken zu analysieren und kritisch zu kommentieren.

QUELLEN

- AfD (2020): Antrag der Fraktion der AfD. Grenzen sichern. Drucksache 19/17780. Deutscher Bundestag.
- Der Spiegel (2015): Wir sind schuld. Der Spiegel vom 28.11.2015.
- Deutscher Bundestag (2020): Plenarprotokoll 19/152. Stenografischer Bericht der 152. Sitzung des 19. Deutschen Bundestags. Berlin.
- Die Welt (2015): Der schwache Staat. Natürlich gibt es eine Verbindung zwischen dem Massenmord von Paris und der Flüchtlingskrise. Wer das leugnet, handelt fahrlässig. Die Welt vom 17.11.2015.
- Die Welt (2016a): Im Gewächshaus einer Religion. Der alltägliche Islam birgt viele Keimlinge in sich, die zu gewalttätigem Islamismus führen. Das betrifft den IS, aber auch die AKP und Hamas. Unsere klare Antwort steht noch aus. Die Welt vom 25.07.2016.
- Die Welt (2016b): Zum Narren gehalten. Die Welt vom 23.12.2016.
- Die Welt (2017): Sicherheit ist keine Fußnote. Will die CDU sich um der Koalitionsoption willen den Grünen anbieten? Oder für die wehrhafte Demokratie streiten? Die Bundeskanzlerin muss sagen, wie sie Europa gegen seine Feinde zu verteidigen gedenkt. Die Welt vom 10.01.2017.
- Die Zeit (2016a): Das Gegenteil von Dankbarkeit. Kriminelle missbrauchen das Asylrecht. Warum tun wir uns diese Leute an? Zeit, über eine andere Einwanderungspolitik nachzudenken. Die Zeit vom 29.12.2016.
- Die Zeit (2016b): Als der Wolf verrückt wurde. Nach dem Attentat, das ein 17-jähriger Flüchtling am vergangenen Montag verübte, ernannte ihn die Terrorgruppe IS zu einem der Ihren. Die Methode hat System. Die Zeit vom 21.07.2016.
- taz (2015): Politik mit Toten. taz, die tageszeitung vom 16.11.2015.
- von der Leyen, Ursula (2020): Remarks by President von der Leyen at the joint press conference with Kyriakos Mitsotakis, Prime Minister of Greece, Andrej Plenković, Prime Minister of Croatia, President Sassoli and President Michel. Press Corner vom 03.03.2020. European Commission. URL: ec.europa.eu [19.10.2021].

LITERATUR

- Attia, Iman (2009): Die »westliche Kultur« und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld.
- Attia, Iman (2017): Diskursverschränkungen des antimuslimischen Rassismus. In: Fereidooni, Karim / El, Meral (Hg.): Rassismuskritik und Widerstandsformen. Wiesbaden. 181–192.
- Baban, Constance Pary (2013): Der innenpolitische Sicherheitsdiskurs in Deutschland. Zur diskursiven Konstruktion des sicherheitspolitischen Wandels 2001–2009. Wiesbaden.
- Berger, Peter / Luckmann, Thomas (1967): The Social Construction of Reality. A Treatise in the Sociology of Knowledge. New York, NY.
- Boulila, Stefanie C. / Carri, Christiane (2017): On Cologne. Gender, Migration and Unacknowledged Racisms in Germany. In: European Journal of Women's Studies 24. 286–293.

- Brunner, Claudia (2011): Wissensobjekt Selbstmordattentat. Epistemische Gewalt und okzidentalistische Selbstvergewisserung in der Terrorismusforschung. Wiesbaden.
- Castro Varela, María do Mar (2016): Die Geister, die wir riefen! Europas Terror – Gedankensplitter. In: Castro Varela, María do Mar / Mecheril, Paul: Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. Bielefeld. 57–72.
- Deutscher Bundestag (2017): Maßnahmen des Bundes zur Terrorismusbekämpfung seit 2001. Wissenschaftliche Dienste. Berlin.
- Fekete, Liz (2016): Anti-Muslim Racism and the European Security State. In: *Race & Class* 46 (1). 3–29.
- Foucault, Michel (1974): Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt am Main.
- Hall, Stuart (1992): The West and the Rest: Discourse and Power. In: Hall, Stuart / Gieben, Bram (Hg.): *Formations of Modernity*. Cambridge. 275–320.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Kron, Stefanie / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (2017): Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes. In: Dies. (Hg.): *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*. Hamburg. 6–24.
- Hestermann, Thomas (2019): *Berichterstattung über Gewaltkriminalität. Wie häufig nennen Medien die Herkunft von Tatverdächtigen? Eine Expertise für den Mediendienst Integration*. Berlin.
- Holzberg, Billy / Kolbe, Kristina / Zaborowski, Rafal (2018): Figures of Crisis. The Delineation of (Un)Deserving Refugees in the German Media. In: *Sociology* 52 (3). 534–550.
- Hunt, Krista / Rygiel, Kim (2006): War Stories and Camouflaged Politics. In: Dies. (Hg.): *(En)Gendering the War on Terror*. Burlington/Hampshire. 1–24.
- Jäger, Margarete / Wamper, Regina (2017): Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung. Der Fluchtdiskurs in deutschen Medien 2015 und 2016. Duisburg.
- Keller, Reiner (2011a): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 4. Aufl. Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2011b): The Sociology of Knowledge Approach to Discourse (SKAD). In: *Human Studies* 34 (1). 43–65.
- Keller, Reiner (2011c): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 3. Aufl. Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2013): Das Wissen der Wörter und Diskurse. Über Sprache und Wissen in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Viehöver, Willy / Keller, Reiner / Schneider, Werner (Hg.): *Diskurs – Sprache – Wissen. Interdisziplinäre Beiträge zum Verhältnis von Sprache und Wissen in der Diskursforschung*. Wiesbaden. 21–49.
- Keller, Reiner (2018): The Sociology of Knowledge Approach to Discourse. An Introduction. In: Keller, Reiner / Hornidge, Anna-Katharina / Schünemann, Wolf J. (Hg.): *The Sociology of Knowledge Approach to Discourse. Investigating the Politics of Knowledge and Meaning-Making*. Abingdon, Oxon/New York, NY. 16–47.
- Khosrokhavar, Farhad (2016): *Radikalisierung*. Hamburg.
- Lewicki, Aleksandra (2017): *Islamophobia in Germany: National Report 2016*. In: Bayraklı, Enes / Hafez, Farid (Hg.): *European Islamophobia Report 2016*. Ankara.
- Lünenborg, Margreth / Sell, Saskia (2018): *Politischer Journalismus im Fokus der Journalistik*. Wiesbaden.

- Moeckli, Daniel (2010): Diskriminierende Tendenzen moderner Sicherheitspolitik, Ansätze für eine Methodik der Evaluierung. In: Albers, Marion / Weinzierl, Ruth (Hg.): Menschenrechtliche Standards in der Sicherheitspolitik. Beiträge zur rechtsstaatsorientierten Evaluierung von Sicherheitsgesetzen. Baden-Baden. 115–128.
- Nachtigall, Andrea (2012): Gendering 9/11. Medien, Macht und Geschlecht im Kontext des »War on Terror«. Bielefeld.
- Pro Asyl (2019): Tod an Europas Außengrenzen. URL: proasyl.de [18.03.2020].
- Pro Asyl (2020a): Flüchtlinge in Griechenland. URL: proasyl.de [18.03.2020].
- Pro Asyl (2020b): Die griechisch-türkische Grenze darf nicht zur menschenrechtsfreien Zone werden. URL: proasyl.de [18.03.2020].
- Said, Edward (2003): Orientalism. Reprinted with a New Preface. London.
- Shooman, Yasemin (2014): »...weil ihre Kultur so ist«. Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld.
- Schwarz, Tobias (2014): Bedrohung, Gastrecht, Integrationspflicht. Differenzkonstruktionen im deutschen Ausweisungsdiskurs. Bielefeld.
- Töpfer, Eric (2015): Rechtsschutz im Staatsschutz? Das Menschenrecht auf wirksame Beschwerde in der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung. Berlin.
- Vollmer, Bastian (2017a): The Continuing Shame of Europe: Discourses on Migration Policy in Germany and the UK. In: *Migration Studies* 5 (1). 49–64.
- Vollmer, Bastian (2017b): A Hermeneutical Approach to European Bordering. In: *Journal of Contemporary European Studies* 25 (1). 1–15.
- Vollmer, Bastian / Karakayali, Serhat (2018): The Volatility of the Discourse on Refugees in Germany. In: *Journal of Immigrant & Refugee Studies* 16 (1–2). 118–139.
- Vorländer, Hannes / Angeli, Oliviero (2018): Migration und Populismus. Mercator Forum Migration und Demokratie. MIDEM-Jahresbericht 2018.
- Wendekamm, Michaela (2014): Die Wahrnehmung von Migration als Bedrohung: Zur Verzahnung der Politikfelder Innere Sicherheit und Migrationspolitik. Münster.
- Wodak, Ruth (2020): The Language of Walls: Inclusion, Exclusion, and the Racialization of Space. In: Solomos, John (Hg.): *Routledge International Handbook of Contemporary Racisms*. Abingdon, New York. 160–177.
- Zine, Jasmin (2006): Between Orientalism and Fundamentalism. Muslim Women and Feminist Engagement. In: Rygiel, Kim / Hunt, Krista (Hg.): *(En)Gendering the War on Terror*. Burlington/Hampshire. 27–48.

Werkstatt

Nach dem Sommer

Eine historisch-materialistische Analyse migrationspolitischer Kämpfe in Deutschland nach 2016

MARIE HOFFMANN

Abstract: The following article is a »historical materialist policy analysis« (Historisch-materialistische Politikanalyse) (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014), which analyses the strategies of political and civil society actors, who are fighting for hegemony in migration politics. It asks how the social relationships of forces in Germany shifted from March 2016 to March 2020. Its basis is a qualitative media analysis, which identified four hegemony projects (neo-liberal, conservative, social and left-/liberal) on the basis of their strategies after the crisis of the EU migration regime in the »summer of migration« (Kasperek/Speer 2015) 2015. The analysis demonstrates that right-wing forces have strengthened, while left-wing actors were able to successfully take up the mobilization during the »Welcome Culture« (Willkommenskultur). Neo-liberal forces continued to pursue their »migration management« project, albeit with major concessions to conservatives and right-wing forces, to incorporate them into a compromise. How fragile this compromise was became apparent in early 2020 in the breach of the EU-Turkey-Agreement.

Keywords: German migration regime, historical materialist policy analysis, summer of migration, asylum policy, struggle for hegemony

Im Sommer 2015 überwanderten hunderttausende Flüchtlinge die europäischen Grenzen. Dies löste eine tiefe Krise der EU-Migrationspolitik aus. Die selbstbestimmte Bewegung der Geflüchteten und die aufkommende »Willkommenskultur« machten Hoffnung. Mit der Krise gingen aber auch rassistische Hetze und Brandanschläge in Deutschland einher. Der »Sommer der Migration« (Kasperek/Speer 2015) fand sein Ende im EU-Türkei-Abkommen von März 2016. Es band die konfligierenden gesellschaftlichen Kräfte teilweise wieder in das hegemoniale Projekt des Migrationsmanagement (vgl. Geiger/Pécoud 2010) ein.

In diesem Text analysiere ich die auf den Sommer der Migration folgenden Kämpfe um die Ausgestaltung der deutschen Migrationspolitik mit der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA) der Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (2014) und Fabian Georgis Ansätzen einer materialistischen Migrationsregimeanalyse (Ge-

orgi 2016, 2019). Dabei interpretiere ich die vielfältigen Strategien der Kämpfe hegemonietheoretisch anhand von zentralen Konfliktfeldern.

Zunächst ordne ich die Methodologie der HMPA theoretisch ein. Anschließend skizziere ich entlang von Kontext- und Prozessanalyse (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 54f., 58) die Ereignisse und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse des Sommers der Migration sowie die darauffolgenden Kämpfe und materiellen Verdichtungen zwischen 2016 und März 2020. Mit der anschließenden Akteursanalyse (vgl. ebd.: 55ff.) arbeite ich, basierend auf einer umfassenden Medienanalyse, die jeweiligen Strategien der einzelnen Hegemonieprojekte und deren relationale Dynamiken heraus. Abschließend führe ich die divergierenden Dynamiken der migrationspolitischen Kräfteverhältnisse zu einem Gesamtbild zusammen.

DIE HISTORISCH-MATERIALISTISCHE POLITIKANALYSE

Die historisch-materialistische Politikanalyse (HMPA) operationalisiert die Überlegungen materialistischer Staatstheoretiker*innen für die Analyse gesellschaftlicher Konflikte. Die HMPA versteht den Staat als »materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« (Poulantzas 2002/1978: 154). In dieser Lesart bildet die Zivilgesellschaft einen integralen Bestandteil des Staates: Sie wird als zentraler Austragungsort gesellschaftlicher Kämpfe um die Durchsetzung bestimmter ›Weltanschauungen‹ verstanden, die mit Partikularinteressen verbunden sind. In diesen Kämpfen wird um die bürgerliche Herrschaftsform der Hegemonie gerungen, die sich aus Konsens und Zwang zusammensetzt (vgl. Gramsci 1991ff., Bd.4 H.6 §88: 783). Hegemonial gewordene Partikularinteressen materialisieren sich in der politischen Gesellschaft – den Staatsorganen – und bilden so die Materialität des Staates (vgl. Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 43ff.). Um staatliches ›Handeln‹ zu verstehen, wird demnach der Blick auf die gesellschaftlichen Kämpfe um Hegemonie gerichtet.

In der HMPA werden sowohl die grundlegende Materialität gesellschaftlicher Praxis als auch die Kontingenz der konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Strukturen anerkannt. Gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse konkretisieren sich in spezifischen Kräftekonstellationen und materialisieren sich in Institutionen (vgl. ebd.: 43f.). Um diese Kräfteverhältnisse zu untersuchen, werden die konfligierenden Akteursstrategien begrifflich entlang gesellschaftlicher ›Hegemonieprojekte‹ gebündelt. Akteur*innen eines solchen Hegemonieprojektes verfolgen also ähnliche längerfristige gesellschaftliche Ziele – über deren Ausgestaltung auch innerhalb des Hegemonieprojektes gerungen wird. Um ihre Partikularinteressen gesellschaftlich

zu verallgemeinern, müssen Akteur*innen ihre konkreten ›politischen Projekte‹ mit herrschenden materiellen Interessen und gesellschaftlichen Diskursen verbinden. Der Erfolg dessen hängt wiederum von ihren Ressourcen ab (vgl. ebd.: 46ff.).

DIE KONTEXT- UND PROZESSANALYSE

Seit der Jahrtausendwende hat sich in der EU-Migrationspolitik das neoliberale ›politische Projekt‹ des Migrationsmanagement durchgesetzt. Das Konzept des Migrationsmanagement ersetzte die vorherige »Abschottungslogik durch eine sehr viel flexiblere, utilitaristische Strategie« (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 81), die Nützlichkeitskriterien mit verschärften Maßnahmen gegen unerwünschte Migration kombiniert. Dieses unionseuropäische wie auch deutsche Migrations- und Grenzregime¹ wurde 2015 während des Sommers der Migration tief erschüttert (vgl. ebd.: 81ff.).

Aufgrund des Drucks selbstbestimmter Migrationsbewegungen und unter Einfluss links-/liberaler Kräfte geriet dieses Regime in die Krise und stabilisierte sich erst wieder mit Hilfe des so genannten ›EU-Türkei-Deal‹ im März 2016. Während des Sommers der Migration entschied sich die Bundesregierung im September 2015 gegen eine gewaltvolle Verteidigung der deutschen Grenzen und hielt sie offen (vgl. Georgi 2016: 191). Im Gegensatz zu Analysen, die das Handeln der Bundesregierung als Ausdruck von Kontrollverlust deuten (vgl. Müller-Stehlik 2017: 159), argumentiert Georgi, dass sie die »linksliberale Diskursverschiebung des neoliberalen Projekts mitvollzog« (Georgi 2016: 192) und insbesondere »eine Kettenreaktion neuer Grenzkontrollen *innerhalb* des Schengenraums« (ebd.: 218, Herv. i.O.) verhindern wollte. Der gesellschaftliche Diskurs entwickelte sich daraufhin in zwei Richtungen: Einerseits erhielt die pro-migrantische Willkommenskultur weiterhin großen Zulauf. Gleichzeitig folgte eine starke national-chauvinistische Gegenbewegung. Diese materialisierte sich in der restriktiven Verschärfung der Asylgesetzgebung durch die Asylpakete I und II sowie das Integrationsgesetz². Diese Restriktionen drängten die Erfolge links-/liberaler Kräfte vom Sommer 2015 zurück. Der EU-Türkei-Deal³ ist schließlich als Versuch zu interpretieren, die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte

1 | vgl. Kannankulam (2014); Müller (2010); Wolken (1988); Georgi (2019).

2 | vgl. Bundestag 20.10.15, 11.03.16, 31.07.16.

3 | Mit dem Abkommen verpflichtete sich die Türkei – u.a. im Austausch mit Geldern und der Aufnahme von Syrer*innen aus der Türkei in die EU – Migrant*innen davon abzuhalten, von der Türkei aus in die EU zu gelangen.

wieder hegemonial zu integrieren: Die bei konservativen und rechten Kräften unerwünschte Migration wurde minimiert, das neoliberale Projekt ›Schengenraum‹ aufrechterhalten und der humanitäre Anstrich band auch links-/liberale Kräfte tendenziell ein (vgl. Müller-Stehlik 2017: 160). Der EU-Türkei-Deal gilt deshalb als das Ende des Sommers der Migration.

Anschließend gingen konservative und rechte Akteur*innen in die Offensive und forcierten die diskursive Verknüpfung von Sicherheits- und Migrationspolitik (vgl. ZEIT ONLINE, 27.12.16; taz, 01.08.17). Der Wendepunkt dieses Diskurses war der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016. Seitdem wird rassistische Hetze gegen Migrant*innen und Geflüchtete noch heftiger befeuert. Im Winter 2016 begannen außerdem die stark umkämpften Sammelabschiebungen nach Afghanistan (vgl. taz, 16.12.16). Sie waren ein Weckruf für das links-/liberale und Teile des sozialen Hegemonieprojekts, die regelmäßig Proteste gegen die Deportationen organisierten. Immer wieder gelang es linken und migrantischen Akteur*innen außerdem, Abschiebungen mit Hilfe von Blockaden zu verhindern und zu skandalisieren. Vorläufiger Höhepunkt dieser diskursiv *und* materiell geführten Auseinandersetzung war die Abschiebeblockade in Nürnberg im Mai 2017, bei der Schüler*innen die Deportation ihres afghanischen Mitschülers verhindern wollten (vgl. SPIEGEL ONLINE, 31.05.17). Dennoch setzten sich konservative Kräfte angesichts ihrer Stärke auf legislativer Ebene mit weiteren Verschärfungen in den Bereichen Asylverfahren und Abschiebungen durch (vgl. taz, 01.08.17; PRO ASYL 2017).

Es folgte mit dem Einzug der rechts-autoritären ›Alternative für Deutschland‹ (AfD) im September 2017 in den Bundestag ein weiteres Erstarken rechter Kräfte. Die Diskursverschiebung nach rechts begann sich auch bei anderen Parteien zu zeigen.⁴ So ging es bei den Sondierungsverhandlungen und Koalitionsgesprächen migrationspolitisch vor allem um die Festlegung einer ›Obergrenze‹ (ZEIT ONLINE, 20.08.2017) für Einwanderung. Die diesbezügliche Einigung innerhalb der CDU/CSU auf maximal 200.000, aus humanitären Gründen, einreisende Menschen im Jahr (vgl. PRO ASYL 2017a) lässt sich als Sieg der rechts-autoritären Fraktion gegenüber der liberal-konservativen Fraktion in der Union deuten. Auch bei der Debatte im Sommer 2018 über Horst Seehofers ›Masterplan Migration‹, der Zurückweisungen von Geflüchteten an den deutschen Grenzen vorsah, kam es zu einer faktischen Kompromisslösung zwischen neoliberalen und konservativen Akteur*innen, bei der die SPD kaum eine Rolle spielte. Der Kompromiss – Zurückweisungen an der deutsch-österreichischen Grenze sollten nur dann erfolgen, wenn es ein Abkom-

4 | vgl. WELT, 06.05.2018; FDP 2018; Passauer Neue Presse, 26.05.2018.

men mit dem entsprechenden Staat gab – gefährdete den europäischen Binnenmarkt nicht und ließ dennoch vereinzelte Zurückweisungen zu (vgl. Süddeutsche Zeitung, 10.07.18).

Im (Spät-)Sommer 2018 verhalf die wachsende Bewegung der Seebrücke⁵, die sich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung wendet und sich für die kommunale Aufnahme von Geflüchteten stark macht, dem links-/liberalen Hegemonieprojekt aus der Defensive, deren Akteur*innen in diesem Sommer zumindest Teile des Diskurses um die Seenotrettung im Mittelmeer dominierten. Einige Oberbürgermeister*innen erklärten sich sogar bereit, Geflüchtete aufzunehmen, was Innenminister Seehofer jedoch faktisch verhinderte (vgl. taz, 27.07.18). Auch weitere Staaten, v.a. Italien, verunmöglichten die zivile Seenotrettung, z.B. mit Festnahmen von Kapitän*innen und Crews der Seenotrettungsschiffe, die sie diskursiv in die Nähe verbotener ›Schlepperei‹ rückten. Mit der Freilassung der Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete im Juli 2019 und dem Freispruch des Lifeline-Kapitäns Claus-Peter Reisch im Januar 2020 konnten dennoch juristische Siege errungen werden (vgl. ZEIT ONLINE, 17.01.20; Süddeutsche Zeitung 07.01.20). Dies zeigt, dass die links-/liberalen Akteur*innen, die während der Zeit der Willkommenskultur 2015/16 präsent waren, nicht verschwanden, sondern ihre Netzwerke nutzten und verstärkten.

Dennoch konsolidierte sich die alte Kompromissstruktur zwischen neoliberalen und konservativen Kräften weiter. Zum Jahreswechsel 2018/19 konnte zwar ein liberales Einwanderungsgesetz gegen die Interessen des konservativen Hegemonieprojekts durchgesetzt werden. Es wurde aber erst im Juni 2019 gemeinsam mit dem ›Geordnete-Rückkehr-Gesetz‹ verabschiedet, um die Liberalisierung von Arbeitsmarktzugängen für Ausländer*innen nur in Verknüpfung mit strengeren Abschieberegeln zuzulassen (vgl. SPIEGEL ONLINE, 07.06.19). Das ›Geordnete-Rückkehr-Gesetz‹ kann, ebenso wie die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, als Gegenangriff konservativer Akteur*innen auf die links-/liberalen Solidaritätsbewegungen interpretiert werden. Die Materialisierung der ›alten‹ Kompromissstruktur zwischen neoliberalen und konservativen Akteur*innen in Form dieses ›Migrationspakets‹ bildet die erfolgreiche Integration konservativer Forderungen in das neoliberale Projekt des Migrationsmanagement.

Die Bereitschaft rechts-autoritärer bis völkischer Kräfte, ihre Ziele auch gewaltsam durchzusetzen, zeigte sich in rechten und rechtsterroristischen Anschlägen auf Politiker*innen und migrantisierte Menschen. Nach dem Mord am Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 und dem antisemitischen und rassistischen

Anschlag auf eine Synagoge und einen Imbiss in Halle (Saale) im Oktober 2019, bei dem der rechtsextreme Täter zwei Menschen tötete, gipfelte diese grausame rechte Offensive (vorerst) im rechtsterroristischen Anschlag am 19. Februar 2020 in Hanau, bei dem der Attentäter neun migrantisierte Menschen erschoss (vgl. taz, 20.02.20).

An den EU-Außengrenzen zeigte sich Anfang 2020, wie fragil der EU-Türkei-Deal als externalisierte ›Lösung‹ der Krise der unionseuropäischen Migrationspolitik war. Nachdem wieder mehr Flüchtende von der Türkei aus die griechischen Küsten erreichten, verschärfte sich die Lage an der türkisch-griechischen Grenze und in den Camps auf den griechischen Inseln. Die türkische Regierung begann, der EU mit ›Grenzöffnungen‹ zu drohen, sollte die NATO die Türkei nicht in ihrer völkerrechtlich höchst umstrittenen Offensive in Nord-Syrien unterstützen (vgl. taz, 28.02.20). Akteur*innen des neoliberalen Hegemonieprojekts fürchteten wirtschaftliche Unsicherheiten, die mit einer Eskalation des Konflikts einhergehen könnten und drängten deshalb auf eine schnelle Beruhigung der Lage (vgl. Handelsblatt, 16.10.19). Die türkische Regierung brach (zumindest temporär) im Februar 2020 den EU-Türkei-Deal, öffnete ihre Grenzen zu Griechenland und tausende Geflüchtete überquerten die Grenze zur EU. Beim Versuch der griechischen Sicherheitsbeamten, die Menschen hinter die Grenzlinie auf türkisches Territorium zurückzudrängen, kam es zu zahlreichen Menschenrechtsverstößen (vgl. Hänsel 2020). Zu diesem Zeitpunkt endet meine systematische empirische Untersuchung. Es ist noch nicht abzusehen, ob und wie das Grenzregime die Lage an den europäischen Außengrenzen stabilisiert.

DIE AKTEURSANALYSE: KÄMPFE UM DIE DEUTSCHE MIGRATIONS POLITIK

Ausgehend von der bisherigen Rekonstruktion der Dynamiken zwischen März 2016 und März 2020 analysiere ich nun die Strategien der beteiligten Akteur*innen. Der Begriff ›Hegemonieprojekt‹ steht dabei für die begriffliche Abstraktion der verschiedenen »Bündel von Strategien, die ähnliche Ziele verfolgen« (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 46). So werden ihre jeweilige Position in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und ihre internen Fragmentierungen sichtbar.

Das neoliberale Hegemonieprojekt

Die Akteur*innen des neoliberalen Hegemonieprojekts sind vor allem in wirtschaftlichen und wirtschaftsnahen Kontexten zu finden: Kapitalvertreter*innen, Arbeitgeber*innenverbände, politische Wirtschaftsinitiativen und die Wirtschaftsflügel einiger

Parteien, wie etwa die Mittelstands- und Wirtschaftsunion. Migrationspolitisch setzen sie sich für die ›Bereitstellung‹ flexibler und kostengünstiger Arbeitskräfte mittels liberalisierter Arbeitsmigration ein.

Das neoliberale Hegemonieprojekt hat sich migrationspolitisch in eine liberale und eine rechte Fraktion ausdifferenziert. Besonders sichtbar wird dies an der Debatte zum ›Spurwechsel‹, welcher es abgelehnten Asylbewerber*innen erleichtern sollte, sich in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Der damalige Präsident des Arbeitgeberverbandes »Gesamtmittel«, Oliver Zander, machte hier als Teil der rechten Fraktion Zugeständnisse in Richtung konservativer Akteur*innen, anstatt hinter dem neoliberalen ›politischen Projekt‹ zu stehen. Er sagte, dass die Forderung nach einem Spurwechsel »das Vertrauen in den Rechtsstaat [untergrabe] und das dringend benötigte Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz [gefährde]« (Gesamtmittel 2018).

Die liberale Fraktion des Hegemonieprojekts setzt sich hingegen für bessere Arbeitsmarktzugänge für Geflüchtete ein. Ihr gehören integrations- und migrationspolitisch engagierte Wirtschaftsinitiativen wie das ›NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge‹ sowie Wirtschaftsvertreter*innen wie der Vorstandsvorsitzende von Siemens, Joe Kaeser, an. Er rief dazu auf »das Feld der Öffentlichkeit nicht populistischen und nationalistischen Stimmen [zu] überlassen«, da »Nationalismus dem Ansehen unseres Landes in der Welt [schadet]« und verweist damit auf ‚Weltoffenheit‘ als wichtigen Standortfaktor (Handelsblatt, 10.07.18).

Die sonstige Zurückhaltung bei asylpolitischen Themen ist Teil der neoliberalen Strategie, »konservative Kräfte in ihre Arbeitskraftstrategie einzubinden« (Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« 2014: 67) und die gesellschaftliche Zustimmung zu liberaler Einwanderungspolitik für Arbeitskräfte nicht zu gefährden. Nur im Streit um den ›Masterplan Migration‹ drängten diese Akteur*innen auf europäische Lösungen, weil nationale Alleingänge und Grenzkontrollen im Schengenraum den freien Waren- und Kapitalverkehr behindern könnten.

Das konservative Hegemonieprojekt

Bezugspunkt konservativer Akteur*innen ist die Nation und das damit verbundene imaginierte deutsche Volk. Sie lehnen Einwanderung grundsätzlich ab, die Radikalität dessen reicht von einer kulturalisierenden Verteidigung ›christlicher Werte‹ bis hin zur ›zero migration‹-Position am äußeren rechten Rand des Hegemonieprojekts.⁶ Das

6 | Die Radikalisierungen im konservativen Hegemonieprojekts konnten mit der vorgenommenen Medienanalyse nicht ausreichend erfasst werden. Daher weist die Analyse völkischer/rechter Akteur*innen Unschärfen auf.

konservative Hegemonieprojekt hat sich im Untersuchungszeitraum noch stärker gespalten und radikalisiert. Es kann inzwischen bedeutende Teile der Gesellschaft hinter sich vereinen. Die liberal-konservative Fraktion ist innerhalb des konservativen Hegemonieprojekts, trotz ihrer Reorganisationsversuche wie jener der »Union der Mitte«, zurückgedrängt worden (vgl. DER SPIEGEL, 14.07.18). Dagegen steht die rechts-autoritäre Fraktion, bestehend aus großen Teilen von AfD und CSU. Sie treibt die anderen gesellschaftlichen Akteur*innen offensiv vor sich her und besitzt großes Mobilisierungspotenzial. Ihre Verankerung in den Staatsapparaten vertieft sich seit dem Bundestageinzug der AfD im September 2017 weiter. Ihre symbolischen Ressourcen liegen in der Verankerung rassistischer Diskurse und der »tiefen Hegemonie von Grenzen« (Georgi 2015).

Die Auseinandersetzungen um die Zurückweisungen an den deutschen Grenzen im Sommer 2018 stehen symptomatisch für die Spaltung des konservativen Projekts. Dabei ging es darum, ob Migrant*innen trotz Asylgesuch an deutschen Grenzen zurückgewiesen werden sollten oder ob man sich auf ein gemeinsames unionseuropäischer Vorgehen einigen konnte. Andreas Scheuer (CSU), Vertreter der rechts-autoritären Fraktion, warf allen, die Zurückweisungen ablehnten, vor, »sich an unserem Land [zu versündigen]« (taz, 18.06.18). Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre liberal-konservativen Verbündeten wiederum hielten einen »nationalen Alleingang« für »höchst unklug« (Volker Bouffier in BILD, 01.07.18) und setzten sich für EU-weite Lösungen ein. Außerdem wird hier die tiefe Spaltung der Allianz zwischen konservativem und neoliberalen Lager – verkörpert durch die Union – deutlich: Gegen die pro-europäische (neo-)liberale Position Merkels stehen Seehofer und weitere rechts-autoritäre Kräfte. Auch am damaligen Führungstreit der CDU wird die Verschiebung des Kräfteverhältnisses hin zu rechts-autoritären Kräften sichtbar (vgl. ZEIT ONLINE, 12.02.2019).

Die Debatte um das Einwanderungsgesetz zeigte die konservative Verteidigung nationalstaatlicher Privilegien und ihrer kulturell-nationalen Identität. Konservative wollen den Aufenthaltsstatus und Sozialleistungen an die »Integrationsleistung« von Migrant*innen koppeln (vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29.05.16). Die imaginierte Bedrohung des deutschen Volkes sehen konservative Akteur*innen auch im »äußeren Feind im Innern« – wie »islamistischen Terroristen«: »Man [kann] die Sicherheit hier im Lande nur gewährleisten [...], wenn wir die Kontrolle über die Zuwanderung behalten und die Zuwanderung begrenzen« (Seehofer in ZEIT ONLINE, 03.05.18). Diese Verknüpfung von Migrations- und Sicherheitsdiskurs verstärkt autoritäre Tendenzen wie Merkels Versprechen eines »starken Staats« (vgl. taz, 24.12.16).

Als Gegenangriffe konservativer Akteur*innen gegen die links-/liberale Willkommenskultur kann die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung sowie der Solidaritätsbewegungen gegen Abschiebungen gelten. Besonders deutlich wird dies an Alexander Dobrindts (CSU) Begriff der »aggressiven Anti-Abschiebe-Industrie« (WELT, 06.05.18). Auch ein Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist der Meinung, dass »die Ausnutzung aller rechtsstaatlicher Mittel [...] grenzwertig sein [kann]« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.05.18). Konservative und rechte Akteur*innen wollen also vielmehr einen »formalen Rechtsstaat« etablieren, in welchem rechtsstaatliche Prinzipien für Geflüchtete eingeschränkt und Grundrechtsbrüche rechtsstaatlich integriert werden.

Das soziale Hegemonieprojekt

Die wichtigsten Akteur*innen des sozialen Hegemonieprojekts sind Gewerkschaften sowie Anhänger*innen der SPD, ferner der Partei Die Linke und der Grünen. Aufgeteilt ist das soziale Hegemonieprojekt in eine pro-europäische und eine national-soziale Fraktion. Erstere hat eine eher internationalistische Perspektive auf Arbeitskämpfe, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der sich für »eine auf Gerechtigkeit und Integration abzielende Sozialpolitik, die Flüchtlinge und Migranten einschließt« (DGB 2018) einsetzt. Der national-soziale Flügel, in dem Sahra Wagenknecht (Die Linke) und die gescheiterte »linke Sammlungsbewegung« »aufstehen« (vgl. Frankfurter Rundschau, 16.03.19) zu verorten sind, verteidigt eher die »national-sozialen Privilegien« deutscher Arbeiter*innen.

Der Einfluss sozialer Akteur*innen ist jedoch sichtbar geschrumpft. Ihre Strategien setzten sich kaum durch. Grund hierfür sind die schwindenden Ressourcen des Projekts, vor allem der deutliche Stimmenverlust und der neoliberale Schwenk der SPD. Einzig das Einwanderungsgesetz ist einer ihrer Erfolge, obwohl die Fraktionen des sozialen Hegemonieprojekts hier verschiedene Ziele verfolgen. Die national-soziale Fraktion lehnt Fachkräftezuwanderung grundsätzlich ab: »Deutschland muss seine Fachkräfte selbst ausbilden« (Wagenknecht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 11.08.18). Damit sollen deutsche Arbeitnehmer*innen vor Lohndumping und Armut geschützt werden (vgl. aufstehen o.J.). Pro-europäisch-soziale Kräfte hingegen setzen sich für ein liberales Einwanderungsgesetz ein, warnen aber davor, dass »Einwanderungspolitik, die den deutschen Niedriglohnsektor [...] versorgen soll, [...] die gesellschaftliche Akzeptanz einer tatsächlich wünschenswerten Einwanderung von Fachkräften« (Seils 2018: 1) gefährde.

Insgesamt sind die Strategien des sozialen Hegemonieprojekts marginalisiert und jenseits des Kernthemas Arbeitspolitik wenig präsent. Hinzu kommt, dass die Ge-

werkschaften in sich gespalten sind: Während die Führungsebene am europäischen Menschenrechtsdiskurs festhält und für eine liberale Asylpolitik eintritt, knüpft die Basis häufig eher an die diskursive Spaltung zwischen migrantischen und deutschen Arbeiter*innen an (vgl. Georgi 2016: 198ff).

Das links/-liberale Hegemonieprojekt

Den Kern des links/-liberalen Hegemonieprojekts bilden pro-migrantische Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie PRO ASYL, die großen christlichen Kirchen, Teile der Partei Die Linke (der ›Kipping-Flügel‹) und der Grünen. Soziale Bewegungen wie die Seebrücke formen gemeinsam mit linken und migrantischen Initiativen den linken bis linksradikalen ›no border‹-Teil des Hegemonieprojekts, welcher innerhalb des Untersuchungszeitraums an Stärke gewann.

Die Akteur*innen des links/-liberalen Hegemonieprojekts kritisieren die aktuelle EU-Migrationspolitik als inhuman und völkerrechtswidrig. Ihr Bezugspunkt sind Werte wie internationale Solidarität, Menschenrechte und der Kampf um ein lebenswertes Leben für alle. Sie sind pro-europäisch verortet und knüpfen damit erfolgreich an liberale Diskurse an. Seit dem Sommer der Migration verfügen sie über eine stärkere Vernetzung und ein großes Mobilisierungspotenzial. So reagierten sie als sein »zentrale[r] Antipode« (Kannankulam 2014: 103) auf Offensiven des konservativen Hegemonieprojekts. Das links/-liberale Projekt schaffte es, Teile der Zivilgesellschaft aus ihrer politischen Resignation zu holen, wie beispielsweise die Berliner Clubszene (vgl. zitty 16.03.19). Die inzwischen stärkere Abgrenzung zwischen links/-liberalen und sozialen Kräften wird bei Demonstrationen wie ›#unteilbar‹⁷ sichtbar. Eerstere werfen den national-sozialen Kräften vor, Deutsche und Migrant*innen gegeneinander auszuspielen. Gleichzeitig sind die links/-liberalen Kräfte mit ihrer Argumentation für ein liberales Einwanderungsgesetz häufig näher an neoliberalen als an sozialen Diskursen (vgl. PRO ASYL 2018).

Die links/-liberalen Kämpfe gegen Seehofers ›Masterplan Migration‹ verbanden sich unter dem Motto »Seebrücke statt Seehofer« (taz, 07.07.18) im Sommer 2018 mit den Protesten gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung. Besonders präsent waren die Akteur*innen des Hegemonieprojekts außerdem in Kämpfen um Abschiebepolitiken mit Forderungen von ›Bleiberecht für alle‹ bis zu ›globaler Bewegungsfreiheit‹. Ausdruck dessen sind die vielen Abschiebeblockaden (vgl. z.B. Darmstädter Echo, 22.06.18). Dieser beharrliche Kampf brachte andere Akteur*innen

7 | unteilbar.org

dazu, die afghanische Sicherheitslage zu hinterfragen (vgl. u.a. ZEIT ONLINE, 27.11.16). Vor diesem Hintergrund ist das ›Geordnete-Rückkehr-Gesetz‹ als direkter Angriff auf linke Mobilisierungen und Solidaritätsarbeit für Geflüchtete zu verstehen (vgl. SPIEGEL ONLINE, 07.06.19).

FAZIT

Der Sommer der Migration 2015 zeigt, wie Menschen auf der Suche nach Schutz oder einem besseren Leben das europäische Grenzregime mit ihren migrantischen Praktiken unterwanderten und überwandten. Der Kompromiss des EU-Türkei-Deals bot für die aus dem Sommer der Migration resultierenden Krise nur eine vorübergehende Stabilisierung, wie die Eskalation der Situation an der griechisch-türkischen Grenze Anfang 2020 erneut zeigte.

Auf der Grundlage einer umfassenden Medienanalyse ließen sich in den Kämpfen um die Regulation von Migration in Deutschland vier grundsätzliche Strategien zu Hegemonieprojekten bündeln. Das neoliberale Hegemonieprojekt hat sich migrationspolitisch in eine liberale und eine rechte Fraktion ausdifferenziert. Die Wandlungs- und Vereinnahmungsfähigkeit seines politischen Projekts des Migrationsmanagement zeigte sich erneut in der Einbindung von Abschottungspolitiken. Diese sind vor allem der Erfolg des konservativen Hegemonieprojekts, dessen Akteur*innen weiter nach rechts gerückt sind und inzwischen bedeutende Teile der Gesellschaft hinter sich vereinen. Gerade die rechts-autoritäre Fraktion trieb andere gesellschaftliche Akteur*innen offensiv vor sich her und besaß beachtliches Mobilisierungspotenzial. So konnte sie eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach rechts erreichen, die zuletzt vermehrt in rechtsterroristischen Anschlägen gipfelte. Das soziale Hegemonieprojekt seinerseits wurde in seiner Bedeutung marginaler und konnte nur das Einwanderungsgesetz als ›Langstreckenerfolg‹ verzeichnen. Das links/-liberale Hegemonieprojekt erholte sich nach einigen Rückschlägen und bestimmte zeitweise wichtige migrationspolitische Diskurse mit. Es fehlte hier jedoch besonders an organisatorischen und systemischen Ressourcen, um im Kräfteverhältnis stärker ins Gewicht zu fallen. Die Akteur*innen des links/-liberalen Hegemonieprojektes konnten dennoch an die Erfolge des Sommers der Migration anknüpfen und gerade der linke Rand gewann migrationspolitisch an Einfluss innerhalb des Hegemonieprojekts.

Mit der Verbindung von Einwanderungsgesetz und verschärften Abschiebeengesetzen etablierten neoliberale Kräfte erneut eine Kompromissstruktur mit konservativen Kräften. Durch die Erfolge der AfD wurden die tief verankerten rassistischen Herrschaftsverhältnisse noch anschlussfähiger und radikalisierten das Milieu rechts-

autoritärer Akteur*innen weiter. Abgesehen vom links-/liberalen Projekt haben sich in jedem anderen Hegemonieprojekt spezifische anti-migrantische Fraktionen hervor getan. Dies verdeutlicht die verschobenen Kräfteverhältnisse und lässt in Zukunft weitere Verschärfungen befürchten. Einzig die kleinen Erfolge linker Akteur*innen sind ein Hoffnungsschimmer für alle, die solidarisch mit Migrant*innen und ihren Kämpfen für ein gutes Leben sind.

LITERATUR

- aufstehen (o.J.): Gründungsaufruf. URL: aufstehen.de [27.01.2021].
- BILD (01.07.18): Unionskrise massiv eskaliert. So kämpft Merkel ums Überleben. URL: m.bild.de [31.07.2019].
- Bundestag (20.10.15): Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. In: Bundesgesetzblatt 2015 (Teil I, Nr. 40), S. 1722–1735.
- Bundestag (11.03.16): Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren. In: Bundesgesetzblatt 2016 (Teil I, Nr. 12), S. 390–393.
- Bundestag (31.07.16): Integrationsgesetz. In: Bundesgesetzblatt 2016 (Teil I, Nr. 39), S. 1939–1948.
- Darmstädter Echo (22.06.18): Protest vor Abschiebegefängnis löst Polizeigroßeinsatz aus. URL: echo-online.de [31.07.2019].
- DER SPIEGEL (14.07.18): CSU. Widerstand gegen Seehofer (29/2018). URL: spiegel.de [31.07.2019].
- DGB (2018): Aufruf. Diskussion um Tafeln: Sozialleistungen endlich erhöhen! URL: dgb.de [02.08.2019].
- Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (29.05.16): Die Kosten der Flüchtlingskrise (Nr. 21), S. 22.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (07.05.18): Kommentar zu Abschiebe-Debatte. Eine Lobby gegen den Staat. URL: faz.net [02.08.2019].
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (11.08.18): Sahra Wagenknecht. »AfD-Wähler sind keine Rassisten«. URL: faz.net [02.08.2019].
- FDP (12.05.18): Pressemitteilung: LINDNER-Rede auf dem 69. FDP-Bundesparteitag. URL: mailings.fdp.de [17.07.2019].
- Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (2014): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld: Transcript.
- Frankfurter Rundschau (16.03.19): Linke Bewegung. »Aufstehen« wird gebraucht, ist aber erst einmal gescheitert. URL: fr.de [31.07.2019].
- Geiger, Martin; Pécoud, Antoine (2010): The Politics of International Migration Management. New York: Basingstoke.
- Georgi, Fabian (2015): Was ist linke Migrationspolitik? In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis.
- Georgi, Fabian (2016): Widersprüche im langen Sommer der Migration. In: PROKLA 46 (183), S. 183–203.

- Georgi, Fabian (2019): Kämpfe der Migration im Kontext. Die Krisendynamik des europäischen Grenzregimes seit 2011. In: Keil, Daniel / Wissel, Jens (Hg.): Eine staats-theoretische Perspektive auf die Europäische Union. Baden-Baden: Nomos. S. 205-228.
- Gesamtmetall (2018): »Stichtagsregelung ist eine gefährliche Scheinlösung«. URL: gesamtmetall.de [02.08.2019].
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte. Hamburg: Argument-Verlag.
- Handelsblatt (10.07.18): Nach Drohungen. Ein Tweet von Siemens-Chef Kaeser gegen die AfD brachte ihm heftige Kritik – und 3000 neue Follower. URL: handelsblatt.com [02.08.2019].
- Handelsblatt (16.10.19): Türkei. Wie Erdogan mit seiner aggressiven Politik Unternehmer verunsichert. URL: handelsblatt.com [13.03.2020].
- Hänsel, Valeria (2020): Erschießungen und Hetzjagd. Die Faschisierung des Europäischen Grenzregimes. Forschungsgesellschaft Flucht & Migration e.V. URL: ffm-online.org [13.03.2020].
- Kannankulam, John (2014): Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Migrationspolitik. Die Asyldebatte als Schlüsselereignis des schwerfälligen Wandels vom Gastarbeitsregime hin zu Managed Migration in der Bundesrepublik Deutschland. In: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung. Bielefeld: Transcript, S. 93–112.
- Kasperek, Bernd / Speer, Marc (2015): Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration. URL: bordermonitoring.eu [05.07.2019].
- Müller, Doreen (2010): Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen. Metamorphosen einer umkämpften Kategorie am Beispiel der EU, Deutschlands und Polens. Universitätsverlag Göttingen.
- Müller-Stehlik, Matthias (2017): Zur Krise der europäischen Migrationskontrollpolitik. Bundesdeutsche Kräfteverhältnisse im Ringen um die Regulation autonomer Migrationsbewegungen. Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.).
- Passauer Neue Presse (26.05.18): Andrea Nahles (SPD). »Wir können nicht alle bei uns aufnehmen«. URL: pnp.de [31.07.2019].
- Poulantzas, Nikos / Demirović, Alex (2002/1978): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA-Verlag.
- PRO ASYL (2017): »Hau ab-Gesetz«: Bundestag entscheidet über erneute Asylrechtsverschärfung. URL: proasyl.de [02.08.2019].
- PRO ASYL (2017a): Union legt Hand an den Zugang zum individuellen Asylrecht. URL: proasyl.de [02.08.2019].
- PRO ASYL (2018): Kaum eine Spur von »Spurwechsel«. URL: proasyl.de [01.08.2019].
- Seils, Eric (2018): Mangel an Fachkräften oder Zahlungsbereitschaft? Eine Analyse von Daten des DIHK. In: WIS Report (41). S. 1-18. URL: boeckler.de [12.07.2019].
- SPiegel ONLINE (31.05.17): Berufsschule in Nürnberg. Protest gegen Abschiebung von Mitschüler - mehrere Verletzte. URL: spiegel.de [31.07.2019].
- SPiegel ONLINE (07.06.19): Asylgesetze im Bundestag. Das steckt im Migrationspaket. URL: spiegel.de [31.07.2019].
- Süddeutsche Zeitung (10.07.18): Seehofer: »Das ist kein Masterplan der Koalition«. URL: sueddeutsche.de [31.07.2019].

- Süddeutsche Zeitung (07.01.20): Private Seenotrettung. Deutscher Kapitän der »Lifeline« in Malta freigesprochen. URL: sueddeutsche.de [13.03.2020].
- taz (16.12.16): Afghanistan-Abschiebung spaltet weiter Politik. URL: taz.de [31.07.2019].
- taz (24.12.16): Bundesregierung Merkel verspricht Schutz, Aufklärung und mehr Abschiebungen. »Darauf können Sie sich verlassen«. URL: taz.de [13.03.2020].
- taz (01.08.17): Anschlag in Hamburg. Wie umgehen mit der Gefahr? URL: taz.de [31.07.2019].
- taz (18.06.18): Asylstreit in der Union. Das Fernduell. URL: taz.de [31.07.2019].
- taz (07.07.18): »Seebrücke«-Demos für Seenotrettung. Masterplan Humanität. URL: taz.de [31.07.2019].
- taz (27.07.18): Offener Brief an die Bundeskanzlerin. NRW-Städte für Seenotrettung. URL: taz.de [13.03.2020].
- taz (20.02.20): Anschlag in Hanau. Im Terrorwahn. URL: taz.de [13.03.2020].
- taz (28.02.20): Türkei droht mit Geflüchteten aus Syrien; EU-Außenstaaten machen dicht. URL: taz.de [13.03.2020].
- WELT (06.05.18): »Anti-Abschiebe-Industrie sabotiert Bemühungen des Rechtsstaates«. URL: welt.de [31.07.2019].
- Wolken, Simone (1988): Das Grundrecht auf Asyl als Gegenstand der Innen- und Rechts-politik in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main: Lang.
- ZEIT ONLINE (27.11.16): Afghanistan. Landesinnenminister hat »Bauchschmerzen« bei Abschiebungen. URL: zeit.de [31.07.2019].
- ZEIT ONLINE (27.12.16): Anschlag in Berlin. Wie die CSU für Sicherheit sorgen will. URL: zeit.de [31.07.2019].
- ZEIT ONLINE (17.08.17): CSU. Seehofer verwirrt mit Kommentar zur Obergrenze. URL: zeit.de [27.01.2021].
- ZEIT ONLINE (03.05.18): CSU. Seehofer will Menschen ohne Bleiberecht schneller abschieben. URL: zeit.de [31.07.2019].
- ZEIT ONLINE (12.02.19): Annegret Kram-Karrenbauer. Gefährliche Kurskorrektur. URL: zeit.de [31.07.2019].
- ZEIT ONLINE (17.01.20): Seenotrettung. Oberstes Gericht bestätigt Freilassung von Carola Rackete. URL: zeit.de [13.03.2020].
- Zitty (26.03.19): Politischer Techno. Raven für die Revolution. URL: zitty.de [13.03.2020].

Interventionen

After Humanitarian Reason?

Formations of Violence, Modes of Rule and Cosmopolitical Struggles at the »European Margins«

JENS ADAM, VALERIA HÄNSEL

Abstract: Over the last years the EU border regime has undergone a remarkable shift towards political technologies that act in growing disregard towards the suffering and possible death of migrants on their way to Europe. Especially since the EU-Turkey Deal in March 2016 this development has once again drastically deteriorated the situation on the Aegean islands. The ›hotspots‹ have been transformed gradually into open air prisons, in which lives are put on hold, different forms of violence overlap and an enclosed population is exposed to disproportional epidemic risks. Combining perspectives of a political and engaged anthropology as well as of Critical Border and Europeanization Studies this dialogue discusses the shape and effects of processes of spatial fragmentation at the ›margins of Europe‹. What does daily life look like in these politically produced zones of exception in times of COVID-19? How are they linked to the imperial and colonial histories of Europe, on the one hand, as well as to global regimes of controlling mobilities on the other hand? Which political rationalities and modes of governance overlap here? And taking the growing relevance of »necropolitics« in these border regimes into consideration: Should we assume that the era of »humanitarian reason« has come to an end?

Keywords: European border regime, Moria, humanitarianism, violence, cosmopolitics

The European border regime in the Eastern Mediterranean has steadily tightened over the last years. It has brought about different forms of spatial fragmentation serving the purposes of regulating and repelling migration. The »hotspots« on the Aegean islands stand out as politically created zones, in which life is put on hold, different forms of violence overlap, and an enclosed population is exposed to disproportional epidemic risks of Covid-19. Taking into consideration the growing relevance of different political technologies that act in disregard towards the possible death of migrants on their way to Europe: should we assume that the times of »humanitarian reason« have come to an end?

Jens Adam: Over the last years, you have followed as an ethnographer as well as an activist how the military base close to Moria has transformed into a hotspot camp for the European border regime. My first question is: what do you know about the

current situation? How did Covid-19 affect the daily life in the camp and its relations to the surrounding social, spatial and economic contexts on and off the island?

Valeria Hänsel: The Covid-19 pandemic highlighted further the reality of the situation on the hotspot islands. On the one hand, it made the disenfranchisement of people on the island even more obvious. On the other hand, however, it facilitated the covering-up of severe rights violations, after it became increasingly difficult to monitor the constantly deteriorating situation. Overall, the threat of the pandemic exacerbates and accelerates previous disenfranchisement, which we witnessed since the conservative Nea Dimokratia government came to power in Greece in July 2019. The Covid-19 pandemic is not the direct cause of these rights violations; the pandemic merely facilitates their implementation under the cover of a state of emergency where basic rights can be suspended for »security reasons«. For example, systematic pushbacks have been carried out from the beaches of Lesbos, Chios and Samos, and they have been covered-up by the need to implement quarantine precautions (Legal Centre Lesbos 2020a). Above all, the pandemic has facilitated the implementation of detention measures, and therefore it paved the way towards migrant incarceration that has been, for a long time, an adopted policy by the Greek government.

In this context, the Covid-19 pandemic has also played a crucial role in the events of September 8, 2020, when Moria burned to the ground. Since March 2020, a curfew had been imposed on the camp amid a severe lack of supplies. While there were only very loose Corona prevention measures implemented for the local population, many people living in the Moria camp were trapped without enough food. The Greek state prevented all non-repressive handling of the pandemic in the camp. For example, Médecins Sans Frontières had to close its corona clinic located next to the camp after a threat of imposing a huge fine for being an »illegal clinic« (Médecins Sans Frontières 2020). The pandemic facilitated the success of measures that had failed before. In the first months of 2020, the Nea Dimokratia government tried to erect new sealed-off prison-like facilities on the hotspot islands of Lesbos and Chios. However, massive riots by the local population prevented the implementation of the project (Are you Syrious 2020; dm-aegean 2020a). Eventually, the Covid-19 pandemic allowed the implementation of the policy of lockdown and segregation of migrants from the local society using the already existing camp facilities.

Around the time when the first positive Corona tests appeared, the government paid more than 800,000€ to a private company to fence the Moria camp with NATO wires and install surveillance technology (StoNisi 2020). Only days after that, on the night of 8th September, the first fire broke out, and over three days Moria burned down in multiple fires. After inhabitants of the camp had been tested positive with the Corona

virus and were to be brought into quarantine facilities, fear spread in the camp that everyone would be locked up. Then a fire started and quickly spread throughout the camp (Legal Centre Lesvos 2020b; dm-aegean 2020c).

Within less than a week, a massive new camp was set up in a former military area on the island. Most people who had stayed in Moria before were forced to go to the new facility. The government used several tactics to move the asylum seekers to the new camp. It advertised incentives for those who register, pressured police operations, and threatened to close the cases of asylum seekers who did not register in the new camp. The authorities later also evicted the solidarity refugee accommodation facility Pikpa, and moved their residents to the new camp, which was set up to serve as a semi-closed facility. In practice, it turned out that the supply within the new camp is even worse than it was in Moria. There was not even enough water and toilets, since only tents have been built. With the first heavy rain, many of these tents were flooded with water and became unusable (Refocus Media Labs 2020). At the same time, munition and toxic soil from the former military base was found on the campground (Aegean Boat Report 2020).

Zooming out from the latest events, it is important to observe that the policy of confinement that is based on the pretext of a state of emergency is not entirely new. The recent events in Moria are only the peak of the policies adopted long before. Under the EU-Turkey Statement of the 18th of March, 2016, flight-migration was strongly securitized as an alleged threat, and it was governed under the motto of emergency response. The EU-Turkey deal was introduced as »a temporary and extraordinary measure which is necessary to end the human suffering and restore public order« (European Council 2016). The opposite was the case: the hotspot islands were sealed off and people were trapped for months or even years on the five Greek islands (Lesvos, Chios, Samos, Leros and Kos) close to the Turkish shore (Hänsel 2019). The hotspot camps were transformed from registration centres—designed also to enable relocation—into detention facilities for long-term confinement. While they were officially planned as border zones regulating the entry into the European Union, they have in fact been transformed into spaces of abandonment.

Jens Adam: You just recalled the zones of exception that the EU has created to control and repel migration at its external borders. I would like to dig deeper into the possible effects of such zones on the epidemic. In one of his articles, Didier Fassin refers to historically and politically created »environments« in order to explain why HIV hit the Black population in South Africa so much harder than other communities (Fassin 2009a). In brief, he argues that a history of land confiscation and expulsion of the Black population, the creation of exploitative labour regimes, the segregation of

Black mine workers in overpopulated barracks, the virtually systemic recourse to sex work, and some further dynamics give rise to environments in which the virus could »thrive«. Thus, Fassin relates the massively unequal distribution of HIV in South Africa—as much as the deadlier course of the disease once it had broken out—to the socio-spatial surroundings in which people were forced to live. Are these observations in any sense informative for the zones of exception of the EU-border regime? Do we have evidence that the politically created environments in which migrants are forced to live propel the infection with Covid-19?

Valeria Hänsel: It would be very interesting to apply this analysis to the situation in the hotspots. The camps deliberately create an environment that can quickly lead to the suffering and death of thousands of migrants trapped inside. The Covid-19 pandemic affects everyone regardless of nationality but it also exposes the basic principles on which the current hotspot system is built: when it comes to a real threat, those left behind and abandoned are the people marked as others. Packing 15,000 people in the camp makes it impossible to implement any safety measures: there is neither enough clean hygiene facilities, nor enough soap, disinfectants or masks. Densely packed, people are forced to queue for hours for basic food needs.

Already before the virus, the number of deaths among the residents in Moria was extremely high because diseases were insufficiently treated (Médecins Sans Frontières 2017). People were allowed to go to a hospital only if they got a special permission to leave the camp. Covid-19 spreads at a much higher rate within the camp than among the locals living outside of the camp, for whom prevention measures were implemented (Pantelia 2020). Also, because of the severely limited access to health care within the camps, the impact of the virus is much worse inside the camp than for the local population.

The different values of life established through the encampment system, the »bio-inequality« (Fassin 2009b), create condition for suffering and death. Environments in places such as the Greek islands, with their particular role in the European border regime, are not only given geographies; they are also politically created zones serving the purpose of regulating migration and organizing inclusion and exclusion. Building on Jason de León's work on the US-Mexican border (2015), Elizabeth Dunn (2019) recently recalled that the instrumentalization of the surrounding environment—such as in the Mexican desert or, in our case, the Aegean Sea and the eastern Aegean islands—can be an integral part of bordering practices, using certain geographies to secure national borders. Furthermore, the death of migrants is tacitly accepted as not active killing but »something more than letting people die and something less than killing them«, as we saw in Greece in March 2020, when several people were shot at

the Greek-Turkish land border, and in early July when four people died in a pushback operation in the Aegean Sea. There is furthermore a fine line between the creation of deadly spatial arrangements and forms of active killing.

In this context, I would like to point out the general trend towards the fragmentation of the European border regime. The hotspot islands play a key role within this process and we describe them as an »extraterritorial space« (Hänsel/Kasperek 2020). Despite their location on EU-territory, they form a border zone that is removed from the surrounding system: firstly, the islands became a geographic buffer zone restricting the movement of people. Secondly, they became a »special legal zone« (Hänsel 2019). A special transit procedure—the fast-track border procedure—is exclusively implemented within the hotspots. And thirdly, a situation with a severe lack of accountability has been created. For example, the EU border police, FRONTEX, and the EU asylum office, EASO, are not subject to the local judicial system. There is neither sufficient control by the European or national parliaments nor a clear system in place how they can be held accountable for rights violations. We argue that this setup leads to a situation where basic rights are effectively suspended for migrants, since it is in practice nearly impossible for them to validate their own rights.

Jens Adam: While listening to you, I had to think about discussions about the »margins« as—politically, economically, and socially—produced zones, in which different forms of violence overlap and where the exposure to physical violence becomes more likely. Some colleagues traced the relationships between systematic exploitation, environmental degradation, the exclusion from social infrastructures or continuous disregard and the proliferation of interpersonal violence at the »urban margins« of the Americas (Auyero/Bourgois/Scheper-Hughes 2015). They have shown how, under such circumstances, physical violence can become a relevant resource for daily survival or for social mobility (Auyero/Kilansi 2015; Karandinos et al. 2015). On a conceptual level, they propose a notion of violence as a »subterranean undercurrent« permeating these spaces designated as »the margins«, »spreading laterally« or as a »concatenated« process (Quesada 2015).

I was wondering to which extent such perspectives can shed light on what is happening on Lesbos. The violent transformation of the Mediterranean into a »death zone« (Mbembe 2019a; 2019b) or a »deathscape« (De Genova 2017), as an effect of the militarization and externalization of the EU-border policies, has already been documented and criticized by many researchers (Andersson 2017; Heller/Pezzani 2017; Stierl 2017). But do you see above a similar concatenated presence and overlap of different forms of violence in Moria? And could it make sense to speak of the

hotspots as politically produced »European margins«, in which violence spreads and gets a creeping presence?

Valeria Hänsel: The discussion of entangled and overlapping forms of violence at the »margins of Europe« can shed light on many aspects of the events we are currently witnessing on the Greek islands. There is a variety of forms of violence and discriminatory practices at play that interact and often cause each other: the structural conditions of confinement—that is visible in the martial setup of the camp structures, making them look like high security prisons instead of accommodation centres for refugees—join the lack of goods and facilities for basic needs. This comes together with the violence that people already experienced in their home countries and along the flight route, which follow them even after they reach the camps. Networks imposing violence on the camp inhabitants could easily spread in camp structures, such that of Moria, where hardly any protection was provided for migrants.

Currently, one of the most dramatic forms of physical violence are pushbacks in the Aegean Sea. Since March 2020, they became a new normal. Most people who eventually manage to reach the Greek islands have suffered several violent attacks by the Greek or Turkish Coast Guards and illegally been pushed back from the Greek waters into the Turkish ones. Some of those who managed to arrive on shore have simply »vanished« from the beach and were brought back to Turkey (dm-aegean 2020b; Legal Centre Lesvos 2020a). On top of this, migrants are criminalized; some of those who were not pushed back and eventually arrived between March and April in Lesvos, were charged with the alleged offence of »illegal entry« (HIAS 2020; dm-aegean 2020a).

The violence then continues in the next stage, in the Greek hotspot camps. There is no safe environment to process any of the experiences made on the flight route and beyond; instead, people face police violence, violence of neo-fascist groups, as well as intercommunal violence (Voices of Freedom 2020). In their desperation, many people also harm themselves or commit suicide.

Regarding exploitative structures within the camp, I will briefly outline an example: several people in the Moria camp were stabbed to death with knives, sometimes because they refused to give their phones to gangs trying to rob them. There is a strongly racialized dimension to this—victims were often Black. And perpetrators were often minor refugees who were traveling alone and were then drawn into criminal structures established in the camp, in a desperate attempt to secure their own survival. As minors, they do not get cash assistance from NGOs and often do not even receive a tent, because they are required to stay in an especially protected and supplied minor section. But in reality, they have no chance entering this section,

because it is constantly overcrowded. So, they are left without any assistance and become an easy target for criminal networks that offer them protection. The police is not particularly interested in stopping these activities, probably because these violent structures kept the Moria camp under control. There were even incidents, where it became clear that the police directly made use of migrant networks violently oppressing others, using them to search the camp for people for whom the police had an arrest warrant.

Beyond the forms of direct physical violence, the bureaucratic process of the asylum procedure puts an enormous pressure on the people in the hotspot camps. Above all, hangs the sword of Damocles, rejection of the asylum application and deportation. This causes a gruelling state of limbo and fear, where affected people live in a constant state of detainability and deportability (De Genova 2019). On top of this, there are experiences of everyday racism and neglect within the lengthy asylum procedures and its bureaucratic apparatus, which lead to strong frustrations. This is also due to the specific legislative context of the islands as a border zone of the European Union with differential treatment of different groups, based on nationality and gender.

As far as I know, you conceptualize violence as a relational phenomenon. Can you explain how far a relational concept of violence can help us understand the situation on the hotspot islands? How can we connect it to the post-colonial dimension of bordering practices?

Jens Adam: Thinking about violence relationally implies, first of all, expanding a probably more established narrow understanding that conceives of violence as an intentional physical act that harms a respective victim (Riches 1986). For that purpose, we can build on different contributions that have led to grasping »invisible« forms of violence (Bourgois 2009): Pierre Bourdieu's »symbolic violence«, for instance, highlights the widespread »misrecognition« of the in fact permanent violence that underlies many social hierarchies and forms of domination (Bourdieu 2001; Bourdieu/Wacquant 1992). Similarly, different reflections on »structural violence« emphasize the massive economic inequalities that continue to result from (colonial) histories of exploitation, the shape of international trade relations or the structurally uneven access to resources, education, health services or protection (Farmer 2004). Additionally, normalized »everyday violence« has been pointed out in public institutions or bureaucratic acts (Scheper-Hughes 1992; Basaglia 1987) as you just described them. From these perspectives, violence cannot be limited to the outbreak of physical force; it rather constitutes a steady condition or capacity of societal as well as global relations.

To avoid an undifferentiated and rather unproductive lament about the deplorable omnipresence of violence in our world, I would propose addressing violence from the perspective of its effects: that leads us, on the one hand, to threatened, denigrated, damaged, shortened or full scale destroyed lives, and on the other, to spatial forms and geopolitical zones of exception, where violence can spread and victims of violence often become further brutalized. Consequently, damaged and neglected lives or such purposefully created or tolerated spatial forms can be our analytical starting points to explore and criticize the violent undercurrent of geopolitical and societal relations. As far as I can see, in places like Moria, we are confronted with both types of effects. Quite obviously, these zones of exception are products of political decisions and political protraction, of the collective irresponsibility of European and national decision makers. And we should not hesitate to qualify the manifest forms of detention, interruption and rejection as violent, as they obviously harm lives or inhibit their unfolding. Moreover, a relational concept of violence calls on us to link the »European margins« to the zones of war or environmental degradation from which refugees were forced to escape in the first place, in addition to the violence in all its forms along the migration routes. And then, we must talk about the postcolonial character of our world order, of course.

Valeria Hänsel: In your book »Decentering Europe« you propose to study contemporary Europe from its geopolitical, epistemological and postcolonial margins. Could this approach enable us to include the Greek hotspot islands in our analysis? On the other hand, what do the hotspot islands tell us about the configuration of European modernities?

Jens Adam: Indeed, this book relates quite well to what we just discussed, as it argues for an understanding of Europe as »a heterogeneous, multiple and incomplete project, a product and producer of its global entanglements and post-colonial relations« (Adam et al. 2019: 7). In doing so, we aim at overcoming a »methodological and conceptual Eurocentrism« (ibid.: 14) that can be identified as a rather normalized rationality in many of the political, academic as well as journalistic approaches towards »Europe«. We argue that the »question of Europe« has so far been dominantly debated as an »internal affair« involving the relations between European states and societies and the supranational institutions that have been created as part of European integration over the last decades. Consequently, this well-established perspective somewhat systematically disregards the global entanglements that have substantially contributed to bringing about contemporary Europe, and which are of major importance to understanding the current processes of geopolitical reconfigura-

tions. Against this background, the culminating crisis of the European project, which we have been observing over the last fifteen years or so, should, at least partially, be conceived as a sequel of this denial. In other words, to renew the European project, we have to address it as a global question, a global problem, and a globally entangled formation.

With regard to places like Moria, I would like to point out three analytical perspectives that would take up these conceptual reflections and that could be combined quite productively with partially similar approaches elaborated within critical border studies (Hess/Tsianos 2007; Hess/Kasperek 2010; Hess et al. 2015):

First of all, our approach suggests working on alternative genealogies of the European border regime that becomes so manifest at the hotspots on the Greek islands. In this spirit, we can decentre hegemonic discourses on »Europe's borders« and the alleged necessity to protect them by examining the present situation as just one, rather awkward, historical moment in a centuries long history of political and cultural trans-Mediterranean entanglements (Römhild/Knecht 2019: 73). This allows us to analytically reposition the contemporary camps on the Greek islands by re-centering the Mediterranean as an extensive and mutable, transregional and transcontinental space that has been created most of all by the manifold mobilities, relations and exchanges between its shores and beyond. Only then, the arbitrariness and brutality of the current border regime will come even more clearly to the fore.

My second point is closely connected to this interest in alternative genealogies and draws on our understanding of the »imperial« as a constitutive component of contemporary Europe (Adam et al. 2019: 28). From my point of view, the involved practices of detaining and controlling, of interrupting the movements of some and enabling the mobility of others, of classifying people according to their origin, worthiness, usefulness or vulnerability, should all be closely examined as re-enactments of imperial rationalities. If nothing else, this will show that these practices would hardly be possible without building on the old colonial divide between »us« and »the others«, between those who allegedly »belong« to Europe and those who do not. In one of our previous conversations, you described Moria as a micro-space that prevents people from leaving a (post-)colonial constellation. I think this statement catches it quite well as it makes clear that Moria is not only a purposely created hotspot of EU-border policies but an ethnographic hotspot that allows us to trace currently ongoing global dynamics of securitization, of racialized classifications and redistribution of wealth in their historical embeddedness. In this spirit »Decentering Europe« can imply bringing Moria in line with the many spatial arrangements and processes of borderization that aim at denying or interrupting the entanglements that colonialism has brought about.

This directly leads to a third perspective: it is »Europe as such« that is at stake in its border zones. These daily practices of categorizing, interrupting, detaining and repelling that one can observe on the Greek islands point to the question in which Europe do we want to live: in a »postcolonial racial formation« (De Genova 2014: 294) that aims mostly at defending the wealth of its elderly, and predominantly white population, or in a globally entangled cosmopolitan democracy that drops its claim for exclusiveness?

But let me ask one question that might contain a component of hope about a possible future: can we conceive of the camps as cosmopolitical sites? Here, I am not thinking about the rather normative understandings of »cosmopolitanism« that consciously appreciate cultural or religious difference, or the need to learn how to deal with the very co-presence of difference. I have no doubt that the inhabitants of Moria had to undergo that kind of learning process in their daily coexistence. What I have in mind are perspectives that underscore that the very composition of the world might be at stake in these zones, on which different fault lines of a postcolonial world order overlap (Adam 2018: 317; Latour 2004). Can we examine Moria as a site where political struggles about the future shape of the world, about rights of access and movement, and about forms of conceiving and sharing the planet are taking place? Or is that perspective too far away from the more basic struggles for subsistence that constitute the daily life in the camps?

Valeria Hänsel: For sure, the Greek hotspot islands form places that assemble and reinforce global struggles. Located at the very frontier of the EU, the hotspot islands have become a laboratory where anti-migration policies are implemented in order to contain migration. However, we still see the impact of the autonomy of migration. Even if people were several times attacked and detained on their journey to Europe, many eventually succeed in crossing to Greece. Seeing how much money, staff and equipment is spent on preventing this migration, the tenacity with which people fight for a better life trying to reach the EU is remarkable. As you also pointed out, this situation shows that the islands are in fact a culmination point where struggles around global inequality, exploitation, racist exclusion as well as the sovereignty of nation states and the European Union materialize within a small border area. The very movement to cross the border symbolically dividing the global north from the global south is in itself a political act that challenges the system of global inequalities.

At the same time, the small islands themselves are cosmopolitical sites where a variety of different actors cooperate or struggle against each other: there are asylum seekers from numerous countries, and activists, NGOs, international and EU organisations from different European countries and beyond. There have been countless

self-organized protests by migrants on Lesbos, sometimes also supported by activists from Greece and from other EU countries. In a way, new political alliances are forming and cosmopolitical networks are emerging. While these networks have become more solid since 2016, the direct struggles, such as protest marches, are however often violently oppressed. Those who suffer most from this are migrants forced into subaltern positions. The peak of self-organized protests on Lesbos was in 2017, when hundreds of people from all the different nationalities protested in a well-organized manner against the EU-Turkey deal and for the opening of the islands. They also blocked the port and prevented deportations. However, the protests were repressed, the camp was raided, and people were sweepingly detained, deported or convicted in court. Since then, the protests weakened (Amnesty International 2017; Legal Centre Lesbos 2018). The measures of dividing people through a selective asylum and detention regime also fuels intercommunal conflicts and makes it difficult to unite movements on a bigger scale. Nevertheless, the fire that destroyed the Moria camp was no coincidence; it was a form of resistance in a desperate situation where people's voices were systematically ignored. These developments have an impact on the EU level as well. The EU cannot entirely ignore the situation it created in the hotspots.

But let me come to another question I would like to discuss. While the islands play a significant role within the European border regime, several authors have pointed out that the phenomena of spatial fragmentation, including the formation of particular sovereignties, security and legal systems, are not particular to European territory and migration control; they are globalized and closely bound to the age of neoliberalism (Sassen 2006). You recently mentioned that Achille Mbembe—reflecting on the Palestinian situation—argued that »large sections of the world are becoming Gaza« (2017). How can we understand this claim and to which extent does it shed new light on the Greek hotspot islands and their role within the European border regime?

Jens Adam: Indeed, Achille Mbembe has discussed Gaza as paradigmatic and as a laboratory for contemporary modalities of rule that he designates as the »the normalization of abandonment«—thus the spread of a form of domination that is hardly if at all concerned by the damage and destruction it exerts on the lives and living conditions of a given population (2017). From my point of view, two components of this argument can inspire our attempts to understand what is going on at the European margins.

Firstly, Mbembe argues that the present situation in Gaza points to a recurrent problem of rule, with which many colonial, expansionist or state projects had to grapple: »What should we do with people who happen to be in our midst, but whose very existence is a threat to ours« (2019b)? He recalls quite different »spatial exclusion-

ary arrangements« (*ibid.*) that were created as an answer to this question over the last centuries. Gaza represents a particularly salient contemporary example of this longer history.

We could claim that this specific problem of rule has further gained in importance in our times which Mbembe characterizes so convincingly by a close »dialectics of entanglement and separation« (*ibid.*). From this perspective, the erections of walls and fences, the fragmentation and enclosure of territories, the exclusion and encampment of specific groups of people and comparable practices we can observe all around the world are tightly linked to the increasingly unavoidable fact that our lives are, on a planetary scale, »inextricably exposed to each other« (2018). Consequently, the hotspots can be read as reactions to a contemporary version of the above mentioned question: »What shall we do with these people that knock on our doors, that are with us, but not of us« (*ibid.*)?

Secondly, Mbembe calls our attention to the overlaps of quite different political rationalities and modes of rule as part of contemporary border and security regimes (2017; 2019a). With regard to Gaza, he observes a »modulated blockade« that decides who and what might enter or leave under which conditions; military interventions that can be ramped up at any moment; different forms of extrajudicial killings and collective punishment; all that combined with humanitarian strategies that still aim at reducing some of the suffering. As an effect, a »peculiar carceral space« is created, »in which people deemed surplus are governed through abdication of any responsibility for their lives and their welfare« (2017).

Even though I recognize certain political and methodological risks of exposing the case of the Israeli occupation as **the** paradigm of contemporary state violence, I still believe that this perspective on Gaza as a prefiguration of »what is yet to come« (2019a) enables us to ask urgent questions about the character as well as about the historic and geopolitical embeddedness of the spatial arrangements created as part of EU-border policies on the Greek islands. I am especially intrigued by Mbembe's suggestion to trace, in a detailed way, how different political rationalities overlap in a respective site such as Moria, and how this interlacing might create a rather specific socio-spatial arrangement. As ethnographers we should be able to document how the »ingredients«, the respective combination of techniques and modes of rule, can differ from site to site. In that sense, Moria will turn out to be specific and therefore different from Gaza—without denying the broader dynamics and links, as well as the translocal circulation of techniques of surveillance and modes of rule.

These remarks lead us to a final aspect that is already implied in our title: »After humanitarian reason?« I think that many of us share the impression that something has changed over the last years, that the frames of reference and central moral and

political coordinates have substantially shifted. Even though Didier Fassin argued that »humanitarian reason« has always combined »compassion« and »repression« in governing precarious lives (Fassin 2012: 5), it looks like the repression-part has mostly taken over in the meantime. A sober account would need to take notice of the continuing militarization and externalization of the EU-borders, the criminalization of refugees' protest as well as of refugees' supporters, the steady expansion of denied rights, the habitual encampment of a growing number of people under untenable conditions, the increasingly open recourse to necropolitical modes of abandonment and letting die on the Mediterranean, the narrowing down of the »compassion slot« and of the willingness to alleviate even the most obvious suffering—What is your impression? How do these components assemble? And what do these developments tell us about the current state of humanitarian reason at the European margins? And what might come next?

Valeria Hänsel: I would agree that the modes of rule on the hotspot islands have shifted towards abandonment. While in 2015 and right after, the humanitarian discourse was a central frame of reference, it has since then lost significance. Still, a variety of NGOs provide different sorts of assistance within and outside of the camps. They literally save lives but at the same time enact control and contribute to maintaining the current form of the hotspot system. The asylum law following the EU-Turkey deal, for example, still included humanitarian exceptions that lead to exempting those designated as »vulnerable« from the fast-track border procedure and transfer to the mainland. Speaking with Fassin, already in this period, the shift »from right to favour« (Fassin 2016) was obvious, since only some were spared from deportations because of humanitarian concerns. Since then, the humanitarian notion has not entirely vanished but became less significant. For instance, the humanitarian exception within the asylum procedure was removed from Greek law. Beyond that, NGOs and activists were put under strong pressure by some neo-fascist and right-wing inhabitants of the islands, and some are even criminalized by the Greek state. Most NGOs either refuse to work in the new camp on Lesbos, citing the terrible conditions, or fail to get required government permissions.

Simultaneously humanitarian discourses are increasingly instrumentalized to justify the rising significance of the carceral system. On Kos, we see, for example, that all people arriving since January 2020 are detained directly upon arrival in closed camps, including families and children. On Lesbos, the humanitarian crisis, after the fire in the Moria camp, enabled the swift erection of huge new space of confinement that lack basic living facilities. This way, »humanitarian reason« serves to implement repressive detention policies.

This is the rise of »necropolitics« (Mbembe 2019c). It is an era when it has become normal to let those perceived as »others« die in border spaces deliberately created as deathscapes, provoking virtually no public outcry. Still, I would not say that it is a post-humanitarian era—actors such as Solidarity Cities and Seebrücke still struggle to evacuate the islands and small numbers of people have been relocated to other European states. But measuring their effects in numbers, this is a drop in the ocean. As Fassin outlines, allowing for humanitarian exceptions has always been part of humanitarian governance that is, at the same time, used to affirm the precarious state of the masses and to prevent them from leaving their position.

I cannot foresee the future, and I do not know if these developments continue or if the world will become Gaza. However, within the current political developments with the New Pact on Migration and Asylum and the reform attempts of the Common European Asylum System—which are strongly driven by the German state—we see the intention to systematically use certain geographies and spatial arrangements within Europe and beyond as zones where groups of people cannot access basic rights. The reforms follow the rationale of exclusion and confinement through pre-checks, filtering and fast-track procedures within transit areas. This is why we argue that the hotspot islands serve as blueprint for emerging broader EU migration policies (Hänsel/Kasperek 2020). The New Pact on Migration and Asylum will strongly influence the process of spatial fragmentation within the EU, and it will manifest global inequalities through preventing people from even entering the asylum system.

LITERATURE

- Adam, Jens (2018): Paradoxien des A-/Politischen: Anthropologische Perspektiven auf humanitäre Hilfe und ihr Beitrag zu einer Humanitarismuskritik. In: Rolshoven, Johanna / Schneider, Ingo (eds.): Dimensionen des Politischen. Ansprüche und Herausforderungen der Empirischen Kulturwissenschaft. Berlin. 304–319.
- Adam, Jens / Römhild, Regina (2016): “Decentering Europe”. Reconceptualising the Object of Study of Anthropological Research on “Europeanization”. Paper given on the EASA-conference “Anthropological Legacies and Human Futures”. Milan, 20.-23.07.2016.
- Adam, Jens / Bojadžijev, Manuela / Knecht, Michi / Lewicki, Paweł / Römhild, Regina / Spiekermann, Rika (2019): Europa dezentrieren: Programm und Perspektiven einer Anthropologie reflexiver Europäisierung. In: Adam, Jens / Römhild, Regina / Bojadžijev, Manuela / Knecht, Michi / Lewicki, Paweł / Polat, Nurhak / Spiekermann, Rika (eds.): Europa dezentrieren. Globale Verflechtungen neu denken, Frankfurt am Main. 7–33.
- Aegean Boat Report (2020): Refugee camp on toxic land, potentially life threatening for small children! 02.10.2020. URL: facebook.com [14.10.2020].

- Amnesty International (2017): Greece: Authorities must investigate allegations of excessive use of force and ill-treatment of asylum-seekers in Lesbos. 28.07.2017. URL: [amnesty.org](https://www.amnesty.org) [07.08.2020].
- Andersson, Ruben (2017): Rescued and Caught: The Humanitarian-Security Nexus at Europe's Frontiers. In: De Genova, Nicholas (ed.): *The Borders of "Europe"*. Autonomy of Migration. Tactics of Bordering. Durham and London. 64–94.
- Auyero, Javier / Bourgois, Philippe / Scheper-Hughes, Nancy (eds.) (2015): *Violence at the Urban Margins*. Oxford [et al.].
- Auyero, Javier / Kilanski, Kristine (2015): Managing in the Midst of Social Disaster: Poor People's Responses to Urban Violence. In: Auyero, Javier / Bourgois, Philippe / Scheper-Hughes, Nancy (eds.): *Violence at the Urban Margins*. Oxford [et al.]. 189–211.
- Are you Syrious (2020): AYS Special from Lesbos: Right Wing Attacks on Refugees, Volunteers, and Locals. Medium. 09.02.2020. URL: medium.com [07.08.2020].
- Basaglia, Franco (1987): Institutions of Violence. In: Scheper-Hughes, Nancy (ed.): *Psychiatry Inside Out: Selected Writings of Franco Basaglia*. New York. 59–85.
- Borneman, John / Fowler, Nick (1997): Europeanization. In: *Annual Review of Anthropology* 26. 487–514.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Masculine Domination*. Stanford.
- Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc J. D. (1992): Language, Gender, and Symbolic Violence. In: Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc J. D.: *An Invitation to Reflexive Sociology*. Chicago. 140–173.
- Bourgois, Philippe (2009): Recognizing Invisible Violence: A Thirty-Year Ethnographic Retrospective. In: Rylko-Bauer, Barbara / Whiteford, Linda / Farmer, Paul (eds.): *Global Health in Times of Violence*. Santa Fe. 17–40.
- De Genova, Nicholas (2014): Ethnography in Europe, or an Anthropology of Europe? In: *Social Anthropology / Anthropologie Sociale* 22 (3). 293–295.
- De Genova, Nicholas (2017): Introduction. The Borders of "Europe" and the European Question. In: De Genova, Nicholas (ed.): *The Borders of "Europe"*. Autonomy of Migration. Tactics of Bordering. Durham and London. 1–35.
- De Genova, Nicholas (2019): Detention, Deportation, and Waiting: Toward a Theory of Migrant Detainability. *Gender a Výzkum / Gender and Research* 20 (1). 92–104. doi.org.
- De León, Jason (2015): *The Land of Open Graves. Living and Dying on the Migrant Trails*. Oakland.
- dm-aegean (2020a): Shootings and Hunting – The Fascistisation of the European Border Regime – Deportation Monitoring Aegean. bordermonitoring.eu. 07.03.2020. URL: dm-aegean.bordermonitoring.eu [07.08.2020].
- dm-aegean (2020b): Greece carries out collective expulsion of over 900 asylum seekers under the complicit silence of the European Union. 17.06.2020. URL: dm-aegean.bordermonitoring.eu [07.08.2020].
- dm-aegean (2020c): Moria is History. 12.09.2020. URL: dm-aegean.bordermonitoring.eu [14.10.2020].
- Dunn, Elizabeth C. (2020): Humanitarianism and the Manhunt: Migration and Predatory Sovereignty. Keynote Speech at Intersections of Humanitarianism, AHN workshop. 01–03 November 2019, Goettingen.

- European Council (2016): EU-Turkey statement, 18 March 2016. 18.03.2016. URL: consilium.europa.eu [07.08.2020].
- Farmer, Paul (2004): An Anthropology of Structural Violence. In: *Current Anthropology* 45 (3). 305–325.
- Fassin, Didier (2009a): A Violence of History: Accounting for AIDS in Post-apartheid South Africa. In: Rylko-Bauer, Barbara / Whiteford, Linda / Farmer, Paul (eds.): *Global Health in Times of Violence*. Santa Fe. 113–135.
- Fassin, Didier (2009b): Another Politics of Life is Possible. *Theory, Culture & Society* 2009 26(5): 44–60. DOI: 10.1177/0263276409106349
- Fassin, Didier (2012): *Humanitarian Reason. A Moral History of the Present*. Berkeley and Los Angeles.
- Fassin, Didier (2016): From Right to Favor. The refugee question as moral crisis. In: *The Nation*, 05.04.2016. URL: [thenation.com](https://www.thenation.com) [26.07.2020].
- Hänsel, Valeria (2019): Gefangene des Deals: die Erosion des europäischen Asylsystems auf der griechischen Hotspot-Insel Lesbos. 01.05.2019. URL: bordermonitoring.eu [26.07.2020].
- Hänsel, Valeria / Kasperek, Bernd (2020): Hotspot-Lager als Blaupause für die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems? Politikfolgenabschätzung des Hotspot-Ansatzes in Griechenland. Expertise von Valeria Hänsel und Bernd Kasperek, erstellt im Auftrag des Rat für Migration e.V. 01.06.2020. URL: rat-fuer-migration.de [07.08.2020].
- Heller, Charles / Pezzani, Lorenzo (2017): *Liquid Traces. Investigating the Deaths of Migrants at the EU's Maritime Frontier*. In: De Genova, Nicholas (ed.): *The Borders of »Europe« . Autonomy of Migration. Tactics of Bordering*. Durham and London. 95–119.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (2010): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Berlin.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (2015): *Europäisches Grenzregime. Einleitung zur ersten Ausgabe*. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1. 1–8.
- Hess, Sabine / Tsianos, Vassilis (2007): Europeanizing transnationalism! Provincializing Europe! Konturen eines neuen Grenzregimes. In: *Transit Migration Forschungsgruppe* (eds.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Rändern Europas*. Bielefeld. 35–56.
- HIAS (2020): Criminal charges pressed against the asylum seekers who arrived in Lesbos in March 2020. 19.07.2020. URL: dm-aegean.bordermonitoring.eu [07.08.2020].
- Karandinos, George / Hart, Laurie / Montero Castrillo, Fernando / Bourgois, Philippe (2015): The Moral Economy of Violence in the US Inner City: Deadly Sociability in the Retail Narcotics Economy. In: Auyero, Javier / Bourgois, Philippe / Scheper-Hughes, Nancy (eds.): *Violence at the Urban Margins*. Oxford [et al.]. 41–72.
- Latour, Bruno (2004): Whose cosmos, which cosmopolitics?: Comments on the peace terms of Ulrich Beck. In: *Common Knowledge* 10 (3). 450–462.
- Legal Centre Lesbos (2018): The case of the Moria 35: a 15-month timeline of injustice and impunity. 29.09.2018. URL: legalcentresvos.org [07.08.2020].
- Legal Centre Lesbos (2020a): *Collective Expulsions documented in the Aegean Sea: March - July 2020*. 13.02.2020. legalcentresvos.org [07.08.2020].

- Legal Centre Lesvos (2020b): Fire destroys much of Moria Camp, following four years of European tolerance of fatal risks to migrants. 09.09.2020. URL: legalcentrelesvos.org [14.10.2020].
- Mbembe, Achille (2017): *The Violence of Borders*. Lecture, Haus der Kulturen der Welt, Berlin, 11.05.2017. URL: hkw.de [26.07.2020].
- Mbembe, Achille (2018): *The Idea of a World Without Borders*. Lecture, The European Graduate School Switzerland / Malta, 19.10.2018. URL: youtube.com [26.07.2020].
- Mbembe, Achille (2019a): *Bodies as Borders. The Right to Mobility in a Planetary Age*. Keynote, Schauspielhaus Düsseldorf, 12.05.2019. URL: dhaus.de [26.07.2020].
- Mbembe Achille: *Bodies and Borders* (2019b). Lecture, Universität zu Köln, 17.06.2019. URL: youtube.com [26.07.2020].
- Mbembe, Achille (2019c): *Necropolitics*. Duke University Press.
- Médecins Sans Frontières (2017): *A Dramatic Deterioration for Asyl Seekers on Lesbos*. 01.07.2017. msf.org [07.08.2020].
- Médecins Sans Frontières (2020): *MSF forced to close Covid-19 centre on Lesbos*. 30.06.2020. URL: data2.unhcr.org [07.08.2020].
- Pantelia, Anna (2020): *Covid-19: Von der Leyen muss dringend Evakuierungen aus griechischen Lagern umsetzen. Ärzte ohne Grenzen*. 02.04.2020. URL: aerzte-ohne-grenzen.de [07.08.2020].
- Quesada, James (2015): *Introductory Remarks to the discussion »Theory in Action: Violence in the Margins«*, UC Berkeley, 23.10.2015. URL: youtube.com [26.07.2020].
- Refocus Media Laps (2020): *First Rain*. 09.10.2020. URL: facebook.com [14.10.2020].
- Riches, David (1986): *The Phenomenon of Violence*. In: Riches, David (ed.): *The Anthropology of Violence*. Oxford and New York. 1–27.
- Römhild, Regina / Knecht, Michi (2019): *Die doppelte Lücke: Postkoloniale ethnologische Perspektiven auf die Gegenwart Europas*. In: Adam, Jens / Römhild, Regina / Bojadžijev, Manuela / Knecht, Michi / Lewicki, Paweł / Polat, Nurhak / Spiekermann, Rika (eds.): *Europa dezentrieren. Globale Verflechtungen neu denken*, Frankfurt am Main. 67–79.
- Sassen, Saskia (2006): *Territory, Authority, Rights. From Medieval to Global Assemblages*. Princeton University Press.
- Scheper-Hughes, Nancy (1992): *Death without Weeping: The Violence of Everyday Life in Brazil*. Berkeley.
- Stierl, Maurice (2017): *Excessive Migration, Excessive Governance: Border Entanglements in Greek EU-rope*. In: De Genova, Nicholas (ed.): *The Borders of “Europe”. Autonomy of Migration. Tactics of Bordering*. Durham and London. 210–232.
- StoNisi.gr (2020): . StoNisi.Gr. 03.03. 2020. URL: stonisi.gr [14.10.2020].
- Voices of Freedom (2020): *Lesvos 2020 timeline*. Voices of Freedom. 22.04.2020. URL: voicesoffreedom.noblogs.org [07.08.2020]

Der Europäische Pakt gegen Migration

CHARLES HELLER, BERND KASPAREK

Abstract: The EU Commission's proposal for a ›New Pact for Migration and Asylum‹ is a pact *against* migration. While it offers a new mechanism of flexible »burden sharing« between EU member states, it remains premised on keeping most migrants from the global South out at all cost. It offers no prospect of ending the enduring mobility conflict opposing the movements of illegalised migrants to the EU's restrictive migration policies. A new Pact *with* migrants is urgently needed, one that takes as starting point the reality of migrants' movements and offers a frame for it to unfold, all the while addressing the systemic conditions leading people to flee their homes as well as the root causes of Europe's racism. Until such a policy is instituted, human suffering and political crises will be perpetuated, and nongovernmental actors will have to continue to mobilize in defence of and in solidarity with migrants.

Keywords: European Commission, New Pact, Moria, Schengen

Diese Übersetzung ins Deutsche basiert auf zwei englischen Artikeln, die im Oktober 2020 bei openDemocracy erschienen sind: The EU's pact against migration, Part One & Towards a European pact with migrants, Part Two. Eine französische Übersetzung ist im März 2021 bei mouvements erschienen: Le pacte européen contre les migrations. Deutsche Übersetzung: Matt Rees.

Das von der Europäischen Kommission bereits im Juli 2019 angekündigte ›Neue Migrations- und Asylpaket‹ wurde am 23. September 2020 vorgelegt.¹ Das Paket wurde mit Spannung erwartet, da es als ein »Neuanfang für die Migration in Europa« bezeichnet wurde. Damit wurde nicht nur zugegeben, dass das Dublin-System gescheitert war², sondern auch, dass die Verhandlungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten darüber, welches System es ersetzen soll, ins Stocken geraten waren. Das Feuer in Moria, durch das mehr als 13.000 Menschen auf den Straßen der Insel Lesbos strandeten, war ein leuchtendes Symbol, welches das Versagen der aktuellen EU-Politik deutlich macht. Der darauffolgende öffentliche Aufschrei und die deutlichen

1 | ec.europa.eu

2 | statewatch.org

Zeichen der Solidarität in ganz Europa, drängten die Kommission zu einer Reaktion in Form der Veröffentlichung ihres neuen Migrations- und Asylpakets. In Anbetracht der Entwicklung der EU-Migrationspolitik in den vergangenen Jahrzehnten, der besonderen Stellung der Kommission in der europäischen Machtstruktur sowie einer derzeit im politischen Umfeld Europas vorherrschenden verschärften Anti-Migrationsstimmung, konnte man nicht davon ausgehen, dass der Vorschlag der Kommission den der Krise der Migrationspolitik zugrundeliegenden Mobilitätskonflikt konstruktiv adressieren würde. Und in der Tat, das Hauptanliegen des Pakets besteht darin, die unterschiedlichen Positionen der Mitgliedstaaten durch ein neues Konzept für »flexible Solidarität« zwischen den Mitgliedstaaten zu überwinden, indem man die »Last« der auf europäischem Gebiet ankommenden Migrant*innen aufteilt. Unter Weiterführung der Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte baut es weiterhin auf der Voraussetzung auf, dass die Mehrzahl der Migrant*innen aus dem globalen Süden um keinen Preis in die EU gelassen werden sollen. Das »Neue Paket« ist gewissermaßen ein Pakt zwischen den europäischen Staaten gegen Migrant*innen. Das Migrations- und Asylpaket, das in den kommenden Monaten vom Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union geprüft und möglicherweise verabschiedet wird, bestätigt die Sackgasse, in die drei Jahrzehnte europäische Migrations- und Asylpolitik geführt haben sowie das Fehlen jeglicher politischer Imagination, die diesen Namen verdient hat.

DIE GESCHEITERTE ARCHITEKTUR DES EU-MIGRATIONSREGIMES

Die aktuelle Architektur des Europäischen Grenzregimes basiert im Wesentlichen auf zwei ineinandergreifende Säulen: Das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ oder Schengen II) und das Dubliner Übereinkommen, die beide 1990 unterzeichnet und in den darauffolgenden zwei Jahren sukzessive umgesetzt wurden.³ Geschlossen außerhalb des EG/EU-Kontexts wurden diese Übereinkommen nach de-

3 | Wir haben eine umfassendere Analyse des Arguments in vorherigen Artikeln vorgenommen. Siehe insbesondere: Bernd Kasperek. 2016. "Complementing Schengen: The Dublin System and the European Border and Migration Regime". In *Migration Policy and Practice*, herausgegeben von Harald Bauder und Christian Matheis, 59–78. Migration, Diasporas and Citizenship. Houndmills & New York: Palgrave Macmillan. Charles Heller und Lorenzo Pezzani. 2016. "Ebbing and Flowing: The EU's Shifting Practices of (Non-)Assistance and Bordering in a Time of Crisis". *Near Futures Online*. Nr. 1.

ren Einbeziehung in das EU-Recht durch den Vertrag von Amsterdam (1997/99) zur zentralen Rationalität des entstehenden europäischen Grenz- und Migrationsregimes. Schengen etablierte das Territorium der EU als Gebiet, in dem die EU-Bürger*innen ohne Kontrollen an den Binnengrenzen frei reisen können. Als direkte Folge wurde der Ausschluss von Bürger*innen aus dem globalen Süden verschärft und die Kontrolle auf deren Außengrenzen übertragen. Diese tiefgreifende Änderung der europäischen Grenzen änderte jedoch nichts an den systemimmanenten, unausgeglichenen Beziehungen zwischen den Ländern Europas und denen des globalen Südens, in denen die Migrationsbewegungen eingebettet sind. Folglich hielt dieser politische Kurswechsel die Migrant*innen nicht davon ab, in die EU zu gelangen, sondern illegalisierte ihre Mobilität, was sie dazu zwingt, prekäre Migrationsstrategien zu wählen und somit zu leicht auszubeutenden Arbeitskräften zu werden, die zu einem weitreichenden und dauerhaften Merkmal der EU-Volkswirtschaften geworden sind. Seit Ende der 1980er-Jahre verzeichnen NGOs mehr als 40.000 ums Leben gekommene Migrant*innen. Dies ist die tödliche Folge des andauernden Mobilitätskonflikts zwischen den illegalisierten Migrant*innen und den restriktiven Migrationspolitiken der EU.

Die zweite Säule der Migrationsarchitektur der EU, das Dubliner Übereinkommen, befasst sich mit Asylsuchenden und regelt ihre Aufteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Um zu verhindern, dass sie in verschiedenen EU-Ländern Anträge stellen – abfällig auch »asylum shopping« genannt – besagt die Dublin-Verordnung von 2003, dass das erste Land in der EU, in das Asylsuchende einreisen, für die Bearbeitung ihrer Anträge verantwortlich ist. Infolgedessen schuf die Dublin-Verordnung eine sehr ungleiche Geographie der (Un)verantwortlichkeit, die es den Mitgliedstaaten, die nicht direkt an einem Schnittpunkt europäischer Grenzen und Migrationsrouten liegen, ermöglicht, sich ihrer Verantwortung, Unterkunft und Schutz zu bieten, zu entziehen, und bürdete den Staaten, die sich an den Außengrenzen der EU befinden, eine noch schwerere »Last« auf. Diese unausgewogene Architektur, um die das gesamte *Gemeinsame Europäische Asylsystem* (GEAS) konstruiert wurde, begann zu schwanken, als die Anzahl der Menschen, die die Küsten der EU erreichten, anstieg. Sie führte zu krisengetriebenen Antworten der Politik, die zu verhindern versuchten, dass das Migrationsregime zusammenbricht: einerseits unter dem Druck der migrantischen Weigerung, einem Land zugeweiht zu werden, das nicht ihrer Wahl entsprach, andererseits durch die Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Entwicklung der europäischen Grenz-, Migrations- und Asylpolitik war daher von Beginn an krisengetrieben und inhärent reaktiv. Dieses Muster gilt insbesondere für das letzte Jahrzehnt, als die großen Bewegungen von Migrant*innen nach Europa nach den arabischen Aufständen 2011 das Migrationsregime der EU in einen

permanenten Krisenmodus versetzten und hastige Reformen hervorbrachten. 2011 erlaubte Italien es den Tunesiern, in der EU weiterzuziehen, was zu einer vorläufigen Wiedereinführung der Grenzkontrollen durch Staaten wie Frankreich führte. Im gleichen Jahr veranlasste der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Urteil, Überstellungen nach Griechenland unter dem Dublin-System aufgrund unzumutbarer Aufnahme- und Lebensbedingungen vor Ort einzustellen. Die ab 2013 zunehmende Ablehnung der Asylsuchenden, ihre Fingerabdrücke abzugeben – der Kernmechanismus der Umsetzung der Dublin-Verordnung – führte zu einer weiteren Destabilisierung des Migrationsregimes.

Die Instabilität nahm weiter zu, als im April 2015 mehr als 1.200 Menschen in zwei aufeinanderfolgenden Schiffsunglücken ihr Leben verloren und die Kommission dazu zwangen, ihre »Europäische Agenda für Migration« im Mai 2015 zu veröffentlichen. Die Agenda kündigte die Etablierung eines Hotspot-Systems an, in der Hoffnung, das europäische Migrationsregime durch einen gezielten Einsatz europäischer Agenturen an Europas Grenzen wieder zu stabilisieren. Im Wesentlichen bietet der Hotspot-Ansatz den EU-Mitgliedstaaten einen Deal an: Eine umfangreiche Registrierung in europäisierten Strukturen (den Hotspots) durch sogenannte »Frontstaaten« – wodurch das Dublin-System wieder angewandt wird – im Austausch für eine Umsiedlung (relocation) eines Teils der registrierten Migrant*innen in andere EU-Länder – wodurch Frontstaaten ein Teil ihrer »Last« abgenommen wird. Dieser Plan scheiterte jedoch, bevor er jemals funktionieren konnte, da kurz darauf, im Sommer 2015, in großer Zahl Migrant*innen Europa erreichten und ihre Reise auch in ihrem Inneren fortsetzten. Gleichzeitig wurde die Agenda von mehreren Mitgliedstaaten, die Umsiedlungen ablehnten, boykottiert und die auch weiterhin eine deutliche Anti-Migrationsagenda in der EU vorantreiben. Grenzkontrollen wurden wieder eingeführt und die relocation fand in den darauffolgenden Jahren kaum statt.

Nachdem das Dublin-Regime effektiv lahmgelegt worden war und die EU sich nicht auf ein neues Konzept für die Verteilung von Asylsuchenden innerhalb Europas einigen konnte, bediente sich die EU jahrzehntealter Politiken, die das europäische Grenz- und Migrationsregime von Beginn an geformt hatten: Migrant*innen um jeden Preis von der EU fernhalten, umgesetzt entweder durch die Mitgliedstaaten, europäische Agenturen oder durch Drittstaaten, die in die externalisierte Migrationskontrolle einbezogen worden waren. In Anbetracht der tiefen Krise, in die die turbulenten Migrationsbewegungen die EU im Sommer 2015 gestürzt hatten, schien keine Maßnahme zu übertrieben zu sein, um dieses Ziel des Ausschlusses zu erreichen: weder die stillschweigende Akzeptanz der gewaltsamen Ausweisungen und Pushbacks durch Spanien und Griechenland, noch die Auslagerung der Grenzkontrollen an libysche Folterer, noch die schamlose Zusammenarbeit mit diktatorischen Regi-

men wie etwa der Türkei. Unter dem Vorwand, »die Grundursachen der Migration anzugehen«, wurde Entwicklungshilfe zweckentfremdet und genutzt, um die Externalisierung der Grenzen voranzutreiben und Abschiebevereinbarungen zu schließen. Aber die externe Dimension des EU-Migrationsregimes hat sich als genauso instabil erwiesen wie die interne – wie die Wiederöffnung der Grenzen durch die Türkei im März 2020 beweist. Die Bewegung der illegalisierten Migrant*innen in Richtung EU konnte nie ganz aufgehalten werden und diejenigen, die Europas Küsten erreichten, wurden zunehmend in Internierungsinfrastrukturen verbannt. Auch wenn Tausende in der Hölle von Moria gestrandete Migrant*innen kein Teil des ursprünglichen Hotspot-Plans waren, so war es doch das Ergebnis der internen Blockaden der EU und untermauerte letztendlich deren Abschreckungsstrategie in effektiver Manier.

DAS »NEUE PAKET« HÄLT WEITERHIN AN DER GESCHEITERTEN ABSCHOTTUNGSPOLITIK DER EU FEST

Nun wurde das »Neue Paket«, das eigentlich für das Frühjahr 2020 angekündigt und auf der Höhe der Covid-19-Pandemie anscheinend in Vergessenheit geraten war, eilig wieder aus der Schublade geholt, um auf die Zerstörung des Hotspots Moria zu reagieren. Obwohl eine detaillierte Analyse der Bestimmungen, die es vorschlägt, über den Umfang dieses Artikels hinausgeht⁴, so sind die allgemeinen Absichten des Pakets mehr als deutlich. Trotz all seiner menschlichen und humanitären Rhetorik und einigen kritischen Worten bezüglich des offenkundigen Mangels an Rechtsstaatlichkeit an der Grenze Europas ist das Paket der Kommission ein Pakt *gegen* die Migration. Zieht man Bilanz aus der anhaltenden Sackgasse zum Thema interne Verteilung der Migrant*innen, bestätigt sich einmal mehr das zentrale Ziel der EU, die Anzahl der Asylsuchenden, denen Asyl in Europa gewährt wird, massiv zu reduzieren. Das Paket verspricht dieses sicherzustellen, indem weiterhin ausgelagerte Grenzkontrollen entlang der gesamten Migrationsroute installiert werden. Diejenigen, die es dennoch schaffen, anzukommen, sollen rasch überprüft und in Internierungsinfrastrukturen entlang der Grenzen von Europa sortiert werden. Die wenigen Glücklichen, denen es gelingt, ihr Leben dem immer enger gesteckten Rahmen des Asylrechts an-

4 | Für erste Analysen, siehe Steve Peers. 2020. "First analysis of the EU's new asylum proposals", EU Law Analysis, 25. September 2020; Sergio Carrera. 2020. "Whose Pact? The Cognitive Dimensions of the New EU Pact on Migration and Asylum", CEPS, September 2020.

zupassen, werden dann in andere EU-Länder umgesiedelt, die gemäß einem Verteilungsmechanismus je nach Bevölkerungsgröße und Wohlstand des Mitgliedsstaates ausgewählt werden.

Die Frage, ob das die Ungleichgewichte des Dublin-Regimes ausgleichen kann, bleibt offen, und doch ist der Verteilungsschlüssel einer der wenigen positiven vom Paket festgelegten Schritte, da es dem eigenen »Verteilungsschlüssel« der Migrant*innen näher kommt, jedoch nicht so weit geht, Asylsuchenden die Freiheit zu geben, zu wählen, in welchem Land sie Schutz suchen und wohnen möchten.⁵ Die Mehrheit der abgelehnten Asylsuchenden – was z.B. auf der Grundlage eines erweiterten Verständnisses des Begriffs »sicherer Drittstaat« festgelegt werden kann – wird in Richtung Abschiebung geleitet, die durch die EU-Staaten erfolgt, die eine Umsiedlung ablehnen. Die Kommission hofft, dass Abschiebungen reibungsloser stattfinden werden, nachdem ein neu ernannter »EU-Koordinator für Rückführungen« die Herkunftsländer mit Zuckerbrot und Peitsche, sprich mit Entwicklungshilfe und Visa-Sanktionen, unter Druck setzen wird, ihre Bürger*innen wieder aufzunehmen. Die Kommission scheint zu glauben, dass sie durch weniger erwartete Ankommende und weniger Migrant*innen, die letztendlich in Europa bleiben, und dank ihres Mechanismus der »flexiblen Solidarität«, der eine selektive Beteiligung an Umsiedlungen oder Rückführungen je nach Gusto der Mitgliedstaaten ermöglicht, sowohl die Lücke zwischen den Interessen der Mitgliedstaaten schließen kann, als auch auf eine tiefere Europäisierung des Politikfeldes drängen kann, in dem sie eine zunehmend zentralere Rolle spielen wird.

Somit führte der Versuch der Quadratur des Kreises der EU-Kommission, das heißt, den Interessenkonflikt der Mitgliedstaaten zu beheben, zu einem europäischen Pakt gegen die Migration, der die Vorhaben der (Anti-)Migrationspolitik der EU in den letzten drei Jahrzehnten weiterverfolgt, die da wären: Auslagerung, aufgerüstete Grenzen, beschleunigte Asylverfahren, Haft und Abschiebungen, um Migrant*innen aus dem globalen Süden abzuschrecken und fernzuhalten. Die EU-Kommission scheint nun einen weiteren Deal mit den europäischen Mitgliedstaaten abzuschließen, ohne die Migrant*innen selbst zu beteiligen und auf deren Kosten. Da die meisten politischen Mittel in diesem Paket nicht neu sind und bisher immer

5 | Für eine Debatte bezüglich eines eigenen Verteilschlüssel der Migrant*innen, siehe Philipp Lutz, David Kaufmann und Anna Stütz (2020): "Humanitarian Protection as a European Public Good: The Strategic Role of States and Refugees", *Journal of Common Market Studies* 2020 Band 58. Nummer 3. Seiten 757–775. Zum Vergleich der tatsächlichen Asylanträge in ganz Europa in den vergangenen Jahren mit den unterschiedlichen Verteilschlüsseln siehe das von Etienne Piguet entwickelte Tool.

erfolglos darin waren, illegalisierte Migration dauerhaft zu beenden – stattdessen haben sie eine große prekarierte Bevölkerung im Herzen Europas hervorgerufen – wissen wir nicht, warum diese Mittel heute funktionieren sollten. Es werden auch weiterhin Migrant*innen ankommen und viele werden in den Grenzstaaten oder in anderen EU-Staaten stranden, während sie auf ihre Abschiebung warten. Im Grunde genommen ist das Ergebnis des Pakets (falls er angenommen wird) vermutlich die Aufrechterhaltung und Verallgemeinerung des Hotspot-Systems, als genau des Systems, dessen Unhaltbarkeit – versinnbildlicht durch das Feuer in Moria – überhaupt erst die Vorlage des »Neuen Pakets« veranlasste. Auch wenn die Rhetorik der Kommission – »keine weiteren Morias« – uns gerne vom Gegenteil überzeugen will: die Ruinen von Moria sind sowohl ein Fingerzeig in die Vergangenheit als auch auf die mögliche Zukunft der GEAS, falls die Kommission sich durchsetzt.

Wir sind schockiert darüber, dass Europa eine weitere Gelegenheit verpasst hat, seine Abschottungspolitik von Grund auf zu überdenken, eine Politik, die in keiner Weise der Realität von Massenvertreibung in einer ungleichen und miteinander verbundenen Welt entspricht. Wir sind schockiert über die Aussicht weiteren Leidens und weiterer politischer Krisen, die das einzige Ergebnis dieses kontinuierlichen Politikversagens sein wird. Es besteht kein Zweifel daran, dass ein ganz anderer Ansatz dafür erforderlich ist, wie Europa die Migrationsbewegungen angeht. Ein Ansatz, der zum Ziel hat, den andauernden Mobilitätskonflikt zu deeskalieren und zu transformieren. Einer, der bei der Realität der Migrationsbewegung ansetzt und einen Rahmen dafür bietet, damit sie sich entfalten kann, anstatt sie zu unterdrücken und zu leugnen.

FÜR EINEN PAKT MIT MIGRANT*INNEN

Stellen wir uns einen Moment lang vor, dass die EU-Kommission wirklich beabsichtigte und auch in der Lage wäre, die Migrationspolitik neu auszurichten, und zwar in eine Richtung, die tatsächlich den andauernden Konflikt deeskalieren und transformieren könnte: Wie könnte ein Pakt mit Migrant*innen aussehen? Der Pakt mit Migrant*innen könnte von drei Grundvoraussetzungen ausgehen. Erstens könnte er anerkennen, dass jegliche Politik, die den sozialen Praktiken komplett entgegensteht, zwangsläufig Konflikte hervorruft und daher am Ende scheitern wird. Eine Migrationspolitik muss bei der sozialen Realität der Migration ansetzen und einen Rahmen für deren Entfaltung schaffen. Zweitens würde der Pakt sicherstellen, dass kein Konflikt einseitig beendet werden kann. Jeder Prozess der Konfliktbewältigung muss die Konfliktparteien zusammenbringen und anstreben, deren Bedürfnisse, Interessen und Werte anzusprechen, so dass sie nicht mehr in Widerspruch geraten. Vor

allem Migrant*innen aus dem globalen Süden müssen in die Definition der Politiken einbezogen werden, die sie betreffen. Drittens müsste der Pakt anerkennen, dass, wie Tendayi Achiume es ausdrückte, die Migrant*innen aus dem globalen Süden nicht fremd in Europa sind.⁶ Sie sind schon seit langem in das weite Netz des Empire eingewoben. Migration und Grenzen sind in diesen ungleichen Beziehungen verankert und ein Ende des Mobilitätskonflikts kann ohne eine grundlegende Änderung dieser Felder nicht erreicht werden. Auf der Grundlage dieser Voraussetzungen könnte der Pakt mit den Migrant*innen die folgenden vier Kernmaßnahmen enthalten:

1. Globale Gerechtigkeit und Konfliktprävention

Anstatt zu behaupten, die »Grundursachen« der Migration anzugehen, indem Entwicklungshilfe zweckentfremdet und für Grenzkontrollen instrumentalisiert wird, würde der Pakt mit Migrant*innen alle europäischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beenden, die zu den Krisen beitragen, die letztendlich zu Massenvertreibung führen. Die EU würde jegliche Unterstützung für Diktaturen einstellen, Waffenexporte stoppen und alle destabilisierenden Militärinterventionen beenden. Sie würde unfaire Handelsvereinbarungen kündigen und den Ländern im globalen Süden die Schulden erlassen. Sie würde massiven Kohlendioxidemissionen ein Ende machen, die zur Klimakrise beitragen. Dank dieser Maßnahmen würde die EU nicht behaupten, die Migration, die als »Problem« für Europa wahrgenommen wird, zu beenden, sondern sie würde dazu beitragen, dass mehr Menschen ein würdevolles Leben führen können, wo auch immer sie sich aufhalten und die Zwangsmigrationen reduzieren, die zweifellos ein Problem für Migrant*innen ist. Ein ehrliches Engagement für globale Gerechtigkeit und Konfliktprävention und -lösung ist erforderlich, wenn Europa die Faktoren reduzieren möchte, die dazu führen, dass sich zu viele Menschen in ihren Ländern und Regionen auf die beschwerlichen Wege des Exils machen, von denen nur ein kleiner Teil die Küsten Europas erreicht.

2. Die »Grundursachen« des Rassismus in Europa angehen

Während der von der EU verfolgte sogenannte »Globale Ansatz« für Migration im Grunde einseitig war und sich nur auf die Migration als »das Problem« und nicht auf die Prozesse konzentrierte, die die EU-Politik der Ausgrenzung vorantreiben, würde der Pakt der EU mit den Migrant*innen die »Grundursachen« für Rassismus und Xe-

⁶ | Tendayi Achiume (2019): "The Postcolonial Case for Rethinking Borders." *Dissent* 66.3: pp.27–32. dissentmagazine.org

nophobie in Europa mutig angehen. Es würde eine beherzte Politik vorgeschlagen, die die koloniale Vergangenheit und Gegenwart sowie die rassistischen Vorstellungen, die sie hervorgerufen haben, adressiert. Es würde eine positive Vision für ein gemeinsames Zusammenleben verschiedener Gesellschaften bekräftigt und ein inklusiveres und faires Wirtschaftssystem in Europa errichtet, um die geschickt gelenkte Abneigung europäischer Bevölkerungsgruppen gegen Migrant*innen und rassifizierte Menschen zu reduzieren.

3. Universelle Freizügigkeit

Wenn die EU die Ursachen für die Massenvertreibung und die ausgrenzende Migrationspolitik angeht, dann könnte sie den Mobilitätskonflikt deeskalieren und somit eine Politik verfolgen, die allen Migrant*innen rechtliche Wege ermöglicht, Zugang zu Europa zu erhalten und dort zu bleiben. Als eine direkte Folge des Rechts auf internationale Mobilität⁷ würden sich Migrant*innen nicht mehr an Schlepper wenden und ihr Leben beim Überqueren des Meeres riskieren müssen – und müssten somit auch nicht mehr gerettet werden. Und in Zeiten der COVID-19-Pandemie würde die Nutzung sicherer und legaler Reisemittel es den Migrant*innen auch ermöglichen, alle Hygienemaßnahmen anzuwenden, die erforderlich sind, um sich selbst und jene, denen sie begegnen, zu schützen. Wenn Migration nicht weiter durch militärische Mittel kontrolliert würde, könnte Migration als ein normaler Prozess betrachtet werden, der keine Ängste schürt. Frontex, die EU-Grenzagentur, würde nur noch ein minimales Budget erhalten könnte ihre eingeschränkten Tätigkeiten auf die Aufdeckung echter Gefahren für die EU konzentrieren, anstatt vulnerable Bevölkerungen als »Risiken« darzustellen. In einer Welt, die weniger ungleich wäre und in der Menschen die Möglichkeit hätten, ein würdevolles Leben zu führen, wo auch immer sie sind, würde die universelle Freizügigkeit auch nicht zu einer »Invasion« Europas führen. Eine ständige Bewegung anstatt einer dauerhaften Niederlassung wäre üblich. Die verbesserte rechtliche Stellung der Migrant*innen würde es den Arbeitgebern auch nicht weiter ermöglichen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Ein europäisches Asylsystem würde es weiterhin geben, um den Bedürftigen Schutz und Unterstützung zu gewähren. Die Überreste der EU-Hotspots und der Internierungslager könnten in Willkommensministerien umfunktioniert werden, die die Menschen registrieren und zu den Orten ihrer Wahl bringen. Die Registrierung wäre dann nur eine Bescheinigung darüber, dass der erste Schritt in Richtung europäische Staatsbürger-

schaft gemacht wäre und verwandelt Letztere in eine wahre postnationale Institution, ein ferner Horizont, auf den aktuelle EU-Verträge lediglich vage verweisen.

4. Grenzen demokratisieren

In Anbetracht dessen, dass alle bisherigen europäischen Migrationspolitiken völlig undemokratisch waren – in der Hinsicht, dass sie einer Gruppe von Menschen, den Migrant*innen, auferlegt wurden, die kein Mitspracherecht bei dem rechtlichen und politischen Prozess hatten, der die Gesetze zur Regelung ihrer Bewegungen definieren – würde der Pakt stattdessen das Ergebnis wesentlicher Beratungsprozesse mit Migrant*innen und den sie unterstützenden Organisationen und den Staaten des globalen Südens sein. Der Pakt würde, in Anlehnung an Étienne Balibars Vorschlag – eine dauerhafte Demokratisierung der Grenzen bedeuten, indem »eine multilaterale, verhandelte Kontrolle ihrer Arbeit durch die Bevölkerungen selbst stattfindet (einschließlich der Migrantenbevölkerungen natürlich)«, innerhalb »neuer Vertretungsorganisationen«, die »nicht nur ›territorial‹ und schon gar nicht nur national aufgestellt sind.«⁸ (unsere Übersetzung). In solch einem Pakt würde das ursprüngliche Versprechen eines Europas als postnationales Projekt endlich wieder Bedeutung erhalten.

Eine solche Politikausrichtung mag natürlich eine reine Fantasievorstellung sein. Und doch erscheint es uns einleuchtend, dass die Richtung, die wir vorschlagen, die einzig realistische ist. Europäische Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen gleichermaßen müssen verstehen, dass es nicht um die Frage geht, ob Migrant*innen ihre Freiheit nutzen, um Grenzen zu überqueren, sondern zu welchem menschlichen und politischen Preis sie das tun. Aus diesem Grund ist es wesentlich realistischer, sich den Prozessen zu widmen, in denen der Mobilitätskonflikt verankert ist, als zu versuchen, der menschlichen Mobilität einen Riegel vorzuschieben. Der »Black Lives Matter«-Slogan »No Justice, No Peace«, der in den vergangenen Monaten erneut auf den Straßen der Welt ertönte, erinnert uns daran, dass der Mobilitätskonflikt ohne Mobilitätsgerechtigkeit⁹ nicht beendet werden kann.

⁸ | Balibar, Etienne (2004): *We, the People of Europe? Reflections on Transnational Citizenship*. Princeton: University Press, p. 108 and 117.

⁹ | Sheller, Mimi (2018): *Mobility Justice: The Politics of Movement in an Age of Extremes*. London: Verso.

DIE ZUKÜNFTIGEN HERAUSFORDERUNGEN DER SOLIDARITÄTSBEWEGUNGEN FÜR MIGRANT*INNEN

Falls unsere Politikvorschläge realistisch im Hinblick auf die Migrantenbewegungen und die Prozesse, die sie formen, sind, sind wir uns dennoch bewusst, dass sie nicht unbedingt auf der Tagesordnung eines neoliberalen und nationalistischen Europas zu finden sind. Wenn die EU-Kommission eine weitere Gelegenheit verpasst hat, die Migrationspolitik der EU neu auszurichten, dann kann man mit Recht sagen, dass dieses Europa, regiert von diesen Mitgliedstaaten und Politiker*innen, die Fähigkeit verloren hat, mutige Visionen der Demokratie, der Freiheit und der Gerechtigkeit für sich selbst und die Welt zu entwerfen. Von daher haben wir wenig Hoffnung auf eine grundlegende Neuausrichtung der EU-Politik. Es bleibt nur die trübe Aussicht auf einen andauernden Mobilitätskonflikt und das menschliche Leiden sowie die politischen Krisen, die er verursacht.

Was können diejenigen tun, die Migrant*innen in diesem Zusammenhang unterstützen möchten? Wir müssen wohl mit einer ernüchternden Anmerkung an die Bewegung beginnen, von der wir ein Teil sind: Das Feuer von Moria ist nicht nur ein Symptom und ein Symbol gescheiterter Migrationspolitiken der EU und der Mitgliedstaaten, sondern auch unserer eigenen gescheiterten Strategien. Seitdem die Hotspots im Jahr 2015 vorgeschlagen wurden, haben wir sie immer wieder verurteilt und die entsetzlichen Lebensbedingungen dokumentiert, die sie mit sich gebracht haben. Wir haben Prozesse gegen sie angestrengt, aber die Bemühungen wurden durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte abgeschmettert, der sich zunehmend schwerer damit zu tun scheint, sich selbst in Sachen Migration zu positionieren und damit zur Fortsetzung schwerer Gewalt durch die Staaten beiträgt. Und trotz der außerordentlichen Mobilisierung der Zivilgesellschaft zusammen mit Gemeinden in ganz Europa, die sich bereit erklärten, Migrant*innen willkommen zu heißen, blieb die Anzahl der Umsiedlungen stets gering. Nach fünf Jahren unermüdlicher Mobilisierung sind die Hotspots noch immer da, mit Tausenden von Asylsuchenden, die darin festsitzen. Die Untersuchungen zur Ursache des Feuers in Moria dauern noch an, es hat jedoch den Anschein, dass die Migrant*innen selbst, die dort wie Geiseln festsitzen, einen Versuch starteten, das Camp loszuwerden, indem sie es in einer Verzweiflungstat bis auf die Grundmauern niederbrannten. Aus diesem Grund müssen unsere politischen Bewegungen, während wir die EU-Politiken anprangern, auch unser eigenes Handeln dringend neu bewerten und es auf eine effektivere Art und Weise neu überdenken. Es steht uns nicht zu, oberlehrerhaft diese Missstände zu kritisieren, da wir selber einen Anteil an ihnen tragen. Wir glauben jedoch, dass einige der Rich-

tungen, die wir in unserem utopischen Pakt mit Migrant*innen vorgeschlagen haben, auch die Solidaritätsbewegungen für die Migrant*innen anleiten können, da sie in der Gegenwart von Grund auf umgesetzt werden könnten und dabei helfen könnten, unsere politische Imagination neu zu beflügeln.

Freizügigkeit ist nicht, oder nicht nur, eine ferne Utopie, die vielleicht irgendwann in der fernen Zukunft von Staaten eingeführt werden wird. Sie kann durchaus auch als ein Recht und eine Freiheit gesehen werden, die sich illegalisierte Migrant*innen Tag für Tag nehmen, wenn sie die Grenzen ohne Erlaubnis überqueren und darauf bestehen, dort zu leben, wo sie leben möchten. Freizügigkeit kann als nützlicher Kompass dienen, um unsere Praktiken des Herausforderns und des Unterstützens zu steuern und zu bewerten. Gerichtsprozesse bleiben ein wichtiges Mittel, um den verschiedenen Formen von Gewalt und Verstößen, denen Migrant*innen entlang ihrer Routen ausgesetzt sind, zu begegnen, auch wenn wir einräumen müssen, dass nationale und internationale Gerichte weit davon entfernt sind, gegen die Anti-Migrations-Stimmung innerhalb der Staaten immun zu sein. Infrastrukturen der Unterstützung für Migrant*innen auf ihrem langen Weg (wie das WatchThe Med Alarm-Phone und die zivile Rettungsflotte), als auch an ihrem Aufenthaltsort zu schaffen, sind und werden auch weiterhin von großer Bedeutung sein. Während die Staaten sich bemühen, ein, wie sie es nennen »integriertes Grenzmanagement« umzusetzen, das anstrebt, die aufrührerische Mobilität vor, an und hinter den Grenzen zu managen, können wir uns unsere eigenen Netzwerke vorstellen, die eine fragmentierte, und doch miteinander verbundene »integrierte Grenzsolidarität« entlang der gesamten Route der Migrant*innen bildet. Die Kriminalisierung unserer Solidaritätsbekundungen durch die Staaten ist ein Beweis dafür, dass wir erfolgreich darin sind, die Gewalt der Grenzen herauszufordern.

Solidarity Cities bilden wichtige Knotenpunkte entlang dieser Strecken, denn Gemeinden können es Migrant*innen ermöglichen, in Würde in urbanen Räumen zu leben, und zum Beispiel die Reichweite ihrer Sicherheitskräfte einzuschränken. Ihre dissonanten Stimmen des Willkommens waren wichtig, um zu beweisen, dass Teile der europäischen Bevölkerung, die sicher nicht zu vernachlässigen sind, sich nicht nachsagen lassen wollen, dass sie an der Abschottungspolitik der EU mitschuldig sind und die sich bereit erklären, ein offenes Solidaritätsverhältnis mit den Migrant*innen zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen jedoch auch einräumen, dass das Recht, Zugang zu europäischen Staaten zu gewähren, den Zentralverwaltungen vorbehalten bleibt und nicht den Gemeinden, und dass die Bereitschaft, Migrant*innen willkommen zu heißen es ihnen letzten Endes doch nicht immer ermöglicht hat, auch dauerhaften Schutz zu finden.

Obwohl humanitäre Willkommensrufe wichtig sind, müssen wir Migration und Grenzen auch in einem breiteren politischen und wirtschaftlichen Kontext positionieren – den der Vergangenheit und der Gegenwart des Empire – so dass man sie als Fragen der (Un)gerechtigkeit verstehen kann. Mit den Worten des verstorbenen Edouard Glissant, der sagte, dass wir als Aktivist*innen, die sich der illegalisierten Migration widmen, wir nie vergessen sollten, dass »wenn man sich seinen Weg über Grenzen bahnen muss, um der Not zu entfliehen, dies genauso skandalös ist, wie das, was die Not ausgelöst hat«¹⁰ (unsere Übersetzung). Als Folge dieses Framings könnten heute viele weitere Allianzen zwischen den Solidaritätsbewegungen für Migrant*innen und den Bewegungen für globale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit sowie den antirassistischen, antifaschistischen, feministischen und dekolonialen Bewegungen geschmiedet werden. Dank solcher Allianzen sind wir vielleicht besser ausgerüstet, um Migrant*innen entlang ihrer gesamten Route zu unterstützen und die Bedingungen, die sie heute einschränken, schon heute zu verändern.

Damit Solidaritätsbewegungen mit Migrant*innen am Ende den Weg aus dieser eigenen Sackgasse wieder hinaus finden, glauben wir, dass sie sich mit den vier folgenden wesentlichen Fragen befassen müssen. Erstens, was für eine Migrationspolitik wollen wir? Die vorhersehbaren Beschränkungen des Pakts gegen die Migration können eine Gelegenheit sein, unsere eigene alternative Agenda zu schmieden. Zweitens, wie können wir nicht nur die Umsetzung restriktiver Politiken ablehnen, sondern den Politikprozess an sich mitgestalten, um das Feld, auf dem wir kämpfen, zu transformieren? Wenn wir in den kommenden Monaten gegen den Anti-Migrationspakt vorgehen, können wir eventuell neue Ansätze erproben. Drittens, solange es noch Politiken gibt, die die Grundprinzipien der Gleichheit, der Freiheit, der Gerechtigkeit und unserer gemeinsamen Menschlichkeit leugnen, wie können wir handeln, um derartige Politiken effektiv zu stören? Welche Formen der nichtstaatlichen Evakuierungen gibt es, die Migrant*innen beim Zugang zu Europa und der Überquerung der Binnengrenzen unterstützen könnten? Viertens, wie kann der ganze Kampf um Migration und Grenzen seinen Beitrag dazu leisten, eine gerechtere, freie, faire und nachhaltige Welt für alle zu schaffen?

In den kommenden Monaten, in denen der Pakt der EU gegen die Migration vor dem Europäischen Parlament und dem Rat diskutiert wird, wird es einen harten Kampf für all diejenigen geben, die noch immer an die Möglichkeit eines Europas der Offenheit und der Solidarität glauben. Obwohl wir uns hinsichtlich des politischen Ergebnisses keine Illusionen machen, so ist es doch eine Gelegenheit, die wir ergrei-

10 | Glissant, Edouard (2006): "Il n'est frontière qu'on n'outrepasse". *Le Monde diplomatique*, October 2006. monde-diplomatique.fr

fen müssen, nicht nur, um zu behaupten, dass ein anderes Europa und eine andere Welt möglich sind, sondern auch, um diese von unten aufzubauen.

Security Above the Law?

Germany's Pandemic Borders and Intra-European Free Mobility

POLINA MANOLOVA, PHILIPP LOTTHOLZ

Abstract: The current pandemic emergency reveals how the intra-EU space of ›free‹ movement continues to be a bordered space. During the first wave of the pandemic, in the spring of 2020, EU member states introduced strict border controls and mobility restrictions as an instrument to contain the further spread of the virus. We examine exemplary border situations at one German airport, and argue that the border management and security practices of German federal authorities enforces a regime of differential bordering that has effectively suspended free mobility rights for certain categories of EU citizens. We identify such practices as part of a »spectacle of security« unfolding within an emergency-routine continuum, and we look at its effects on the conditioning of highly precarised migratory patterns of East European migrants. At the same time, we take these border situations as sites of contestation, where migrants claim rights, resist disciplining, and seek ways to circumvent punitive regulations by forging networks of mutual support. Furthermore, such episodes serve as occasions in which migrants are encouraged to openly voice their indignation with everyday exclusion, exploitation and racialised treatment.

Keywords: intra-EU migration, Covid-19, borders, securitisation, spectacle of security

As of March 2020, when the Coronavirus pandemic first broke out in Europe, governments fast-tracked unprecedented border controls and mobility restrictions across EU's internal and external borders. As a result of what were mostly uncoordinated and chaotically implemented state-level emergency measures, intra-European free mobility was effectively suspended for a large number of EU citizens, and, in the process, the livelihood trajectories of precarious groups of migrants were further endangered. Border closures had emerged as a key control measure for containing the spread of the infection, along with ›social‹ distancing and strict hygiene observance. Whereas the latter two measures quickly proved their efficacy, the importance of mobility restrictions for preventing contagion was not only put under increased scrutiny

as »ineffective in most situations«,¹ but it was also declared counterintuitive for the additional risks it poses to those on the move as well as the ›domestic‹ populations.

In this light, the need to extend the analysis of border closures and mobility restrictions from the limited lens of ›health and safety‹ to their political instrumentalisation and effects, was clearly outlined, particularly regarding aspects of migration governance through securitisation. In a recent intervention, Elspeth Guild and Didier Bigo stepped up to the task in their reflection on the need for (re-)establishing restrictions on national border crossings across Europe as a »reflex action« intended to exhibit the tight grip the sovereign power and the authorities have on managing the crisis. The ideological potential of borders in the current health crisis, the authors explain, was mobilised for the reinvigoration of popular support and the strengthening of a sense of national belonging (and security) (Guild and Bigo 2020). Michel Agier develops this line of thought further while claiming that, at the outset, the Covid-19 pandemic manifested the substitution of sanitary with securitarian borders. He interprets this move as turning the exceptional into ›ordinary‹, namely, the ineffective and unnecessary border closures within Europe have been normalised, to the point where there was no substantial public backlash, under what were mostly securitising arguments (2020). This has been rooted, in great part, in the production of a »crisis talk« (Scheel 2018: 267) and the evocation of threat narratives in which migratory flows were framed as a danger for domestic populations, this time through the trope of epidemiological risk and the hazard it poses to public health.

This emerging scenario can be grasped as what de Genova (2011) has called a »spectacle of security«, in which states seek to reassert and strengthen their control and sovereignty—or at least perceptions thereof—through the performance of bordering and other types of control measures. As de Genova and other scholars at the intersection of security and migration studies demonstrate, this focussing of security and »prevention« measures on »culprits« has led to the creation of a »security continuum« in which social groups and policy fields that are not evidently associated with a given problem become the main target of control and exclusion measures, because of their presumed guilt »by association« (de Genova 2011; Huysmans 2006: 2). The ones whose freedom of movement, safety concerns and livelihoods have continuously been sacrificed with the rationale of ensuring the »security« of Western states' citizens, have largely been asylum seekers and migrants from within and outside of the EU (ibid.). Based on the same logic, the current spectacle of security became, to paraphrase de Genova's language on the War on Terror, »fixated upon the fetish of

1 | World Health Organization (WHO): Updated WHO recommendations for international traffic in relation to COVID-19 outbreak, 29.02.2020.

the ›illegal alien‹ as the embodiment of nebulous ›foreign‹ menaces« and, therefore, »stages transnational mobility and . . . ›immigration‹ in general as an *utterly decisive material site* where [the fight against the pandemic] may be practically and physically realized« (2011: 151–152, emphasis added).

In this piece, we demonstrate how the spectacle of security, emerging amid the Covid-19 crisis, has become fixated on perceiving the issues of migration and mobility as »utterly decisive material sites« for the fight against the pandemic. We do so by demonstrating the ways in which ›emergency‹ border control measures, as sanctioned and conceived by German authorities, were implemented, and, in the process, (re-) interpreted and negotiated by border guards and other non-state actors. The focus on the practices of security »professionals« in less mediatised spaces (see Huysmans 2006: 8–9) does not aim at revealing a logic of intentionality when it comes to the observed violence in processes of mobility management. However, our perspective is a crucial step in problematising the securitising logic of Covid-19 border control measures.

In what follows, we begin with our personal accounts of two exemplary ›border situations‹ at the Frankfurt-am-Main airport, where emergency travel restrictions have been implemented—in violation of both Covid-19-related travel regulations and the EU free movement framework—against Bulgarian labour migrants and their family members (section two). These serve as a starting point in the process of unpacking the European ›emergency‹ border regime as it developed throughout the early pandemic crisis. They also provide some tentative reflections on the securitising and performative functions of this regime, which become particularly evident on the level of everyday management practices. In section three, we discuss the enforcement of border regulations and restrictions of ›essential‹ travel by the German authorities and the ways in which they fostered a regime of differential bordering. In section four, we expose the permeability of Corona borders by looking at migrants' practices of circumventing travel regulations, and the way in which shared experiences of state control and disciplining can prompt the formation of solidarity networks. While we stress practices of solidarity and resistance, we are also interested in demonstrating and discussing the detrimental effects that bordering measures had on EU citizens, and how the restraining or dismantling of their free mobility rights have in many cases stripped them off their sources of livelihood. We finally argue that the dynamics of vulnerability and impermanence, transpiring in the implementation of the emergency border ›spectacle‹, are not new phenomena. Rather, they are systematically entrenched within the EU migration management practices of the past decades as well as the neoliberal instrumentalisation of free mobility.

PANDEMIC (EN)CLOSURES THROUGH SECURITISATION

The first series of border closures instated between neighbouring Schengen countries came as unilateral decisions, and took place as early as the second week of March 2020. These closures—which contradicted the EU Commission’s insistence on an ›open border‹ policy—have developed in an uncoordinated chain reaction pattern sparked by Austria, Slovenia and Sweden and picked up by Germany, Hungary and Switzerland (among others). From the 18th of March onwards, the second wave of emergency travel regulations across the EU was implemented, in reaction to the EU authorities’ decision to suspend ›non-essential‹ travel originating from outside of the Union. Such strengthening of the impermeability of external borders was intended to guarantee the re-establishment of unobstructed mobility within the Union.

On the 17th of March, Germany vouched to implement ›far-reaching entry restrictions‹ for ›non-essential‹ travel² both at the German Schengen external borders, and also on »international air and sea transport for travel connections that have their origin outside the European Union«³. However, both the Minister of Interior, Seehofer, and the Chancellor, seemed determined to maintain the already introduced state border controls across internal Schengen borders. At the same time, they remained unclear on how the newly adopted restrictions would affect people travelling within the EU but from non-Schengen countries⁴. This ambiguity is especially relevant to our case study. As the situation at the various borders evolved quickly, and partly chaotically, public attention oversaw the fact that on the ground, these emergency measures were implemented using oppressive state tactics, and they resulted in a gross overstepping of the EU freedom of movement for particular groups of EU migrants.

Since 18 March, 2020, various cases of refusal of entry at different border points at German airports and land borders were reported in Bulgarian traveller forums and migration support online groups. Most people had been turned away upon arrival because they could not produce documents proving their long-term or permanent residency in Germany, which were necessary to qualify their travels as ›essential‹. While

2 | Germany has adopted the distinction between ›essential‹ and ›non-essential‹ travel, as introduced by the European Commission. The distinction, in a broad sense, laments that non-citizens living and working in the country, or those engaged in transiting mobilities, are permitted while the rest are turned away if they cannot provide legitimate reasons (see Thym 2020).

3 | Federal Ministry of Interior, Building and Community: Bundesinnenminister Seehofer ordnet weitreichende Reisebeschränkungen im internationalen Luft- und Seeverkehr an, 17.03.2020.

4 | Bulgaria, Romania, Ireland, Croatia and Cyprus are part of the EU but no-Schengen states.

a more detailed survey of these situations is beyond the confines of this article, we focus our analysis on the situation at Frankfurt Airport, where the overstepping of emergency travel protocols and the misapplication of officially accepted restrictions was a daily reality. At Frankfurt Airport, on the 18th of March, nine Bulgarian citizens were detained upon arrival after failing to produce proof of a German address registration or a valid employment contract. The personal identification documents of the three women and six men were seized by the German Federal Police (*Bundespolizei*), and they were required to report at the airport police station three times per day while awaiting a return flight. The detainees were pressured into signing a ›refusal of entry‹ form which stipulated their denied admittance and affirmed their scheduled return on the grounds that they constituted a »threat to public policy, internal security and public health« as per Article 14 of the Schengen Borders Code, which regulates the refusal of entry of ›third-country‹ citizens.

In this case, the German Federal Police applied, either purposefully or mistakenly, the EU Commission's temporary restrictions on EU-external arrivals to Bulgarians by miscategorising them as ›third-country‹ nationals (rather than EU citizens). Thus, instead of re-establishing unobstructed travel within the EU, German authorities extended the restrictions (in the case described here but also in many other occurrences at German airports that were brought to our attention) on third-country nationals to EU citizens (which, in the most part, affected those arriving from non-Schengen areas) in order to refuse entry to everyone unable to prove their residency or ›essential‹ reasons for travel. This way, Germany, together with other EU states⁵, implemented severe intra-EU bordering policies that effectively suspended free mobility for certain categories of people, and made it dependent on ›ad hoc‹ implementation of case-by-case examinations (*Einzelfallprüfung*).⁶ The latter has in many cases involved undue procedures with people being pushed to sign papers without receiving explanations or translations of contents in their respective languages. Thus, the official aim of reducing the flow of travellers to diminish the risk of infections was implemented at the expense of free and unconditional movement for EU citizens guaranteed by EU leg-

5 | In the following weeks, several cases of refused entry were reported in Paris airports.

6 | The ›case-by-case‹ approach was officially introduced by the German authorities with regards to managing the arrival of all non-nationals. It stipulated a ›flexible‹ formula applied to those who cannot meet the requirements for ›essential‹ travel but who still have an ›urgent reason‹ to enter the country. In this case entrants were required to provide documentation to prove the necessity of the trip.

isolation.⁷ In this sense, the Federal Police appeared to enact a ›spectacle of security‹ which constructed migrants' entry into, and movement within, Germany as a potential threat to public health, and thus aimed to obstruct such movement at the expense of legal entitlements. Three of the detainees—male construction workers—were released after spending one night at the airport transit zone, upon the insistence of their Germany-based subcontractor, who assured border guards that an employment contract and an address registration will be provided shortly after their arrival on the job. All the three women and three other males were deported on a flight back to their destinations of arrival, after spending more than 48 hours at the airport, despite the assurances of their family members who confirmed their reasons for arrival, and despite the media attention that they drew in Bulgaria and the pressures put on border authorities by the Bulgarian Consulate in Frankfurt.

The punitive and exclusionary logics of the new Corona bordering regime were especially well illustrated in another individual case that took place at the Frankfurt Airport a month later. In light of numerous further cases of refusal of entry and externalisation of border controls to Bulgarian airports, the rules and possibilities of admission were better clarified, by mid-April, on the Frequently Asked Questions page of the Federal Police website. On the 17th of April, 23-old Bulgarian nurse, Diana Ivanova⁸, was refused entry on the basis of Article 6, section 1 of the German ›Freedom of Movement Law‹, as per her inability to produce sufficient proof that her visit to take care of her mother was of an ›essential‹ nature. As per the German Federal Police's regulations, the letter produced by an Accident and Emergency doctor, diagnosing her mother's lumbar spine syndrome and recommending intravenous treatment, should have been sufficient to justify the ›essential‹ nature of Ivanova's visit. However, as it was subsequently revealed, the Federal Police officers followed up on the letter and questioned the practitioner who had issued it. As one of the officers explained in a phone call inquiring about the reasons of Ivanova's continued detention, the conversation with the practitioner led to a correction of the initial statement to the effect that Ivanova's mother's medical condition did not present an

7 | Article 29 of the Free Movement Directive foresees emergency restrictions on free movement for the purposes of preventing the spread of diseases with an ›epidemic potential‹. The activation of this clause is, however, subject to stringent observance of principles of proportionality and guaranteed procedures for processing complaints and observing infringements (see Thym 2020). These conditionalities were not met in the German case. Even further, the border authorities did not in fact even refer to them till mid-April. Till then, travel bans were rooted in sections of Schengen law managing the arrival of third country nationals in the EU.

8 | All names are pseudonyms.

›essential‹ reason for her visit (German: *zwingender Einreisegrund*).⁹ Further attempts by Ivanova's sister and mother to explain that there was no one else to help the mother master the challenges of everyday life were to no avail. Ivanova's return on a flight on Sunday, the 19th of April, could eventually not be averted.

This episode further exhibits the arbitrary implementation of the German border regulations and the complete misemployment of the ›case by case‹ approach that is otherwise praised for its flexibility. Instead of accepting the letter as a proof of the ›essential‹ nature of Ivanova's visit to her mother, the officers decided to advance an investigation until they gathered enough ›evidence‹ to argue that her entry into Germany was not ›essential‹. The questioning of the practicing physician presents an undue act of policing in which they involved a medical professional as a necessary witness or even a guarantor to vouch for the ›essential‹ nature of Ivanova's travel.

That the main goal of the investigating police officers was to execute another act in the ›spectacle of security‹ was hinted at in the explanation given by the officer on duty, when he said: »You know, it is a matter of course that we follow up to check some of the proofs of ›essential‹ travel that we are given. You can't imagine what kinds of proof some people give us here«¹⁰. Given that in this case, the proof provided was a formal doctor's letter, this statement seems to suggest that basically any proof provided by travellers is regarded as potentially suspicious and can be proven to be unsubstantiated. Similarly, rather than just ensuring the provision of appropriate evidence for ›essential‹ travel, the officer seemed to hint that the deeper motivation of the police's actions is control and limitation of travel: »If we didn't run these checks, we could as well just completely give up control of our borders.« Taken together, these statements suggest that the Federal Police—as represented by the officers on duty—enforces regulations, and exerts scrutiny even beyond their mandate, with the primary goal of reducing the numbers of travellers entering Germany. They thus enact a »spectacle of security«, where the exercise of control and discipline is more important than the de facto effectiveness of the measures taken.

9 | Phone call by Lottholz on 18 April, 14:15, inquiring the reasons for detention on behalf of Ivanova, author notes.

10 | Ibid.

DIFFERENTIAL BORDERING

The emergency transformations within the intra-EU border regime, as enacted by German authorities, has been built around the vaguely defined dichotomy of ›essential‹/›non-essential‹ travel. While the ›legitimate‹ reasons for entry were not clarified in an elaborate way, at least in initial written regulations, the border practices through which the category of ›essential‹ travel was implemented, made clear its simultaneous reliance on two guiding logics: permanence and regularity. Those able to take advantage of ›essential‹ movement rights were German passport holders and EU and third-country nationals who could provide proof for their ›habitual residence‹ in the country. As residence permits are required for EU citizens (and family members) to enact their free movement rights, the German Federal Police demanded the presentation of alternative written evidence that in most cases included two of the following: address registration, employment contract, health insurance, and, in the case of family members, a marriage certificate. Thus, the notion of habitual residence was taken as a criterion to help ensure the unobstructed return of EU nationals who have been living and working, as well as those—in the formulation of the Federal Police—whose ›home‹ or ›legal residence‹ is in the country.¹¹ The so-defined notion of ›essential‹ travel thus excluded a whole array of migratory categories: temporary/seasonal workers, workers in non-registered employment, long-term migrants without address registrations, and family members providing unpaid care, among others. And despite the fact that some exemptions to the ›legitimate‹ reasons rule existed on paper, making use of those, as demonstrated in the previous section, proved, in some cases, to be an almost impossible task.

The contemporary European border regime has been said to operate according to a rationale of filtering and differentiating (Mezzadra and Neilson 2013) that highlights a process in which migrants are categorised and managed according to specific criteria. The different mechanisms employed in this particular case of ›emergency‹ pandemic border management point to a very similar logic: through the production of two distinct types of EU mobilities, ›essential‹ and ›non-essential‹, German (and EU) authorities have transformed free movement in a way that negates essential rights to those who cannot meet narrowly defined requirements for permanency and regularity and whose mobility claims are delegitimised and even rendered punishable. This hierarchisation of mobile subjects draws lines of delineation between the sanctioned movements of the ›permanent‹ and ›regularised‹ migrant residents, and the undeserv-

11 | German Federal Police: FAQ page as of 18.03.2020.

ing mobile EU citizens who cannot claim legitimate residence and whose mobility is constructed as posing a direct contamination threat.

The stratification of the EU space of free mobility—the most repressive episodes of which we witnessed at German airports and land borders—is, however, not an unprecedented phenomenon triggered by Covid-19 emergency travel restrictions. On the contrary, it needs to be unpacked against the background of at least a decade-long trajectory of EU migration management that has led to the systematic entrenchment of vulnerability, impermanence, and irregularity for migrants in the EU. The global economic meltdown of 2007–2008 and the onset of austerity policies in Europe have triggered a gradual but persistent process of encroachment on access to social support for East European migrants through the introduction of stricter conditionalities and sanctions determining their regular status as workers, citizens and residents. The mechanism of controlling intra-EU migration through welfare has operated through constant re-definitions of the worker status and habitual residence, making the former extremely hard to sustain and the latter difficult to prove. The most recent surge in the German authorities' implementation of policies encroaching on migrants' social and residence rights was a political concession, given in 2014, to the pressures exerted by conservative and anti-immigration parties. Initially, such efforts were directed at the limitation of child support, but then quickly spread to other spheres of social benefits. By 2016, the German Bundesrat, this time with the initiative of the ruling Social Democratic Party (SPD), managed to fundamentally constrain criteria for the eligibility to unemployment benefits and other forms of social protection, thereby excluding newly arriving EU jobseekers and existing recipients. Some have interpreted these social policy developments as the consolidation of a »restrictive« approach towards EU migrants (Riedner 2018), and especially those coming from Bulgaria and Romania, which has disproportionately affected certain categories: newly arrived and low-skilled; racialised minorities; single parents; and dependent family members.

It is precisely the shrinking access to social entitlements, the narrowing down of the definition of legitimate employment, and the flexibilisation of work, that created the conditions under which East European migrants, whose mobilities are subject to the framework of formal legality, get entangled in complex dynamics of irregularisation and temporariness. Pathways of incorporation into the formal structures of the German state are extremely limited for those labouring in jobs with no contracts and no guaranteed payment, those who cannot afford to legally rent housing and create address registrations, and who are unable to access social support or meet healthcare provision requirements. This led to an extreme and intense transnationalisation of migrants' lives, whose opportunities for making a living are increasingly dependent on their readiness to navigate access to differentially formalised cross-border sources

of income and support. These realities of transnationally fragmented existence have been completely ignored by the German authorities while devising and implementing ›emergency‹ travel regulations and border control policies. In fact, the differential restrictions on entry for EU migrants—anchored in binary opposites such as ›essential‹ versus ›non-essential‹, ›regular‹ versus ›irregular‹, and ›settled‹ versus ›temporary‹—have placed ›itinerary‹ migrants’ lives in complete disarray and led to their further precarisation. In the most part, Bulgarian detainees at German borders are returning workers in seasonal, short-term contracted or temporary informal employment; family members coming to provide unpaid care work for close relatives; and those who have been enduring irregular work and living arrangements in the country for years on end. The suspension (or extreme slowing down) of labour mobility during the Covid-19 crisis has disrupted the established livelihood patterns of migrating individuals, and has further endangered the social reproduction of the kin and community networks that are dependent on the earnings of their relatives at home and in host societies. For many people who are unable to take up or continue their employment in Germany, this has meant the loss of access to the only available source of income. For working parents, dependent on childcare assistance from grandparents and other relatives back home, it meant having to either provide care themselves by staying home and foregoing income, or incurring extra costs for private childcare arrangements. Overall, the interruption of established migratory patterns between Germany and Bulgaria has diminished or completely eradicated the means of survival for thousands of migrants in already vulnerable positions.

Only two weeks after the establishment of the initial emergency bordering measures, a new stage in the »spectacle of security« demonstrated that German authorities are not only negligent about the livelihoods of affected migrants, but they also in fact regard those migrants’ very lives as disposable whenever required by the domestic economic imperatives. While the above-discussed effects of emergency bordering on free movement rights did not in fact catch any media attention, the economic emergency it caused among German agricultural producers and food processing businesses were heavily mediatised. Producers’ associations and lobby groups pleaded that the entire sector faced an existential threat if no harvest pickers and other low-skilled workers were allowed in the country. Thus, within just a week, the political consensus shifted from a categorical health-related ban on East European casual workers’ entry, towards declaring them as ›essential‹ and ›system-relevant‹ labour force which—of course, under the mandatory conditions of quarantine and segregation from the wider society—became vital for securing food supply chains and general societal stability

in Germany and other West European countries.¹² In an ironic, or rather cynical, turn of events, people whose labour mobility was denied as non-urgent only a week prior, were now redirected to new employment routes which were morally valorised and even classified as a matter of highest government priorities. As the rising infection numbers and the continuous violation of health and accommodation regulations show,¹³ the re-categorisation of (some) East European workers as ›essential‹ did not lead to the observance of adequate protection measures, an implication that draws a quite literal picture of a necropolitical capitalist regime which readily sacrifices the health and life of some people to ensure incessant consumption for others (Jain 2020). This second act in the »spectacle of [economic] security« failed to provide a real alternative for the thousands of migrants who lost their livelihood support in the Corona emergency bordering regimes. It has further deepened the destitution of those forced to undertake this most dangerous form of labour mobility.

RESISTANCE, CIRCUMVENTION AND CONTESTATION

In our observations, German emergency bordering has emerged as one of the most restrictive within Europe with its ›flexible‹ approach that concentrated a great discretionary power in the hands of the Federal Police and opened up the space for the implementation of arbitrary rules. However, despite the sudden and unexpectedly harsh aggravation produced by control mechanisms, people found ways to work around and against the Covid-19 bordering measures. Studies which acknowledge the constitutive power and agency of migratory movements have questioned the omnipresence and restrictive capacity of the European border regime, and instead shifted the gaze to emergent ›border struggles‹ that mark the intersection between practices of control, reinforcement and subversion (see Mezzadra and Neilson 2013; Scheel 2018). Such a standpoint visibilises the contradictions, inconsistencies and deficiencies that mark the constitution of a particular ›regime‹ of migration governance, and highlights the individual and collective capacity of migrants to challenge and subvert mechanisms of control in the pursuit of free mobility. The first set of tactics of resistance and circumvention of borders that migrants adopted in the unfolding of the pandemic crisis can be referred to as what Scheel has called »practices of ap-

12 | In Germany, seasonal workers were placed in a two-weeks ›quasi quarantine‹ period, during which they were banned from leaving their work and living environment for the purpose of protecting the local population.

13 | See for instance Taz.de: Gurkenernte wird größter Hotspot, 27.07.2020.

appropriation« (2018). These encompass strategies of in-direct contestation of border management which allow migrants to covertly undermine imposed regulations while at the same time appearing as seemingly compliant with them. By engaging with the logics and mechanisms of migration management, migrants repurpose them in a way that advances their own claims to mobility. For example, already in the first days of the border closures, when the required set of entry documents were announced, social media migrant support groups were filled with requests for the informal provision of address registrations, health insurance and employment contracts. This opened up a niche that migrant entrepreneurs have tried to fulfil with different degrees of success. Such practices of appropriation, that are often publicly discussed within normative frameworks of ›fraud‹ and ›deceit‹, reveal the extreme hardening of the intra-EU border regime whose logics and requirements drastically divert from the lived realities of East European migrants in Germany. Other informal practices of indirect contestation and subversion of Corona borders developed around the softer implementation of travel restrictions on land border checkpoints. Minibus drivers offered ›no checks‹ transfer to people caught in Bulgaria and desperate to return to their jobs and families in Germany. Others decided to try their luck and arrive in German airports that were known for their less frequent entry checks, or attempted to enter Germany via Luxembourg or Belgium, where such entry requirements has not (yet) existed, and cross the ›green‹ border on foot or by taxi.

Furthermore, migrants are not alone in their resistance and in the reassertion of their rights and dignity. In the particular situations of detentions at airports discussed above, as in many other cases, the first point of contact are often social media groups of people migrating to Germany and exchanging information, advice and contacts for help. Such groups, which have in fact become an important »infrastructure«, also served as a way to connect the detained individuals with organisations and people ready to help. Members of the Network against Deportation Hessen/Mainz provided initial support to the affected travellers and they provided detainees with contacts of other supporting actors, while also contacting Federal Police officers directly to inquire about the reasons for detention and avenues for the release of detainees. Finally, the accounts above are based on our own involvement in trying to help individual travellers contest and overturn the refusal of entry they were subjected to. Three of the detainees appealed the refusal of entry in the competent administrative court with the help of a German migration lawyer. While the results of these proceedings are still pending, the very act of submitting the appeal shows that there are practical ways to demand justice within the German legal system, as symbolic and belated as they may be.

FINAL REMARKS

The recent pandemic-motivated border closures, and the discretionary rules under which they have been implemented against Bulgarian migrants, exhibited painful analogies with the ›visa times‹ of the 1990s when, for many, the crossing of Schengen borders involved humiliating scrambling for documents, border checks, dependency on travel fixers and clandestine existence. The detained migrants and many online commentators interpreted the latest border control episodes as a confirmation that not much had changed when it came to practicing their rights. They saw it as further proof that they were still treated as second-class citizens, despite their EU citizenship status. Many were fearful that this tightening of restrictions could be a circumstantial precursor of what is to come—a more or less overt legalisation of policy mechanisms with the de facto effect of curbing low-skilled and the so-called ›poverty‹ migration to Germany, as the following statements from online discussions illustrate »It's really not that hard to get, all these restrictions are because they don't want us here anymore. That was it with the social benefits (*sotziala*) and migration.«, »God knows what awaits us after the pandemic, let's see what they have in stock for us and our families.«¹⁴ Others, as Ivanova's mother, took it as a disciplining exercise through which state authorities were once more communicating a more widespread xenophobic sentiments against a migrant group that was seen as backward and undeserving: »This is how they (the Germans) treat us. For them, we are second category people. If you are Bulgarian, you are not one of them.«¹⁵

The articulation of migration-in-crisis rhetoric has emerged as a routine practice for the advancement of ›emergency‹ measures of border enforcement and policing, which are subsequently very hard to undo and can even be enshrined as policy changes and normalised as established approaches to migration management (de Genova et al. 2016). While the exceptional mobility regulations at German borders were discontinued following decreasing Covid-19 infection rates, and as a result of pressure from the EU Commission and fears of further stagnating the domestic and common market, the conditions in which they were justified have not disappeared. In this light, the treatment of EU (and particularly East European) migrants during the Covid-19 pandemic presents a pertinent example for a »spectacle of security«. Furthermore, they also shed light on the wider trajectories of exploitation and dehumanisation, to which migrants have been historically subject. This stresses the urgent need to mov-

14 | Statements in *Grupa za vzaimopomosht na balgarite v Germania* (Group for mutual help between Bulgarians in Germany) Facebook between 20.03.2020 and 21.04. 2020.

15 | Private conversation, 20.04.2020.

ing beyond victimizing narrations of their plight, and to instead look for ways of amplifying and solidarising with their struggles.

LITERATURE

- Agier, Michel (2020): Against Epistemological Nationalism. Paper presented at Virtual Workshop: Migrations and Borders in the Age of the Pandemic. Second Round Table Racializations and Representations, organised by University of the Aegean and the international summer school on Cultures, Migrations, Borders, and the Observatory of Refugee and Migration Crisis in the Aegean [21.11.2020].
- De Genova, Nicholas / Fontanari, Elena / Picozza, Fiorenza / Soto Bermant, Laia / Spathopoulou, Aila / Stierl, Maurice / Suffee, Zakeera / Tazzioli, Martina / van Baar, Huub / Yildiz, Can (2016): "Migrant Crisis" / "Refugee Crisis". In: New Keywords Collective (Eds.): Europe/Crisis: New Keywords of "the Crisis" in and of "Europe". New York. 15–21.
- De Genova, Nicholas (2011): Spectacle of Terror, Spectacle of Security. In: Feldman, Shelley / Geisler, Charles / Menon, Gayatri (Eds.): Accumulating Insecurity: Violence and Dispossession in the Making of Everyday Life. Athens/London. 141–165.
- Guild, Elspeth / Bigo, Didier (2020): Rethinking EU Borders in the Time of COVID-19. COMPAS of 16.04.2020. URL: compas.ox.ac.uk [24.08.2020].
- Huysmans, Jeff (2006): The Politics of Insecurity: Fear, Migration and Asylum in the EU. London.
- Jain, Tarusi (2020): COVID-19, Necropolitics and The Migrant. Sabrang India of 27.05.2020. URL: sabrangindia.in [24.08.2020].
- Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett (2013): Border as Method, or, the Multiplication of Labor. Durham.
- Riedner, Lisa (2018): Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration. Eine Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus. Münster.
- Scheel, Stephan (2018): Recuperation through Crisis-Talk: Apprehending the European Border Regime as a Parasitic Apparatus of Capture. In: South Atlantic Quarterly 117(2). 267–289.
- Thym, Daniel (2020): Travel Bans in Europe: A Legal Appraisal. Verfassungsblog of 19.03.2020. URL: verfassungsblog.de [26.11.2020].

Betroffenheit als emotionaler Resonanzraum

Chronologie eines Reflexionsprozesses

ESIN GÖKSOY, HELENA GREBNER

Abstract: Our paper encourages an emotional approach for research in social sciences, but also explores the possibilities of an associative-dialogical and collaborative perspective on knowledge production in times perceived as ›unusual‹. Through the chronological embedding and interconnection of diverse (auto-)ethnographic episodes since the right-wing extremist attack in Hanau on 19th February 2020 and the first lockdown due to the COVID-19 outbreak in Germany, we reconstruct the way our perception patterns have developed until the deadline for this article, mid-April 2020. In this we follow the thoughts of feminist theorists (Haraway 1988; Richardson 1993; Militz/Faria/Schurr 2019) who argue for such an approach to knowledge production. We begin with our feeling of emotional involvement while at the same time not being surprised, and we question how this translates into our research practice.

Keywords: emotional perception, antiracist critique, academic discourse, autoethnography, collaborative research

»Eine bewährte Art, eine Stadt kennenzulernen, besteht darin, herauszufinden wie ihre Bewohner arbeiten, wie sie lieben und wie sie sterben.«
(Camus 1958: 5)

Wie kann er so gestorben sein? fragt Serpil Temiz, die Mutter von Ferhat Unvar, nach dem rechtsextremen Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020 (Heute Journal 2020). Ihre Stimme verrät, dass keine Antwort sie zufriedenstellen kann. Und sie wiederholt, muss es wiederholen, dass sie es nicht *verstehen* kann.

Die Ethnologie ist darauf ausgelegt, zu verstehen, Deutungsangebote zu machen, dicht zu beschreiben. Wenn es darum geht, zu erklären, was wir als Ethnologinnen so tun, sehen wir uns häufig mit dem Bild der in ›fremden‹ Ländern forschenden Wissenschaftler*innen konfrontiert, die sich über die Menschen, das Beobachtete und Erlebte wundern und aus dieser Verwunderung heraus versuchen, Sinnzusammenhänge zu erschließen – oder, um es mit Clifford Geertz zu formulieren: *What the hell is going on here?* (vgl. Geertz 1983). Doch wie verhält es sich, wenn das Geschehene emotional involviert, Wut mobilisiert – nicht jedoch verwundert? Dabei gilt gerade das

›Sich-Wundern‹, das ›Gewöhnliche zu verfremden‹ für viele als ethnologische Qualität (vgl. Schiffauer 2002: 239). Ethnolog*innen, die in ihrem gewohnten Umfeld forschen, verwenden in Situationen fehlender Verwunderung einen ›Trick der Veränderung‹ der Menschen und Phänomene, die sie beforschen möchten, sie *schaffen* Differenzen (vgl. Sökefeld 2002: 83) sowie eine emotionale Distanz. In der dadurch erzeugten »epistemologischen Barriere« (ebd.: 91) entfaltet sich eine »symbolische Gewalt« (Bourdieu 1997: 782) oder »epistemische [...] Gewalt« (Spivak 2016: 42).

Obschon seit der *Writing-Culture*-Debatte, welche in den 80er Jahren ihren Höhepunkt fand, immer mehr die persönliche Involviertheit und die Gefühle ethnografisch Forschender in den Fokus des Interesses gerieten, werden Emotionen häufig bei ›den Anderen‹, ›den sozialen Phänomenen‹ oder gar ›der Gesellschaft‹ verortet. In migrantisierten Kontexten findet die Berücksichtigung von Emotionen indes primär durch eine pathologisierende Linse statt (vgl. Albrecht 2017: 12). Denn eine starke Forscher*innensubjektivität nimmt auch außerhalb autoethnografischer Studien, welche die Emotionalität der Forschenden in den Fokus rücken (vgl. Davies/Spencer 2010; Stodulka/Dinkelaker/Thajib 2019; Liebal/Lubrich/Stodulka 2019), immer noch eine marginalisierte Position ein (vgl. Reichertz 2015). Es besteht zwar ein *common sense* über die Reflexion der eigenen Person, Positionierung und Verwobenheit (teils widersprüchlicher) Emotionen. Jedoch wird das ›Wie‹, ›Was‹ und ›Wieweit‹ bisher »im stillschweigenden Konsens ›vergessen« (Linska 2012: 119). Bis heute stellen Emotionen »keine Grundbegriffe der qualitativen Sozialforschung deutscher Tradition« (Geimer 2011: 313) dar. Sie werden immer noch der Ratio als diametral gegenüberstehend verortet (vgl. Neumayr 2007; Bargetz 2016: 245). Wer emotionsgeleitet denkt, spricht, handelt oder schreibt, muss sich dem Vorwurf aussetzen, dies auf *unvernünftige* Weise zu tun und *unwissenschaftlich* zu arbeiten (vgl. ebd.; Kahveci 2017: 52).

Wir suchen den erkenntnistheoretischen Wert von Emotionen hingegen nicht außerhalb von ›uns‹ und möchten den Blick für unsere Emotionalität als Wahrnehmungsbasis schärfen. In Übereinstimmung mit Naika Foroutan sind wir der Überzeugung, dass (Er-)Lernen nicht nur auf einer kognitiven, sondern auch emotionalen Ebene stattfindet (vgl. Foroutan 2017). Mehr noch: »Writing with and about feeling/s and evoking resonance result in a deeper analysis of power« (Militz/Faria/Schurr 2019: 5). Denn (entemotionalisierte) Objektivitätsansprüche an Wissenschaft und Forschung zu stellen und zu verteidigen, stabilisiert die Kontinuität eines kolonialen Projekts (vgl. Kilomba 2016). So führt Çağrı Kahveci den »düsteren Forschungsstand des Rassismus« auf die Tatsache zurück, dass »Rassismusforscher*innen, vor allem, wenn sie selbst rassifiziert werden, mangelnde Objektivität und Rationalität sowie übertriebene Emotionalität in der Wissensproduktion vorgeworfen werden« (2017:

45). Dabei wird leicht übersehen, dass Emotionen und ihre Einordnungen nicht individuell, sondern Ausdruck struktureller (Macht-)Einbindungen sind (vgl. Ahmed 2014).

Durch die Ein- und Verbindung emotional-lebensweltlicher, (auto-)ethnographischer Episoden seit dem rechtsextremen Anschlag in Hanau Ende Februar 2020 bis zur Einreichung dieses Artikels Mitte April 2020 spüren wir der assoziativ-dialogischen Genese unserer Wahrnehmungen und Wahrnehmungsfilter nach. Unsere ›Nicht-Verwunderung‹ und unsere Wut müssen deshalb am Anfang stehen. Sie sind Ausgangspunkt für diesen Artikel, denn es gibt keine »Kognition ohne Emotion« (Kahveci 2017: 54). Wir betrachten dieses Vorgehen in Anlehnung an Militz/Faria/Schurr (2019) als ein kollaboratives, *affektives* Schreiben, welches einen emotionalen Resonanzraum zwischen unterschiedlich situierten forschenden und lesenden Körpern konturiert. Unser Anliegen ist es, (fragmentarische) Betroffenheiten (vgl. Haraway 1988: 589), welche unsere Erfahrungen, die »intellektuell und emotional beschäftigten, Spuren hinterlassen, Motivationen und Interessen formieren« (Kaloianov 2014: 124), durch eine (selbst-)reflexive, dialogische Rekonstruktion offenzulegen. Der gemeinsam geschriebene Resonanzraum ermöglicht auf vielschichtige Weise, verborgene Machtverhältnisse, die in dominante Narrative, kollektive Wahrnehmungen und Wissensproduktionen eingeschrieben sind, aufzudecken (vgl. Militz/Faria/Schurr 2019: 2).

Dieser Text ist eine Suche und ein Plädoyer. Er ist aus unserer Wut herausgeschrieben und aus dem hemmenden Gefühl der Nicht-Verwunderung über Hanau. Dieser Text *muß* deshalb einer emotionalen Spur folgen, Brüche und Ambivalenzen wiedergeben. Er bildet unser dialogisch-emotionales Vortasten und die Geschichte seiner Entstehung gleichermaßen ab.

DER ANSCHLAG

»Es stimmte, daß das Wort ›Pest‹ ausgesprochen worden war. [...] Aber was bedeutete das schon? Das konnte ja aufhören.« (Camus 1958: 27)

Ende Februar 2020. Am Abend des 19. Februar 2020 erschoss ein Rechtsextremist in Hanau neun Menschen. Neun migrantisch gelesene Menschen. Wir beschließen, einen Artikel über den Anschlag zu schreiben, über das An- und Aberkennen von Deutungshoheit sowie die sich überlagernden Ebenen von Rassismen. Es sind diese Aspekte, die sich, durchkreuzt von den Ausrufen von Helenas Tochter Yara, auch in unserem Dialog am 20. Februar, dem Tag nach Hanau, widergespiegelt.

Yara sitzt auf Esins Schoß, sie hat Angst. Nicht Yara, sondern Esin. Yara sagt: »Suppe mag ich nicht.« Wir unterhalten uns darüber hinweg über den Anschlag und die mediale Berichterstattung. Frühmorgens kursiert die Meldung, dass es sich um einen ›fremdenfeindlichen‹ Anschlag handele. Der *Focus* titelt ›Shisha-Morde‹ und nimmt es wieder aus dem Netz. Wir denken an ›Döner-Morde‹ und den NSU-Prozess.

Eine Wiederholung.

Hanau sei ein Anschlag auf ›uns alle‹, kursiert es in den sozialen Medien. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bestätigt dies in seiner Rede am 4. März 2020 anlässlich der zentralen Trauerfeier (vgl. Steinmeier 2020a). Esin wird wütend, Helena unsicher. »Muss dieser Anschlag nicht alle angehen?« – »Nein, es war ein Anschlag, der basierend auf rassifizierenden Zuschreibungen bestimmte Menschen meint. Es ist eine Missachtung aller vom Rassismus Betroffenen, zu behaupten, dies sei ein Anschlag auf ›uns alle‹.« Yara wird inzwischen ungeduldig. Sie interessiert das Geschehene nicht – es kann sie nicht interessieren, sie ist noch nicht einmal zwei Jahre alt. Sie will Nudeln statt Suppe und fragt nach ihrem Lätzchen.

Eine Stimmung der *Ungeduld*.

Dem repetitiven Rezitieren des »Nie wieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!« (Woidke 2020) die resolute Gegenüberstellung eines *Schon-Wieder?*

Wut und Nicht-Verwunderung.

Esin hat Recht. Die Ebenen in den Grabenkämpfen um diskursive Deutungshoheit werden vermischt. Es ist der Versuch, der binären Logik des ›Wir‹ und ›die Anderen‹ entgegenzutreten, die mich Gefahr laufen lässt, mich der verschleiern den Redewendung anzuschließen: Das geht doch auch mich etwas an! Eben weil ich diese Kategorisierung nicht anerkennen möchte, weil ich sagen möchte, mich betrifft es, auch wenn es mich nicht trifft. Das ist zu kurz gedacht. Ich bin nicht gemeint. Esin schon. Auf solidarischer Ebene wäre es jedoch fatal, sich nicht betroffen zu zeigen. Ich denke an Carolin Emckes Reflexion: »Ohne die Fähigkeit und Möglichkeit des Nachdenkens jenseits der eigenen Bedürfnisse, jenseits der eigenen Gruppe, [...], ohne das Entwickeln von Begriffen und Vergleichen zwischen unterschiedlichen Erfahrungen kann keine Gerechtigkeit [...] gedacht werden.« (Emcke 2019: 57).

Der Oberbürgermeister von Hanau, Claus Kaminsky, betont auf der Trauerfeier am 04. März, die Erschossenen seien keine ›Fremden‹, sondern gut integrierte ›Hanauer Buben‹ gewesen.¹ »Die Banalität des Rassismus« (Terkessidis 2004) entfaltet in dieser Aussage ihre ganze Kraft. Die Narrative, die von den Angehörigen der Ermordeten in die Öffentlichkeit getragen werden, sind auch Beteuerungen, dass ihre

1 | ›Die Opfer waren keine Fremden‹ wurde zum Leitspruch der Gedenkfeier (vgl. Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky zit.n. SZ Online 2020).

Söhne gearbeitet haben, ihre Brüder ›integriert‹ waren. Sie fußen auf der paradoxen Semantik des ›Niemals-ausreichend-Leisten-Könnens, um deutsch (genug) zu sein oder zu werden‹, und gleichzeitig eben diesen Leistungsnachweis erbringen zu müssen, um wenigstens als ›gute Nicht-Deutsche‹ zu gelten. Auch der Tod hebt diese gewaltsame Unterscheidung nicht aus.

Die Art, wie über das Attentat von Hanau gesprochen wird, stabilisiert das Weltbild des Täters. Denn die Begriffe dominanter Diskurse sind »alles andere als unschuldig oder zufällig, sondern als Machtpraxis zu verstehen« (Sökefeld 2007: 36). Dazu gehört *auch* das vermeintliche Inkludieren ›der Anderen‹, das Negieren der imaginären und doch wirkungsmächtigen Grenzziehungen.

*Helena hat Recht. Ihre solidarische Betroffenheit ist wichtig. (Zugeschriebene) »natio-ethno-kulturelle« (Mecheril 2003) Zugehörigkeiten sollten (gerade) jetzt bekämpft werden. An diesem Tag fühle ich mich dennoch vorrangig als ›Migrantisierte‹. Ich bin wütend, ich weiß, auch ich bin gemeint. In den folgenden Tagen höre ich jedoch die Wut kurdischer Aktivist*innen über die Vereinnahmungen in den Bezeichnungen der Opfer als Türk*innen, sehe die Dominanz türkischer Flaggen auf dem Trauermarsch, die Kurd*innen erneut gewaltvoll unsichtbar machen (vgl. Topcu 2020). Es wäre deshalb eine weitere Missachtung jener, mehrfach von Rassismus Betroffener, zu behaupten, dies sei ein Anschlag auf ›uns alle‹ als Migrantisierte.*

»Die unsichtbar sind, die sozial nicht wahrgenommen werden, [...] haben keine Gefühle, keine Bedürfnisse, keine Rechte« (Emcke 2016: 24). Diese Missachtung kann als sekundäre Erfahrung von Rassismus bezeichnet werden (vgl. Mecheril/van der Haagen-Wulff 2016: 132). Es ist deshalb wichtig, nicht von Rassismus, sondern von Rassismen zu sprechen (vgl. Friedrich 2011: 26), um Mehrfachstigmatisierungen, Überlagerungen verschiedener Rassismen, dessen Ausprägungen und die Kontingenz von Machtpositionen aufzuzeigen.

Wessen Betroffenheit ist berechtigt? Wessen Wut? »Wir lassen uns nicht spalten, wir stehen zusammen«, erklärt der hessische Ministerpräsident, Volker Bouffier, nach Hanau (Zeit Online/DPA 2020). Er könne die Angst zwar gut verstehen, sie dürfe aber nicht obsiegen. »Wir lassen uns nicht einschüchtern«, legt auch Steinmeier fest (Steinmeier 2020b). Welches ›Wir‹ spricht hier? In *Die Tageszeitung (taz)* vom 22./23. Februar 2020 heißt es: »Wir stellen die Opfer des rassistischen Anschlags vom 19. Februar in den Vordergrund. [...] Die Opfer sichtbar machen – dieses Ziel steht gegen die Frage, ob die Familie eines Getöteten öffentlich sein will« (Litschko 2020). Wird migrantisierten Menschen (anders als ›deutsch‹ gelesenen) der Raum der Trauer und die Möglichkeit des Rückzugs verwehrt, ja, entrissen? Sie müssen sich mit ihrer Trauer und den *Namen* ihrer Verluste sichtbar machen, sie *benennen*. Die Angehörigen der Opfer wollten diese Sichtbarmachung explizit.

Vielleicht müssen sie es wollen.

WAS SONST NOCH GESCHAH

»Die Zusammenstöße an den Toren, in deren Verlauf die Polizei von ihren Waffen hatte Gebrauch machen müssen, schufen eine dumpfe Aufregung. Es hatte Verwundete gegeben, aber in der Stadt redete man von Toten, da infolge der Hitze und der Angst alles übertrieben wurde.« (Camus 1958: 67)

Anfang März 2020. Schüsse an der EU-Außengrenze. Nach dem gescheiterten EU-Türkei->Flüchtlings-Deal von 2016 erklärt die türkische Regierung ihre Grenzen zur EU für ›geöffnet‹. »Noch ist Corona bloß eine dunkle Wolke am Horizont« (Buhl 2020) und noch sind die Kitas geöffnet. Wir beschließen, dass es in diesem Artikel um mehr gehen muss.

»Yara freut sich schon auf Sie. Sie rief vorhin, heute kommt Jeztin.«, sagt die Erzieherin freudig, als ich Yara von der Kita abhole. Ich nicke, »Esin.«, sage ich. Yara spricht meinen Namen richtig aus. Sie ist noch keine zwei und sie kann ihn aussprechen.

Hör' doch hin, denke ich.

Es kursieren Nachrichten von tausenden geflüchteten Menschen, die an der griechisch-türkischen Grenze von rechten Mobs mit Schlagstöcken zurückgedrängt werden, von Grenzschützern, die den Geflüchteten Handys und andere Habseligkeiten abnehmen und diese Menschen, die fliehen mussten, zurückschicken.

Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nessar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu und Vili Viorel Păun.

Hört doch hin, denken wir.

Etwas derart Normales, wie ein Name verliert seine Normalität für Menschen, deren Namen nie richtig ausgesprochen werden. Etwas derart Unmenschliches wie die Missachtung der Menschenrechte an EU-Außengrenzen gewinnt an Normalität, indem sich Bilder und Narrative zu den Geschehnissen an diesen Grenzen verfestigen. Immer noch muss betont werden, dass die Opfer von Hanau keine ›Fremden‹ waren. Während die ›Wo-kommst-du-eigentlich-her?‹-Frage aus sozialwissenschaftlicher Perspektive so oft diskutiert, so oft kritisiert wurde, dass sie inzwischen kaum mehr für akademischen Enthusiasmus sorgt, taucht sie im Alltag in den gewöhnlichsten Situationen auf, so routiniert, so ermüdend, dass sie nicht mehr verwundet.

»Da, wo Sie herkommen, aus Anatolien, ist das gewöhnlich, sogar gut. Dort mögen Männer breitere Hüften, das zeigt, dass Sie viele Kinder gebären und über den Winter kommen«, diagnostiziert ein Arzt, während er sich meinen Körper anschaut. Ich bin seit Langem wieder verwundert. Nicht sonderlich darüber, dass er die ›Wo-kommst-du-eigentlich-her?‹-Frage selbstbeantwortend überspringt, wie auch die Ärztin in der von Mark Terkessidis in seinem Buch »die Banalität des Rassismus« geschilderten Episode, als sie ihm einen Vitaminmangel biologistisch erklärte (2004: 9). Ich bin über dieses machtvolle Zusammenwirken von Rassismus und Sexismus verwundert, erinnere mich an das Konzept »Ethnosexismus« (Dietze 2016). Ich schreibe solche Situationen auf, um sie wissenschaftlich zu bearbeiten, eine Form der Selbst-Beschwichtigung durch einen Schutzschild der theoretischen Rüstung gegen die Banalisierung der Banalität des Rassismus. Das fällt in der Praxis nicht leicht, zu groß die Sorge vor Vorwürfen des Sich-In-den-Mittelpunkt-Rückens, der Selbst-Viktimisierung und der ›Unwissenschaftlichkeit‹.

Immer noch März: Das Asylrecht in Griechenland wird vorübergehend ausgesetzt, die EU-Außengrenze militärisch aufgerüstet. Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, sagt der griechischen Regierung volle Unterstützung zu. Sie betont, es gehe darum, die Grenzen zu schützen. #LeaveNoOneBehind verweist auf die humanitären Katastrophen an den EU-Außengrenzen, auf die Knappheit von Wasser und Seife, auf die Unmöglichkeit von *social distancing* in überfüllten Lagern. In Deutschland wird um Klopapier, Nudeln, Desinfektionsmittel gestritten. Es bestehe kein Grund zu hamstern, betont die Bundeskanzlerin in ihrer Fernsehansprache am 18. März, hamstern sei unsolidarisch (vgl. Merkel 2020).

»Es ist ein Privileg, sich in diesen Tagen in Deutschland vor Corona zu fürchten«, sagt Esin. »Aber ist es nicht auch ein Privileg, sich nicht vor Corona fürchten zu müssen?«, fragt Helena.

ES BETRIFFT ›UNS ALLE‹?

»Man kann sagen, dass von diesem Augenblick an die Pest uns alle betraf.« (Camus 1958: 41)

Mitte März 2020. Die Redaktion verschiebt die Deadline für diesen Artikel.

»Mit den Hamsterkäufen verfallen wir in einen kompetitiven Kampfmodus, wenn wir die letzten Packungen Barilla zähnefletschend horten, während wir uns mit dem Einkaufswagen erbarmungslos den Weg zur Kasse freiräumen«, schreibt Samira El Ouassil am 5. März 2020 in ihrer *Spiegel*-Kolumne und ergänzt: »wir sind längst im

angstinduzierten antihumanitären Kampfmodus, wenn wir Flüchtlinge buchstäblich beschießen lassen« (El Ouassil 2020).

Meine Mutter wird positiv auf COVID-19 getestet.

Am 18. März stellt Lin Hirse in der taz fest: »Die Leute sagen, wir brauchen Solidarität, aber sie meinen Solidarität in Grenzen. Ich will wissen, wie Solidarität ihren Namen verdient hat, wenn in Griechenland Ventilatoren Kinder wegblasen, oder ein paar Tage nach Hanau wieder alles wie immer ist, oder wenn sich vor ein paar Wochen fast niemand nach meiner Familie in China erkundigt hat« (Hirse 2020).

Angst verschiebt die Dimensionen der Wahrnehmung. Der eigene Radius wird plötzlich ganz eng.

»Unsere Solidarität, unsere Vernunft, unser Herz füreinander sind auf eine Probe gestellt«, greift Fatma Aydemir am 16. März 2020 in der taz die Worte der Bundeskanzlerin auf und ergänzt: »Diese schönen Worte hätten auch als Kommentar nach dem rechtsextremen Anschlag in Hanau gepasst oder als Reaktion auf die desaströse Lage für Geflüchtete an der türkisch-griechischen Grenze. Nur hätten sie sich weniger Menschen zu Herzen genommen« (Aydemir 2020).

Angst verschiebt auch die empfundenen Ungerechtigkeiten in diesen Radius.

Die Pest von Albert Camus könnte eine oft gespielte Romanadaption der nächsten Jahre sein. Camus' Schilderungen lassen sich wie eine Blaupause über das gegenwärtige Geschehen legen. Das ist weder verwunderlich noch zufällig, so war es sein Anliegen, soziales Handeln in ›Katastrophensituationen‹ zu kritisieren. Erstaunlich ist vielmehr, dass meist unerwähnt bleibt, dass *Die Pest* als Bild diente, um über Faschismus zu schreiben, dennoch holten viele *Die Pest* erst im Angesicht der Covid-19-Pandemie aus den Bücherregalen hervor – Hanau rief diese Assoziation nicht auf.

Müssen wir jetzt über Hanau reden?

Deutschland schließt seine Grenzen – die ›eigenen Leute‹ werden aus dem Ausland zurückgeholt. Milo Rau kommentiert in der taz vom 25. März spöttisch: »Die Schließung der Grenzen für alle Flüchtlinge und ihre Einschließung in Lagern wird als seuchenbedingte Mobilitätseinschränkung verkauft, während man Zehntausende Staatsbürger aus aller Welt heimholt. Gerade weil das epidemiologisch so völlig widersprüchlich ist, ist es zugleich so nationalistisch, so logisch« (Rau 2020).

Meiner Mutter geht es immer schlechter.

Corona ändere gesellschaftliche Wahrnehmungen, denn Corona kenne keine Grenzen, keinen Status, keine Nationalitäten. Vor einem Virus seien ›wir‹ alle gleich, das Virus diskriminiere nicht (vgl. Geisel 2020). Wie nach Hanau kursiert wieder ein trügerisches Narrativ der Gleichsetzung.

Angst schafft Gleichgültigkeit.

Anders als nach Hanau und den Geschehnissen an der EU-Außengrenze ist nun solidarisch, wer zu Hause bleibt. Es ist eine konträre Bewegung. Im Paradoxon der Solidaritätsrufe findet nicht bloß ein Rückzug ins Private statt, sondern auch eine Verengung der Perspektiven auf nationale Interessen. *#Staythefuckhome* ist eine Farce für diejenigen, die keine Lobby haben, kein sicheres Zuhause.

Ein Achselzucken für die Verbindungslinien zwischen den hier aufgezeigten Geschehnissen.

Hanau-Griechenland-Corona – eine Verbindungslinie. Auch wir haben sie gezogen. Seit den ersten Meldungen über die Lage in Wuhan machten wir es uns zur Aufgabe, jedes Mal, wenn jemand Corona erwähnte, konsequent an Hanau zu erinnern und auf die desaströse Lage an der Grenze zu Griechenland hinzuweisen.

Ich hatte keine Angst nach Hanau. Ich war betroffen und habe gelernt, dass es anmaßend ist, zu behaupten, es trifft mich gleichermaßen. Jetzt habe ich Angst um meine Mutter. Ich empfinde es als übergriffig, Menschen die Angst vor Corona abzusprechen. Wie können wir über Solidarität, über die Macht der Sprache und der Bilder sprechen und gleichzeitig unsere Wahrnehmungsraster nicht ›für wahr nehmen?‹ Esin ist betroffen, als wir darüber sprechen. Erschienen uns der Covid-19-Ausbruch in Wuhan tatsächlich so fern und seine sozialen Auswirkungen so völlig übertrieben?

»Ich weiß, dass meine Angst eine privilegierte ist im Vergleich zu den Ängsten anderer. Ging es dir nicht ähnlich nach dem Anschlag in Hanau, auch wenn unsere involvierte Betroffenheit natürlich eine andere ist? Macht das Sinn nach einer Verbindung zu suchen?«, fragt Helena. »Müssen wir uns nicht auch deshalb mit unseren Ängsten sichtbar machen, um unsere Scheuklappen, unsere unbewussten Hierarchisierungen offen zu legen?«, antwortet Esin und ergänzt: »Es ist eine Verbindungslinie. Eine affektive, emotionale Spur von dir zu mir.«

EPILOG

»Sagen Sie, Herr Doktor, stimmt es, daß sie den Toten der Pest ein Denkmal errichten wollen?«

›Die Zeitungen sagen es. Eine Säule oder eine Gedenktafel.«

›Das dachte ich mir. Und es wird Reden geben.« Der Alte lachte ein gurgelndes Lachen. ›Ich höre sie jetzt schon: ›Unsere Toten. . .‹ und dann werden sie zum Essen gehen.« (Camus 1958: 181)

Mitte April 2020. Wo stehen wir jetzt? Yara winkt fröhlich in die Kamera. ›Esin«, ruft sie, tippt auf ihre Nase, berührt das Handydisplay. Wir haben mit unserer Refle-

xion nach Hanau, der Wut und Nicht-Verwunderung begonnen. Dann haben uns die Ereignisse überrollt. Und so auch diesen Text.

Es wird womöglich eine sozialwissenschaftliche Zäsur geben, unzählige Publikationen, die sich mit den sozialen Auswirkungen der Pandemie befassen. Die Wiederbelebung sozialphilosophischer Diskurse zu Solidarität, soziologische Perspektiven auf ›Balkongesänge‹ als performative Nachbarschaftlichkeit, auf ›Coronapartys‹ als Bewältigungsstrategie, rassismuskritische Perspektiven auf die Fokussierung nationaler Grenzziehungen. Die erlebte, empfundene Verbindungslinie von Hanau, Griechenland und Corona wird vermutlich wenig Beachtung finden. Zu Recht, denken wir, denn vordergründig gibt es keine Verbindung zwischen einem Virus, der EU-Asylpolitik und rechtem Terror. Und doch wurde sie gezogen, die Verbindung der *Wahrnehmungsebenen* und die mit ihr verwobenen *Narrative*. Ihnen liegen Rassismen und Kämpfe um Deutungshoheit über die Geschehnisse zugrunde. Es sind diese affektiven Reaktionen, emotionalen Feinheiten, die mit der Etablierung neuer wissenschaftlich-theoretischer Diskurse verschwimmen, in Vergessenheit geraten. Vielleicht ist es diese Spur, die wir schreibend zu erfassen suchen.

Das Wahrnehmungsdispositiv nach dem Anschlag in Hanau, welches von verschiedenen Zuschreibungsmustern, Leistungs- wie Integrationsimperativen zerrüttet ist und beansprucht zu entscheiden, wer betroffen ist, wer gemeint ist, wer sichtbar gemacht wird, ist dasselbe Wahrnehmungsdispositiv, welches Angst zu- und abspricht, andere Geschehnisse eifersüchtig zurückweist. Warum sollten wir uns vor einem Virus fürchten, wenn es Menschen zu fürchten gibt? Wir wollten auf die Instrumentalisierung des Emotionalen hinweisen, aber auch wir haben sie betrieben. Wir waren wütend, dass Corona mehr Gewissheiten zu irritieren schien als Hanau und die Situation an der türkisch-griechischen Grenze. Wir haben festgelegt, was uns zu betreffen hat, worüber gesprochen werden muss.

Es brauchte erst die emotionale und reflexiv-dialogische Auseinandersetzung zwischen uns als unterschiedlich situierte Wissensproduzentinnen, um die Vielschichtigkeit unserer Betroffenheiten und das Hineinwirken dieser in unser Wahrnehmungsdispositiv als Resonanzraum hörbar zu machen: »Lived experience is not ›talked about‹, it is demonstrated« (Richardson 1993: 706). Unser Anliegen ist es, für Rezipient*innen eine Möglichkeit des Sich-in-Beziehung-Setzens zu den Geschehnissen mit Hilfe der Transparenz unseres In-Beziehung-Sein zu bieten. Damit folgen wir den Überlegungen feministischer Theoretikerinnen (vgl. u.a. Militz/Faria/Schurr 2019), die sich für gemeinschaftliche Vorgehensweisen der Wissensproduktion aussprechen:

»The knowing self is partial in all its guises, never finished, whole, simply there and original; it is always constructed and stitched together imperfectly, and *therefore* able to join with another, to see together without claiming to be another.« (Haraway 1988: 586, Herv. i.O.)

Die emotional-lebensweltlichen Episoden im Beitrag, welche eine vermeintlich klar zuzuordnende Sprecherinnenstruktur aufweisen und darlegen, wer gerade spricht bzw. schreibt, bilden gemeinschaftlich geschriebene Blickwinkel ab. Dabei hat keine von uns *für* die andere geschrieben, sondern versucht, die jeweils andere Perspektive schreibend mitzuerfassen und ergänzend zu stärken. Unser Schreibprozess markiert damit nicht nur einen emotionalen Zugang, sondern stellt eine assoziativ-dialogische und damit kollaborative Schreibstrategie dar (vgl. Militz/Faria/Schurr 2019). Wir schreiben uns damit in eine *affektive Methodologie* ein.

Viel zu häufig haftet Wissenschaftler*innen Arroganz an, weil sie *über* einen Sachverhalt, einen Diskurs, ein Phänomen sprechen. Sie ordnen ein und schreiben Deutungen fest. Deshalb folgte dieser Text emotionalen Spuren, er *musste* diesen Spuren folgen. Denn über Rassismus und Solidarität zu schreiben, bedeutet die eigenen, beigebrachten, eingeübten und sich wiederholenden ›Denk(ab-)brüche‹ zu erkennen. Dies kann auch als Versuch gelesen werden, gegen die Entemotionalisierung der (Sozial-)Wissenschaften und die Wirkmächtigkeit forschungsperspektivischer WahrnehmungsfILTER anzuschreiben: »Much hope can be placed on the power of collaboration [...] that challenges the power inequities upon which scholarship and the academy rests« (Torres 2019). Wir schreiben als emotional involvierte Wissenschaftlerinnen und verweigern damit einen normativen Wissenschaftsanspruch, der Objektivität suggeriert. Dieses Vorgehen sehen wir als Antwort auf Audre Lorde's Frage: »How do you use your rage?« (Lorde 2018: 24)

»It needs the researcher to be vulnerable and intimate. Intimacy is a way of being, a mode of caring, and it shouldn't be used as a vehicle to produce distanced theorizing.« (Ellis/Bochner 2006: 433)

Am Anfang standen die Wut und das Gefühl der Nicht-Verwunderung. Emotionalität schreibend zu erfassen, bedeutet nicht, sie überwinden zu wollen oder diese als Unbeholffenheit missverstanden zu wissen. Wir betrachten sie vielmehr als Widerständigkeit, als Methode, als Instrument der Analyse, um kollektive WahrnehmungsfILTER und das eigene Für-Wahr-Nehmen durch eine gemeinschaftliche Reflexion zu beleuchten, welche in hegemonialer Wissensproduktion im Dunkeln verbleiben. Unsere Emotionalität, die nicht uns allein gehört, sondern in kollektive Machtstrukturen eingeschrieben ist, ist insofern Inspiration und Impuls für die Verschriftlichung. Dieser Text ist

damit auch ein Plädoyer und markiert den Beginn einer Suche, die unabgeschlossen bleibt.

LITERATUR

- Ahmed, Sara (2014): *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh.
- Albrecht, Nicole (2017): *Gefühle im Prozess der Migration. Transkulturelle Narrationen zwischen Zugehörigkeit und Distanzierung*. Wiesbaden.
- Aydemir, Fatma (2020): *Chance in der Coronakrise. Europa steckt in der Krise, endlich*. taz vom 16.03.2020. URL: taz.de [16.04.2020].
- Bargetz, Brigitte (2016): *Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen*. Bielefeld.
- Bourdieu, Pierre (1997): *Verstehen*. In: Ders. / Balazs, Gabrielle / Beaud, Stéphane / Brocolichi, Sylvain / Champagne, Patrick / Christin, Rosine / Lenoir, Remi / OEuvrard, Françoise / Pialoux, Michel / Sayad, Abdelmalek / Schultheis, Franz / Soulié, Charles (Hg.): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz. 779–802.
- Buhl, Marius (2020): *Das vergessene Trauma von Hanau*. Tagesspiegel vom 01.04.2020. URL: tagesspiegel.de [16.02.2021].
- Camus, Albert (1958): *Die Pest*. Hamburg.
- Davies, James / Spencer, Dimitrina (2010) (Hg.): *Emotions in the Field. The Psychology and Anthropology of Fieldwork Experience*. Stanford.
- Dietze, Gabriele (2016): *Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Silvesternacht*. In: *movements 2* (1). URL: movements-journal.org [13.05.2021].
- El Ouassil, Samira (2020): *Den inneren Wohlstandsfaschisten überwinden*. Spiegel Online vom 05.03.2020. URL: spiegel.de [16.04.2020].
- Ellis, Carolyn / Bochner, Arthur P. (2006): *Analyzing Analytic Autoethnography. An Autopsy*. In: *Journal of Contemporary Ethnography* 35 (4). 429–449.
- Emcke, Carolin (2016): *Gegen den Hass*. Frankfurt am Main.
- Emcke, Carolin (2019): *Ja heißt ja und... Ein Monolog*. Frankfurt am Main.
- Foroutan, Naika (2017): *Blick hinter den Schleier. Naika Foroutan zum Siegeszug des Begriffs des Postmigrantischen* (Interview). Rosa Luxemburg Stiftung, 25.04.2017. URL: rosalex.de. [14.5.2021].
- Friedrich, Sebastian (2011): *Einleitung*. In: Ders. (Hg.): *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«*. Münster. 8–39.
- Geertz, Clifford (1983): *Dichte Beschreibung*. Frankfurt am Main.
- Geimer, Alexander (2011): *Performance Ethnography und Autoethnography. Trend, Turn oder Schisma in der qualitativen Forschung?* In: *Zeitschrift für Qualitative Forschung (ZQF)* 12 (2). 299–320.
- Geisel, Sieglinde (2020): *Vor einem Virus sind alle Menschen gleich*. Deutschlandfunk Kultur vom 10.03.2020. URL: deutschlandfunkkultur.de [05.03.2020].
- Haraway, Donna (1988): *Situated Knowledges. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective*. In: *Feminist Studies* 14 (3). 575–599.

- Heute Journal (2020): Hanau. In tiefer Trauer. ZDF-Interview mit Serpil Temiz vom 23.02.2020. URL: zdf.de [10.04.2020].
- Hierse, Lin (2020): Solidarität in Krisenzeiten. Was nah geht, was fern bleibt. taz vom 18.03.2020. URL: taz.de [16.04.2020].
- Kahveci, Çağrı (2017): Migrantische Selbstorganisation im Kampf gegen Rassismus. Die politische Praxis ausgewählter antirassistischer Gruppen türkeistämmiger Migrant_innen. Münster.
- Kaloianov, Radostin (2014): Kritik und Migration. Eine Studie. Münster.
- Kilomba, Grada (2016): Wenn Diskurs persönlich wird. Missy Magazin vom 22.04.2016, URL: missy-magazine.de [16.02.2021].
- Liebal, Katja / Lubrich, Oliver / Stodulka, Thomas (2019): Emotionen im Feld. Bielefeld.
- Linska, Marion (2012): Selbst-/Reflexion in der Kultur- & Sozialanthropologie. Norderstedt.
- Litschko, Konrad (2020): Hanau nach dem Attentat. Die Zeit der Worte ist vorbei. taz vom 21.02.2020. URL: taz.de [16.04.2020].
- Lorde, Audre (2018): *The Master's Tools Will Never Dismantle the Master's House*. London.
- Mecheril, Paul (2003): Prekare Verhältnisse. Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-) Zugehörigkeit. Münster.
- Mecheril, Paul / van der Haagen-Wulff, Monica (2016): Bedroht, angstvoll, wütend. In: Castro Varela, María do Mar / Mecheril, Paul: *Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart*. Bielefeld. 119–142.
- Merkel, Angela (2020): Fernsehansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Rede vom 18.03.2020. URL: bundesregierung.de [16.02.2021].
- Militz, Elisabeth / Faria, Caroline / Schurr, Carolin (2019): Affectual Intensities. Writing With Resonance as Feminist Methodology. In: *Area* 52 (2). 1–8.
- Neumayr, Agnes (2007): Kritik der Gefühle. Feministische Positionen. Wien/Milena.
- Rau, Milo (2020): Corona trifft Antigone. Theaterprojekt mit Landlosen in Brasilien. taz vom 25.03.2020. URL: taz.de [16.04.2020].
- Reichertz, Jo (2015): Die Bedeutung der Subjektivität in der Forschung. In: *Forum: Qualitative Sozialforschung (FQS)* 16 (3). Art. 33.
- Richardson, Laurel (1993): Poetics, Dramatics, and Transgressive Validity. The Case of the Skipped Line. In: *The Sociological Quarterly* 34 (4). 695–710.
- Schiffauer, Werner (2002): Grenzen des ethnologischen Verstehens. In: Kühne-Bertram, Gudrun / Scholtz, Gunter (Hg.): *Grenzen des Verstehens. Philosophische und humanwissenschaftliche Perspektiven*. Göttingen. 231–246.
- Sökefeld, Martin (2002): Feld ohne Ferne. Reflexionen über ethnologische Forschung zu Hause, in Hamburg, zum Beispiel. *Ethnoscripts* 4 (1). 82–96.
- Sökefeld, Martin (2007): Problematische Begriffe: »Ethnizität«, »Rasse«, »Kultur«, »Minderheit«. In: Schmidt-Lauber, Brigitta (Hg.): *Ethnizität und Migration. Einführung in Wissenschaft und Arbeitsfelder*. Berlin. 31–50.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2016): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien.
- Steinmeier, Frank-Walter (2020a): Zentrale Trauerfeier für die Opfer des Anschlags vom 19. Februar. Rede vom 04.03.2020. URL: bundespraesident.de [16.02.2021].

- Steinmeier, Frank-Walter (2020b): Mahnwache für die Opfer der Gewalttat in Hanau. Rede vom 20.02.2020. URL: [bundespraesident.de](https://www.bundespraesident.de) [12.05.2021].
- Stodulka, Thomas / Dinkelaker, Samia / Thajib, Ferdiansyah (2019): *Affective Dimensions of Fieldwork and Ethnography*. Basel.
- SZ Online (2020): Totengebet für Opfer des Hanauer Anschlags. 28.02.2020. URL: [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de) [12.05.2021].
- Terkessidis, Mark (2004): *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*. Bielefeld.
- Topcu, Canan (2020): Rechter Terror in Hanau: In der Türkei instrumentalisieren Nationalisten die Opfer. Frankfurter Rundschau vom 27.02.2020. URL: [fr.de](https://www.fr.de) [16.02.2020].
- Torres, Gabriela M. (2019): *Feminist Anthropology Is Teamwork*. Anthropology News vom 07.11.2019. URL: [anthropology-news.org](https://www.anthropology-news.org) [14.04.2020].
- Woidke, Dietmar (2020): Gedenken zum Anschlag in Hanau. Die Opfer waren keine Fremden. Rede vom 13.03.2020. URL: [bundesrat.de](https://www.bundesrat.de) [16.02.2021].
- Zeit Online / DPA (2020): Hanau. »Wir lassen uns nicht spalten und wir stehen zusammen.« Zeit Online vom 04.03.2020. URL: [zeit.de](https://www.zeit.de) [16.02.2020].

Interview

Without Community, There Is No Liberation

Ein Filmgespräch zu Herausforderungen
community-übergreifender Organisation
angesichts fortwährender rassistischer Gewalt und Krisen

NADIYE ÜNSAL, JESSICA KORP, TIJANA VUKMIROVIĆ, JASMIN EDING,
SANCHITA BASU

Abstract: This telephone interview about cross-community organizing took place during the first Covid-19-lockdown in Berlin in spring 2020 and one month after the racist, rightwing massacre in Hanau (Hesse), where a nazi shot and killed nine young People of Color (PoC)/descendants of migrants in two shisha bars and a shop close by. It is inspired by the documentary *Without Community, There Is No Liberation* – an independent production of the Berlin based Black and PoC Women (BPoC Women) documentary film collective *Activistar Film & Video Productions*. The movie documents self-organized anti-racist movements and struggles of racialized communities since the fall of the Berlin Wall. It collects untold stories, experiences and archive footage of activists from the Black German Community, refugees, descendants of the ›guest worker‹ generation, a Mapuche activist and other contemporary witnesses. The movie calls for more collective action of racialized communities in Germany. In this conversation one of the filmmakers Nadiye Ünsal (*Activistar Film & Video Productions Collective*) talks to Sanchita Basu (*ReachOut*) and Jasmin Eding (*Adefra roots*) about (im)possibilities of antiracist political work, cross-community alliances and solidarity.

Keywords: BIPOC, resistance, social movements, racism, self-organization

Nadiye: Was hat Euch motiviert, Teil des Dokumentarfilms *Zusammen haben wir eine Chance / Without Community, There is No Liberation* über die Geschichte verschiedener communityübergreifender Kämpfe gegen Rassismus nach dem Fall der Berliner Mauer zu werden?

Sanchita: Ich fand die Idee interessant, weil ich keinen deutschen Dokumentarfilm zu dem Thema kannte. Natürlich war auch ein Grund, dass ihr das wart – du, Leila und Zerrin – mit denen wir zusammengearbeitet haben und mit denen ich die gleichen politischen Wege gegangen bin. Das hat mich auch stark motiviert.

Jasmin: Mich hat es motiviert, weil wir darin eine Möglichkeit gesehen haben, dass unsere Bewegung und Geschichte bekannter und sichtbarer wird. Das ist auch eine Motivation für andere, sich aktivistisch zu engagieren. Viele wussten nichts von den Bewegungen. Auch mir gab der Film die Möglichkeit, andere Gruppen kennenzulernen. Wir leben in einer schnelllebigen Zeit. Ereignisse werden schnell vergessen oder sogar verfälscht. Daher ist dieser Film ein Zeitzeugnis unserer Bewegung.

Nadiye: Das kann ich auch unterstreichen. Natürlich kam die Idee von Zerrin und mir, das erst mal zu machen. Unsere Kriterien, mehrheitlich Frauen of Color und Schwarze Frauen zu finden, die seit den 1990er Jahren aktiv sind, strukturierte unsere Suche nach Aktivist:innen für den Film. Die Suche war somit für mich ein Anlass, neben meiner Compañera Sanchita, auch Aktivist:innen, denen ich oft begegne, anzusprechen und ihre Geschichte der Selbstorganisation kennenzulernen. Euch durch den Film kennenzulernen, das war dann auch ein guter Effekt davon. Das leitet auch perfekt zu der nächsten Frage über.

Nadiye: Was bedeutet für Euch communityübergreifende Solidarität?

Jasmin: Das bedeutet für mich, dass sich nicht nur Menschen afrikanischer Herkunft dafür einsetzen, sondern eben andere Communities auch, die vielleicht sonst nicht so viel miteinander zu tun haben. Ein Beispiel sind die Oury Jalloh Aktivitäten,¹ die ich super finde. Viele Initiativen unterstützen sie und dadurch werden auch kleinere, nicht so bekannte Bewegungen gestärkt. Durch Aktionen, aber auch finanziell, was auch ein wichtiger Faktor ist. Solche Aktionen haben auch mehr Gewicht, wenn communityübergreifende Solidarität stattfindet.

Sanchita: Communityübergreifende Solidarität und Aktivität hat eine lange Geschichte für mich. In den 1980er Jahren haben Walid und ich versucht, eine communityübergreifende politische Gruppe zu etablieren. Walid hatte eine palästinensische politische Gruppe. Wir haben zusammengearbeitet und uns viel ausgetauscht. Gemeinsam mit Singam, der nicht mehr in Deutschland lebt, haben wir überlegt, was wir nach der Abschaffung des Asylbewerbergesetzes (§16a) machen können. Es kamen damals sehr viele unterschiedliche Communities zusammen, bspw. die tamilische, türkische, kurdische, palästinensische und die Schwarze Community. Wir haben uns damals Migrant:innen genannt. Wir Migrant:innengruppen haben überlegt, was wir dagegen

1 | <https://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>

tun können? Wir können nur etwas tun, wenn wir eine laute Stimme haben. Communityübergreifende politische Aktivitäten sind nicht einfach, weil es unterschiedliche Ansichten gibt, aber es erzeugt sehr viel Stärke. Diese communityübergreifenden politischen Arbeit und Solidarität war für mich wirklich eine sehr große politische Lektion.

Jasmin: Viele Communities sind gespalten und es ist gerade wichtig, diese Spaltung zu überwinden. Es ist schwierig und das ist bedauerlich, da es Bewegungen schwächt.

Sanchita: Es ist schwer, aber es ist machbar, wenn wir bei bestimmten Punkten auch kompromissbereit sind und sagen: »Ok, hören wir auf. An diesem Punkt muss die Community erst einmal unter sich klären und dann sprechen wir weiter.«

Nadiye: Und warum war es wichtig, als Migrant:innengruppen zu agieren damals?

Sanchita: Wir haben gemerkt – sowohl Walid als auch Singam – dass unsere Stimme untergeht, wenn wir in gemischten Gruppen, d.h. mit Weißen zusammen, politisch agieren. Dass wir nicht sichtbar und hörbar waren, obwohl wir sichtbarer waren als die Weißen, weil wir weniger waren. Das wollten wir nicht weiter hinnehmen und deswegen war uns wichtig, dass wir unsere eigene Gruppe bilden.

Nadiye: Und du hattest noch erwähnt, dass es verschiedene Ansichten geben kann in communityübergreifender politischer Arbeit. Woran denkst du da z.B.?

Sanchita: Ich denke an Sachen, die man vielleicht nicht aussprechen darf. Zum Beispiel *BDS* [Boycott, Divestment and Sanctions] oder z.B. auch an die kurdische Community oder die Auseinandersetzung über die Vernichtung der Armenier:innen. Es gibt ganz viele Sachen, die ich nennen kann, aber das sprengt unseren Interviewrahmen.

Nadiye: Du meinst eher länderspezifische Konflikte, die in die Bündnisse reingetragen werden.

Sanchita: Das auch, aber auch bestimmte politische Ansichten, die wir von Weißen Kolonialist:innen gelernt haben und die nicht richtig sind. So wie *BDS* oder der Krieg gegen den Irak 1991, bei dem viele Aktivist:innen der amerikanischen Propaganda verfallen sind. Ich kann die Liste immer weiterführen, aber was ich mit unterschied-

lichen Ansichten meinte: Die Communities haben erstens mit unterschiedlichen Biographien zu tun und zweitens sind sie auch nicht aus derselben politischen Schule.

Nadiye: Jasmin, ich habe noch eine Frage an dich, weil du eben noch Sanchita ergänzt hast. Du hast von »die Trennungen zu überwinden, Spaltungen zu überwinden zwischen den Communities« gesprochen. Woran hast du da gedacht?

Jasmin: Es gibt viele verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Zielen, z.B. wir als Schwarze Bewegung. Da ist der Fokus auf antirassistische Aktivitäten. Aber es gibt andere BIPOC-Organisationen, deren Schwerpunkt die Änderung der Asylgesetze oder der Kampf für ein *Wahlrecht für alle* ist. Ich glaube, wir müssen uns mehr öffnen, auch für die Themen, die uns nicht direkt betreffen, aber doch auch etwas mit uns zu tun haben. Zum Beispiel die Kopftuchdebatte, da gibt es ja auch unterschiedliche Meinungen.

Nadiye: Du meinst, so wie Sanchita, dass man durch den internalisierten Rassismus darüber spricht, im Sinne von »Kopftuch ist Unterdrückung und ist doch gut, dass es verboten ist«.

Jasmin: Ja genau.

Nadiye: Also du meinst, unsere eigenen Rassismen können uns auch trennen. Verschiedene Arbeitsschwerpunkte trennen uns, aber wir müssen das auch überwinden.

Sanchita: Ich würde das nicht alles »Rassismen« nennen. Zum Beispiel die Kopftuchdebatte: Als Feminist:innen haben wir bestimmte Sachen gelernt, die oft dogmatisch sind. Es ist nicht einfach diese Dogmen zu überwinden. Wir haben bspw. gelernt, dass das Kopftuch »Unterdrückung von Frauen« bedeutet. Aber, dass diese feministischen Ansichten auch sehr Weiß sind, das vergessen wir und sehen es oft nicht so. Wir merken nicht, dass es ein Verbot ist. Ob wir für oder gegen das Kopftuch sind, ist in diesem Fall nicht wichtig. Wichtiger ist, dass eine Person nicht ihre eigene Entscheidung treffen *darf*. Das finde ich problematisch beim Kopftuchverbot und m.E. steht das nicht in Einklang mit Feminismus.

Nadiye: Wie können communityübergreifende Bündnisse wirklich Erfolge erbringen? Sanchita, du hattest davor schon von Kompromissen gesprochen. Kannst du das nochmal ausführen?

Sanchita: Zum Beispiel die Kopftuchdebatte. Das kann uns – wie Jasmin meinte – in communityübergreifenden Bündnissen auseinanderbringen. Wir müssen schauen, wie wir mit solchen Themen umgehen. Dass wir unsere Prinzipien, unsere eigenen politischen Einstellungen haben, aber trotzdem in bestimmten Punkten auch kompromissbereit sind. Auch mit *BDS*. Das Problem ist, ich würde da nie einen großen Kompromiss machen können. Ich würde nicht sagen, »Ok, ihr seid dagegen [gegen *BDS*], aber wir machen es zusammen.« Vielleicht können wir versuchen kleine Kompromisse, eine punktuelle Bündnisarbeit einzugehen, wenn wir eine Demonstration organisieren. Aber nicht eine enge Bündnisarbeit, in der man jahrelang zusammenarbeitet, wie wir es im *Bündnis gegen Rassismus* machen. Dort haben wir eben viel diskutiert und wir haben uns auch über bestimmte Themen viel gestritten. Das meinte ich auch mit Kompromiss. So werden wir lernen einander zu respektieren und abweichende Positionen zu akzeptieren.

Mir fällt hier ein Beispiel für einen Kompromiss ein: Nach dem Angriff in Rostock-Lichtenhagen, haben wir ein BIPoC Aktionsbündnis in Berlin gegründet und entschieden die bundesweite Demonstration in Rostock-Lichtenhagen mit zu organisieren. Wir haben einen Bus organisiert und wollten geschlossen als Schwarze und PoCs mit dem Bus zur Demo fahren, aber da haben wir mit vielen Aktivist:innen diskutieren müssen und zum Schluss den Kompromiss gefunden, dass es auch zwei Busse geben kann. Einen für alle, z.B. Weiße Aktivist:innen oder auch Aktivist:innen, die sich nicht als PoCs positionieren, aber solidarisch sind und einen für Schwarze und PoCs.

Nadiye: Also du meinst auch Streit(-kultur) kann Bündnisarbeit stärken?

Sanchita: Ja, genau.

Nadiye: Jasmin, wie findest du communityübergreifende Bündnisarbeit praktisch umsetzbar, für dich z.B.?

Jasmin: Ein gutes Beispiel war letztes/vorletztes Jahr die Konferenz vom *International Women Space*, wo viele Frauen aus unterschiedlichen Bereichen zusammengekommen sind. Das war eine tolle communityübergreifende Veranstaltung. Dort habe ich Dinge erfahren, die ich vorher noch nicht wusste. Dass Frauen dort auftauchen, die sonst nie in solchen Zusammenhängen zu sehen sind, z.B. auch migrantische Frauen aus der ehemaligen DDR, zu denen hatte ich vorher noch nicht viel Kontakt. Und das war für mich eine Möglichkeit, sie kennenzulernen und mehr über sie zu

erfahren, weil hier im ›Westen‹ wurde wenig thematisiert, welche Aktivitäten es von Migrant:innen in der DDR gab.

Nadiye: Das Erfolgreiche, was ich bei dir heraushöre, bei communityübergreifender Arbeit war, dass verschiedene migrantisch-diasporische Geschichten Raum hatten und nicht hierarchisiert wurden?

Jasmin: Ja, das meine ich. Es gab eine Übersetzung in viele Sprachen. Oft schließt unsere Sprache andere aus. Es gibt wenige Konferenzen und Veranstaltungen, deren Beiträge und Inhalte übersetzt werden. Es kamen Frauen von der Basis zur Sprache, die ihre Lebensrealitäten mit uns geteilt haben.

Nadiye: Hast du dich daraus nachhaltig vernetzen können mit den Frauen, die dir dort begegnet sind?

Jasmin: Es kommt immer wieder zu Begegnungen, aber bisher noch nichts Nachhaltiges, punktuell findet es statt.

Nadiye: Ok, es wäre dir auf jeden Fall noch ein Bedürfnis.

Jasmin: Ja. Die Frage kommt dann erst nachher. Aber wichtiger ist, warum das nicht so oft passiert. Ich bin zwar sehr interessiert, aber ich schaffe es nicht genug, mich bei communityübergreifenden Projekten zu engagieren. Eine Möglichkeit wäre, wenn ich die Möglichkeit hätte, nicht so viel Lohnarbeiten zu müssen und das bedingungslose Grundeinkommen erhalten würde, dann hätte ich viel mehr Zeit für die Communityarbeit, die so wichtig ist. Es würde solidarische Arbeit erleichtern. Nichtsdestotrotz, Kapitalismus kann uns nicht davon abhalten, weiter zu kämpfen.

Nadiye: Das stimmt, die Coronakrise zeigt uns auch andersherum, was auf staatlicher Ebene an Umverteilung möglich wäre.

Jasmin: Ja, eine Umverteilung nicht nur hier in Deutschland. Die Auswirkungen von Corona, die sich in anderen Ländern abspielen, sind erschreckend. Ich habe den Eindruck, dass Deutschland sich unsolidarisch verhält. Die Medien berichten hauptsächlich aus Sicht der deutschen Situation. Wenn es Facebook und das Internet nicht gäbe, würden wir wenig über die katastrophalen Zustände in anderen Ländern hören. Asien, Lateinamerika, Afrika – Kontinente, die von Europa missbraucht wurden und immer

noch werden, werden ignoriert. Durch gemachte Armut, *Made in Europe*, und werden jetzt im Stich gelassen.

Nadiye: Ja, das stimmt. Unsere Kämpfe sollten wir dementsprechend auch immer in einem (global/historischen) Kontext sehen. Habt ihr noch etwas hinzuzufügen zu der Frage zu communityübergreifender praktischer Arbeit?

Sanchita: Das *Festival gegen Rassismus*, das wir [*Bündnis gegen Rassismus*] organisieren, war bspw. auch eine communityübergreifende Arbeit. Zu überlegen, welche Künstler:innen man einlädt, welche Workshops man macht. All diese Sachen haben wir versucht, mit verschiedenen Communities zusammen zu erarbeiten. Und wir mussten ganz viele Kompromisse eingehen. Alles, was wir ins Programm nehmen wollten, wäre in 2 ½ Tagen nicht möglich gewesen. Da bräuchte man 2 ½ Monate. Auf dem ersten und zweiten Festival habe ich viel gelernt. Wie man Kompromisse macht, wie man communityübergreifende Arbeit macht. Was man für sich auch nutzen kann, politisch auch nutzen kann.

Nadiye: Und wie konntest du es politisch nutzen?

Sanchita: Ich erinnere mich, dass ich viele Menschen kennengelernt habe. Es gab viele Diskussionen. Ich konnte es insofern politisch nutzen, als dass ich meine eigenen politischen Einstellungen immer wieder in Frage gestellt habe.

Nadiye: Also, das Lernen von (globalen) Lebensrealitäten in Hinsicht auf Konflikte und Unterdrückung, die vielleicht andere Communities betreffen, kann für die Erarbeitung von Positionen, v.a. auch solidarischen Positionen, hilfreich sein.

Sanchita: Genau.

Nadiye: Das rassistische Massaker in Hanau ist einen Monat her. Was braucht es heute an antirassistischer Selbstorganisation und Widerstand, gerade in Zeiten von Normalisierung von Rassismus und Rechtspopulismus, Rechtsterrorismus?

Jasmin: Damit mehr Widerstand geleistet werden kann, v.a. auch in der Basis, braucht es mehr als antirassistische Selbstorganisationen und innerhalb der Selbstorganisationen mehr Inklusion. An der Basis passiert noch zu wenig Widerstand, vor allem gegen Rassismus. Es findet viel auf akademischer Ebene statt und in bestimmten Kreisen, aber das zieht sich nicht bis zur Basis durch. Da bräuchte es noch mehr Durchläs-

sigkeit oder eine breitere Basis. Mit Basis meine ich nicht-organisierte Menschen. Aufklärung und Bewusstseinsbildung zu sämtlichen Rassismen müssen meiner Meinung nach schon viel früher stattfinden. Menschenrechtsbildung sollte schon im Kindergarten anfangen. Daher begrüße ich es sehr, dass es mittlerweile Kindergärten für BIPOC-Kinder gibt, die dort mit Themen in Berührung kommen, die ihnen sonst verwehrt werden würden. Sie lernen dort früh, sich mit unserer Geschichte und Widerstand zu befassen. Empowerment schon im frühen Alter. Ein gutes Rüstzeug für später.

Nadiye: Jetzt hast du ganz viele Sachen gesagt, bei denen mir Fragezeichen aufgekommen sind. Für mich ist antirassistische Selbstorganisation ein umkämpftes Feld, wie du auch andeutest. Es gibt Klassismus, diese intellektuelle, elitäre Strömung da drin. Dann gibt es natürlich auch verschiedene Definitionen von Rassismus in den sozialen Bewegungen, also auch die umstrittenen Diskussionen um *Critical Whiteness*, dass Kritik an Weißsein und Positionierung als Identitätspolitik abgetan wird. Dann gibt es unsere eigenen Positionierungen, also als nicht-Weiße Aktivist:innen, als PoC-Aktivist:innen, als Schwarze Aktivist:innen, als Rom:nja- und Geflüchtetenaktivist:innen. Wenn wir jetzt aus der aktivistischen sozialen Bewegungsperspektive da drauf gucken – das ist für mich auch sehr umkämpft, da diese Subjektpositionen sehr oft an den Rand gedrängt werden. Deswegen kommt von mir auch immer wieder die Frage zu communityübergreifenden Solidarisierungen als Strategie gegen Unterdrückung und Marginalisierung auch im Kontext sozialer Bewegungen. Dann ist wiederum darin die Frage nach dem Arm zur Basis, was du ja auch ansprichst. Du hast jetzt ein paar Dinge aufgemacht mit »mehr Organisation«. Aber welche Art von Organisation? Und welche Art von Inklusion geht damit einher?

Jasmin: Ja, ich hatte jetzt unsere Bewegung im Blick, die Schwarze Community. Und darüber kann ich sprechen, dass es da oft an Inklusion mangelt.

Nadiye: Im Sinne von intersektional diskriminierten Personen oder Klassismus?

Jasmin: Ja genau, Menschen, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind, die keinen akademischen Abschluss haben, mit Beeinträchtigung, mit wenig formeller Bildung. Wenn wir alle Platz hätten oder wenn sich alle in den Organisationen wohlfühlen würden, könnten mehr Leute empowert werden und mit diesem Empowerment in ihren Alltag gehen, um auch Rassismus mit Stärke zu begegnen. Auf der anderen Seite wäre es natürlich wichtig, wenn gerade wir – Schwarze Menschen, Mi-

grant:innen – in Positionen wären, wie z.B. als Lehrer:in, um auch an der Basis schon die Kinder zu sensibilisieren und zu empowern.

Nadiye: Jasmin, worauf führst du es zurück, dass nach deiner Auffassung in der Schwarzen Bewegung oder in Teilen, in denen du aktiv bist, eine Intellektualisierung und weniger eine »Basisorganisation« stattfindet?

Jasmin: Schwer zu sagen. Es liegt nicht an fehlendem Willen oder Offenheit, sondern daran, dass es schwer ist, die Basis zu erreichen. Ich glaube, das ist ein eigenes Thema für sich.

Nadiye: Sanchita, was sagst du dazu?

Sanchita: Wir müssen überhaupt zusammenkommen und uns mehr organisieren. Es ist ganz schwierig geworden und in den letzten paar Jahren habe ich kaum gesehen, dass verschiedene Gruppen von PoCs, Schwarzen, Rrom:nja und Migrant:innen-gruppen zusammenkommen. Deswegen hat es mich sehr gefreut, dass beim letzten Strategietreffen beim Migrationsrat [*Migrationsrat Berlin e.V.*] anlässlich des rassistischen Mordanschlags in Hanau so viele unterschiedliche Menschen, so viele Generationen zusammen gekommen sind und diskutiert haben. So was brauchen wir viel öfter. Ich denke, wir werden immer kleiner und dadurch ist es viel einfacher, uns auseinander zu dividieren. Ich weiß auch keinen Rat, wie es funktionieren kann, weil solche großen Gruppen funktionieren nicht sehr lange. Auch punktuell schaffen wir es nicht oft. Wir haben es bei den NSU-Demos gesehen: Die ersten zwei Demos waren sehr groß und es kamen viele unterschiedliche Menschen, aber dann wurde es weniger und homogener. Die Basis zu erreichen heißt, Menschen zu erreichen, die nicht Aktivist:innen sind. Das ist nicht so einfach. Und das ist mir auch klar, aber nach 30 Jahren Aktivismus fällt mir das in letzter Zeit sehr schwer das zu sehen und zu akzeptieren. Vielleicht brauchen wir mehr organisierte Menschen, wie Weiße Menschen oder wie die Parteien oder die *Antifas* es tun. Vielleicht müssen wir mehr von *Antifas* lernen.

Nadiye: Was könnten wir von *Antifas* lernen? Wir haben in unserer politischen Arbeit im *Bündnis gegen Rassismus* nicht immer gute Erfahrungen gemacht.

Sanchita: Zu organisieren. Wenn sie eine Demo organisieren, wie viele Menschen kommen? Es sind meistens viele. Sie haben ein Organisationstalent oder sie haben mehr Netzwerke – ich weiß nicht, woran es liegt. Es scheint, als sei unsere Agenda zu

radikal für das System, aber auch die *Antifas* sind nicht systemkonform und trotzdem schaffen sie es, mehr Menschen für ihre Belange zu mobilisieren und wir, die an der Peripherie der Gesellschaft stehen, schaffen es nicht. Es ist vielleicht mein Ärger damit, dass wir es nicht schaffen, das mich zu diesen Schlussfolgerungen bringt. . . aber vielleicht müssen wir uns nicht immer an der Quantität der Aktionen messen.

Nadiye: Meinst du nicht, dass es auch an der Positionierung liegt? Wir hatten damals im Rahmen der Diskussionen um *Unteilbar* festgestellt, dass unsere Aufrufe weniger Menschen erreichen, obwohl wir inhaltlich ähnlich ausgerichtet sind. Also, dass Weiße, linksbürgerliche Menschen von ihrer eigenen Klasse, von ›Ihresgleichen‹, mehr angesprochen werden und dadurch eben *Unteilbar* mehr mobilisiert, als wenn wir aufrufen?

Sanchita: Ja, das bestimmt auch. Aber wenn wir daran denken, wie viele Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland leben und wie wenige wir davon erreichen, dann denke ich, das ist mehr als das. Woran liegt der Erfolg von *Unteilbar*? Ich habe so ein paar Vermutungen. Es ist ein sehr Weißes Bündnis, das einen gemeinsamen Nenner gefunden hat, nämlich niedrigschwellige politische Forderungen. Diese Forderungen sind für mich naiv. Aber sie haben große Netzwerke, sie haben Geld und es gibt viele Migrant:innen, die unsere Forderungen zu radikal finden, wenn wir sagen: *No Nation, No Border*. Nicht alle Migrant:innen möchten eine andere Staatsform. Ich weiß, dass das *Unteilbar*-Bündnis nicht mehr nur Weiß ist, es gibt auch einen PoC-Raum, aber ich bin nach wie vor nicht überzeugt von der Stärke ihrer Position oder von der Stärke ihrer Stimme. Und mein anderes Problem ist, dass der Name *Unteilbar* verwirrend ist. Wir sind ja geteilt, die Morde in Hanau haben es nochmals bewiesen. Die Morde sind spektakuläre Beispiele, aber im Alltag haben wir unzählige kleine Beispiele dafür, dass wir nicht *Unteilbar* sind. Ob es um den Wohnungsmarkt, den Arbeitsmarkt oder um schulische Leistungen geht, bleiben wir überall geteilt. Das sehen wir auch aktuell daran, wie unterschiedlich sich die Corona-Einschränkungen auf BIPoC auswirken.

Nadiye: Es ist auf jeden Fall eine schwierige Frage. Die größte Strategie, die wir haben können, ist, dass wir zusammenhalten, uns von dieser Atmosphäre nicht spalten lassen und unsere eigenen Strukturen aufbauen. Ich finde es allerdings schwierig derzeit, weil auch gerade die intellektualisierten Eliten als selbsternannte Bewegungsavantgarde versuchen, alles in eine Richtung zu lenken, die gerade für Weiße Linke und Liberale bekömmlich ist. Das merke ich in meinem Umfeld und das gefällt mir nicht, weil ich mir dann auch nicht gehört vorkomme. Ich denke, dass meine und

viele andere Positionen damit unsichtbar gemacht werden. Das raubt viel Energie, weswegen ich mich nach Hanau etwa nicht in Bündnisse stürze, weil ich genau diese Effekte dort gerade sehe.

Sanchita: Was meinst du mit Effekten?

Nadiye: Ich meine das, was wir in der politischen Arbeit auch beim NSU-Komplex gemerkt haben. Es wurde und wird oft ein sehr Weißes linkes Narrativ kreiert, dass sich um die Täter:innen umgespannt hat und dominant wurde. BIPOC-Analysen zu der rassistischen Gewalt waren nicht im Vordergrund. Antideutsche, die selbst rassistisch sind, hatten und haben in den Strukturen viel Platz. Es herrscht(e) viel Opportunismus und antirassistische (Opfer)Initiativen und betroffene Familien wurden durch einige Strukturen vereinnahmt. Einige der Menschen, die sich dort involviert haben, sind selbst Intellektuelle, die sich dann damit einen Namen gemacht haben. Das formiert sich jetzt auch nach Hanau. Und das schreckt mich dann ab, mich als unabhängige oppositionelle Person zu involvieren und so vereinnahmen zu lassen. Ich bin zwar Arbeiterkind, aber auch akademisiert und nehme mich da nicht raus. Aber gerade deshalb war es uns bspw. im *Bündnis gegen Rassismus* wichtig, nicht ein Verein zu werden und in diese Themen bzw. Projektökonomie einzusteigen, lieber autonom als Gruppe zu bleiben. So haben wir auch die Produktion unseres Films gehandhabt. Versucht autonom und transparent in unserer Arbeit mit euch zu sein.

Sanchita: Ja, Weiße Dominanz in unseren Bewegungen ist ein Problem. Da müssen wir überlegen, wie wir da rauskommen. Aber trotzdem Weiße als Alliierte haben.

Nadiye: Ich glaube, ein guter Weg ist, wenn wir als aktive BIPOC zusammenhalten und auch die Weißen Alliierten von unserer Geschichte mehr erfahren. Das, was wir mit dem Film auch propagieren. Dass die Menschen von unseren Widerstandsgeschichten lernen und dadurch auch mehr Augenhöhe erzeugt wird. Dann habe ich auch gar nichts dagegen. Ich will mich mit Weißen Leuten weiterhin organisieren. Aber dass es transparenter ist und dass man auch weiß, mit wem man zusammenarbeitet. Das wäre ein guter Schritt nach vorne. Aber wir beobachten das kritisch (lacht).

Nadiye: Habt ihr zu der Frage der Selbstorganisation irgendeine Erfahrung aus der aktivistischen Vergangenheit, die Euch hochkommt, wenn ihr die gesellschaftlichen Ereignisse um Hanau seht? Strategien, die man einbringen kann?

Sanchita: Mir ist sofort Rostock-Lichtenhagen eingefallen, wie wir uns organisiert und was wir gemacht haben. Diese große bundesweite Demonstration nach Rostock, d.h. die Leute kamen von überall. In Hanau gab es sowas auch, aber ich weiß nicht, wie es abgelaufen ist. Ich bin nicht so involviert, obwohl ich weiterhin Aktivistin bin und versuche, im politischen Alltag dabei zu sein. Es ist anders. Vielleicht auch so aufgeteilt in Gruppen. Es kommt nicht überall an.

Jasmin: Das hat auch mit neuen Medien zu tun. Auf den Plattformen, die benutzt wurden, war sehr viel zu lesen und zu sehen. Also mir fällt jetzt kein Beispiel ein. Früher waren wir doch ein bisschen radikaler - radikal ist zu viel gesagt, vielleicht aktiver. Es gab viel mehr Empörung.

Sanchita: Ja genau, sehr viel Empörung.

Nadiye: Und was haltet ihr von den aktuellen Aufrufen? Es soll ein bundesweiter Streik ausgerufen werden. Das habt ihr bestimmt verfolgt. Dieser Streik wurde auch von Aktivist:innen ausgerufen, die selbst in den 90er Jahren aktiv waren. Das kam über die *Ramazan Avci-Initiative* und da formiert sich Protest, der aber durch die Corona-Vorkehrungen eingeschränkt wird.

Jasmin: Ich weiß nicht genau, was das Ziel ist, was damit erreicht werden soll. Vielleicht habe ich mich auch zu wenig damit befasst.

Sanchita: Es gibt keinen Generalstreik. Es streiken bestimmte Gruppen, bestimmte Gewerkschaften rufen zum Streik auf mit bestimmten Zielen. Aber Generalstreik, das gibt es in Deutschland nicht, weil das verboten ist. Und ich habe nicht verstanden, was die Forderung des Generalstreiks ist. Es ist vielleicht etwas überheblich das zu sagen, aber manchmal kommen mir bestimmte Sachen ein bisschen naiv vor.

Jasmin: Und was denkst du?

Nadiye: Ich kenne die Leute, die dazu aufrufen und es gibt im *Migrationsrat* eine AG dazu, die sich jetzt in Kontakt setzt. Der Streik in der Form kann in Berlin nicht stattfinden, weil der 8. Mai ein Feiertag ist. Ich beobachte das alles gerade von außen. Ich dachte, mal den Betrieb in Deutschland lahm legen kann ja nicht schaden. Aber das passiert jetzt durch die Coronakrise auch schon. Und gerade viele Migrant:innen, BIPoC und Geflüchtete werden nach dem Ende der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus großen finanziellen, aber auch existenziellen, aufenthaltsbedingten Stress

haben. Wir haben alle deutlich sehen können, dass der Virus uns eben nicht gleich macht. Manche haben das Privileg auf Homeoffice ohne Kurzarbeit und viele andere – vor allem BIPOC – müssen immer noch in ihren als »systemrelevant« betitelten, meist reproduktiven und niedrig entlohnten Jobs weiterschufteten. Viele andere werden wiederum abgeschottet von den Schutzmaßnahmen, weil sie in Lagern, Knästen und sonstigem Gewahrsam oder auf der Straße leben müssen. Einige meiner Bekannten aus der Gastarbeitergeneration sind seit Jahrzehnten Mitglied bei *IG Metall*. Sie haben öfter mal gestreikt, aber das sehen eben einige auch kritisch, weil, was man aus den Streiks hatte, eher nicht so gewinnbringend für die eigene Situation war. Ich frage mich, warum müssen ausschließlich nicht-Weiße Arbeiter:innen streiken und wieder diejenigen sein, die sich den Herrschenden gegenüber selbst opfern? Wenn Generalstreik, dann doch seitens aller Kolleg:innen mit klassen- und communityübergreifender Solidarität, auch auf gesellschaftlicher Ebene, oder? Aber wie gehen wir nun mit (Post-)Corona um? Letztendlich zwingt die Situation uns ja krasse soziale Fragen und deren Verbindung mit Rassismus auf – auch in unseren Kämpfen und Strategien für Selbstorganisation? Gibt es Potenzial in vermehrt digitaler Organisation?

Jasmin: Gerade das wäre auch wichtig, wenn wir mehr Zugang zu den Mainstream-Medien hätten. Sie erreichen viel mehr als kleine lokale Sender. Oder Facebook: Facebook erreicht nur Leute, die sich dafür interessieren. Die anderen bekommen das gar nicht mit. Digitale Organisation ja, wenn viele die Möglichkeit haben, daran teilzuhaben.

Sanchita: Nicht nur nach Corona, auch jetzt verspüren die BIPOC noch stärker, was es bedeutet, rassifiziert zu werden. Die asiatisch gelesenen Menschen werden als »das Virus« bezeichnet. Sie werden beschimpft, beleidigt, gemobbt und bedroht. Die strukturelle Benachteiligung insbesondere dieser Gruppe wird zunehmen und das Verständnis für den Rassismus, wenn asiatisch gelesene Menschen keine Wohnung oder Job bekommen, wird auch zunehmen. »Es ist ja verständlich, dass Menschen Angst vor Chinesen haben, alles hat ja dort angefangen«. Diese Art von Aussortierungsgedanken bestimmter Gruppen von Menschen hat Tradition in Deutschland.

Nadiye: Ich sehe es auch so, dass sich die Situation mit Corona lediglich zuspitzt und mehr zum Vorschein bringt, was sowieso für intersektional diskriminierte Personen Alltag war. Rassismus und ökonomische Ausbeutung setzen uns immer noch arg zu. Es ist auch krass zu sehen, wie es Hand in Hand geht. Waren nicht-Weiße Arbeiter:innen einst in den Fabriken, mussten sie als erste gehen, als sie dort nicht mehr gebraucht wurden. Einige mussten zurück in ihre Länder und viele flohen dann in

die Selbstständigkeit – öffneten Läden und Imbisse. Diese – wie man am NSU am deutlichsten gesehen hat, aber auch in Hanau – wurden zu TATorten. Jetzt mit der Coronakrise fällt die Selbstständigkeit für viele auch komplett weg. Was bleibt dann noch zum Überleben übrig?

Nadiye: Was wäre von Euch beiden ein Appell an soziale Bewegungen? Das müssen nicht nur antirassistische Bewegungen sein, einfach nur politisierte Strukturen, Bewegungen und Zivilgesellschaft. Euer Appell für antirassistische Bündnisse.

Jasmin: Sich klar machen, dass es jetzt noch wichtiger ist, communityübergreifend solidarisch zu sein, gerade wegen Corona. »Was passiert jetzt nach dem Anschlag nach Hanau und all den Übergriffen und Anschlägen, die mehr geworden sind?« oder »Was passiert an der türkischen Grenze?« und weitere Dinge. Es ist wichtig, dies nicht aus dem Blick zu verlieren und zu fokussieren. Im Moment sind wir gerade eingenommen von Corona und ich fühle mich hilflos, gerade wenn ich sehe, was in Griechenland, an den Grenzen passiert und mittlerweile Folgen weltweit hat.

Sanchita: Mein Appell wäre, dass wir weiterhin zusammenbleiben und gegen *White Supremacy* kämpfen. Auch gegen all das, wogegen wir immer gekämpft haben. Es soll nicht wegen Corona untergehen. Vorhin hast du, Jasmin gesagt, dass es andere Möglichkeiten gibt, wie Social Media. Das sollen wir mehr in dieser Zeit nutzen und auch solche Telefonkonferenzen. Sachen, die heutzutage möglich sind. Und was du vorhin gesagt hast, Jasmin, das finde ich sehr wichtig: Dass wir die Menschen an der Grenze nicht vergessen und versuchen – so wie wir können – zu unterstützen. Die Zeit, die wir gerade haben, vielleicht auch die nächsten paar Monate haben werden, können wir nutzen, um in kleinen Gruppen unsere Proteste auszuformulieren, neue Ideen zu entwickeln und uns mit anderen Gruppen virtuell auszutauschen.

Nadiye: Wir müssen von unseren Widerstands- und Unterdrückungsgeschichten lernen und diese für communityübergreifende Bündnisse nutzen. Mein Appell wäre außerdem, dass weiterhin soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft intersektional denken sollen. Ein aktives Zuhören den Betroffenen von rassistischer Gewalt gegenüber und eine Übersetzung von dem Gehörten und dem Gelernten in konkrete politische Arbeit und Solidarisierung. Mir ist es egal, ob das online, digital oder vor Ort passiert, aber es muss vor allen Dingen *conscious* passieren. Wir können nicht alle einfach aus Lust und Laune ohne politisches Ziel zur türkisch-griechischen Grenze ausschwärmen, wie damals zu der Zeit, als es diesen humanitären Korridor auf dem Balkan gab in 2015, wo alle zum Suppe kochen nach Griechenland gefahren sind,

aber vielleicht vor Ort ganz andere Bedarfe von den Leuten, die am Fliehen waren, geherrscht haben. Ich wünsche mir, dass wir in unserem Aktivismus mehr Scharfsinn brauchen und mehr konkrete Aktionen, die nachhaltig was bringen, hoffentlich auch für die Basis – jenseits von Projektökonomie, Vereinnahmung und Avantgardismus.

18. März 2020

Autor:innen: Jasmin Eding (Adefra Roots), Sanchita Basu (Bündnis gegen Rassismus Berlin), Jessica Korp (Activistar Film Collective), Nadiye Ünsal (Activistar Film Collective), Tijana Vukmirović (Activistar Film Collective)

Transkription: Tijana Vukmirović

Lektorat: Jessica Korp, Nadiye Ünsal, Tijana Vukmirović

Link zum Film: yilmaz-gunay.de

Kontakt für DVD Bestellung: verlag@Yilmaz-gunay.de

Rezension/Ankündigung

Helge Schwiertz (2019): Migration und radikale Demokratie

LEONI J. KESKINKILIÇ

Abstract: The review introduces Helge Schwiertz' study on the struggles of young activists without secure residence status in Germany and the USA. Combining approaches from the radical democratic theory and Critical Migration and Border Studies, Schwiertz critically illuminates established democratic systems and develops a (post-)migrant theory of democratic practices.

Keywords: Struggles of Migration, Self-organization, Youth, Radical Democracy

Wie steht es mit der Demokratie aus der Perspektive der Migration? Welche demokratischen Praxen entwickeln Gesellschaftsmitglieder, denen der Zugang zu Teilhabe und Mitbestimmung weitestgehend verwehrt bleibt? Und was kann und muss Gesellschaft von Kämpfen der Migration über Demokratie lernen, um das Demokratische als Grundlage des Zusammenlebens (wieder-)herzustellen? Helge Schwiertz geht diesen Fragen in seinem Buch »Migration und radikale Demokratie. Politische Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA« nach. Ausgangspunkt der Untersuchung ist eine gesellschaftliche Situation, in der Migrationsregime und Rassismus das Leben von Migrant:innen erheblich einschränken und Migrant:innen sich genau dagegen zur Wehr setzen. Dafür untersucht Schwiertz exemplarisch die Selbstorganisationen *Jugendliche ohne Grenzen* (JoG) in Deutschland sowie *Immigrant Youth Coalition* (IYC) und *California Immigrant Youth Justice Alliance* (CIYJA) in den USA. Die Jugendlichen organisieren sich hier zwar in sehr unterschiedlichen Kontexten, doch sie verbindet, dass sie mit multiplen Reglementierungen konfrontiert werden und öffentlich in die nationale Dominanzgesellschaft intervenieren. Sie kämpfen gegen verschlossene Zugänge zu Bildung und Gesundheit, gegen Kriminalisierung, Inhaftierung und Abschiebung. Dabei treten die Jugendlichen in ihren Kämpfen und im Streben nach der Verbesserung ihrer sozialen und rechtlichen Position nicht nur als politische Subjekte auf und fordern Herrschaftsverhältnisse heraus, sondern sie stellen das gesamte Regime der Entrechtung infrage, so argumentiert Schwiertz. Denn entgegen restriktiver Politiken demonstrierten sie

»Gleichfreiheit« (Balibar 2012) sowie konkrete Möglichkeiten der Demokratisierung nationalstaatlich gezogener Grenzen (vgl. S. 330).

Um dieser These nachzugehen verbindet Schwiertz in der Studie empirische und theoretische Fragestellungen: Zum einen erkundet er den demokratischen Gehalt in Kämpfen der Migration, zum anderen re-aktualisiert er über ebendiese Kämpfe Demokratietheorien und entwickelt ein Verständnis von »Demokratie als Praxis« (vgl. S. 23). Ausgehend von dem von Michel Foucault (1983) beschriebenen, doch wenig beforschten, Potenzial von Widerstand in Machtgefügen untersucht Schwiertz mit Bezug auf radikaldemokratische Theorien sichtbare wie auch relativ unsichtbare demokratische Praktiken von Jugendlichen ohne sicherem Aufenthaltsstatus. Dabei knüpft Schwiertz an Forschungen der Kritischen Migrations- Grenzregimeforschung an, die die sozial-transformative Kraft und »Autonomie der Migration« (Bojadžijev/Karakayalı 2007) als Ausdruck politischen Handelns und Handlungsmacht aufzeigen (u.a. Forschungsgruppe Transit Migration 2007; Wilcke/Lambert 2015; Hess et al. 2017; Ataç/Rygiel/Stierl 2017). In der Forschung existieren auch bereits eine Reihe von Studien zu selbstorganisierten Kämpfen gegen Migrationsregime und Rassismen (u.a. Bojadžijev 2012; Karakayalı 2008; Schwenken 2006). Schwiertz nimmt in seiner Studie jedoch einen theoretischen Perspektivwechsel vor: Erstmals verknüpft er die Analyse migrantischer Kämpfe mit Ansätzen radikaler Demokratie, stellt die demokratischen Aspekte von migrantischen Kämpfen heraus und entwickelt damit die Migrationsforschung gesellschaftstheoretisch weiter (vgl. S. 22).

EINE »(POST-)MIGRANTISCHE THEORIE DEMOKRATISCHER PRAXEN«

Zu Beginn der Untersuchung »Migration und radikale Demokratie« stellt Schwiertz eine »anti-migrantische Hegemonie« und nationalstaatlich begrenzte »Demokratieregime« in Deutschland und den USA fest und führt in aktuelle Debatten um Kämpfe in den Migrationsregimen ein (vgl. S. 17). Im Methodenteil skizziert Schwiertz, wie er über qualitative Interviews, teilnehmende Beobachtungen und Dokumentenanalysen den Aushandlungs- und Interventionsformen von Kämpfen der Migration auf die Spur geht und dabei eine »prinzipiell offene Herangehensweise qualitativer Sozialforschung« mit einer »fokussierten Perspektive radikaler Demokratietheorie« verbindet (S. 40).

Im Theorieteil stellt Schwiertz zunächst die Theorie der »radikalen Demokratie« vor. In Anlehnung an Laclau/Mouffe, Ranciere und Balibar löst Schwiertz das Verständnis von Demokratie aus der national-staatlichen Institutionalisierung heraus und

lenkt den Blick auf die fundamentale Kontingenz und Konflikthaftigkeit sozialer Ordnungen (vgl. S. 68). So wird Demokratie hier zwar als Institution der Gesellschaft definiert, die in ihr verankerten Prinzipien von Gleichheit und Freiheit gelten aber nicht als Status quo. Für die Analyse dieses Verhältnisses erweitert Schwiertz die Theorie um das Konzept der »radikalen Demokratie als Praxis«: Er stellt etablierte Demokratieregime auf den Prüfstand, indem er die Grenzen, Ambivalenzen und Konflikthaftigkeit demokratischer Prinzipien über demokratische Praktiken in Kämpfen der Migration aufzeigt. Demnach werden darin vielfach Gleichheit und Freiheit von (politisch) »Ausgeschlossenen« beansprucht und damit das Demokratieregime »von unten« demokratisiert. Ein Verhältnis, das Schwiertz als »demokratische Differenz« bezeichnet:

»Der Abstand zwischen konkreten *Regimen der Demokratie*, mit ihren verschiedenen Herrschaftsverhältnissen und Hierarchien, und einem *Grundsatz des Demokratischen*, der eine Aktualisierung von Freiheit und Gleichheit für alle einfordert, eröffnet den politischen Raum für eine demokratische Praxis. Es ist dieser Abstand, der in konkreten Auseinandersetzungen aufgeführt und ausgehandelt wird und der sich durch eine Spaltung der etablierten Konzeption von Demokratie reflektieren lässt.« (S. 53, H.i.O.)

Aus dieser Perspektivierung entwickelt Schwiertz eine »(post-)migrantische Demokratietheorie« (S. 93) bzw. eine »(post-)migrantische Theorie demokratischer Praxis« (S. 356): Demokratie definiert er hierbei als weitgreifendes gesellschaftliches Machtverhältnis, in dem *alle* kollektiven politischen Subjektivitäten in die Auseinandersetzung um Repräsentation und Rechte einbezogen sind. Demnach bildet sich der Demos nicht über eine begrenzte Gemeinschaft, sondern setzt sich aus der Diversität sozialer Positionen und politischer Positionalitäten zusammen. Teil des politischen Volkes sind dann auch Gesellschaftsmitglieder ohne sicherem Aufenthaltsstatus.

Diese theoretische Perspektive verknüpft Schwiertz mit einem ausführlichen Empirie-Teil, der aus vier Kapiteln besteht. Im ersten Kapitel stellt Schwiertz den Handlungskontext der Selbstorganisationen vor: Die Genealogien der verschiedenen Migrationsregime, Gesellschaftsformen und politischen Kulturen. Dabei zeigt er, dass Deutschland und die USA zwar unterschiedliche Geschichten der Entrechtung von Migration vorweisen, jedoch strukturell von vergleichbar dominanten Differenzlinien zwischen »guter/</>schlechter«, Migration, einer anti-migrantischen Hegemonie und Transformationen durch Kämpfe der Migration geprägt sind. Dabei zeigt sich jedoch auch, dass im hegemonialen Diskurs durchaus unterschiedliche Migrationsfiguren existieren: Demnach nimmt in Deutschland die Figur des »Muslims«, und in

den USA die des ›Mexikaners‹, eine ähnlich stigmatisierte und diskriminierte Position ein.

Im darauffolgenden empirischen Kapitel stehen die (un-)sichtbaren Politiken migrantischer Jugendlicher im Mittelpunkt. Schwiertz untersucht hier die internen Räume, Beziehungen und Aushandlungen über Positionen, Grenzen und Kreuzungen von Betroffenheit. Die Jugendlichen von JoG und IYC & CIYJA beschreiben die internen Räume als »natural home« und »Heimat«, was Schwiertz mit Foucaults Begriff der »Heterotopie« analytisch fasst: So werde die Nicht-Zugehörigkeit in der Mehrheitsgesellschaft in diesem Gegenraum durch ein »Anti-Othering« in eine lokale Zugehörigkeit umgedeutet (vgl. S. 221ff.). In diesen relativ sicheren und autonomen Räumen handeln die Jugendlichen politische Forderungen und Selbstbestimmung aus und entwickeln und festigen kollektive Selbsthilfe, Empowerment sowie solidarische Bindungen, die aus Ungleichheit entstehen und für Gleichheit einstehen. Das Verhältnis nach ›außen‹, etwa zu pro-migrantischen Organisationen und Akteur:innen, bleibt hingegen ambivalent: Hier bewegen sich die Jugendlichen zwischen Kooperation und Distanzierung. Zum einen sind sie auf Ressourcen und Netzwerke etablierter Organisationen angewiesen, zum anderen streben sie nach Unabhängigkeit und Selbstrepräsentation.

Im letzten empirischen Kapitel arbeitet Schwiertz die Unterschiede der politischen Ausrichtungen und öffentlichen Interventionen heraus: Während bei JoG das »Bleiberecht für alle« und die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Gesundheit im Mittelpunkt stehen und eine eher »pragmatische Perspektive« hinsichtlich der Aufhebung von Verboten eingenommen wird, üben IYC & CIYJA eine intersektionale Systemkritik, wehren sich gegen Kriminalisierung, Inhaftierung und Abschiebung und nehmen eine »radikale Politikperspektive« ein (S. 259). Diese Unterschiede führt Schwiertz unter anderem darauf zurück, dass die Jugendlichen in den USA auf Protestformen der Bürgerrechtsbewegungen zurückgreifen, eine vergleichbare Tradition in Deutschland aber fehlt. Zugleich entwickeln die Jugendlichen in beiden Ländern aber auch ähnliche Gegen-Narrative: Sie erzählen von bestehendem (Un-)Recht, radikal egalitärer Bürgerschaft und changieren gegenüber Herrschaftsverhältnissen zwischen Abgrenzung, Aneignung und Unterwerfung. Zum Zeitpunkt der Erhebung zählen laut Schwiertz die Verbesserung einzelner Bleiberechtsregelungen in Deutschland und der erweiterte Zugang zu Bildung in den USA zu wichtigen »Teilerfolgen« der Kämpfe (vgl. S. 350).

Der empirische Teil endet, indem Schwiertz die Jugendlichen selbst zu ihren Vorstellungen von und Ansprüchen an Demokratie befragt. Diese Perspektiven lässt Schwiertz nachfolgend in die von ihm entwickelten »sieben Thesen zur (post-)migrantischen Theorie demokratischer Praxen« (S. 317) einfließen: Zusammengefasst

konstatiert Schwiertz, dass migrantische Kämpfe und Selbstorganisierungen mit ihren (un-)sichtbaren Politiken und Auseinandersetzungen um Repräsentation und Rechte das Demokratische in nationalen Demokratieregimen auf zentrale Weise aktualisieren und zugleich ein ambivalentes Verhältnis zu etablierten Migrations- und Demokratieregimen eingehen (müssen). Schwiertz betont hierbei auch das besondere Verhältnis zwischen sichtbaren und relativ unsichtbaren Politiken: Demnach ist das Wechselspiel zwischen internen Selbstorganisationsprozessen und öffentlichen Interventionen zentral, um die Problematik und Kontingenz der Entrechtung in eine selbstbestimmte Berechtigung zu transformieren. Den selbstorganisierten Jugendlichen gelingt das auf beispielhafte Weise: Als »aufständische und kommende Bürger:innen« (S. 358) artikulieren sie ihre Entrechtungserfahrung und prangern die idealistische Verkennung realer ›äußerer‹ und ›innerer‹ Ungleichheitsverhältnisse an: »So sehnen sich die migrantischen Jugendlichen nicht einfach nach Einbürgerung, sondern thematisieren, dass Ausbeutung, Entrechtung und Diskriminierungen auch dann anhalten, wenn sie per Gesetz Bürger:innen geworden sind« (S. 359).

Schlussendlich plädiert Schwiertz für die Überwindung des national-staatlichen Demokratiebegriffs und des Konstrukts eines nationalen Volks und argumentiert für alternative Subjektivitäten, Bezüge und die Pluralität sich selbst vertretender Positionen. Neben positionierten Praxen und Artikulationen seien dabei gleichermaßen Allianzbildungen, die die Intersektionalität von Diskriminierungen und Privilegien in hierarchischen Verhältnissen berücksichtigen, wichtig: Denn erst ein machtsensibles Demokratieverständnis ermöglicht es, »trotz einer unendlichen Diversität von Positionierungen und Erfahrungen, in konkreten Kämpfen nach dem Gemeinsamen zu suchen und Gleichfreiheit anzustreben, ohne davon auszugehen, dass wir bereits im selben Maße gleich und frei sind« (S. 360).

GESELLSCHAFTLICHE RELEVANZ UND WEITERFÜHRENDE FRAGEN

Schwiertz' Kritik an etablierten Demokratien und der Verweis auf alternative Verständnisse von Demokratie sind in Zeiten zunehmender sozialer Ungleichheit, rassistischer Gewalt, Mobilitätsregime und Krisen politischer Repräsentation höchst relevant. Die theoretisch fokussierte und empirisch sensible Studie trägt zu einem differenzierten Verständnis von Kämpfen der Migration und Demokratie bei und verweist sowohl auf die Verfestigung als auch auf die Beweglichkeit von Machtverhältnissen. Der oft verengte Blick auf Migration wird in der Studie geweitet, indem Erfahrungen der Migration nicht auf Ankunft, Ausgeschlossenheit, Diskriminierung und Rassis-

mus beschränkt werden, sondern auch von Ermächtigung, Solidarisierung, Widerstand und Mitgestaltung erzählen.

Des Weiteren stellt die Studie fernab der viel kritisierten »migrantologischen« Forschungs- und Repräsentationspraxis ein wichtiges Beispiel partizipativer und reflexiver Forschung dar: Es wird nicht einfach *über* die Jugendlichen geforscht, sondern auch das Lernen *von* den Subjekten und Objekten der Forschung herausgestellt. Das veranschaulichen etwa die Interpretationen der Beforschten über Demokratie, die auf transparente Weise in die von Schwiertz' formulierten Thesen einfließen. Darüber hinaus formuliert der Forschende explizit auch ein Angebot an die Beforschten in Form von Begriffen, Interpretationen und Reflektionen zu transnationalen Bedingungen und Potenzialen von Kämpfen der Migration. Etwas tiefer könnte hier eine Analyse der verschiedenen Rassifizierungsprozesse reichen, um die Genealogien der Ungleichheits- und (Un-)Rechtsproduktionen noch besser nachvollziehen zu können.

Sehr differenziert diskutiert Schwiertz dafür das Spannungsverhältnis zwischen der Kritik an Herrschaftsverhältnissen und der Verwendung ihrer Subjektkategorien. Dabei skizziert er auch die schwierige Suche nach Selbstbezeichnungen der jugendlichen Akteur:innen und ihr Changieren zwischen Bestätigung und Aneignung von Fremdbezeichnungen. Vor dem Hintergrund verwundert die Wahl des Titels ein wenig, denn hier weckt die Bezeichnung »migrantische Jugendliche« zunächst eine seltsame Assoziation zur migrantologischen Repräsentationspraxis. Zwar reflektiert Schwiertz gleich zu Beginn der Studie kritisch, dass diese Bezeichnung der Jugendlichen ihre gesonderte gesellschaftliche Problematisierung markieren soll (S. 16), dennoch bildet das Adjektiv »migrantisch« um die Jugendlichen herum zunächst eine künstliche kollektive Kategorie und konstruiert Migration als »dichotomes Anderes«. Bleibt also die Frage, ob rassismuskritische Forschungen nicht auch ganz ohne solche Bezeichnungen auskommen kann.

Schlussendlich leistet die Studie einen wichtigen Beitrag insbesondere auch für aktuelle wissenschaftliche Debatten um Migration: Das Begriffsspektrum der Migrationsforschung wird gesellschaftstheoretisch erweitert und führt damit die vielfach diskutierte Formel einer »Entmigrantisierung der Migrationsforschung« bei gleichzeitiger »Migrantisierung der Gesellschaftstheorie« (Bojadžijev/Römhild 2014: 11; S. 25) fort. Hier werden Kämpfe der Migration nicht als Nebenprodukt, sondern als antreibende Gesellschaftskraft verstehbar, die »Institutionen, Kulturen, Sprachen, ideologische Muster etc. [zwingen], sich zu reorganisieren, ihre Gestalt zu verändern, ihre Ziele zu modifizieren, ihre Argumente zu variieren, ihre Objekte zu tauschen« (Bojadžijev/Karakayalı 2007: 214). Um die Chance auf gesellschaftlichen Wandel zu stärken, plädiert Schwiertz in seiner Studie für die weitere Allianzbildung zwischen verschiedenen Kämpfen und Bewegungen. Das wirft die Fragen auf, unter

welchen Bedingungen Allianzen gelingen können, die selbstorganisierte marginalisierte Gruppen darin unterstützen, den Weg in politische Entscheidungsräume zu finden; wie Verbindungslinien zwischen Kämpfen gegen Migrationsregime, Rassismen, Klimawandel oder Altersarmut hergestellt werden; und wie in einer Gesellschaft, in der *weiße* privilegierte Positionen in der Mehrheit sind, die Notwendigkeit intersektionaler Kämpfe stärker vermittelt werden kann. Laut Naika Foroutan (2016, 244) entstehen »postmigrantische Gesellschaften [...] auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, über die empfundene Dringlichkeit von Themen wie Ungleichbehandlung, Diskriminierung und Rassismus und leisten auf unterschiedliche Art und Weise Widerstand gegen antidemokratische, migrationsfeindliche, rechtsnationale, rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen und Entwicklungen in der Gesellschaft.« Die Frage, inwiefern die Dringlichkeit der Themen von Jugendlichen ohne sicheren Aufenthaltsstatus und ihre (Teilhabe-)Forderungen in einer Gesellschaft Ankernennung und Gehör finden, ist also zentral, um über Grenzen und Ambivalenzen der bestehenden Demokratie zu lernen und sie zu verändern. Die Studie bietet dafür höchst relevante Anstöße zum Nach- und Weiterdenken.

Schwiertz, Helge (2019): Migration und radikale Demokratie. Politische Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA. Bielefeld: transcript.

Print: ISBN 978-3-8376-4832-4 | Open Access E-Book: ISBN 978-3-8394-4832-8 | 398 Seiten | <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4832-4>

LITERATUR

- Ataç, Ilker / Rygiel, Kim / Stierl, Maurice (2016): Introduction: The Contentious Politics of Refugee and Migrant Protest and Solidarity Movements. Remaking Citizenship from the Margins. In: *Citizenship Studies* 20 (5). 527-544.
- Balibar, Etienne (2012): Gleichfreiheit. Politische Essays. Berlin.
- Bojadžijev, Manuela (2012): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. 2. Aufl. Munster.
- Bojadžijev, Manuela / Karakayalı, Serhat (2007): Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. 2. Aufl. Bielefeld. 203-209.
- Bojadžijev, Manuela / Romhild, Regina (2014): Was kommt nach dem »transnational turn«? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung. In: *Labor Migration* (Hg.): *Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung*. Berliner Blätter 65. Berlin, 10-24.

- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Kron, Stefanie / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (Hg.) (2017): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III. 2. Aufl. Berlin.
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main.
- Foroutan, Naika (2016): Postmigrantisches Gesellschaften. In: Brinkmann, Heinz Ulrich / Sauer Martina (Hg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Wiesbaden. 227-254.
- Forschungsgruppe Transit Migration (Hg.) (2007): Turbulente Ränder: Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. Bielefeld.
- Karakayalı, Serhat (2008): Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld.
- Schwenken, Helen (2006): Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union. Bielefeld.
- Wilcke, Holger / Lambert, Laura (2015): Die Politik des O-Platzes. (Un-)Sichtbare Kämpfe einer Geflüchtetenbewegung. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1 (2). 1-23.

Grenzregime IV (i.E.): Von Moria bis Hanau – Brutalisierung und Widerstand

VALERIA HÄNSEL, KARL HEYER, MATTHIAS SCHMIDT-SEMBDNER,
NINA VIOLETTA SCHWARZ

Transnationale und lokale Kämpfe für Bewegungsfreiheit und Exzesse staatlicher und rechtsextremer, oftmals tödlicher Gewalt gegen Migrant*innen entfalten und entzünden sich vor dem Hintergrund eines hochkomplexen und dynamischen (Re-)Konfigurationsprozesses des europäischen Grenzregimes. Dieser Prozess ist gleichermaßen gekennzeichnet von der Verstetigung provisorischer und ad-hoc Maßnahmen zur Migrationsabwehr, der Zunahme informeller und illegaler staatlicher Praktiken in den europäischen Grenzübereichen, der Entstehung regionaler Laboratorien des Widerstands und des Regierens von Migration, sowie durch die Blockade EU-europäischer Reformbestrebungen im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik. Die dem Grenzregime inhärente Heterogenität von Regierungstechniken gewinnt an Bedeutung und vielfältige Praktiken des Widerstands entwickeln sich weiter.

Der Entwurf eines kohärenten oder gar singulären Erklärungsmodells zum Zustand des europäischen Grenzregimes, wie es sich nach dem »langem Sommer der Migration 2015« (Kasperek/Speer 2015) konstituiert hat, erscheint weniger denn je ein adäquates noch zielführendes Unterfangen zu sein. Dennoch lässt sich zeigen, wie sich verschiedene Paradigmen und Programmatiken innerhalb des Europäischen Grenzregimes transformieren, wo Kontinuitäten und wo Brüche zutage treten. Die Externalisierung der Migrations- und Grenzkontrolle im Sinne einer »remote control«, die Versicherheitlichung der Migrationspolitik, das interne Mobilitätsregime mit dem Dublin-System und der Humanitarismus mit der »Geburt der humanitären Grenze« (Walters 2010) leiteten die restriktiven, oftmals ambivalenten Migrations- und Grenzpolitiken der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten und ihrer Verbündeten (Hess/Schmidt-Sembdner 2020). Doch auch diese Paradigmen befinden sich in einem Transformationsprozess, die im neuen Grenzregime-Band reflektiert werden.

KONFLIKTLINIEN DER MIGRATION UND DIE POST-MIGRANTISCHE GESELLSCHAFT DER VIELEN

Der vierte Band der Grenzregime-Reihe ist inspiriert von den Kämpfen der Migration innerhalb und außerhalb Europas und versucht Regierungsstrategien, die auf die Regulierung von Migrationsbewegungen zielen, im Wechselspiel mit promigrantischen Prozessen und Widerständen zu diskutieren. Um die Entwicklungen im EU-Grenzregime nachzuzeichnen, fokussieren wir uns auf lokale Prozesse des Regierens und des Widerstands und deren translokale Verwobenheit. Dabei beginnen wir in der Mitte Europas: In der Bundesrepublik halten sich rechte Gewalt, Rassismus und Rechtsterrorismus nicht nur stabil als gesellschaftliche Konstante, sie nehmen zu. Hanau zeigt erneut, dass es sich um eine »rechtsextreme [...] Gesamtstrategie der letzten Jahre« (Perinelli 2019) handelt, die in engem Verhältnis zu den restriktiven Reaktionen auf den langen Sommer der Migration und die unzureichende Aufklärungsarbeit um den NSU-Komplex stehen. Konfrontiert mit einem nationalkonservativen Diskurs um Migration wird die Faktizität der postmigrantischen Gesellschaft der Vielen brutal in Frage gestellt. Die Konjunktur rechtsextremer Denk-, Sprech- und Handlungsweisen ist dabei nicht auf Deutschland beschränkt, sondern zeigt sich EU-weit in unterschiedlichen Ausprägungen und Akteurskonstellationen.

Gerade auch an den Staatsrändern, der EU-Außengrenze und in sogenannten Drittstaaten macht der neue Grenzregime-Band die Immobilisierung von Migrant*innen, die Brutalisierung des Grenzregimes, die Politiken des Sterben-Lassens und des aktiven Tötens zum Gegenstand der Betrachtung und Diskussion. Die lokalen und transnationalen Kämpfe für Bewegungsfreiheit und gegen Entrechtung, geführt von einer Vielzahl unterschiedlichster Akteur*innen bilden dabei einen zentralen Ausgangspunkt von Grenzregime IV.

TRANSLOKALE KÄMPFE UM MOBILITÄT UND DIE FRAGMENTIERUNG DES EUROPÄISCHEN GRENZREGIMES

Hotspots, Ankerzentren und Transitzone, aber auch Solidarity Cities-Bewegungen und Forderungen nach »Sicheren Häfen« stehen emblematisch für die zunehmende räumliche, rechtliche, soziale und politische Fragmentierung des Post-2015 Grenzregimes und heben die Bedeutung des Lokalen für die Rekonfiguration des Grenzregimes hervor. Damit einher geht die Konstitution »regionaler Laboratorien« von Regierung und verschiedene Praktiken und Formen des Widerstands, welche einen

zentralen Zugang dieses Bands zur Auseinandersetzung mit den Effekten gouvernementalen Scheiterns und neuen Formen von Regierungstechniken darstellen. Daran schließen sich eine Reihe von Fragen an: Welche Konflikte und Reibungen treten dadurch zutage? Welche Handlungsmacht und Gestaltungsräume eröffnen sich durch lokale Aushandlungen um Grenze und Mobilität? Welche translokalen Verflechtungen bestehen?

Dies gilt nicht nur für das Externalisierungsparadigma, vor dessen Scheitern sich neue Formen der Fixierung am Rande der EU und in Drittstaaten herausbilden. Auch innerhalb der EU lässt sich eine räumliche und rechtliche Fragmentierung des Migrationsregimes beobachten. Beispielhaft sind die jahrelangen Bemühungen der Europäischen Kommission um die Etablierung eines Gemeinsames Europäisches Asylsystem genannt. Im Rahmen der Versuche, eine Harmonisierung des EU-weiten Regierens von Migration sicherzustellen, haben sich aus den dabei eingesetzten ad-hoc Maßnahmen eine Reihe neuartiger brüchiger wie umkämpfter Regierungstechnologien entwickelt. Hierunter fallen u.a. Grenzbereiche mit extraterritorialem Charakter, die sowohl zur Begrenzung der Bewegungsfreiheit als auch zur Schaffung juridischer Sonderzonen dienen (Hänsel/Kasperek 2020).

Die Beiträge des Bandes entfalten sich deshalb entlang der Frage: Wie haben sich die Konfliktlinien der Migration und Regierungstechnologien im Post-2015 EU-Grenzregime verändert, welche Elemente haben sich zurückgezogen oder verstärkt, sind mutiert oder haben sich neu gebildet? Vor diesem Hintergrund zielt der Band darauf ab, die in den letzten Jahren zunehmende räumlich-rechtliche Fragmentierung von Regierungs- und Widerstandspraktiken greifbar zu machen und mit Hinblick auf ihre Rolle im Europäischen Grenz- und Migrationsregime zu analysieren.

Hänsel, Valeria / Heyer, Karl / Schmidt-Sembdner, Matthias / Schwarz, Nina V. (Hg.) (i.E.): Von Moria bis Hanau – Brutalisierung und Widerstand. Grenzregime IV. Berlin/Hamburg: Assoziation A.

ISBN 978-3-86241-482-6 | erscheint 01/2022 | 280 Seiten | Paperback | 18,00 €

INHALT

Einleitung

Von Moria bis Hanau – Brutalisierung und Widerstand (Valeria Hänsel, Karl Heyer, Matthias Schmidt-Sembdner, Nina Violetta Schwarz)

Die postmigrantische Gesellschaft der Vielen und Kämpfe um Mobilität

Die rassistischen Morde in Hanau – behördliches Versagen, Kontinuitäten rechter Gewalt und der gemeinsame Kampf für Gerechtigkeit (Initiative 19. Februar)

Antirassistische Kämpfe in der Gegenwartsbewältigung (Max Czollek, Çağrı Kahveci)

Fünf Jahre später: EU-Europas neues-altes Grenzregime als Grenze der Demokratie (Sabine Hess)

Non-movements und die Brenner-Route nach 2015 – Die Autonomie der Migration weiterdenken (Matthias Schmidt-Sembdner)

»Er setzte sich auf einen Stuhl und erklärte«: Textuelle Antworten von unten auf Pushbacks an EUropas Rändern (Marijana Hameršak)

Territoriale und rechtliche Fragmentierung: Neue Regierungstechnologien der Migrationskontrolle

Rechtskämpfe um das europäische Flüchtlingsrecht nach dem Sommer 2015 (Matthias Lehnert, Marei Pelzer, Maximilian Pichl)

Moving through the Architecture of Enmity: Infrapolitics and the (Re)configuration of the Aegean Deportation Regime (Valeria Hänsel, Peter Teunissen)

What is in a name? Die europäische Grenzschutzagentur Frontex nach dem Sommer der Migration (Bernd Kasperek, Lena Karamanidou)

Die Technisierung des Grenzregimes: Informationssysteme, Frontex und die digitale Entrechtung der Migration (Christina Rogers)

Externalisierungspolitik als »travelling model«. Lokale Aneignungen und Widerstände beim Ausbau des Asylverfahrens im Niger (Laura Lambert)

Rückkehr und (Re-)Integration: Die Zauberformel der Migrationspolitik. Zur Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit und Migrationsmanagement (Ramona Lenz/Nina Violetta Schwarz)

Anker-Zentren im Kontext: Kontinuitäten und Brüche deutsch-europäischer Lagerpolitiken (Simon Sperling)

Der städtische Raum als regionales Laboratorium des Widerstands

Solidarische Städte – eine Alternative zur gescheiterten EU-Asylpolitik? (Stefanie Kron)

Ein Blick aus Palermo: Lokale Aushandlungen um restriktive Migrationspolitiken und die Fragmentierung des Grenzregimes seit 2015 (Karl Heyer)

(Gegen-)hegemoniales Ringen im urbanen Laboratorium. Veränderungen des musealen Kulturbetriebs in Wien durch den langen Sommer der Migration (Farina Asche, Manuel Liebig)

Theoretische Perspektiven auf die Rekonfiguration des Grenzregimes seit 2015

Spatial Convulsions, Racial Concussions: Die Grenzen und Begrenzungen des »Europäischen Problems« (Nicholas De Genova)

Dangerous Men and Suffering Women? Entanglements and Articulations of Gender in the European Border Regime (Sabine Hess, Johanna Elle, Valeria Hänsel)

Autonomie in der Festung. Grundlagen einer materialistischen Migrations- und Grenzregimeanalyse am Beispiel der EU-Migrationspolitik seit 2015 (Fabian Georgi)

Argumente für eine Politik der Bewegungsfreiheit (Charles Heller, Lorenzo Pezzani, Maurice Stierl)

Autor_innen

Jens Adam (PhD) holds a position as senior researcher at the U Bremen Excellence Chair Research Group »Soft Authoritarianism«. As a cultural/social anthropologist he focuses especially on current struggles around democracy and public policy, the intersections of humanitarianism and political violence as well as on contributions to a ›critical Europeanization research‹.

Ilker Ataç ist Professor am FB Sozialwesen der Hochschule Fulda. Schwerpunkte in Forschung sind Migrationspolitik und lokale Politik, soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft, und undokumentierte Migration. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift *movements*.

Sanchita Basu lives in West Berlin since the 1980s. The 1990s influenced her activism. Her political standpoint developed in opposition to White feminists whose center-periphery logic she did not accept. This struggle led her to her project: Nozizwe - the first feminist educational project in Berlin for women of the ›two thirds of the world‹. Today she is the director of ReachOut, a counselling center for victims of racist, right-wing and anti-Semitic violence.

Enis Bicer is a social scientist and post-doctoral researcher. His research interests are on racism and discrimination, immigration societies, media and discourse research, intergroup conflict and social networks. Currently, he is staff member at the research project “The Threat Scenario of ‘Islamist Terrorism’ from the Perspectives of Politics, Media and Muslim Communities”.

Lina Brink is a post-doctoral researcher at the University of Augsburg. She finished her Ph.D. on media representations of protests in Egypt 2011-2014 at Eberhard Karls University Tübingen, working as a member of the junior research group »Transcultural Public Spheres and Solidarity«. Her research fields are discourse research, critical media studies, social movement studies, cultural studies, gender studies and postcolonial studies.

Jasmin Eding is a social pedagogue. She has been active in the black movement for over 30 years and is co-founder of ADEFRA e. V. (Black Women in Germany) and co-author of the book *Children of Liberation: Transatlantic Experiences and Perspectives of Black Germans of the Post-War Generation* (Ed. Marion Kraft 2016). She describes herself as an anti-racist-feminist-lesbian grassroots activist. ADEFRA roots is a forum by and for black women that fights against racism and other forms of discrimination.

Esin Gizem Göksoy hat Soziologie, Philosophie und Interkulturelle Kommunikation studiert. Sie promoviert am Lehrstuhl für Ethnologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und untersucht die soziopolitischen Auswirkungen der ›neuen Türkei‹ in Deutschland. Sie setzt sich für antirassistische Perspektiven sozialwissenschaftlicher Forschung ein und kämpft gegen natio-ethno-kulturelle Zuschreibungen.

Helena Ayoka Grebner hat Theaterwissenschaft und Interkulturelle Kommunikation studiert und im Fachbereich Ethnologie zur Lebensrealität illegalisierter Menschen in Deutschland an der LMU in München promoviert. Sie arbeitet im flüchtlingspolitischen Bereich.

Valeria Hänsel does her doctorate at the Institute for Cultural Anthropology/ European Ethnology at the Georg-August University of Göttingen, Germany, on the reconfiguration of the European Border Regime in the Aegean. As activist she is engaged in support work on Lesbos Island. Valeria Hänsel is member of the *Network for Critical Migration and Border Regime Studies* and the network *deportation monitoring: aegean.bordermonitoring.eu*.

Charles Heller is a Research Fellow at the Graduate Institute in Geneva. He is co-director of the Forensic Oceanography project based at Goldsmiths, University of London, and a co-founder of the WatchTheMed platform. He is currently co-president and the Migreurop network.

Marie Hoffmann lebt in Marburg. Sie studiert Politikwissenschaft und arbeitet(e) währenddessen bei Pro Asyl und an der Philipps-Universität Marburg. Ihr Forschungsinteresse gilt in der kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung besonders materialistischen und neogramscianischen Ansätzen. Die jüngsten zivilgesellschaftlichen Kämpfe in der deutschen und europäischen Gesellschaft nach dem Sommer der Migration bilden ihren momentanen Arbeitsschwerpunkt.

Bernd Kasperek is a post-doctoral researcher at the Institute for European Ethnology and the Berlin Institute for empirical integration and migration research, both at Hum-

boldt University. His book *Europa als Grenze. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex* was published by transcript in June 2021. He is a member of the network for critical migration and border regime studies and member of the editorial board of *Movements*.

Leoni J. Keskinliç ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität zu Berlin und promoviert zur Migrationsgesellschaft in Ostdeutschland am Institut für Europäische Ethnologie der HU Berlin. Sie arbeitet zu den Themen Migration und home-(un)making, Teilhabe, urbane Nachbarschaft sowie soziale und politische Ungleichheit.

Jessica Korp studied social and cultural sciences at Goldsmiths College and wrote her bachelor's thesis on collective melancholy and empire. She is involved in anti-racist self-organisation, empowerment and social engagement in cultural contexts. She is interested in postcolonial migration history, labour in late capitalism and everyday life as a stage for social interactions. She is a MA student of European Ethnology, an active member of the Activistar Film and Video Productions Collective and Sonic In(ter)ventions.

Stefanie Kron, PhD in Sociology (Freie Universität Berlin), is a Professor for Social Work at the Evangelische Hochschule Berlin. She specializes in international migration movements & migration politics, sanctuary & solidarity cities, transnational labor struggles & ethnographic research methods. Recent publications: With Henrik Lebuhn (2020): *Building Solidarity Cities. From Protest to Policy*, in: Feyzi Baban & Kim Rygiel (Eds.): *Fosterin Cultural Pluralism through Solidarity Activism in Europe. Everyday Encounters with Newcomers*. Cham (Switzerland): Palgrave Macmillan. pp. 81–105. With Stefania Maffei (2021): *Die Stadt als Sicherer Hafen: Kosmopolitismus und gelebte Solidarität*, in: Susemichl, Lea /Jens Petz Kastner (Hg.): *Unbedingte Solidarität*. Münster: Unrast. S. 159-172. *Moving cities Map* (city profiles Barcelona & Zaragoza): moving-cities.eu.

Philipp Lottholz is a Post-Doctoral Fellow at the Collaborative Research Centre/Transregio 138 “Dynamics of Security” and the Institute for Sociology, Justus Liebig University Giessen, Germany. His research focuses on peace, conflict, security and political and social change in post-Socialist Eastern Europe and Central Asia. His work has been published in *International Peacekeeping*, *Journal of Intervention and Statebuilding* and *Central Asian Survey*.

Stefania Maffei is Professor for Political Theory at the University of Applied Sciences for Social Work (EHS) in Dresden. She has written extensively on Hannah Arendt's political theory and its transnational reception, on the political philosophy of migration as well as on the approach of the transnational circulation of ideas. She teaches and researches within the field of political and social philosophy, focusing on the topics of migration and transnational citizenship. In her current research project she analyses intellectual and political struggles in Europe on the implementation of a human right to free global movement.

Polina Manolova is a sociologist working on intra-EU migration, technologies of migration governance, precarious employment and migrants' structural incorporation in urban contexts. Currently, she is a postdoctoral fellow and lecturer at the Eberhard Karls University Tübingen, researching and teaching on issues of migrant incorporation, EU citizenship, intra-EU inequalities and global regimes of labour and social reproduction. She is a member of a newly-formed network for critical approaches to intra-EU regimes of migration, labour and social reproduction (www.eumignet.de) and 'Radio Migrant: voices from South-East Europe' podcast.

Alejandra Nieves Camacho is a student of the Master's program in International Relations at Freie Universität Berlin, Humboldt Universität and the University of Potsdam. Her research interests are migration, racism and gender studies. She is a former member of the research project "The Threat Scenario of 'Islamist Terrorism' from the Perspectives of Politics, Media and Muslim Communities". Currently Alejandra is a research assistant at the German Center for Integration and Migration Research (DeZIM) in the Migration Department.

Felicitas Qualmann studied Intercultural Conflict Management and Area Studies Asia/Africa. Her research interests are racism and discrimination, colonial continuities, and decolonial protest, as well as conflict transformation. Currently, she is a research associate in the BMBF funded project: „The Threat Scenario of 'Islamist Terrorism' from the Perspectives of Politics, Media and Muslim Communities". Felicitas is a member of Berlin Postkolonial.

Lisa Riedner is a postdoctoral researcher at the Institute for European Ethnology and Cultural Analysis at the University of Munich (LMU). Her research interests lie in ethnography and regimes of intra-EU migration, labour and social reproduction with specific focus on urban spaces and racism. Her publications include the monograph "Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration" (2018, edition assemblage, open access). She is a co-editor of *movements*.

Gonca Şahin is a PhD student in the Gender Studies Program at Kadir Has University. Her research interests are migrant networks, transnationalism, informal labor, queer refugees, and intersectionality. Currently, she is working in an NGO where she focuses on economic empowerment and social cohesion of refugee and local women.

Helge Schwiertz is a postdoctoral research associate at the Chair of Sociology and Social Theory at Universität Hamburg and corresponding member of the Institute for Migration Research and Intercultural Studies (IMIS) at Osnabrück University. His key research areas are social and political theory, theories of radical democracy, citizenship, and solidarity, social movements and urban protests, racism and migration. He leads the international research project *Enacting Citizenship and Solidarity in Europe »From Below«: Local Initiatives, Intersectional Strategies, and Transnational Networks* [ECSEuro] and is a co-editor of *movements*.

Nadiye Ünsal is a PhD candidate working on coloniality of power and migration and currently the communications manager of the Antidiskriminierungsverband Deutschland e.V. and a lecturer. She is part of self-organized intersectional community movements (e.g. Coalition against Racism Berlin). She has organized commemoration activities for the victims of the National Socialist Underground-Complex and victims of racist police violence. She is a member of the *Activistar Film and Video Productions Collective*.

Tijana Vukmirović studied Literature, Gender Studies and Political Science. She is active in the field of migration and intersectionality and works in migrant-diasporic organizations. She came to Germany in the 1990s to live with her “Gastarbeiter”-grandparents and still does not have a German passport. Yugoslav-Berliner and is active as a language mediator since childhood. She is a member of the *Activistar Film and Video Productions Collective*.

